

Physikalisch- Technische Bundesanstalt

Wort-Protokoll

des Anhörungstermins am 28. und 29. Januar 1981

PTB

Wort-Protokoll

des Anhörungstermins
am 28. und 29. Januar 1981

zum Vorhaben der Deutschen Gesellschaft für die Wiederauf-
arbeitung von Kernbrennstoffen mbH, Hannover (DWK) und der
Brennelementlager Gorleben GmbH, Gorleben (BLG), bestrahl-
te Brennelemente in einem Brennelement-Zwischenlager bei
Gorleben, Landkreis Lüchow-Dannenberg, Niedersachsen, auf-
zubewahren.

Beginn der Veranstaltung:

28. Januar 1981 10.30 Uhr

Veranstalter:

Physikalisch-Technische Bundesanstalt, Braunschweig,
(PTB) als atomrechtliche Genehmigungsbehörde.

Verhandlungsleiter:

Prof. Dr.-Ing. W. Heintz

Beisitzer:

Dipl.-Phys. M. Blechschmidt

Dr. rer. nat. D. Ehrlich

Dr. jur. P.-G. Gutermuth

Frau Dr. rer. nat. I. Warnecke

Ass. H.-J. Ziegler

Ende der Veranstaltung:

29. Januar 1981 15.10 Uhr

1. Erörterungstag am 28. Januar 1981

Beginn der Erörterung: 10.30 Uhr

(Trillerpfeifen aus dem Saal)

Heintz: Sehr schön.

Meine Damen und Herren!

Im Namen der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig eröffne ich diesen Anhörungstermin.

Mein Name ist Werner Heintz. Ich bin Leiter einer Abteilung in der PTB. An diesem Tische sitzen meine Mitarbeiter. Frau Warnecke ist nicht - hat sich heruntergebeugt, Herr Ziegler, Herr Guterath, Herr Blechschmidt und Herr Frankenfeld.

(Pfeifen, Klatschen)

Der heutige Anhörungstermin soll dazu dienen, die bei uns eingegangenen Stellungnahmen zum Brennelement-Zwischenlager bei Gorleben mit Ihnen und den Antragstellern zu besprechen. Insgesamt sind uns 205 Stellungnahmen zugegangen, die zu 90 % aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg kommen. 42 % aller Einwender sind Frauen, wie überhaupt Fr....

(Pfeifen, Klatschen, Gejohle)

..wie überhaupt Frauen die treffsichere Feder führen, zugleich aber auch ihren Ängsten Ausdruck ver... auszudrücken wissen.

(Gelächter)

Für die PTB ist dieser Anhörungstermin ernsthafter Bestandteil des Entscheidungsprozesses.

(Gejohle, Pfeifen)

Wir hoffen, daß der Verlauf des Anhörungstermines dieser Bedeutung gerecht wird.

(Zwischenrufe)

Wir werden ein Wortprotokoll anfertigen und dafür ein Tonband laufen lassen. Nach Herstellung des Protokolls wird das Tonband gelöscht.

(Zwischenrufe)

Das Protokoll stellen wir Interessenten zur Anfertigung von Kopien gern zur Verfügung. Wir werden Ihnen nun weitere Einzelheiten zum Ablauf des Termines mitteilen. Herr Gutermuth.

Gutermuth: Meine Damen und Herren! - Hallo -
Meine Damen und Herren!

Einige Erklärungen zum organisatorischen Ablauf: Um 13 Uhr ist Mittagspause bis

(Zwischenrufe)

..bis 15 Uhr. Um 15 Uhr geht es weiter bis etwa 18 Uhr. Zwischendurch wird es nach Bedarf Pausen geben. Auf Wunsch kann der Termin heute ab 19 Uhr bis 21 Uhr weitergeführt werden. Falls erforderlich, wird der Termin morgen fortgesetzt; wie angekündigt, ist der Beginn dann schon um 9 Uhr. Einlaß ab 18.15 Uhr

(Gelächter)

8.15 Uhr. Wir haben uns zunächst auf eine Tagungsdauer von 3 Tagen eingestellt. Am Eingang liegen für Sie INFO-Blätter aus, die Sie über Ziel und Grundlagen dieses Termins informieren. Bitte machen Sie von dieser Informationsmöglichkeit Gebrauch. Im Foyer, das ist also der Raum hier zu meiner Linken, besteht die Möglichkeit zum Rauchen. Sie merken es jetzt schon, mit Rücksicht auf die Nichtraucher möchten wir bitten, daß das Rauchen in diesem Saal hier zu verzichten.

(Beifall)

Private Film- und Fotoaufnahmen bitten wir nach Abschluß der Einführung hier zu unterlassen. Wortmeldungen - Wortmeldungen erbitten wir durch Handzeichen oder durch Abgabe von Zetteln, die bereitliegen. Die Zettel können direkt hier bei der Diskussionsleitung abgegeben werden. Herr Kulke, hier zu meiner Linken, von der Informationsstelle des Bundes hat sich freundlicherweise bereit erklärt, dabei mitzuhelfen, daß keine Wortmeldung übersehen wird. Er ist bereit, Zettel mit Wortmeldungen entgegenzunehmen. Bitte nennen Sie bei der Wortmeldung Ihren Namen für die Protokollführung. Der Wirt läßt noch mitteilen, daß Sie für 10,- DM ein Mittagessen bekommen können.

(Gelächter)

Kaffee können Sie den ganzen Tag über im Foyer hier erhalten.
Dankeschön.

Blech-
schmidt: Meine Damen und Herren!

(Zwischenrufe)

Auf dem Ihnen vielleicht schon vorliegenden Informationsblatt oder das was hier ausliegt, ist auf dem Blatt 1 auf Seite 3 eine Tagesordnung aufgelistet. Anhand der Einwendungen ergeben sich hier 3 Pakete. Das erste Paket betrifft die Zuständigkeit, und zwar Zuständigkeit im weitesten Sinne. Das zweite Paket betrifft die Sicherheit, und schließlich das Paket 3 behandelt oder betrifft die Bedeutung für die Umgebung. Ein weiterer Punkt könnte dann Verschiedenes sein für diejenigen Dinge, die da nicht unmittelbar in diese Pakete hineinpassen. Wir meinen, daß diese Reihenfolge in sich schlüssig ist. Die Zuständigkeitsfrage sollte als erste behandelt werden, damit klar ist, daß auch hier in richtiger Weise dieses Verfahren abgewickelt wird. Die Sicherheitsfrage hat von den Sachfragen naturgemäß die höhere Priorität, und schließlich als Drittes, wenn man sich über die Sicherheit dieser Anlage im Klaren ist, dann kann man auch

(Zwischenrufe)

..über die Bedeutung für die Umgebung sprechen.

(Zwischenruf)

Heintz: Schönen Dank. Es liegt eine Wortmeldung vor von Herrn Janning, wie ich erkenne. Ich bitte zunächst Herrn Janning, das Wort zu ergreifen.

Janning: Ja, wir haben uns natürlich unsererseits auch Gedanken gemacht, wie wir das hier vernünftig über die Bühne kriegen, wobei wir uns natürlich über den Begriff " vernünftig " sicherlich unterschiedlicher - Meinung sind. Herr Heintz, Sie haben hier ein paar verfahrenstechnische Dinge angesprochen, daß zum Beispiel ein Protokoll angefertigt wird. Das finden wir natürlich sehr vernünftig, daß das so geschieht. Wenn Sie hinterher das Tonband löschen, wie wollen Sie gewährleisten, daß also alles, was auf diesem Tonband erscheint, tatsächlich hinterher in schriftlicher Form auch da ist, und wird das, wie üblich bei solchen Anhörungen, zwischendurch dann den Wortmeldern zur - zum Redigieren zugesandt, damit sie ihre Ausdrücke glätten können, oder wie haben Sie sich das vorgestellt?

Heintz: Herr Janning, sind Sie damit einverstanden, daß wir diesen Punkt, den Sie jetzt angesprochen haben -

Janning: Ja

Heintz: - gleich erledigen?

Janning: Ja, bitte!

Heintz: Ich möchte Ihnen anbieten, daß Sie jemand benennen, der sich von Ihrer Seite mit um dieses Wortprotokoll kümmert.

Janning: Ja

Heintz: Ich gehe davon aus, Sie sagen wir, könnten Sie mir ein Bild geben von dem Personenkreis, oder wieviel Personen, für wieviel Stimmen sprechen Sie? Ich möchte das doch

(Gelächter)

...weil es sich hier um ein -

Zw-rufe Alle!

Heintz: Gut, wir haben das wahrgenommen und im Protokoll wird stehen " alle ". Also damit ist dieser Fall erledigt. Ich wollte mich nur vergewissern, weil ich glaube, daß dieses eine historische Veranstaltung sein könnte.

Janning: Ja.

(Zwischenrufe, Gelächter, Beifall)

Heintz: Ich komme konkret zurück auf Ihre Bitte. Sie lautet also so: Benennen Sie jemanden Ihres Vertrauens. Der möge sich dann bei uns einfinden und kann sich hier selbst - hierher in die Nähe des Protokollgeschehens begeben und kann das verfolgen und wird dann nachher auch in den weiteren Schritten, die später stattfinden, zugezogen.

Janning: Ja.

Heintz: Sie sind damit einverstanden?

Janning: Ja. Wird denn dieses Protokoll bei Ihnen in Braunschweig angefertigt?

Heintz: Ich gehe davon aus, daß das so sein wird.

Janning: Ja, dann müssen - dann wir uns hinterher zusammensetzen, damit Sie den Termin angeben.

Heintz: Aber ja doch.

Janning: Wenn wir eine Person unseres Vertrauens aus Braunschweig bitten, dabei zu sein.

Heintz: Es ist nichts dagegen einzuwenden, das wird angenommen.

Janning: Gut. Ich möchte dann zu dem - zu dem Vorschlag, daß Sie eine Mittags-

pause einlegen wollen und überhaupt diese langen Pausen einlegen wollen, in diesem Fall noch nichts Konkretes sagen. Aber ich würde das schon so'n bißchen in der Weise handhaben wollen, daß das auch von uns abhängig ist, ob wir hier eine Pause machen, oder nicht.

Heintz: Auch damit bin ich in ...

(Beifall, Pfeifen)

Im Prinzip bin ich damit einverstanden. Sie müssen aber auch bedenken, daß es hier auswärtige Gäste gibt, die in Gaststätten nun ihr Mittagessen einnehmen möchten, daß wir also in eine Zeit eine Pause legen, wo die Gaststätten dafür noch ausgerüstet sind.

Janning: Aber Sie sind doch sicherlich auch mit uns der Meinung, daß wir die Sache hier konzentriert und, auf den Punkt gebracht, schnell zu Ende führen sollten.

Heintz: Was immer Sie unter schnell verstehen, ich bin damit einverstanden.

Janning: Ja, was wir auch sind.

(Zwischenrufe, Gelächter, Beifall)

Janning: Was wir auf den Punkt bringen. Wir haben dann eigentlich so zum Verfahren hier nur - ich sehe selbst viele Leute, die noch stehen - gibt es nicht die Möglichkeit, daß noch mehr Stühle beigebracht werden können?

Heintz: Wir bemühen uns darum.

Janning: Wer bemüht sich darum? Herr Viehl?

Heintz: Herr Viehl ist für Presse zuständig, der ist kein Stuhlsucher.

(Gelächter)

Wir sind dabei, im Foyer Plätze zu besorgen.

Janning: Ja, ich möchte dann vorweg so eine allgemeine Bemerkung machen. Ich meine, wir haben - es gibt ja - es gibt ja eine Art Geschichte von Auseinandersetzungen oder von Diskussionen hier in Lüchow zum Thema; und wir haben nicht zuletzt ja schon vor 2 Jahren damit begonnen, auch mit der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Sachprobleme hier zu diskutieren. Ich möchte deswegen ganz am Anfang noch einmal klarstellen, mit welchem Verständnis wir zum mindesten - und wenn ich mir sage, dann sind da sicherlich alle diejenigen, die kritische bis ablehnende Einwendungen gemacht haben aus diesem Landkreis, da eingeschlossen - daß wir mit dem Verständnis hierher kommen, daß nicht Sie uns hier etwas vorstellen sollen, sondern daß - bitteschön - wir hier diejenigen sind, die von Ihnen etwas verlangen; und nicht, daß Sie da oben jetzt so sitzen und - und tun, als hätten - wären wir hier die Bittsteller, um irgendetwas klarzustellen, gegebenenfalls sogar Sicherheiten oder so etwas,

(Beifall)

sondern -

Heintz: Xh -

Janning: hier muß ...

Heintz: Entschuldigung, Herr Janning.

Janning: Ich darf das bitte zu Ende sagen,

Heintz: Bitteschön

Janning: ..weil es in diesem wesentlichen Punkt sicherlich auch wichtig ist, das gleich am Anfang zu sagen. Wir haben uns in den letzten 2 Jahren bemüht, hier Sachinformationen immer wieder herbeizubekommen, ob nun von den entsprechenden Sachverständigen, sei es sogar von der Betreiberseite, also der DWK, bzw. BLG oder von Ihnen oder von anderen Institutionen bis hin zu unseren Kommunalpolitikern. Wir haben auf die vielen Fragen, die wir gestellt haben, haben wir keine Antworten bekommen, wenigstens nicht solche Antworten, mit denen wir, die hier

ja zu den betroffenen Bürgern gestempelt werden sollen, mit denen wir zufrieden sein könnten, und diese Fragen bezogen sich, das werden Sie selbst zugeben können, im allergrößten Teil auf Sachfragen der Sicherheit und der Auswirkung auf unsere Umwelt hier, und in diesem - in diesem Zusammenhang ist es also auch ein wenig unverständlich für uns, daß nun gerade Sie, Herr Professor Heintz, und die PTB in diesem Verfahren hier, in dieser Anhörung sozusagen hier das - den Vorsitz haben, weil nun gerade auch von Ihnen und Ihnen persönlich - ich darf eigentlich daran erinnern, daß vor 2 Jahren Sie einmal den schönen Satz geprägt haben, Sie könnten auf bestimmte Fragen nicht antworten, weil Sie Ihre Tasche vergessen hätten,

(Beifall)

daß es - daß es auf uns natürlich einen nicht gerade besonders guten Eindruck macht, uns jetzt wieder mit dieser Institution hier vor Augen zu sehen, und es gibt ja ein paralleles Genehmigungsverfahren eines Zwischenlagers, das bereits abgelaufen ist. Das - das Verfahren von Ahaus; und in diesem Verfahren ist es dann zumindest ja noch eine übergeordnete politische Institution gewesen, die dort diese, die Anhörung, bzw. damals diese Erörterung geleitet hat. Die Frage also an Sie, das ist die erste Frage: warum leiten Sie als Physikalisch-Technische Bundesanstalt, die für uns durchaus den Eindruck der Befangenheit macht, weil zumindestens ...

(langer Beifall)

...weil zumindestens oder als spätestens bei Ihnen auf dem Schreibtisch, Herr Heintz, ja Dinge der Genehmigung und Dinge der Betreiber zusammenlaufen. Genehmigung in diesem Fall für das Zwischenlager und Betreiberinteressen für das Endlagern. Wir halten dies eigentlich schon nach dem Vorgenannten, gerade was Ihre Person betrifft, für einen Grund, hier eigentlich die Forderung nach Abbruch zu stellen und zu sagen, das Ganze ist für uns eine durchsichtige Absprache und eine rechtlich ohnehin ja von Ihnen unverbindlich gehaltene Anhörung, mit denen wir als Bürger hier nichts anfangen können. Sie selbst haben ja gesagt, Sie wollen damit nichts anfangen, denn Sie wollen sich ja auch rechtlich nicht binden lassen. Wenn ich also jetzt weitergehe und die

Geschichte der Veranstaltung hier im Landkreis mit dem jüngsten Beispiel, nämlich der Diskussionsveranstaltung in der Gührde im November letzten Jahres noch anführe, wo wir Sachfragen an die DWK gestellt haben und der verantwortliche Koordinator, Herr Dyck, dieses ja schon nach einer dreiviertel Stunde zugeben mußte, daß er bestimmte Sachfragen dort nicht beantworten konnte, so müßten wir eigentlich - und es ist eigentlich nur unserer Vernunft und Toleranz und unserm - unserer Vernunft zuzuschreiben - daß daraus nicht mehr entstanden ist, an diesem Tag, als die Aufruhr in den Sälen, in denen wir dort gewesen sind, aber dies wäre für uns an sich schon wieder Grund genug gewesen, auch zu diesem Anhörungstermin zu sagen, da diese Fragen ja nicht geklärt sind, dieser Anhörungstermin findet für uns gar nicht statt, er gehört eigentlich abgebrochen. Und...

(Beifall)

..denn ich frage - ich frage Sie ernsthaft, wie sollen wir, die betroffenen Bürger uns ohne daß auf der Sachebene vorher Fragen gestellt wor - Fragen beantwortet worden sind, uns ein Bild zur Sicherheit machen. Ich glaube nicht, daß man das in dieser Form als Genehmigungsbehörde, unabhängig, wie Sie das jetzt hier vorgeben wollen, tatsächlich hier und heute noch machen kann. Was also zu fordern ist, fordern gewesen wäre, vorher war - wäre eigentlich eine vernünftige Sachklärung bestimmter Fragen, die da sind, um sie dann gleichberechtigt, sozusagen, mit Ihnen hier zu erörtern. Das ist aber nicht der Fall. Ich erinnere noch einmal an das Verfahren in Ahaus, und das ist die zweite Frage, die ich in diesem ganz konkreten Anfangsstadium hier habe, bevor wir in weitere Details eintreten. Es hat in Ahaus dieses Verfahren gegeben. In Ahaus ist es rechtlich anders eingebunden worden als hier, rechtlich zwingender und bindender auch für die Genehmigungsbehörde und die ganz zentrale Frage für uns ist hier: warum gibt es keine Gleichbehandlung der Bürger hier im Landkreis im - verglichen zu denen aus Ahaus. Vielleicht können ja sogar die vorhandenen Stadt - der Stadtrat - der Bürgermeister und der Landrat aus dem Kreis Ahaus oder dem ehemaligen Kreis Ahaus sich, die ja hier sind, vielleicht können die sich dazu ja auch einmal äußern, was wir also fordern, ist, und das wissen Sie, was das in der Konsequenz auch bedeutet, Gleichbehandlung wie damals in Ahaus, gleiche Voraussetzungen wie damals in Ahaus, denn die Zwischenlagertechnik hat sich ja wohl doch nicht so entscheidend verbessert, daß jetzt plötzlich hier die

Bürger im Landkreis anders behandelt werden müssen, als die Bürger in Ahaus.

(Langer Beifall)

Zw-Ruf Herr Heintz, bevor Sie antworten.... jetzt

Gutermuth: Namen nennen, Namen nennen - Namen nennen, Namen nennen

(Beifall und Gelächter)

Heintz: Moment - darf ich, den Einwender - den Einsprechenden hier bitten, seinen Namen zu nennen - wollen - möchten Sie nicht - äh, inkognito?

(Gelächter)

Gutermuth: Mikrophon -

Heintz: Müller

..... wie war der noch?

Heintz: Müller.

Der Name ist - äh - ich möchte zunächst auf das eingehen, was Herr Janning hier angeschnitten hat, der ist mit seinen Fragen tief in die Tagesordnung hineingegangen. Zunächst einmal handelt es sich hier um eine Anhörung, das heißt, die Genehmigungsbehörde hört an. Es ist nicht unsere Aufgabe, hier Pro und Kontra für ein Zwischenlager zu verkünden, das mag der Antragsteller von seiner Seite her tun. Wir sind Genehmigungsbehörde, das heißt, wir sprechen nicht für dieses Zwischenlager. Wir stehen nach unserer Auffassung am Anfang eines Prozesses, und es geht darum, den Sachverhalt zu erkunden.

(Zwischenrufe)

Wenn Sie

Zw-Ruf Sind Sie denn kompetent überhaupt?

Heintz: Wenn Sie hier nun die konkrete Frage stellen, ob die PTB zuständig ist, so ist dies bereits der Tagungsordnungspunkt 1, das heißt, die Anwendbarkeit des § 6; ich bitte also sich zu gedulden, wenn wir diesen Punkt abhandeln werden.

Die zweite Frage war: eine gewisse Befangenheit. Auch diese Frage sollte ordnungsgemäß im Tagungsordnungspunkt 1 behandelt werden. Die Unterschiede, die Sie sehen, zwischen Ahaus und Gorleben, die Ihnen sehr am Herzen liegen, bitte ich mir näher zu erläutern, damit wir sie Stück für Stück behandeln können. Ich darf nun

(Zwischenrufe)

Heintz: Herr, Herr Janning

(Zwischenrufe)

Heintz: Ich weiß nicht - es sind noch weitere Wortmeldungen zu diesem Thema vorliegend. Darf ich die Wortmelder fragen, ich habe hier Herrn Scharmer und Herrn Wollny,

(Zwischenrufe)

....ob diese Wortmelder sich gedulden wollen, so daß wir zunächst die Frage von Herrn Janning beantworten.

(Zwischenrufe)

Gutermuth: Steigen wir in den Tagungspunkt 1 jetzt

Heintz: Damit steigen wir in den Tagungspunkt 1 ein, nämlich die Anwendbarkeit..

(Zwischenrufe)

Heintz: Das ist nichts anderes als das was Herr Janning gefragt hat. Entschuldigung - das ist nun mal so, daß ..

(Gejohle)

Heintz: Ob Sie das anerkennen oder nicht - das ist unser Tagungsordnungspunkt 1,

der uns aus den Einwendungen bekannt ist und in den wir in dieser Weise hier Ihnen vortragen wollen. Es ist also nichts anderes als wie die Antwort auf die Fragen von Herrn Janning. Dagegen dürften Sie nichts einzuwenden haben. Ob ich das nun " 1 " bezeichne oder nicht, das ist nun mal so.

(Zwischenruf)

Heintz: Wir kommen also zu dieser Frage von Herrn Janning, wie - wie kommt die PTB dazu, sich hier in einem Genehmigungsverfahren - hier - zu zeigen.

Ich erteile das Wort an Herrn Gutermuth.

Gutermuth: Danke - Ja.

Das war nur ein Probe - Prüfseufzer.

Ich wollte - bei der Gelegenheit - noch - nur eins kurz sagen, Herr Janning hat eben ein Problem aufgeworfen, was in sehr vielen Einwendungen angesprochen worden ist. Und es - Herr Janning hat - er hat - noch nicht die Einzelpunkte dazu aufgeführt, wenn wir die Diskussion darüber eröffnen, möchte ich kurz sagen, was die anderen Einwender noch hier konkret zu gesagt haben. Sie haben konkret gesagt, daß der § 6 hier des Atomgesetzes nicht anzuwenden ist, daß stattdessen, allenfalls § 7, § 9, § 9a, § 9b, § 9c des Atomgesetzes heranzuziehen sei, in keinem Fall der § 6. Das war der erste Punkt.

Der zweite ist der, daß die Folge, der - des Vorgehens der PTB nach § 6 der sei, erstens, daß eine Verkürzung der Rechte der Einwender, der Bürger, damit verbunden sei, das ist der erste - Stellungnahme hierzu als Konsequenz der Benutzung von § 6;

der zweite ist der, daß § 6 weniger Sicherheitsanforderungen stellt als andere atomrechtliche Genehmigungsvorschriften und deshalb eine geringere Sicherheit im Ergebnis zu erwarten ist. Das sind die Punkte die hier im Zusammenhang mit den - mit der Stellungnahme von Herrn Janning noch zu nennen sind. Ich gebe damit

Heintz: Schönen Dank, Herr Gutermuth, ich

(Zwischenrufe)

Heintz: Die Frage des Herrn Janning besteht ja darin, wie kommt

Zw-Ruf: Frage nach der Befangenheit

Heintz: Moment - äh -

(Beifall)

Zw-Rufer: ...beantworten ... ich zum Beispiel möchte gern wissen, ob Sie der gleiche Herr sind, der im Intercity mit Betreibern gekungelt haben, wie Sie die Vorschriften für die Schachtbauanlagen hier im Landkreis umgehen können.

Zw-Ruf: Jawohl!

(Beifall - Pfeifen)

Heintz: Ich möchte den Herrn, der eben gesprochen hat, noch um seinen Namen bitten.

(Zwischenrufe)

Heintz: Aber Sie haben ja selbst - Sie wollen doch selbst ein Wortprotokoll haben und ein ordentliches Wortprotokoll - Entschuldigung - wollen Sie es?

(unverständliche Zwischenrufe)

Heintz: Gut. Schönen Dank.

Sie möchten ja ein ordentliches Wortprotokoll haben, es ist dann gut, wenn der Name drin ist.

(Zwischenruf)

Heintz: Ich muß Herrn Janning bitten, mit uns Geduld zu haben, wir werden jetzt die Frage der Befangenheit in Angriff nehmen. Sind hier noch zu dem ...

(Zwischenrufe)

...zu dem Vorwurf der Befangenheit noch weitere ergänzende Bemerkungen zu machen? Bitteschön.

(Zwischenrufe)

Heintz: Frau

(Zwischenrufe)

Gutermuth: Frau Fritzen, Herr Scharmer

Heintz: Frau Fritzen zunächst.

Zw-Ruf: (.....soll)

(Gelächter)

Heintz: Frau Fritzen, bitte, Herr Scharmer, Sie kommen danach.

Frau Fritzen: Ja, Professor Heintz, Sie haben vorher im Foyer gefragt, so ungefähr etwas leger, was wir mit Ihnen vorhaben. Das werde ich Ihnen jetzt mals ganz genau sagen.

(Beifall)

Frau Fritzen: Also ich muß sagen, ich bin eigentlich entsetzt, daß Ihre Genehmigungsbehörde niemand anders als Diskussionsleiter gefunden hat als ausgesprochen Sie. Sie - mit Ihnen haben wir ja allerhand Erfahrungen hier gemacht und als Mitglied der Behörde, die ja genehmigen will, halten wir das eigentlich für ein Unding, daß Sie diese Diskussionsleitung machen müssen und ich frage mich, ob Sie nicht irgendwie jemand anders haben, der weniger befangen ist, dem es vielleicht auch weniger an die Nerven geht; denn wir wissen, daß Professor Heintz diesbezüglich doch'n bißchen sehr nervös werden kann. Auch die Erfahrung haben wir gemacht. Dann möchte ich die Herren hier vorn fragen, wer sind all diese Herren, die noch da oben auf dem Podium sitzen?

(Beifall)

Zw-Ruf: (....Gegner) ?

Frau Fritzen: Könnten Sie uns vielleicht darauf ganz kurz eine Antwort geben.

Frau
Fitzen: Dann möchte ich vielleicht noch etwas sagen. Das kann Herr Guter-
muth, falls Professor Heintz sich befangen fühlt.

Heintz: Frau Fritzen - ich - bedauerlicher-weise - Sie haben mich für befan-
gen erklärt, aber nicht gesagt, warum. Ich hätte gerne auch diesen ...

(Zwischenrufe)

Frau
Fritzen: Herr Professor Heintz, ich....

Heintz: Sie haben - wir - der, der Grund, der uns schon genannt worden ist,
dies Intercity-Gespräch, das haben wir zur Kenntnis genommen. Haben
Sie einen konkreten Grund, warum Sie mich...

(Zwischenrufe)

Frau
Fritzen: Ja.

(Zwischenrufe)

Heintz: Ich - ja wenn - wenn Ihnen das so sicher erscheint, dann sagen Sie es
doch bitte.

Frau
Fritzen: Professor Heintz, ich hab den Grund vorher bereits genannt. Sie sind
eine exponierte Persönlichkeit bei der PTB. Sie sind zuständig für das, w
hier im Landkreis gemacht wird, und wir wissen auch, daß Sie als Ge-
nehmigungsbehörde zusammenarbeiten mit den Leuten der Antragsteller,
die da hinten offensichtlich ja schon mit dem Rücken an der Wand sind,
weil sie keine Plätze mehr bekommen haben. Ich möchte jetzt einmal
- noch mal fragen, wer sind die Herren da oben auf dem Podium?

Zw-Frage:da vorne ...

Heintz: Entschuldigung - werd's gleich sagen.
Ah - Frau Fritzen -

(Gelächter)

Heintz: Ah - eine Dame hat gebeten, da vorne in dem Raum, wo die Teppiche auf dem Boden liegen, nicht zu rauchen, weil dort die Kinder sich aufhalten. Entschuldigung, das wollte ich gerne einfügen.

Frau
Fritzen: Ja, also nochmal bitte, nicht rauchen hier im Saal, ich glaub das sollten wir alle beachten.

(Beifall)

Frau
Fritzen: So. Und jetzt hätte ich gern eine Antwort auf die Frage: Wer sind die Herren, die da oben sitzen und dann vielleicht noch einmal, die Antwort auf die Frage nicht - die nicht beantwortet ist, haben Sie an dem Gespräch im Intercity teilgenommen? Ja oder Nein.

Zw-Ruf: Wenn ja - dann haben Sie da vorne nichts zu suchen!

(Beifall)

Heintz: Zu Nummer 1 Ihrer Frage - wenn ich das nachtragen darf - der Antragsteller sitzt hier unten vor der Bühne. Auf der Bühne sitzen unsere Sachverständige, dahinter sind weitere Besucher und Gäste, Zuhörer genauso wie Sie auch.

(Zwischenrufe)

Frau
Fritzen: So.

(Unruhe)

Heintz: Zu der

(Zwischenrufe)

Frau
Fritzen: Professor Heintz,

Heintz: Zur Frage der Befangenheit gebe ich nun das Wort ab an Herrn Gutermuth. Ich möchte daraufhinweisen, daß uns diese Gründe, die Sie mir eben genannt haben, nämlich das Intercity-Gespräch und noch weitere, bereits in den schriftlichen Stellungnahmen enthalten sind, und wir haben diese

Gründe unserem Präsidenten vorgelegt, und dazu wird nun Herr Gutermuth Näheres ausführen.

Gutermuth: Ich darf also feststellen, es sind zwei konkrete Vorwürfe erhoben worden, einmal das Intercity-Gespräch, zweitens, die - die gemeinsame Zuständigkeit der PTB, einmal - daß - ein Endlager zu errichten und zweitens hier die Zwischenlagerung - falls die Voraussetzungen vorliegen - zu genehmigen; das wird als Interessenkollision angesehen. Das ist auch verschiedentlich in einer ganzen Reihe von Einwendungen vorgebracht worden. Und Sie wissen, daß nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz, je - derjenige, der in einem Verwaltungsverfahren für eine Behörde tätig werden soll, von sich aus den Leiter der Behörde oder den von diesem Beauftragten davon zu unterrichten hat, wenn ein Grund vorliegt, der geeignetes Mißtrauen gegen eine unparteiische Amtsausübung zu rechtfertigen. Wir, der Leiter, der - unserer Behörde ist, wie Sie wissen, Herr Professor Kind, Präsident, wir haben daher pflichtgemäß den Präsidenten der PTB, von den jetzt eben genannten Gründen von uns aus schon - hab'n wir ihn voll unterrichtet - wir haben die Begründung für - und - den Verdacht der Befangenheit ihm vorgelegt, wir haben ihm auch sämtliche Einwendungen, die dazu eingegangen sind, im Wortlaut vorgelegt. Der Präsident hat die - hat die Befangenheitsgründe, also auch zu den - das Intercity-Gespräch auch die Frage der Doppelzuständigkeit hier der PTB, hat er eingehend geprüft und entschieden, daß sie eine parteiische Amtsausführung nicht rechtfertige.

(Zwischenrufe)

Gutermuth: Der Präsident hat entschieden, daß

(Gejohle, Pfeifen, Klatschen)

.... daß....

(Gejohle)

...der Präsident hat entschieden, nach eingehender Prüfung - und das ist sein Bier - wir können, die wir hier sitzen,

(Zwischenrufe)

Gutermuth: ..wir ..

(Zwischenrufe)

..wir können, die wir hier nicht sitzen, nicht über unsere eigene Befangenheit entscheiden, das werden Sie sicher mit - als....

(Zwischenrufe)

Gutermuth: Also - wir haben darüber nicht entschieden, wir haben darüber auch nicht zu entscheiden, wir haben -

(Zwischenruf)

..wir haben, wie das unsere Pflicht ist, das dem Zuständigen zugeleitet und der hat entschieden, daß - daß die Personen, die hier vor Ihnen sitzen, an dem Zwischenlager-Genehmigungsverfahren von seiten der PTB tätig werden, weiter an dem Verfahren mitwirken können. - Danke schön.

Frau

Fritzen: Ist das Mikro hier inzwischen an? Ja?

Ich möchte jetzt einmal an Herrn Wolf Römmig weitergeben, weil er noch eine Frage stellen wird, die von mir nicht - die nicht beantwortet worden ist, und zwar noch einmal die Intercity-Frage.

Römmig: Also, Herr Dr. Guter....

Heintz: Herr Wollny, bitteschön

(Zwischenrufe)

Heintz: Herr Römmig

Römmig: ..ergänzende Frage -

Heintz: Bitteschön

Römmig: ..zu dem was Frau Fritzen hier..

Heintz: Herr Römmig ist das

Römmig: ..gesagt hat - ist das an hier jetzt oder nicht?

Heintz: Ist alles - ist gut - ja, ja

Römmig: Also Herr Dr. Gutermuth und Herr Prof. Heintz, was Sie hier im Moment machen, so geht das nicht. Sie können nicht einfach sagen, wir haben das unserem Präsidenten vorgelegt und der hat das für gut befunden. Ich möchte wissen, ob das, was im Intercity gelaufen ist, was Prof. Blay gehört hat, der sich nicht als Atomkraftgegner oder ähnliches hervorgetan hat, der einfach nur als Staatsbürger entsetzt war, daß Genehmigungsbehörde Betreiber zusammensitzen und um Rechtsumgehung diskutieren und zu dem Endergebnis kommen, dann bestellen wir uns eben ein Gutachten, und dann geht die Sache schon klar, daß wir vor solche Leute hier hintreten müssen, wie Prof. Heintz und unsere Einwendungen einlegen müssen, das geht einfach nicht. Prof. Heintz, Sie sind hier nicht am Platze.

(langanhaltender Beifall)

Sprechchor (Heintz raus - Heintz raus - Heintz raus - Heintz raus)

Gutermuth: Meine Damen und Herren

(weiterhin Sprechchor: Heintz raus)

Gutermuth: Meine Damen und Herren, wir verstehen Ihre Besorgnis.

(Gelächter, Pfiffe)

Gutermuth: Aber wir dürfen sicher dazu feststellen, daß wir nicht in der Lage sind, über unsere Befangenheit und den Vorwurf der Befangenheit hier selbst -

(Zwischenrufe)

Gutermuth: ..hier selbst zu entscheiden, mit Ihnen darüber in eine Unterhaltung oder eine Diskussion einzutreten. Wir sind nicht für die Befangenheit die richtigen Ansprechpartner. Ich habe Ihnen gesagt, daß der richtige Ansprechpartner von uns eingeschaltet worden ist, das ist der Präsident der PTB - der ist -

(Zwischenrufe)

- der - der ist darüber informiert worden, und es steht Ihnen selbstverständlich frei, sich an ihn direkt zu wenden und Ihre Gründe an - aber - wir sind in dem Punkte nicht in der Lage, jetzt in eine Diskussion einzutreten, das werden Sie auch einsehen, denn dann würden wir ja selbst über uns entscheiden. Das geht nicht.

(Zwischenrufe)

Heintz: Ich halte es für fair, nun Herrn Scharmer das Wort zu erteilen.

Scharmer: Danke. Mein Name ist Scharmer, ich komme aus Holtdorf; und ich möchte einiges zu diesen Briefen sagen, die Herr Gutermuth eben erwähnt hat. Ich habe also hier also das Schreiben, das haben ja mehrere von den Einwendern bekommen. Herr Gutermuth, ich möchte nun mal - oder vielleicht könnte das ein anderer von Ihren Juristen machen - ich möchte noch mal genau wissen, was bedeutet das eigentlich, bezieht sich das Schreiben von Prof. Kind, das einige der Einwender erhalten haben, bezieht sich dieses Schreiben nur auf Vorwürfe in den Einwendungen selbst?
Das wäre meine 1. Frage, darauf kann man ja oder nein antworten. Ja oder nein?

(Gelächter)

Gutermuth: bleibt..

Die Antwort bezieht sich auf - eine - etwa eine - sie ist gerichtet an einen bestimmten Adressaten, seine Reaktion auf dessen - auf dessen Brief.

Scharmer: Der Adressat bin ich in diesem Falle.
Ich würde das Schreiben vielleicht, damit alle bescheid wissen,
was hier vor sich geht, vielleicht mal vorlesen.

(Beifall)

Scharmer: Genehmigungsverfahren Brennelement-Zwischenlager bei Gorleben.
Bezug: Ihr Schreiben vom 13.12.1980
Sehr geehrt...

Zw-Ruf (..81 steht drauf)

(Lachen)

Scharmer: Sehr geehrter Herr Scharmer!
Sie haben in Ihrem Schreiben zu bedenken gegeben, es lägen Gründe vor, die Mißtrauen gegen eine unparteiische Amtsausübung durch die PTB rechtfertigten. Die am Genehmigungsverfahren beteiligten Mitarbeiter gegen die sich der Vorwurf allein richten kann, haben mir als dem zuständigen Behördenleiter pflichtgemäß Ihre Besorgnisse zur Entscheidung - scheidung vorgelegt. Ich habe Ihre Vorwürfe eingehend geprüft. Dabei bin ich zu dem Ergebnis gekommen, daß die Vorwürfe nicht geeignet sind, eine Besorgnis der Befangenheit zu begründen.
Mit freundlichen Grüßen

ich mußte mir das sagen lassen - ich bitte um Entschuldigung - ich finde das nicht sehr höflich, ich mußte mir sagen lassen, wer unterschrieben hat, ich finde es höflich, wenn auch eine Erklärung für eine unleserliche - für einen Laien unleserliche Unterschrift da ist. Ich möchte das hier so ganz nebenbei bemängeln.
Und jetzt zurück zu meiner Frage: Bezieht sich dieses Schreiben, das an Personen gegangen ist - und wenn ich mich - wenn ich recht informiert bin, sind das gleichlautende Schreiben - bezieht sich ein solches Schreiben nur auf Vorwürfe in den Einwendungen selbst, und darauf kann es doch eine einfache Antwort geben.

Heintz: So ist es.

Scharmer: Danke!

Nun möchte ich weiter fragen: Gibt es auch - gilt diese Einschränkung bzw. Unbedenklichkeitserklärung auch für in nächster Zeit, also Wochen, Monaten, eingehende Vorwürfe der Befangenheit? Darf ich das auch fragen?

Gutermuth: Zu weit! Zu weit!

Die - ...neue Punkte auftreten, dann gelten es natürlich eine neue Situation, und der Präsident muß sogar neu entscheiden.

Scharmer: Ja, danke.

Ich habe das außerordentliche Vergnügen, hier vorzustellen, ein Schreiben, aus dem hervorgeht, daß die PTB sich auch mit der Futurologie beschäftigt. Ich habe hier ein Schreiben, an Frau Gudrun Scharmer:

Bezug: Ihr Schreiben vom 13.12.1981.

Ich habe eine Fotokopie angefertigt, die würde ich gerne da nach vorne hingelangen lassen. Ich habe ja mit Absicht so gefragt, was soll das? Ich komme noch nachher auf diesen Punkt nochmals zurück. Einundachtzig! Darum fragte ich nach dem, ob das auch im Voraus gilt. Dezember 81. - So! - Und nun ist die weitere Frage zur Unbedenklichkeit: Ist der Präsident der PTB in der Lage, so frage ich jetzt als - als kleiner Bürger?

(Gelächter)

..das ist, das ist innerlich gemeint - als kleiner Bürger, der dann Angst vor so viel geballtem Sachverstand hat, den wir uns schon lange mal gewünscht hätten hier in dem Landkreis.....

(Beifall)

...ist der Präsident der PTB in der Lage, die Unbedenklichkeit der Mitarbeiter seiner Behörde selbst, der Genehmigungsbehörde in diesem Fall, zu bescheinigen? Und welche Mitarbeiter meinte er denn da eigentlich? Was hat er denn geprüft? Das hätte ich auch gern mal gewußt! Und ich hätte auch gerne mal gewußt, nach welchen Kriterien

wurde diese unterstellte Unvoreingenommenheit überprüft? Welche Vorwürfe wurden dabei überprüft? Nach meiner Meinung ist es doch nicht angängig, ich hab mir mein Schreiben angeguckt, ich weiß gar nicht, worauf da dieser Einwand gekommen ist, und diese Unbedenklichkeitsbescheinigung - Entschuldigung, ich muß manchmal an diesen Ausdruck, den wir mal in einer Zeit unseres - Staates, neuen Staates hatten, an den Persil-Schein denken - und ich frage mich, handelt es sich also um eine pauschale Unbefangenheitserklärung? Welche rechtlichen Auswirkungen hat sie? Das wäre nun zu diesen beiden Schreiben. Wenn Sie darauf antworten wollen - ich habe weitere Fragen, die sich daran noch ansl.....

Gutermuth: Ja....

Herr Scharmer ich antworte gern direkt - da - darauf - Sie haben die Frage gestellt, worauf re- hat der Präsident reagiert? Ich kann Ihnen nur das sagen, was ich darüber weiß. Wir haben ihm die Original - wir haben ihm die Briefe vorgelegt - wir haben ihm den Sachverhalt, soweit beispielsweise Intercity-Gespräch soweit im Einzelnen dargelegt und ihm allein die Entscheidung überlassen. Welche Gründe ihn jetzt bewogen haben, das können wir nicht wissen, er hat uns

(Zwischenrufe)

..er hat uns selbst keinerlei Begründung seiner Entscheidung gegeben, und dazu ist er auch nicht verpflichtet.

(Unruhe)

Scharmer: Herr Gutermuth. Ich bedanke mich für die ehrliche Antwort, aber ich würde es besser finden, in einem Verfahren, von dem die PTB schon lange wissen sollte, wie es hier im Landkreis steht, was viele Ihrer Mitarbeiter anscheinend immer noch nicht kapiert haben, daß ein Präsident, der ein solches Schreiben unterzeichnet, unter Umständen auch den Mut findet - ich weiß nicht, ob er den braucht - soviel ich gehört habe, nicht - aber auch die Zeit, hier Bürgern Rede und Antwort zu stehen. Aber ich möchte mit einem anderen Punkt weitermachen.

Scharmer: Danke!

Nun möchte ich weiter fragen: Gibt es auch - gilt diese Einschränkung bzw. Unbedenklichkeitserklärung auch für in nächster Zeit, also Wochen, Monaten, eingehende Vorwürfe der Befangenheit? Darf ich das auch fragen?

Gutermuth: Zu weit! Zu weit!

Die - ...neue Punkte auftreten, dann gelten es natürlich eine neue Situation, und der Präsident muß sogar neu entscheiden.

Scharmer: Ja, danke.

Ich habe das außerordentliche Vergnügen, hier vorzustellen, ein Schreiben, aus dem hervorgeht, daß die PTB sich auch mit der Futurologie beschäftigt. Ich habe hier ein Schreiben, an Frau Gudrun Scharmer:

Bezug: Ihr Schreiben vom 13.12.1981.

Ich habe eine Fotokopie angefertigt, die würde ich gerne da nach vorne hingelangen lassen. Ich habe ja mit Absicht so gefragt, was soll das? Ich komme noch nachher auf diesen Punkt nochmals zurück. Einundachtzig! Darum fragte ich nach dem, ob das auch im Voraus gilt. Dezember 81. - Sol - Und nun ist die weitere Frage zur Unbedenklichkeit: Ist der Präsident der PTB in der Lage, so frage ich jetzt als - als kleiner Bürger?

(Gelächter)

..das ist, das ist innerlich gemeint - als kleiner Bürger, der dann Angst vor so viel geballtem Sachverstand hat, den wir uns schon lange mal gewünscht hätten hier in dem Landkreis.....

(Beifall)

...ist der Präsident der PTB in der Lage, die Unbedenklichkeit der Mitarbeiter seiner Behörde selbst, der Genehmigungsbehörde in diesem Fall, zu bescheinigen? Und welche Mitarbeiter meinte er denn da eigentlich? Was hat er denn geprüft? Das hätte ich auch gern mal gewußt! Und ich hätte auch gerne mal gewußt, nach welchen Kriterien

wurde diese unterstellte Unvoreingenommenheit überprüft? Welche Vorwürfe wurden dabei überprüft? Nach meiner Meinung ist es doch nicht angängig, ich hab mir mein Schreiben angeguckt, ich weiß gar nicht, worauf da dieser Einwand gekommen ist, und diese Unbedenklichkeitsbescheinigung - Entschuldigung, ich muß manchmal an diesen Ausdruck, den wir mal in einer Zeit unseres - Staates, neuen Staates hatten, an den Persil-Schein denken - und ich frage mich, handelt es sich also um eine pauschale Unbefangenheitserklärung? Welche rechtlichen Auswirkungen hat sie? Das wäre nun zu diesen beiden Schreiben. Wenn Sie darauf antworten wollen - ich habe weitere Fragen, die sich daran noch ansl.....

Gutermuth: Ja....

Herr Scharmer ich antworte gern direkt - da - darauf - Sie haben die Frage gestellt, worauf re- hat der Präsident reagiert? Ich kann Ihnen nur das sagen, was ich darüber weiß. Wir haben ihm die Original - wir haben ihm die Briefe vorgelegt - wir haben ihm den Sachverhalt, soweit beispielsweise Intercity-Gespräch soweit im Einzelnen dargelegt und ihm allein die Entscheidung überlassen. Welche Gründe ihn jetzt bewogen haben, das können wir nicht wissen, er hat uns

(Zwischenrufe)

..er hat uns selbst keinerlei Begründung seiner Entscheidung gegeben, und dazu ist er auch nicht verpflichtet.

(Unruhe)

Scharmer: Herr Gutermuth. Ich bedanke mich für die ehrliche Antwort, aber ich würde es besser finden, in einem Verfahren, von dem die PTB schon lange wissen sollte, wie es hier im Landkreis steht, was viele Ihrer Mitarbeiter anscheinend immer noch nicht kapiert haben, daß ein Präsident, der ein solches Schreiben unterzeichnet, unter Umständen auch den Mut findet - ich weiß nicht, ob er den braucht - soviel ich gehört habe, nicht - aber auch die Zeit, hier Bürgern Rede und Antwort zu stehen. Aber ich möchte mit einem anderen Punkt weitermachen.

(Beifall)

Scharmer: Ich erinnere an unser Schreiben - mit unserem, meine ich der Arbeitsgruppe Rechtshilfe - vom 13. Oktober 1980, darin hat die Arbeitsgruppe auf schwerwiegende Mängel des von Ihnen ausgelegten Sicherheitsberichtes hingewiesen. Unter anderem wurde von uns bemängelt, daß Angaben über die Art der Strahlung, Alpha-, Beta-, Gamma-Strahlung, fehlten. Und darauf hat vom Bundesinnenministerium Dr. Berg - soviel ich informiert bin, arbeitet er unter Herrn Pfaffelhuber, Pfaffelhuber, ja - erklärt, er erklärt dieses Fehlen mit Schreiben vom 28. November damit, daß der Schreibautomat über diese Zeichen nicht verfüge.

(Gelächter)

Ich meine, das ist

(weiteres Gelächter)

...solche netten Sachen sind immer geeignet, die vielleicht manchmal harte Stimmung 'n bißchen aufzulockern.
Desweiteren - die weiteren von uns gegen die PTB erhobenen schwerwiegenden Vorwürfe werden von Dr. Berg für überzogen gehalten, jedoch nicht zurückgewiesen. Er schreibt auch nicht, daß sie überprüft wurden; er hält sie für überzogen, aber er hält sie nicht für unwahr. Also keine Unbefangenheitserklärung vom Bundesinnenministerium.
Herr Prof. Heintz, dann habe ich Sie bei einem Seminar am 12. Dezember 1980 vergangenen Jahres - habe ich Sie persönlich angesprochen und habe gefragt, wann kommt denn nun die Antwort der PTB, nämlich dieses Schreiben war ja nicht nur an den Bundesinnenminister gegangen, sondern war an die Fraktionen gegangen, und darin hatten wir ja auch bestimmte Forderungen Beschuldigungen erhoben - wann die Antwort noch käme, weil sie ausstünde. Und nun haben Sie auch ein Antwortschreiben geschickt und sind ebenfalls auf die unsere die PTB betreffenden Vorwürfe nicht eingegangen. Und dann - ich finde die Frage immer noch nicht beantwortet - Herr Prof. Heintz, ich bitte um Entschuldigung, daß ich das so kleinlich nehme, ich habe keine 200

Millionen im Rücken, ich habe auch nicht Herrn Knizia im Rücken,
ich habe auch niemand anders im Rücken -

(Beifall)

..und mir macht das Mühe, solche Dinge hier zu sagen; aber ich
frage mich, und ich frage Sie, was haben Sie, was hat eine bestimm-
te Gruppe innerhalb der PTB - ganz gewiß nicht alle, das möchte ich
sagen, ich kenne einer von Ihnen hier persönlich - was haben Sie
eigentlich für ein Menschenbild hier von den Bewohnern dieses
Kreises. Und besonders Ihr heutiges Erscheinen als Vorsitzender
dieser Anhörung, Herr Prof. Heintz, das muß auf viele Menschen die-
ses Kreises wie eine Provokation wirken,

(langer Beifall)

..und provozierend war das Vorgehen einiger Mitarbeiter in diesem
Kreise ja schon sehr oft, darüber haben sich ja sogar Leute aufge-
regt, von denen man's gar nicht erwartet hätte.

(Zwischenrufe)

Und dann kommen Sie nun den Bürgern, die hier schwere Sorgen haben,
mit einer Einschränkung des Rechtsschutzes noch gleichzeitig und er-
warten von uns, daß wir keine Besorgnis wegen Befangenheit haben
und meinen, die könnte man mit einem juristischen Kniff, wie mit
diesem Brief ausbügeln.

Ich fasse zusammen:

Diese Materie, so muß es doch jedem einleuchten, ist so kompliziert,
daß Sie in der PTB schon beim richtigen Einsetzen des Datums Schwierig-
keiten haben.

(Beifall)

Die Materie ist so komplex, daß Sie nicht vermögen, Lücken im Sicher-
heitsbericht vor der Auslegung ohne Mithilfe von Laien aus diesem
Kreis selbst zu entdecken.

(Gejohle, Beifall)

Scharmer: Diese kostenlose und kostenfreie Mitarbeit möchte ich besonders hervorheben und möchte mich dafür bedanken.

(Beifall)

Aber ich frage mich, was machen eigentlich Ihre Fachleute? Selbst die Automaten, die Sie zur Bewältigung Ihrer Aufgabe einsetzen, sind fehlerhaft und sind nicht einmal in der Lage, dieses sofort durch eine genaue Kontrolle zu unterbinden. Wenn Ihre Fachleute, wenn Ihre Sekretärinnen, die sonstigen Sachbearbeiter, die Automaten und deren Kontrolleure derart mit Blindheit geschlagen sind, wenn Sie jetzt schon im Anfang solche kleinen Pannen verniedlichen, wie können Sie dann verlangen, daß wir uns der Führung von Blinden anvertrauen, daß wir Vertrauen zu Ihrer Objektivität, Ihrer wissenschaftlichen Genauigkeit haben. Und wie können Sie, insbesondere Sie, Herr Prof. Heintz, erwarten, daß wir keine Besorgnis wegen Ihrer Befangenheit haben. Ich wiederhole den Satz zum Schluß aus unserem Schreiben vom 13. Oktober 1980; und es deutet etwas an, was auch andere Gruppierungen von der PTB doch mal hören sollten. Es kann nicht ohne Widerspruch hingenommen werden, daß bei vielen Bürgern der Eindruck entstanden ist, die PTB sei der DWK dienstbar und sei dieser nach Möglichkeit behilflich. Nein, für viele von uns gibt es, das müssen wir hier auch offen aussprechen, eigentlich gar keine Besorgnis wegen der Befangenheit der PTB: für viele, so befürchte ich, ist es zur Gewißheit geworden, und deshalb

(langer Beifall)

...und deshalb möchte ich eigentlich beantragen - aber ich halte eigentlich viel davon, daß Menschen anders miteinander umgehen - Herr Prof. Heintz, wenn das stimmt, mit dem Intercityzug, dann möchte ich Sie erstens bitten zurückzutreten - von der Leitung. Ich möchte Sie darum bitten, ich würde das respektieren - ich behalte gern meinen Respekt für andere - und ich würde auch zu überlegen geben,

ob, da so vieles fehlt bei den Unterlagen, und da hier doch wirklich erhebliche Einwände gegen die Unbedenklichkeit und Unbefangenheit geäußert worden sind, ob es nicht besser wäre, dieses Verfahren abzubrechen und sauber an einem anderen Datum neu aufzurollen.

Ich danke.

(langer Beifall - langes rhythmisches Klatschen)

Heintz: Wenn ich die Worte, die ich bisher gehört habe, zusammenfasse, ist der Kern dieser Dinge die Frage, wie kommt jemand aus der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt dazu - und ich bin in diesem Fall die genannte Person - solche verschiedene Funktionen, Endlagergeschäft und Zwischenlageregenehmigung gleichzeitig betreiben zu wollen. Nun ist es leider so, daß im Atomgesetz unter § 23 diese Funktionen für die Physikalisch-Technische Bundesanstalt aufgezeigt sind. Das ist also die Besorgung von Sicherstellung und Endlagerung auf der einen Seite als Antragsteller und auf der anderen Seite die Abteilung von Genehmigung für - im Rahmen von § 6 und § 4 und noch anderen Dingen. Das hat der Gesetzgeber gewollt so gewollt.

(Unruhe)

Bitte, nehmen Sie mir das ab, das können Sie selbst nachlesen und Sie können das.....

(Zwischenrufe)

...das obliegt aber nicht meiner Entscheidung und Sie dürfen mir nicht unterstellen, ich nehme das gerne zur Kenntnis, ich sei nervös, oder ich sei nun nicht guten Willens und so weiter, es ist also nicht eine Frage, ob mir das gefällt oder nicht, es ist einfach eine Frage, daß dies so im Gesetz steht und vom Gesetzgeber gewollt ist.

(Zwischenrufe)

Janning: Herr Heintz ... Herr Heintz ...

Heintz: Herr Janning, bitte ...

Janning: ...darf ich's auf einen Punkt bringen,...

Heintz: bitte ...

Janning: ...erlauben Sie mir da jetzt auch, sozusagen mehr oder weniger von Mann zu Mann ...

Heintz: ...ja ja, gern ...

(Gelächter, Pfeifen)

Janning: Herr Heintz, sind Sie bei dem hier häufig genannten Intercity-Gespräch beigewesen, ja oder nein?

Heintz: Herr Janning, von Mann zu Mann, ich hab das nie geleugnet, ich habe das nie geleugnet ...

(Gelächter, Beifall,)

Ich habe es auch ... Entschuldigung ... Entschuldigung, ich habe es auch nicht nötig, es zu leugnen, ich habe ein völlig reines Gewissen.

Janning: Ich glaube -

Heintz: Ich darf Sie nur mal - Entschuldigung, ich darf Sie nur mal von Mann zu Mann fragen, wie - wie glauben Sie denn wohl, wenn jemand, ein Antragsteller mit der Genehmigungsbehörde et... ein Ding drehen wollte, das sich dann lauthals in ein Gespräch im Speisewagen des Intercity einlassen - einlassen würde, glauben Sie denn wirklich, wir seien so blöde, wenn wir das vorhätten?

(Gelächter)

Heintz: Dann

Janning: Also, Herr Heintz

Heintz: Dann darf ich doch zu meinen Lasten feststellen, daß Sie außer den uns bekannten Befangenheitsanträgen auch noch wohl den - die Vorstellung haben, ich sei also wegen Blödheit für diese Sache nicht geeignet

(Gelächter)

Heintz: Ich habe das gerne formuliert, damit das auch im Protokoll festgehalten wird.

Janning: Aber, Herr Heintz - ich darf das vielleicht dann doch 'n bißchen wieder, obwohl ich Rheinländer bin, mal so aus der Karnevals-atmosphäre rausholen

Heintz: Bitte!

Janning: Die Tatsache, daß Sie im Intercity-Gespräch für uns - das liegt protokollarisch ja vor- zumindest als Gedächtnisprotokoll von dem Prof. Blay, als Betreiber des Endlagers sich mit einer Genehmigungsbehörde abgesprochen haben, wie vorzugehen sei, und sich, zur Durchsetzung Ihrer Betreiberinteressen abgesprochen haben, bestimmte Gutachten sich zu eigen zu machen, mit denen man dann einen bestimmten Weg als Betreiber für durchsetzbar hält gegenüber der Bevölkerung und so weiter ..., daß diese Verfahrensweise uns doch, die wir so etwas lesen und so etwas hören, nahelegt, mehr als nahelegt, darüber zu zweifeln, wie Sie denn in der Rolle als Genehmigungsbehörde tatsächlich dann auch noch umgehen können mit irgendwelchen Gutachten von den Herren da oben mit irgendwelchen Unterlagen wie Sicherheitsbericht von der DWK. Das ist doch für uns, den betroffenen Bürger, die erkennbare - der erkennbare Widerspruch in Ihrer Person in der Institution Physikalisch-Technischen Bundesanstalt. Hier sind nun die Forderungen gestellt worden, daß doch

Prof. Kind hierher kommen möge, um Rede und Antwort zur Sache zu stehen und zu erklären, warum er sie für in diesem Sinne nicht befangen hält. Dieses ist die Forderung.

(Beifall)

Janning: Es muß der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt möglich sein, jetzt in Braunschweig anzurufen und Herrn Prof. Kind - so er nicht hier ist - hierherzuholen und zu sagen, hier findet etwas, was er gesagt hat, kein Verständnis. Ich weiß auf der anderen Seite aber auch - und wir wollen es an diesem Punkt sicherlich nicht übers Knie brechen, aber mit aller Deutlichkeit feststellen und das wird gleich in zwei weiteren Wortbeiträgen von Rechtsanwalt Schmelke und Pastor Mahlke auch noch einmal gesagt werden, daß hier ein ganz erheblicher Widerspruch in dem da - in dem vorhanden ist, was wir, die Bürger, als für uns rechtens erkennen und was sie meinen, aus den Gesetzen für sich ableiten zu können. Dies ist ein Widerspruch....

(Beifall)

...dies ist ein Widerspruch, der bis an die Zerreißgrenzen dieser Demokratie geht. Wir sind bestimmt nicht diejenigen

(Gelächter, Beifall)

...wir sind bestimmt nicht diejenigen, die diese Grenze herbeigeführt haben, sondern wir meinen es mit diesem, was wir hier vorgetragen haben, ableiten zu können, daß Sie es sind, die diese Zerreißgrenzen formulieren und bis an diese hinein - bis an diese hinan - hier Verhaltensweisen ausstrecken. Wir meinen auch nicht, daß wir es sind, die die Demokratie hier retten werden, aber wir sind sicherlich ein gut Teil dabei, auf unserer Seite mehr Demokratie zu praktizieren als Sie es hier vorbringen.

(Beifall)

Heintz: Schönen Dank

Zw-Ruf: Antworten!

Heintz: ..es liegen ...

Zw-Ruf: Antworten!

Zw-Ruf: Soll darauf erst geantwortet werden?
Dann bitte ich um die Antwort.

Heintz: Nun, es ist nicht dieser, dies der Ort, um über Demokratie-Verständnis zu reden, ich habe ...

Zw-Ruf: Verzeihung, ich glaube, daß, daß -

Die Frage ist, ob Prof. Kind geholt werden kann jetzt oder nicht...

Heintz: Nein, ich werde ihn nicht holen. Sie, ich stelle Herrn Janning anheim, mit Hilfe unseres Telefons sich mit Herrn Kind selbst zu unterhalten aber ich bin nicht bereit, Herrn Kind hierherzuholen.

(Zwischenrufe - Pfiffe)

Heintz: Bitte ... Sie ...

Schmelke: Ja ich glaube, das können wir jetzt zur Kenntnis nehmen

Heintz: Darf ich Ihren Namen ... Ihren Namen ...

Schmelke: ... zur Kenntnis nehmen.

... ich bin schon angekündigt worden - Schmelke aus Lüchow.

Blech-

schmidt: Ihr Name!

Gutermuth: Sind - es sind noch andere Wort....

Heintz: Nee, Sie da - Entschuldigung - da sind noch andere Wortmeldungen.

Schmelke: Doch, Herr Janning hat mich eben angekündigt!

Gutermuth: Da sind noch andere Wortmeldungen vorher!

Heintz: Wer ist der Nächste? Frau Scharmer?

Gutermuth: Will Wollny spr... Heintz:
Wollny hatte sich gemeldet.

Wollny: Ja, ich ...

Heintz: Verzichtet.

Wollny: (spricht:)

Gutermuth: Dankeschön!

Blech-
schmidt Dann hat sich Frau....

Heintz: Frau Scharmer verzichtet oder läßt zurückstellen ...

(Gelächter) (Zwischenrufe)

Schmelke: Hat irgendjemand Einwände, daß ich spreche?

Heintz: Hat jemand was dagegen, daß der Herr jetzt spricht? Nein?
Der Name ist hier nicht verstanden worden, Entschuldigung.

Schmelke: Schmelke!

Heintz: Schmelke! Schmelke. Bitte, Herr Schmelke! Bitteschön.

Schmelke: Nachdem mein Name jetzt dreimal deutlich genannt worden ist, darf ich auch ein Wort zur Demokratie sagen. Die Demokratie ist ein Staat, dessen Souverän man unentwegt anschreien muß, damit er nicht einschläft. Es hat kürzlich ein englischer Publizist gesagt und ich möchte hinzufügen, meistens ist die schweigende Mehrheit auch eine schlafende Mehrheit.

(Beifall)

Schmelke: Die Bürger, die Sie hier anhören wollen, brauchen nicht angeschrien zu werden, das werden Sie inzwischen gemerkt haben,

die sind schon munter. Und sie können für sich in Anspruch nehmen, für die schweigende Mehrheit der Bevölkerung dieses Landkreises zu sprechen.

(Beifall)

Ich erwarte deshalb von Ihnen und von der PTB und von dem Präsidenten der PTB, daß Sie die hier vorgetragenen und die Ihnen bereits schriftlich vorliegenden Einwände ernst nehmen und nicht in einer obrigkeitsstaatlichen Manier abschmettern. Zu dieser Bemerkung habe ich nämlich Anlaß genau wie Herr Scharmer darüber Klage geführt hat. Ich habe unter anderem in fünf - zu fünf, Punkt der Einwendungen, die meine Frau und ich eingereicht haben - schriftlich - darauf hingewiesen, daß Sie doch eigentlich überhaupt nicht erwarten können, daß die Bürger dieses Landkreises überhaupt ohne weiteres in der Lage sind, zu diesem Sicherheitsbericht der DWK und zu den technischen Detailproblemen, die darin angesprochen werden, Stellung zu nehmen. Ich habe Ihnen desweiteren dargelegt, daß es doch Ihre Aufgabe als Genehmigungsbehörde sei, wenn Sie schon solch einen Anhörungstermin machen wollen, überhaupt einmal dafür zu sorgen, daß der Bevölkerung objektive Informationen verschafft werden. Ihre Aufgabe wäre es gewesen, darauf hinzuweisen, daß Antragsunterlagen in dem Genehmigungsantrag fehlen und welche Lücken sonst in dem Sicherheitsbericht vorhanden sind. Nichts davon haben wir bisher gehört. Ich habe weiter dargelegt, daß dieser Umstand und eben hinzugenommen die Tatsache, daß Sie zugleich in diesem Verfahren Genehmigungsbehörde sind und andererseits aber das im unmittelbarem Zusammenhang mit diesem geplanten Projekt stehende Endlager betreiben sollen und wollen, daß alle diese Umstände zusammen eben nicht geeignet sind, hier den Eindruck zu vermitteln, daß es sich um eine, um ein unvoreingenommenes Verfahren handelt und um eine unbefangene Prüfungsbehörde. Und ich habe auf diese mit - wie ich meine, in der gebotenen Knappheit ausführlich begründete Besorgnis von Ihnen eine Antwort erhalten, die ich Ihnen nicht mehr vorlesen muß, weil sie nämlich genau wortwörtlich textgleich mit dem Brief übereinstimmt, den Herr Scharmer hier vorhin schon vorgelesen hat, und ich wiederhole, ich finde, das ist

eine Unverschämtheit.

(Beifall)

Schmelke: Sie erwarten doch offenbar von uns Bürgern, daß wir uns unsere Freizeit oder nachts oder ich weiß nicht, wie Sie sich das vorstellen, wir haben alle einen Beruf, der uns voll auslastet, hinsetzen, dieses dickleibige Konvolut studieren von Sicherheitsbericht und andere Dinge, und Einwendungen vortragen. Und dann bekommen wir darum, ich kann es nicht anders nennen, eine derart schnoddrige Antwort, die einfach auf die Gründe, die wir vortragen haben, überhaupt nicht eingeht.

(Beifall)

Ich bin natürlich realistisch genug, um nicht zu erwarten, daß Sie sich selbst und Ihre gesamte Anstalt wegen Befangenheit ablehnen werden. Es bleibt mir also nur die Hoffnung, daß unsere Befürchtung, unsere Besorgnis, Sie seien befangen, unbegründet, daß das Mitgeteilte, ohne Gründe mitgeteilte Prüfungsergebnis Ihres Präsidenten wahr ist. Diese Hoffnung bleibt. Aber eben die Art und Weise Ihrer Antwort stürzt uns ja in neue Zweifel. Soll nicht vielleicht das ganze Auslegungs- und Anhörungsverfahren nur ein Ventil sein, um Dampf aus der Bevölkerung abzulassen. Wir haben die Hinweise, die hier in der Presse veröffentlicht worden sind, sehr wohl verstanden. Daß dieses ohnehin nur ein Gnadenakt sein soll, von Gesetzeswegen nicht vorgesehen, was Sie heute veranstalten. Wundern Sie sich eigentlich gar nicht, daß hier überhaupt Bürger erschienen sind, die sich selber ernst nehmen, wundern Sie sich darüber nicht? Ich wundere mich darüber, das muß ich Ihnen sagen! Sie werden es zurückweisen und werden sagen, natürlich hat dieser Termin keine bloße Ventil- oder Alibifunktion. Dann aber, wenn Sie gleichwohl diesen Anhörungstermin veranstalten, haben Sie doch offensichtlich selbst das Gefühl, daß das hier gewählte Genehmigungsverfahren nicht das Zutreffende ist. Ich habe hier noch eine Reihe von weiteren Einwendungen, gegen die Art des gewählten Verfahrens vorbereiten, aber

ich glaube, ich rede schon zu lang - ich will mich kurz fassen, ich möchte nur zum Schluß - wenn Sie mir das gestatten, als Jurist einen Appell an die Juristen in Ihrem Hause richten. Möchte ein Zitat von Prof. Bender aus Freiburg bringen aus einem Aufsatz, der 1978 erschienen ist:

" Wissen ist Macht, und das gilt besonders für großtechnisches Wissen. Macht bedarf der Bändigung. Aber der dynamische sogenannte technische Fortschritt droht den Rechtsnormen, die seinen Lauf auf unbedenklichen Kurs halten sollen, wegen des Mehrs statischen Charakters der Rechtsordnung immer wieder davonzulaufen."

Und dies genau ist die Befürchtung, die wir auch zu dem haben, was in Ihrem Hause im Rahmen dieses Genehmigungsverfahren geschieht und sich abspielt. Daher mein Appell an die Juristen in Ihrem Hause: Verfallen Sie nicht einem billigen und bequemen Gesetzespositivismus, wie wir das schon aus heute hier gefallenen Äußerungen offensichtlich entnehmen müssen. Laufen Sie nicht nur mit dem Grundgesetz unter dem Arm herum, sondern lesen Sie drin und wenden Sie es auch an.

(Beifall)

Schmelke: Die Entscheidung, die Sie treffen müssen, ist von enormer Wichtigkeit nicht nur für uns hier vor Ort, sondern offensichtlich auch für schon allzu mächtige Atomindustrie. Allenthalben machen die Gerichte und Politiker die Genehmigungen für Neubau und Inbetriebnahme von neuen Atomkraftwerken von der Lösung des Entsorgungsproblems abhängig, und das wurde ja auch höchste Zeit. Leider ist dieses Junktim inzwischen schon dadurch verbessert worden, daß man die Einrichtung von Zwischenlagern genügen lassen will, wobei doch das Problem der Endlagerung, der Endbeseitigung des Atomülls weltweit ungelöst ist. Ich fürchte daher, Sie werden einen erheblichen Druck zu spüren bekommen. Nehmen Sie Ihre Verantwortung ernst. Lassen Sie sich nicht zum Büttel, Sie, die Juristen in der PTB, lassen Sie sich nicht zum Büttel der Technik degradieren...

(Beifall)

Schmelke: ...und schon erst recht nicht zum Erfüllungsgehilfen der Atomlobby.

(Beifall)

Schmelke: Bestehen Sie in Wahrnehmung Ihrer Verantwortung vor dem Grundgesetz, Sie, die Juristen in der PTB darauf, daß dieses Genehmigungsverfahren abgebrochen - und wie es mein Vorredner richtig formuliert hat - sauber neu begonnen wird, wenn es denn sein muß.

(Beifall - rhythmisches Klatschen)

Heintz: Darf ich um ... Bitte ...

(Unruhe)

Mahlke: Ich bin von Herrn Janning angekündigt worden, mein Name ist Mahlke.

Heintz: Entschuldigung, nur - nur zur Richtigstellung hier, hier liegt noch 'ne lange Liste vor

Mahlke: Hat jemand was dagegen, wenn ich jetzt rede?

Heintz: Ja, bitte ...

Zw-Rufe: nein

Heintz: Gut - also dann bitte.

Mahlke: Ich würde gerne anknüpfen an das, was Herr Schmelke gesagt hat, ich weiß nicht, ob Sie mit mir übereinstimmen, daß das Prinzip der Demokratie die Gewaltenteilung ist. Die Gewaltenteilung, habe ich in der Schule gelernt, wird dadurch sichtbar, daß die Macht kontrolliert wird. Wir merken zur Zeit, wie schwierig das zum Beispiel in Polen ist, die Macht zu kontrollieren. Aber an ...

bei der PTB ist folgendes, das ist mein Einwand gewesen, den hab' ich an die PTB geschickt, Sie sind, das ist auch wiederholt genannt worden, sowohl Antragsteller als auch Genehmigungsbehörde. Das heißt, Sie haben sich jetzt in dem Gespräch auf den § 23 berufen, haben gesagt, der § 23 legt das so fest, okay, für den § 23 sind Sie nicht verantwortlich, aber Sie sind verantwortlich dafür, wenn Sie nach einem Gesetz handeln, was der Verfassung widerspricht. Hier sind im § 23, ist der Gewaltenteilung nicht mehr durchgehalten. Sie sind dort Antragsteller und Genehmigungsbehörde fürs Projekt Gorleben, das haut nicht hin. Aber ich möchte das ergänzen oder vertiefen, durch die Tatsache, wie meinem Brief geantwortet ist. Ihr Präsident hat darauf geantwortet - hat aus meinem Vorwurf der Verfassungswidrigkeit gemacht - meine Mitarbeiter sind nicht befangen. Wie kommt eigentlich der Behördenleiter dazu, auf einen solchen Einwand eine solche Antwort zu geben. Ich habe wirklich Zweifel, ob er meinen Einwand gelesen hat.

(Beifall)

Ich bin nun kein Jurist, sondern Pastor, aber ich meine, der Begriff der Befangenheit kommt aus der Juristerei, wenn ich mir das in der Juristerei vorstelle, ist das so, daß ein Richter dann befangen ist, wenn er mit dem Angeklagten verwandt ist.

(Beifall, Gelächter)

Ich frage Sie, wenn ein Richter mit dem Angeklagten verwandt ist, kann er dann selbst sagen, ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß die Vorwürfe nicht geeignet sind, eine Besorgnis der Befangenheit zu begründen? Das kann er wirklich nicht sagen, der Richter, und es müßte eigentlich eine andere Instanz tun, eine von dem Richter unabhängige Instanz, aber das kann natürlich kein Mensch tun, weil, wenn der Richter mit dem Angeklagten verwandt ist, dann ist er befangen. Um wieviel mehr gilt das, was ich eben gesagt hab' für die PTB, weil da ja der Richter mit dem Angeklagten nicht mal verwandt ist, sondern es ist ein und dieselbe juristische Person.

(Beifall, Gejohle)

Mahlke: Wenn wir das zusammen in einem Wort ausdrücken, haben wir den angeklagten Richter, aber Herr Heintz, das wäre - das wäre doch ein Witz, wenn der angeklagte Richter oder die antragstellende Genehmigungsbehörde erklärt, ich bin nicht befangen und wir das dann auch noch glauben sollten.

(Beifall, Gelächter)

Mahlke: Deswegen bin ich der Meinung, dieses Verfahren gehört abgebrochen.

(langer Beifall)

Zw-Ruf: Jawohl!

Heintz: Herr Janning, bitte ...

Janning: Ich habe jetzt eine Verständnisfrage, weil ja hier, ich hab' das vorhin selber ja auch schon gesagt, mehrfach jetzt der Abbruch der Veranstaltung gefordert wird, dieses ja eigentlich im - im - Gleichgehen mit dem, was in Ahaus auch passiert ist, und wir wollten ja auch auf die Ahaus-Problematik gleich noch zu sprechen kommen. Wie stellen Sie sich das eigentlich vor, gibt es überhaupt nach Ihrem Verständnis einen Abbruch dieses Verfahrens, Sie haben ganz am Anfang ja gesagt, dieses, was hier jetzt in diesem Moment geschieht, ist ein ernsthafter Bestandteil des Genehmigungsverfahrens, sehen Sie einen Abbruch überhaupt vor, wie stellt er sich aus Ihrer Sicht eigentlich dar?

Heintz: Ich sehe keinen Abbruch vor. Ich sehe ...

(Unruhe)

...ich sehe nur ...

Janning: Ich darf also ...

Heintz: Bitte!

Janning: Ich darf also feststellen, daß also bei diesen doch sehr fundamentalen Vorbehalten gegen die Physikalisch-Technische Bundesanstalt als Genehmigungsbehörde der Antrag hier - man möge das Verfahren abbrechen und sauber an anderer Stelle weiterzuführen - daß dem nicht stattgegeben wird.

Heintz: Dem wird nicht stattgegeben; Herr Gutermuth, bitteschön.

(Zwischenrufe)

Gutermuth: Herr - Herr Janning, und wenn ich, und wenn Sie erlauben, auch gleich zu dem, was Herr Mahlke sagte, die Bitte oder die Aufforderung an uns den abzubringen wird begründet mit Befangenheit, und dazu ist klar die Antwort Ihnen gegeben worden. Wieso können Sie dann eigentlich noch fragen, ob wir, ob wir jetzt hier abbrechen wollen aus diesem Grunde. Wir hätten gar nicht dazu die Befugnis. Herr Mahlke, aber ich will nicht, ich will nicht zu der Befangenheit noch Ausführungen machen, um die Sache nicht damit in die Länge ziehen, aber zwei Dinge glaube ich, bin ich Ihnen schuldig, einmal ist, hat Herr Mahlke gesagt, er hätte in seinem Brief die Befangenheit nicht direkt angesprochen. Herr Mahlke, wenn Sie erlauben, ich habe den Brief vor mir liegen, lese ich den entscheidenden Satz, der weil - der möglicherweise den Präsidenten dazu veranlaßt hat, hier einen Befangenheitsantrag darin zu sehen, vor. Wenn Sie das gestatten, tue ich das, sonst tue ich das nicht.

Mahlke: ich bin ganz ...

Gutermuth: Gut, dann lese ich Ihnen den Satz mit Erlaubnis von Herrn Mahlke vor. Zitiere ich zitiere

(Unruhe)

Gutermuth: Es geht ja nicht darum

(Zwischenrufe)

Gutermuth: Ich wollte nur auf den Teil reagieren, es hieß, es wäre hier nicht der Vorwurf der Befangenheit erhoben worden und nur der Satz, den wollte ich zitieren. Ich - das heißt

(Zwischenrufe)

Gutermuth: Es sei ... Sie ... wir können ...

Herr Mahlke ist gerne, kann gerne dann den Rest des Briefes auch noch verlesen von mir aus. Ich wollte nur auf den ... diesen Einwand von Herrn Mahlke eingehen, er hätte zur Befangenheit nichts gesagt. Dazu zwei Sätze, ich zitiere:

" Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt Braunschweig tritt jedoch bei dem Projekt Gorleben sowohl als Antragsteller als auch als Genehmigungsbehörde auf. Bei dem sogenannten Zwischenlager fungiert sie als atomrechtliche Genehmigungsbehörde, bei dem Endlager dagegen als Antragsteller. "

- Zitat Ende -

Genau das ist doch auch der Vorwurf, der erhoben worden ist, zu sagen, das hätte nichts mit Befangenheit zu tun, ich muß sagen, möglicherweise hat der Präsident den Brief aber in dem Sinne verstanden und ihn deshalb beantwortet. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Das zweite ist, es ist die obrigkeitshörige Manie - Manier - zitiert worden, von Herrn - von Herrn Schmelke, ich darf Ihnen sagen, daß die Vorwürfe der Befangenheit ja auch direkt von Teilen der Einwender an den Innenminister in Bonn gerichtet worden sind. Die Punkte, die hier genannt worden sind, insbesondere die alten, die nicht Vollständigkeit des Sicherheitsberichts, die Tippfehler, das Intercity-Gespräch. Herr Scharmer hat mit Recht vorhin den Brief des Innenministers erwähnt, der auf diesen Anregung - auf diese Vorwürfe gefolgt ist. Es ist also nicht so, daß nur der PTB diese Dinge vorgelegen haben, sondern auch dem Innenminister und er dazu schriftlich Stellung genommen hat. Dankeschön.

Janning: Aber das klärt ja nichts; ne!

Frau

Fritzen:

Das kann er noch gar nicht, Herr Gutermuth, das stimmt nicht. In Bonn war man ja nicht mal in der Lage, selbst zu entscheiden, sondern man hat es der PTB weitergeleitet. Weil sich schon heute

keiner mehr die Finger verbrennen lassen will, das machen Sie's und Sie geben sich auch noch dazu her. Pfui!

Gutermuth: Entschuldigung -

(Beifall)

Gutermuth: Entschuldigung - zur direkten -

Ich glaube, es liegt hier ein Irrtum vor. Ich beziehe mich auf das Schreiben des Bundesinnenministers vom 5. Januar 1981.

Frau

Fritzen: Da hat er geschrieben, er schickt das Schreiben an die PTB weiter, und auf unsere Fragen hat er nämlich überhaupt nicht mehr geantwortet. Auch das BMFT hat nicht mehr geantwortet, weil das in Bonn wieder ausgekugelt wurde.

Gutermuth: Ich habe den Brief an Frau Fritzen hier vor mir liegen.

Frau

Fritzen: Ja, ich auch.

(Gelächter)

Mahlke: Ah - also ich würde gerne mal fragen jetzt, bevor ich mich zu Wort melde, ob dieser Punkt jetzt ausgeräumt ist oder mit dem Schreiben des Innenministeriums oder muß das vorgelesen werden?

Frau

Fritzen: Das kennen wir, das ist so kurz, das lohnt sich nicht.

Mahlke: Mir liegt noch mal eben Ihnen folgendes klarzumachen:

Es ist ja, ich würde sagen, klar, daß Sie diese massive Forderung, die jetzt an Sie herantritt, hier auf Abbruch des Verfahrens, daß Sie dem nicht ohne weiteres nachkommen wollen - ich sagte ja auch schon, daß ich realistisch genug bin, nicht zu erwarten, daß sich die ganze PTB wegen Befangenheit ablehnt. Ich möchte allerdings - nochmals eins klarstellen, damit Sie nicht hier einen falschen Eindruck bekommen, von dem, was sich hier abspielt, hier unten im Saal. Ich habe das, was ich vor-

hin vorgetragen habe, mit niemandem hier im Saal in irgendeiner Weise abgesprochen und der Satz, den ich hier unten stehen habe als letzten Satz, nämlich vorgesehen, daß ich Sie, daß ich an die Juristen appelliere, das Verfahren abzubauen und sauber neu anzufangen, der steht hier, den kann ich Ihnen zeigen, mit niemandem von den sonst Anwesenden abgesprochen, ich glaube, Sie sollten sich nicht den Illusionen hingeben, daß hier irgendeine Fronde stattfindet oder so etwas, daß hier ein abgekartetes Verfahren stattfindet, bloß um Sie dort am Tisch in Schwierigkeiten zu bringen und zu Fall zu bringen, sondern das ist, wächst aus jedem einzelnen hier von uns heraus. Nicht?

(Beifall und Pfiffe)

Ich würde sagen - ich würde sagen, die Befangenheitsgeschichte - vielleicht wenn Sie mir noch eine Bemerkung dazu gestatten. Das ist ein Punkt der - auch in Gerichtssälen - oft - unrichtig behandelt wird. Man muß unterscheiden zwischen der Befangenheit eines Richters bzw. in diesem Falle einer Prüfungsbehörde und der Besorgnis der Befangenheit, das sind zwei sehr wohl zu unterscheidende Dinge. Sie dort alle können ein reines Gewissen haben und können also sich für unbefangen erklären und für unbefangen fühlen, - unterstellt. Ja, das - keiner blickt in Sie hinein - eine Gewissenprüfung haben wir ja nur für Wehrdienstverweigerer und nichts für Prüfungsbehörden.

(Beifall)

Das hat aber überhaupt da nichts mit - nichts damit zu tun, daß Sie sich gleichwohl bei den betroffenen Bürgern der Besorgnis der Befangenheit durch Ihre Reaktion, Ihre Verhaltensweise aussetzen. Und dafür meine ich, sind heute und wahrscheinlich in den verschiedenen Einwendungen, die erwähnt worden sind, den schriftlichen Einwendungen, schon eine ganze Menge Fakten zusammengetragen worden und nun, wenn Sie heute darauf nicht mit einem Abbruch des Termins reagieren wollen, dann muß das wahr-

scheinlich gerichtlich irgendwann entschieden werden.

(Beifall)

Zw-Ruf: Ich glaube, ich stehe ziemlich oben an der ^{Redner-}Liste, und ich wollte deshalb auch mal was sagen, wollte es endlich hinter mich bringen.

Frankenfeld: Name, bitte!

Zw-Ruf: Und zwar habe ich auch was von Mann zu Mann zu Ihnen zu sagen. Ich stelle fest, daß ...

Gutermuth: Ihr Name, bitte!!

Heintz: Er spricht doch von Mann zu Mann - lassen Sie ihn doch mal reden!

Manfredo: Nein, ich spreche als Manfredo hier, das ist meine Identität. Die steht auch auf Ihrer Liste drauf - ziemlich oben glaube ich.

Heintz: Manfredo - hier ist er.

Manfredo: Genau, jawohl.

Heintz: Reden Sie man ruhig!

Manfredo: Ja, ich hab' das so verstanden, daß Sie von Ihrem Chef nicht für befangen erklärt worden sind und deshalb hier mit der Leitung der Versammlung beauftragt wurden. Nun sehe ich hier, daß eigentlich die Überwiegende Mehrheit derer, die Sie leiten wollen, nicht von Ihnen geleitet werden will, weil sie nämlich Sie als befangen ansieht und ich möchte Ihnen mal von Mann zu Mann sagen, des wäre für mich'n Grund raus zu gehen und nicht'n Paragraphen zu zitieren, weshalb Sie doch da oben sitzen bleiben können.

(Beifall)

Janning: Herr Heintz, Herr Heintz,

Heintz: Herr Janning.

Janning: Sie haben sicherlich eine lange Rednerliste, ich würde den Vorschlag an die Versammlung hier machen, doch diesen Punkt der Befangenheit als eine - als einen Widerspruch - der hier in diesem Moment nicht geklärt werden kann, wohlgedacht, hier setzen Sie sich aber in den Widerspruch zu der hier versammelten Öffentlichkeit und nicht umgekehrt, daß Sie mit diesem Widerspruch leben müssen und gegebenenfalls auch auf dem Klagewege zu rechnen haben, ist Ihnen vorher gesagt worden, daß wir hier allerdings jetzt unter schärfsten Protest die nächsten Punkte inhaltlich die von unserer Seite noch vorzubringen sind, weiter vorbringen wollen, denn es gibt also noch eine ganze Reihe weiterer schwerwiegender Dinge. Wir haben ja erst gestern erfahren, daß Sie hier sitzen und aus dieser spontanen Geschichte heraus, daß Sie dies Verfahren hier leiten, ist ja schon soviel Protest entstanden, wir sollten aber wenn - das wäre jetzt mein Vorschlag an die Versammlung hier - diesen Punkt der Befangenheit einen Moment lang hintanstellen, ohne ihn zu vergessen - und hier unsern scharfen Protest formulieren und unser Unverständnis, von Ihrer Seite hierdrauf nicht eingehen zu wollen, haben wir ja Ihnen wohl deutlich gemacht und jetzt zu den anderen Punkten kommen, die wir für mindestens genauso schwerwiegend halten und die für uns in der Konsequenz eigentlich dasselbe bedeuten, was wir mit diesem Punkt schon gemacht haben, nämlich den Abbruch des Verfahrens herbeizuführen. Ich hab' vielleicht nur eine Verständnisfrage noch wieder: Sehen Sie dieses, was hier geschieht, wovon Sie selbst gesagt haben, das soll ernsthaft bedeutend im Genehmigungsverfahren sein, sehen Sie denn überhaupt rechtlich das so abgesichert, was hier geschieht, daß formal ein Abbruch überhaupt irgendetwas bedeuten könnte im Genehmigungsverfahren oder haben Sie das ganze hier so lasch und so weich angesiedelt, auch im rechtlichen, daß wir eigentlich von vornherein sagen könnten, das nützt eh nichts, daß wir hier sind, laß uns lieber nach Hause gehen.

Heintz: Schönen Dank, Herr Janning. Es ist natürlich selbstverständlich,

daß wir diese Vorwürfe der Befangenheit ernst genommen haben und haben uns ...

(Zwischenrufe)

..ich weiß, ich weiß, Sie akzeptieren das nicht, aber ich möchte das nur ergänzen, was Herr Janning gesagt hat, daß wir diese Vorwürfe ernstgenommen haben, es sind ja inhaltlich zwei verschiedene Typen von Vorwurf, der eine geht gegen die PTB überhaupt - weil es im Gesetz so steht, - daß Sie da Doppelfunktionen auferlegt bekommen hat, das andere sind Vorwürfe persönlicher Art auf mich gerichtet - Intercity usw - und dann die Schreibfehler, das mögen also auf die Personen gemünzte Vorwürfe sein. Wir haben das alles geprüft und uns auch bei anderen Leuten erkundigt, was Sie davon meinen, auch bei vorgesetzten Behörden usw., man hat uns in dieser Hinsicht Recht gegeben, d.h. also wir haben nicht selbstherrlich entschieden, wir sind uns auch über die Problematik des Atomgesetzes klar, daß der Gesetzgeber wohl bewußt diese Doppelfunktion gewollt hat. Es wäre hier nicht der Ort darüber weiter zu diskutieren. Ich darf den Gedanken von Herrn Janning aufgreifen, wir nehmen diesen Protest zur Kenntnis. Ich möchte mich aber vergewissern, ob die Damen und Herren, die hier noch Wortmeldungen haben, sich zu diesem Punkte der Befangenheit noch äußern möchten

Zw-Ruf: Da war 'ne Frage, die muß beantwortet werden.

Zw-Ruf: Der Herr Janning hat noch 'ne Frage gestellt, die möchte ich beantwortet haben.

Frankenfeld: Darf ich mal Ihren Namen

Zw-Ruf: Ich hab' keine Wortmeldung ...

Heintz: Kleinen Moment - Herr Wendt

Zw-Ruf:keine Wortmeldung !

(Unruhe)

Heintz: Moment, Entschuldigung, ich hör' Sie nicht deutlich genug!

Janning: Die Frage war doch, es gibt doch in so einem Genehmigungsverfahren bestimmt Konsequenzen, die unter anderem an diesem Begriff Abbruch gebunden sind, wir kennen das von Ahaus. Da ist ja unser Beispiel, das wir ja heute auch noch anführen werden. Dort führte der Abbruch - des - oder - dort führte der Abbruch des Erörterungstermins zu einem Stillstand im Genehmigungsverfahren. Ich will Sie jetzt nur fragen, wenn es hier zu einem Abbruch kommt,

1. wie müßte der aussehen, damit er also rechtlich relevant ist und
2. was bedeutet das für Sie, Stillstand des Genehmigungsverfahrens und darauf will ich 'ne konkrete Antwort haben, damit wir wissen, was wir zu tun haben.

(Beifall - Zwischenrufe)

Gutermuth: Herr Janning!

Direkt zu dem, was Herr Janning gefragt hat, das Wort Abbruch ist von Ihnen hier hoch gebracht worden. Wir beabsichtigen nicht, abzubrechen und wenn abgebrochen werden muß aus irgendwelchen Gründen, die mir im Moment nicht einleuchten, so - die auch - für die sich ja auch keine Notwendigkeit ergibt zur Zeit, ich weiß es nicht, dann ist das kein ruhendes Verfahren.

(Zwischenrufe)

Heintz: Wenn das Verf... bitte ...

(Zwischenrufe)

Janning: ...frage wiederVerständnisfrage Sie nannten ... es gibt aber Gründe des Abbruchs, können Sie die benennen.

(Zwischenrufe und Gelächter)

Janning: Ganz genau, es gibt also die Formulierung "Abbruch" im Geneh-

migungsverfahren und da muß es auch Gründe dafür geben, nun frage ich Sie als Juristen, wie heißen diese Gründe?

Gutermuth: Sie sprechen jetzt vom Abbruch des Genehmigungsverfahrens, ich - vorhin hatten Sie gefragt - Abbruch dieses Anhörungstermins, das ist nicht dasselbe.

Janning: Gut, dann sagen Sie Abbruch des Anhörungstermins, was bedeutet das innerhalb des laufenden Genehmigungsverfahrens und welche Gründe müssen herhalten, damit es zu einem Abbruch dieses Termins kommt. Bitteschön!

Gutermuth: Wir wollen keinen Abbruch dieses Termins,

(Zwischenrufe)

..wir sollen uns über die Einwendungen hier unterhalten,

(Zwischenrufe)

Gutermuth: ...und beabsichtigen keinen Abbruch -

Janning: Also ganz - ganz konkret, Herr Gutermuth, ganz konkret, wenn Sie gehen würden als Genehmigungsbehörde, bevor Sie hier die Einwendungen besprochen hätten, wäre das ein Abbruch dieser Veranstaltung?

Gutermuth: Es kommt auf die Gründe an, weswegen abgebrochen wird.

Janning: Können Sie mir die Gründe nennen, wenn Sie zum Beispiel sagen, weiß ich nicht, wir kommen hier nicht weiter ...

Gutermuth: Nennen Sie Gründe, die Sie meinen -

(Zwischenrufe)

Janning: Ja - aber ich mei... ich bin ja nun kein Jurist, das müssen Sie ja eigentlich wissen

Janning: Ja, ich frag' Sie nach den

Es muß doch Gründe geben, die also - mit diesem Begriff juristisch...

Gutermuth: Ich weiß nicht, von welchen Voraussetzungen Sie jetzt ausgehen, Herr Janning.

Janning: Angenommen, Herr Heintz würde als Versammlungsleiter sagen, das ... wir können diesen - wir müssen diesen Termin hier abbrechen, ist das'n Grund?

Heintz: Herr Janning, ich ...hhh...hhh - ich kann mir keinen Grund unse-
rerseits vorstellen, das Verfahren hier und die Anhörung abubrechen.

Janning: Na gut, dann frage ich noch einmal, was machen Sie, wenn wir alle gehen?

Heintz: Bitte? Ich hab nicht verstanden?

(Gelächter)

Janning: Was - was machen Sie, wenn wir alle gehen?

Heintz: Dann machen wir weiter!

(großes Gelächter, Gejohle - Pfeifen)

Janning: Wie wollen - wie wollen Sie denn unsere Einwände behandeln?

(Zwischenrufe)

(Pfeifen, Gelächter, Beifall)

Gutermuth: So, jetzt nächster Punkt - wir haben den abgeschlossen..

Zw-Ruf: Na gut, dann bin ich jetzt dran, oder?

(Unruhe)

Heintz: Xh - Moment - Sind Sie - sind Sie auf der Vortragsliste?

(Unruhe)

Gutermuth: Hier sind noch Wortmeldungen von Frau Scharmer; wie ist es mit Ihrer Wortmeldung, Frau Scharmer?

Frau

Scharmer: Ja - ich nehme jetzt meine Wortmeldung an.

Gutermuth: Gut, dankeschön.

Frau

Scharmer: Ich hatte mich zwar gemeldet, bevor dieser brisante Punkt der Befangenheit der Genehmigungsbehörde aufkam und ich möchte ganz kurz dazu mich äußern, weil ich das auch - in meinem Einspruch - in meiner Einwendung gegeben habe und habe einen Brief darauf bekommen, ich finde die Antwort, die wir von Ihnen darauf bekommen haben, nicht befriedigend, was wir jetzt von Ihnen gehört haben, die Frage nach dem Abbruch ist nicht befriedigend und wenn Sie sagen, daß Sie hier allein weitermachen, wenn ich mich hier umgucke, werden Sie wahrscheinlich sowieso ganz allein bleiben, wenn wir gehen

(Zwischenrufe)

Frau

Fritzen: ..nein, nein, die Kommunalpolitiker - die bleiben!

Frau

Scharmer: Oder Sie bleiben alleine mit unseren Kommunalpolitikern, mit der Kriminalpolizei und mit Ihren Gutachtern.

Heintz: Wenn Sie dieses Experiment für machbar halten, ich habe nichts dagegen als Experimentalphysiker.

(Zwischenrufe)

Frau

Scharmer: Aber Sie haben auch...

Heintz: Ich glaube - ich habe das so aufgefaßt, wenn Herr alle...
wenn Herr Janning sagt alle, dann meint er doch wohl fast alle -

Frau
Scharmer: Fast uns alle.

Heintz: oder meint er alle?

Frau
Scharmer: Alle.

Heintz: Wirklich alle?

Frau
Scharmer: Natürlich alle!

(Unruhe - Zwischenrufe)

Heintz: Bitte

Frau
Scharmer: Aber Sie haben...

Zw-Ruf: Aber es sind Leute dabei hier, die das Geld brauchen von Ihnen,
die würden niemals nach Hause gehen.

(Beifall)

Heintz: Frau Scharmer, bitteschön.

Frau
Scharmer: Ich schätze, das wird dann eine Versammlung von nur Befangenen
bleiben.

(Beifall)

Frau
Scharmer: hmm - Moment, ja - Sie haben auch gesagt...

Heintz: Nein, die Frau Scharmer ist noch...

Frau
Scharmer: Sie haben auch gesagt, daß Sie keine Gründe wüßten, warum
jetzt abgebrochen wird, deswegen - werden wir den Termin,
die Anhörung fortsetzen und Ihnen 'ne ganze Reihe von Gründen
nennen.

(Beifall)

Frau

Scharmer: Aber zunächst - meine erste - meine erste Wortmeldung galt eigentlich mehr dem Verfahren, ich hatte mich mit zwei Händen gemeldet, und Sie haben uns hier einen Brief an alle Teilnehmer geschrieben und da steht, daß neben dem atomrechtlichen Verfahren noch andere Verfahren gibt und so weiter und auf der Rückseite - steht, daß hier, wenn eine ganze Reihe von Einwendungen, die an die PTB adressiert waren, weitergegeben haben. Uns würde mal interessieren, welche Einwender das sind, unter welchen Kriterien Sie sie ausgesucht haben. Sie haben uns ja auch alle nicht sehr demokratisch behandelt. Einige von uns haben einen Brief bekommen, also was jetzt Ihren - Ihre Befangenheit betrifft, das schien wohl das juristisch am relevantesten zu sein, aber die anderen könnten unter Umständen also ziemlich erschrocken darüber sein, daß Briefe, die an die PTB gerichtet sind, auf einmal irgendwo in der Samtgemeinde Gartow auftauchen - oder vielleicht bei der DWK - oder gar bei der Kriminalpolizei oder sonst wo - oder beim Verfassungsschutz, ich weiß es ja nicht. Sie haben jedenfalls eine ganze Reihe von Einwendungen hier genannt und Gründe genannt, die hier in dem Verfahren in dieser Anhörung nicht zu Wort kommen sollen. Bitte, nennen Sie uns diese Stellungnahmen, lesen Sie die vor und nennen Sie Gründe dazu, warum Sie meinen, daß und wer - welche Gutachter haben Ihnen dabei geholfen, diese Aus-sortierung vorzunehmen.
Darauf hätte ich gerne erst eine Antwort.

Zw-Ruf: Antwort!

Frau

Scharmer: Ja, an wen es weitergereicht wurde natürlich.

Heintz: Frau Scharmer möchte eine Antwort haben

(Stimmengewirr - Zwischenrufe)

Heintz: Es ist hier gemeint, daß es neben dem Verfahren nach § 6 auch noch andere Verfahren gibt, die hier mehr an den Ort gebunden sind, daß ist also, daß...

Frau
Fritzen: Das müssen Sie doch wissen, nicht wir, was Sie weitergegeben haben...

Frau
Scharmer: Ja, Sie müssen doch wissen, was Sie weitergegeben haben und welche - und wie Sie das überhaupt meinen. Wir haben an die PTB Einwendungen geschrieben und eine ganz Reihe Leute mehr....

Heintz: Weitergegeben heißt hier: wir haben darauf aufmerksam gemacht, die anderen Behörden, daß es hier Bedenken gibt, die Ihre Arbeit betreffen, ihr Gegenstand, die Baugenehmigung, die Bauleitplanung, den Naturschutz und alle diese Dinge, die ja auch von anderen - im wesentlichen von anderen Behörden betraut werden, da haben wir diese Behörden drauf aufmerksam gemacht, daß es hier Einwendungen gibt.

Frau
Fritzen: Prof. Heintz, haben Sie die Behörden aufmerksam gemacht oder haben Sie den Kopien geschickt, ja oder nein.

Heintz: Wir haben diesen Behörden Kopien geschickt..

Zw-Rufe: welchen Behörden?

Frau
Scharmer: Welchen Behörden und - ja - welche Behörde, welche Einwender und ohne uns zu fragen..

(Zwischenrufe)

Wollny: Nationalsozialistische Methoden!

Heintz: Dem....

Janning: Herr Heintz, Sie müssen doch - Sie müssen doch die Namen benennen können, derjenigen, von denen Sie auszugsweise oder ganz die Einwendungen an andere und bitte nennen Sie auch die Stellen weitergegeben haben, damit wir hier überhaupt wissen, ob unsere Einwendungen behandelt werden oder nicht.

(Beifall)

Heintz: Dem Regierungspräsidenten, dem Oberkreisdirektor und dem Niedersächsischen Sozialminister.

(Zwischenrufe)

Janning: Wie soll man das denn verstehen? Sie sitzen hier als Genehmigungsbehörde, geben uns unsere an Sie gerichtete Schreiben weiter, was sollen wir denn da jetzt wieder anfangen mit dieser Geschichte..

(Zwischenrufe)

Ja, ich weiß es nicht - sagen Sie es uns - Was sollen wir denn davon halten?

(Unruhe, Gelächter)

Heintz: Wir haben alle Einwendungen, die diese Dinge betreffen....

Zw-Ruf: Welche? Welche? Welche Einwendungen?

Heintz: Die wollte ich Ihnen doch eben aufzählen...

Frau
Scharmer: Welche? Welche Einwendungen?

Heintz: ..und dann haben Sie gesagt, das wissen wir ja. - Es geht hier um Naturschutz, es geht um Landschaftsschutz, es geht um die biologische Situation, es geht um die Bauleitplanung, es geht...

(Zwischenrufe - Unruhe)

Heintz: ...es geht um die Verkehrswege und es geht um die Frage Erholungsgebiet und Fremdenverkehr.

Frau

Fritzen: Prof. Heintz, ist Ihnen klar, daß Sie hier Datenschutz mißbraucht haben?

Heintz: Ich habe keinen Daten darin gefunden.

Frau

Fritzen: Wenn wir an die PTB schreiben...

(Zwischenrufe - Unruhe)

Frau

Scharmer: Außerdem möchten wir gern - oh - ist noch an?

Frau

Fritzen: Wenn wir an die PTB schreiben, können Sie doch nicht weitergeb'n - stellen Sie sich mal vor, ich schreibe dahin, unsere OKD ist ein Esel und Sie geben das weiter. Haben Sie denn keine Meinung mehr?

Heintz: Frau Fritzen, Sie haben das...

(Zwischenrufe)

..der OKD sei ein Esel, das haben Sie aber vergessen, das habe ich nicht gelesen, leider....

(Gelächter)

Janning: Also, Herr Heintz - Herr Heintz lassen - lassen Sie

(Gelächter)

Heintz: Moment, Herr Janning, bitteschön -

Janning: Lassen Sie uns das Problem wieder etwas ernster benennen.

Heintz: Ja!

Janning: Was Sie meinen mit Daten ist vielleicht Ihrem Experimentalphysiker - Erziehung und Ausbildung usw. das ist nicht damit gemeint. Datenschutz heißt, wenn eine Person an eine Behörde mit eigenem Namen ein Schreiben richtet. Das ist ein unzulässiges oder zumindest überprüft werden muß und kritisch überprüft werden muß und die Bundesregierung hat hier ein Datenschutzbeauftragten sogar eingesetzt, ob diese Behörde Ihnen erlaubt - erlaubt sein darf, dieses Schreiben weiterzugeben an eine andere Behörde,

das sind die persönlichen Daten, nicht irgendwelche physikalischen Meßdaten, um die es hier geht. Es geht hier also um die Frage, und das wollen wir prüfen, und wir wollen die Namen derjenigen wissen, die Sie sich angemaßt haben, von Ihrer Behörde anderen Institutionen, dem Regierungspräsidenten, wie Sie gesagt haben, dem OKD und was war das Dritte, das habe ich schon wieder vergessen...

Heintz: Wir haben...

Janning: ..Sozialministerium weiterzugeben, namentlich weiterzugeben und zu sagen...

Heintz: Wir haben nicht namentlich weitergegeben sondern...

Zw-Rufe: er lügt, er lügt, er lügt, er lügt - er hat weitergegeben

(Unruhe)

Janning: Aber Sie haben doch gerade gesagt, Sie hätten Kopien der Einwendungen zugestanden - da stehen doch irgendwelche Namen drauf..

Heintz: Aber nur - aber nur den Einwand selbst, nicht das Schreiben...

(Gelächter)

Janning: Es sitzen...

Zw-Ruf: Ich hab' mein Name auf dem Einwand stehen!

Janning: Es sitzen...

Zw-Ruf: Name und Adresse..

Janning: Es sitzen hier Vertreter der Bezirksregierung, auch der Oberkreisdirektor, vielleicht dürfen wir die beiden Herren fragen, ob dem so ist, ob da keine Namen drauf stehen...

(Unruhe)

Heintz: Moment, es wurde zunächst einmal die Einwendung selbst, die textliche Formulierung an diese Behörden, die zuständigen Behörden für diese Dinge weitergegeben.

Zw-Ruf: Aber die Kopien haben Sie doch weitergegeben!

Heintz: Danach haben wir auch diese Behörden offiziell um ihre Beteiligung gebeten und ihnen die Schreiben zugeschickt - mit Namen - mit Namen..

(Zwischenrufe)

Janning: Sie haben also mit Namen weiterge....

Heintz: Jawohl

Janning: Gut, dann Herr Heintz...

Heintz: Bitte...

Janning: - na, er hat's doch selber gesagt - Herr Heintz, es geht jetzt darum, Sie als Genehmigungsbehörde haben in der Behandlung unserer Einwendungen sich herausgenommen, bestimmte inhaltliche Einwendungen auszuklammern - Sie haben das begründet. Wir würden jetzt nur gerne wissen, welche Namen sind das, von welchen Leuten, dann können die nämlich gleich nach Hause gehen und müssen hier nicht so lange rumschwitzen. Welche Leute sind das, die Sie sich angemaßt haben, hier von diesem - von dieser Anhörung auszuschließen...

(Unruhe - Beifall)

Heintz: Wir haben sämtliche Einwendungen an die parallel laufenden Verfahrensstellen gegeben.

(Zwischenrufe - ... Das ist ja unerhört!)

(Unruhe)

Scharmer: Also ich würde jetzt anregen, um von vorher mal weiterzumachen, daß, daß für diesen Fall der Weitergabe endlich mal eine Untersuchung gibt und zwar von einem unabhängig eingesetzten Gremium. Hier wird andauernd ausgewichen auf bestimmte Fragen.

Heintz: Ich habe diese Fragen klar beantwortet, Herr Scharmer!

Scharmer: Nein, Sie haben diese nicht beantwortet!

(Pfeifen, Gelächter - Unruhe)

Heintz: Ich habe - ich habe - bitte ...

Scharmer: Ich werde mal versuchen, wie das geht ... Sie haben Fragen beantwortet - meines Wissens hat auch die Samtgemeinde Gartow solche Einwendungen bekommen. Ist das richtig?

Zw-Ruf: ...Gemeinde Gorleben

Scharmer: Eine Kopie?

Heintz: Die Samtgemeinde Gartow hat diese Einwendung bekommen und die Gemeinde Gorleben.

Scharmer: Ich hoffe, daß wir nachher noch mehr Fälle finden, wo wir der Vergeßlichkeit mal auf die Sprünge helfen können, von uns ist schon mal moniert worden, daß in diesem Sicherheitsbericht und im ganzen Verfahren viel zu viel vergessen wird. Und das andauernd Lücken passieren. Und dann wollen Sie uns hier abstreiten, daß wir Ihre Befangenheit sehen. Wie kommen Sie denn immer dazu, diese Sachen so zu rundweg zu behaupten - pauschal -. Die PTB muß prüfen, nicht die DWK und nicht die BLG - ihr Ableger da...

Frau
Fritzen: Und nicht wir!

Scharmer: Und auch nicht wir. Diese können unserer Auffassung -

lediglich dazu beigezogen werden - weiter und durch die Einwendungen notwendig gewordene Daten - ich möchte gerne vielleicht hören, ob das richtig ist, was ich sage. Fehlende Daten zu liefern - nicht Daten von Bürgern - nicht aber Interpretationen, es würde in diesem Fall auch reichen, ich möchte das nochmal betonen, das haben Sie ja auch schon gesagt, das hätte auch in diesem Fall gereicht. Den sachlichen Inhalt der Frage, ob nichts anderes weiter - den sachlichen Inhalt der Frage haben Sie entsprechenden Stellen weiterzugeben und auf Beantwortung zu dringen. Aber, das muß man doch mal ganz klar sagen, diese Antwort muß von der PTB bzw. von den von ihr bestellten unabhängigen Gutachtern überprüft werden. Und nun frage ich Sie, sind solche Antworten eingetroffen und von welchen unabhängigen Gutachtern sind diese Antworten die von den - man wird müde, wenn man sieht, wie das rundrum geht - von wem sind sie überprüft worden?

Heintz: Diese Frage, die Sie hier generell angeschnitten haben, ist in unserem Informationsblatt Nr. 1 auf Seite 2 im einzelnen genannt. Da stehen die Behörden, mit denen wir Verbindungen aufgenommen haben, die in parallelen Verfahren arbeiten. Diese haben die Unterlagen bekommen, damit diese Behörden umfassend ihre Bedenken dazu äußern können.

(Gelächter)

Janning: Es geht doch hier immer noch um den für uns doch ganz leicht verständlichen Grund, Herr Heintz, Sie haben bestimmte Einwände ausgeschlossen, die hier nicht behandelt werden sollen. Können Sie uns nicht die Gründe dafür nennen,

Heintz: Wir haben diese Einwände....

Janning: ...sondern die Einwender, die Sie hier ausgeschlossen haben.

Heintz: Wir haben diese Einwände - Herr Janning, das ist ein Irrtum - wir haben diese Einwände nicht ausgeschlossen.

Janning: Aber sie sollen hier nicht behandelt werden!

Heintz: Aber diese Fragen wie Naturschutz usw., dafür sind wir an sich nicht zu-

Heintz: ständig. Wir können uns wohl ein Bild machen über die Bedeutung dieser Anlage in Verbindung mit Naturschutz, aber die Belange des Naturschutzes zum Beispiel oder andere Dinge, die bearbeiten wir nicht selbst, wir sind nicht befugt, hier über Baupläne und solche Dinge zu entscheiden. Das obliegt den hier ansässigen Behörden. Und wir haben also diese Behörde in dieses Verfahren - soweit es von unserer Seite notwendig ist - mit eingebunden.

Schau-
spieler: Na gut, dann erfüll ich die Sache - hier sitzen so und soviel Leute, guck sie Dir alle an, guck Dir alle diese Leute an ..

Heintz: Moment! Moment!

Gutermuth: Eine Wortmeldung von Herrn Leitner

Schau-
spieler: ..die verdienen alle Geld. Ich nehme an...

Heintz: Es liegt doch - Moment!

Schau-
spieler: ..Mark die Stunde verdienen. Das wär mal dreißig - oh wei, oh wei!
Aber, aber meine Damen und Herren

Gutermuth: Es liegt hier eine Wortmeldung von Herrn Leitner vor.

(Gejohle)

Schau-
spieler: Ich kann alle diese Forderungen spielen.

Franken-
feld: Nennen Sie bitte mal Ihren Namen?

Heintz: Leitner....

(Zwischenrufe)

Schau-
spieler: ...seh'n Sie - seh'n Sie, diese - diese Anlage - die Sie hierher-
bauen wollen, die ist - die hat - einen schlechten Sicherheits-
bericht - die hat keine Gutachtensbe...die Entsorgung ist - ist
nicht geregelt.

(Zwischenrufe)

Schau-
spieler: ...aber ich, meine Damen und Herren, ich kann alle Fragen beant-
worten, ich kann sie auch zufriedenstellend beantworten

(Zwischenrufe)

Schau-
spieler: nämlich - ich frage Euch jetzt nochmal:
wollt Ihr - wollt Ihr ... alle Eure Fragen zufriedenstellend
beantworte, dann sagt " Ja ".
Wollt Ihr Sarg, ja?

Zw-Ruf: (vielstimmig) Ja!

Schau-
spieler: ...jetzt den Sarg rein
Los, Leute, der Sarg muß rein, aber sofort - aber sofort

(Gejohle, Beifall)

(Ein Holzkasten mit Schiebedeckel, auf den ein Kreuz gemalt
ist, wird hereingetragen und vor der Bühne aufgestellt.)

(rhythmisches Klatschen)

Heintz: Herr Wolt..., Herr Wolter - Herr Wolter

(rhythmisches Klatschen)

Die dürfen nicht da rauf ... nicht auf die Bühne.

Gutermuth: Laß sie - laß sie

(rhythmisches Klatschen)

Schauspieler: Wir gehen freiwillig, wir gehen freiwillig
....werden wir auf Leistung bezahlt.....
....geben Sie mir die Hälfte ab, ich erfüll' all' Ihr Forderungen.
....erst mal die Sicherheit

(klopft an den Kasten und führt zusammen mit einem zweiten Darsteller einen Sketch auf mit einer Parodie auf das Deckelsystem des Castor-Behälters und auf die Haltbarkeit eines solchen Behälters.)

Heintz: Der hat ein Konzept

(Vom Mikrophon werden nur unzusammenhängende Worte verstanden; diese sind hier nicht aufgeschrieben. Es wird unter lautem Beifall und Mitgehen des Publikums die Endlagerung, das Genehmigungsverfahren und die Stellung der Genehmigungsbehörde in die Parodie mit einbezogen.)

(langer Beifall - rhythmischer Beifall)
(Stimmengewirr)

Zw-Ruf: ..Moment ... hallo

(Glocke des Vorsitzenden)

Zw-Ruf: ..hallo

Zw-Ruf: möchten Sie
(anderer)

Heintz: (zu Gutermuth)
wir machen jetzt 'ne Pause, was? ...
wie wär' 'ne Pause bis halb zwei

(Glocke des Vorsitzenden)

Zw-Ruf: Hört mal her

Zw-Frage: Möchten ... ?

Stimme: Ja, sicher, gern

Heintz: Wir machen unsererseits eine Pause bis zwei Uhr.

(Gejohle, Pfeifen)

P A U S E

14.00 Uhr

Heintz: Meine - Meine Damen und Herren, wir möchten den Termin nun fortsetzen. Es liegen noch Wortmeldungen vor von heute morgen oder vom Vormittag und ich nenne die Namen -

Zw-Ruf: Zur Geschäftsordnung!

Heintz: Zur Geschäftsordnung - bitteschön!
Den Namen bitte

Von

Blottnitz: Von Blottnitz, bin Bauer hier im Kreise Lüchow-Dannenberg. Die Zeit ist uns allen hier knapp bemessen - Dr. Heintz - und wir möchten Sie bitten, diese Zeit auch voll auszuschöpfen. Vorhin um - hatten Sie uns gesagt, daß wir bis um 1.00 Uhr diskutieren können. Wir hatten leider nicht die Möglichkeit die Diskussion von hier aus fortzusetzen, da Sie uns das Mikrophon hier abgeschaltet haben und wir möchten ernsthaft darum bitten, daß das nicht wieder vorkommt. Wir bitten...

(Gelächter, Beifall)

wir bitten aber gleichzeitig um Verständnis für solche Einlagen, denn nicht alle Argumente müssen in einem juristischen Deutsch hier vorgetragen werden, so daß wir auch

(Beifall)

so daß wir auch diese Darbietung sehr schätzen müssen und, sie haben vielleicht auch Gelegenheit gegeben, den einen und den anderen wieder sich etwas einfallen zu lassen. Ich möchte aber - wenn Sie erlauben - Dr. Heintz - ich glaube die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Leitner und wenn Herr Leitner mir vielleicht gestattet, kurz meine Ausführungen hier anzuschließen - vor seinem sicher sehr interessanten Beitrag - weil ich dann also sozusagen mit meinen Einwendungen - am Ende bin und nicht mehr was sagen möchte.

Heintz: Moment, Sie wollen etwas zur Geschäftsordnung sagen.

Von

Blottnitz: Ja.

Heintz: ..das haben Sie gesagt. Was Sie jetzt tun wollen, ist eine - eine Meldung, die mit den - mit den Einwendungen zu tun hat. Habe ich das richtig verstanden?

Von

Blottnitz: Das ist sehr richtig, ich habe ja auch nur um Genehmigung gefragt, wenn das nicht ist, dann - und es liegen andere Meldungen vor, dann ziehe ich meine Wortmeldung zurück.

Heintz: Ja - ja, Sie gehen voraus - setzen voraus, daß Herr Leitner mit einverstanden ist, mag sein, da sind aber noch drei, vier Namen, wo ich verpflichtet bin, diese auch zu fragen, ob sie damit einverstanden sind, wenn Sie jetzt sprechen. Ich habe nichts dagegen, aber....

Von

Blottnitz: Ich stelle hiermit die Frage, hat jemand etwas dagegen...

Heintz: Hat jemand.... bitte, fragen Sie selbst.... dann

Von

Blottnitz: Hat jemand was dagegen, daß ich jetzt mein Einwand vorbringe?

Heintz: Ich habe etwas...

Zw-Rufe: Nein!

Heintz: Nein, aber Entschuldigung, ich hätte was Kleines dagegen zur Geschäftsordnung. Ich habe, diese Darbietung habe ich selbst mit genossen, wenn Sie so sagen wollen, ich möchte aber doch...

(Zwischenrufe)

..bitte, haben Sie nicht gemerkt? Moment, Moment, Moment!
Ich möchte aber dann bitten, wenn solche Darbietungen hier aufgebracht werden, daß man wenigstens vorher sagt, wie lange Sie

sich das vorstellen...

(Gelächter)

ja nun, Sie haben ja doch selbst nachher Ihre Unzufriedenheit geäußert, daß ich das abgebrochen habe, ich wußte nicht, was da noch kommt und es waren doch noch mehrere kleine Dinge hinterher, also ich bitte um Entschuldigung, aber ich hoffe, wir kommen in Zukunft in solchen Fällen noch besser aus miteinander. Aber bitte, jetzt haben Sie das Wort.

Von

Blottnitz: Das ist das erste Mal, daß heute hier ein kleiner Konsens vorliegt. Auch wir bitten die Darsteller, sich vielleicht jetzt in der nächsten Zeit etwas zurückzuhalten, damit jetzt hier wieder konzentriert Einwendungen vorgebracht werden können.

(Beifall)

Vom ersten Tage an wehren wir uns gegen Täuschung, Arglist, ja in der Vergangenheit sogar an Betrug grenzende Machenschaften, die wir mit dem Bau von atomaren Anlagen hier im Kreis über uns ergehen lassen müssen. Das Täuschungsmanöver mit der WAA vor fast einem Jahr wurde gottlob aufgedeckt. Auf die Fehler aufmerksam gemacht, haben selbst befürwortende Politiker die Anlage als unsicher und zu groß abgelehnt. Durch den entsprechenden Widerstand wurde die WAA dann politisch nicht durchsetzbar. Sicherlich wäre eine solche Anhörung vor einem Jahr noch nicht möglich gewesen und wir sind froh, daß es sie heute gibt. Nur darf man nicht glauben, daß durch den öffentlichen Charakter die Täuschung, das heißt, das Hintergehen der hier lebenden Bürger geringer geworden ist, im Gegenteil, hinter solcher Verblendung, wie es der heutige Tag zeigt, muß man noch - noch mißtrauischer werden als je zuvor. Dem Kreistag, den Gemeindevertretern, ist unter dem Vorwand, wir brauchen Atomstrom, uns gehen die Lichter aus, die Entscheidung für den Bau eines Zwischenlagers, einem Vergleich zur WAA - doch so harmloses Projekt - erschlichen worden. Und daß wir keinen zusätzlichen Atomstrom brauchen, das weiß ja schon langsam mittlerweile jeder. Aber unseren Gemeindevertretern ist ja kaum ein Vor-

wurf zu machen, denn sie mußten ja die Katze im Sack kaufen. Sie hatten ja bei ihrer Entscheidungsfindung gar keine Möglichkeit den bis dahin nicht vorliegenden Sicherheitsbericht einzusehen. Hätten sie die Möglichkeit gehabt, hätte sich doch kein Lüchow-Dannenberg-Bürger bei solcher Unvollständigkeit und Lückenhaftigkeit für ein Zwischenlager entschieden.

(Beifall)

Aber die Täuschung geht noch weiter. Dieses angebliche so harmlose Projekt ist ja gar kein Zwischenlager. Es wird Eingangslager für die bisher verhehlte WAA. Aber jetzt wissen wir es genau, daß ab 1993 aufgearbeitet werden soll, wie es am 23.1. vom DWK-Vorstandssprecher Werner Gries zu lesen war. Und das will ich Ihnen sagen, die Liste der Täusche ließe sich noch - Täuschungen ließe sich noch fortsetzen. Die WAA mit dem dazugehörigen Lager kommt hier nicht her. Ich würde Ihnen vorschlagen, packen Sie Ihre Sachen ein und empfehlen Sie der DWK ihren Genehmigungsantrag zurückzuziehen.

(Beifall)

Heintz: Ich habe noch weitere Wortmeldungen vorliegen, Herr Janning hat sich während der Rede gemeldet. Stimmt das, Herr Janning? Sie hatten - möchten Sie hierzu was sagen?

Janning: Ich will mich nicht vordrängen.

Heintz: Nein, ich möchte - nur wenn Sie - hierzu was zu sagen hätten. Sie wären - jetzt wäre dann Herr Leitner dran. Ist Herr Leitner bereit, hier was zu sagen?

Leitner: Geht das, hallo!
Herr Dr. Prof. Heintz, wir haben noch nicht einen einzigen Punkt hier richtig durchdiskutiert. Wir sind der Meinung, daß wir jetzt mit der Geschäftsordnung - zur Geschäftsordnung kommen und anfangen endlich und nicht hier sich auf Phrasen hereinlassen, denn ist das was bislang hier passiert, ist nämlich nur das ganze Thema zu zerreden.

(Zwischenrufe)

Leitner: Denn es gibt hier sogar auch noch'n paar Befürworter für diese Angelegenheit.

(Proteste - Unruhe)

Heintz: Nun ist nach meiner Liste Herr Janning dran. Bitteschön!

Janning: Es überrascht mich wieder, weil, 's waren vorhin fünf andere - aber - so! -
Wenn wir, oder ich will vielleicht doch noch einen Satz zu dem sagen, was Fritz von Blottnitz vorher gesagt hat. Ich bin immer davon ausgegangen - aber da kennt er wahrscheinlich die Kommunalpolitiker hier besser als ich, daß, wenn man zu einer Entscheidung ja sagt, man sich vorher sachkundig macht. Ich hatte das eigentlich von den Kommunalpolitikern erwartet - ich steh' da etwas anders in meiner Meinung als Herr von Blottnitz. Ich meine nicht, daß die Leute die Katze im Sack gekauft haben, sondern daß sie sich vielleicht gar nicht dafür so interessiert haben. Es ist eine ganz - ganz schwierige Situation hier mit der Entscheidung der Kommunalpolitiker, die ja gesagt haben zu dem Zwischenlager, ohne über Sicherheit in dem Maße diskutiert zu haben, wie wir das hier jetzt sollen. Jetzt erst, nachdem sie ja gesagt haben. Wenn wir zur Sicherheit etwas sagen sollen, dann wäre ja Grundlage der Sicherheitsbericht. Wenn wir uns den, was wir getan haben, ansehen, so ist dieser Sicherheitsbericht lückenhaft. Lückenhaft im ganz wesentlichen, Sie kennen die Inhalte, in ganz wesentlichen Punkten - so lückenhaft, daß - ich wiederhole mich hier - Herr Dyck von der DWK als leitender Koordinator nach 45 Minuten das Handtuch geschmissen hat und nicht weiter wußte. Es ist unsere Situation, immer hinter den Informationen herzulaufen, weil wir uns um diese Sicherheit für uns bemühen. Uns geht es nicht darum, für die DWK irgendetwas sicher zu machen, sondern wir denken an unsere Sicherheit dabei und - in diesem Zusammenhang ist also zu sagen, daß Gutachten, die herangezogen werden, von Ihnen als Genehmigungsbehörde herangezogen werden,

uns zugänglich gemacht werden müssen, damit auch wir für uns feststellen können, ob Sicherheit gegeben ist oder nicht. Diese Gutachten sind bis zum heutigen Tage nicht hier, wir wissen, daß in anderen parallelen Verfahren solche Gutachten aufgefördert wurden, daß auch da Gutachten nicht dagewesen sind und daß dieses dann zum Aussetzen oder zum Abbruch des Genehmigungsverfahrens geführt hat. Wir sind weiter bei dem Durchsehen des Sicherheitsberichtes dazu gekommen, daß vor allen Dingen in der Frage der Entsorgung dieser Sicherheitsbericht unvollständig ist, er im Detail, also in der konkreten Entsorgung des geplanten Zwischenlagers keine Angaben macht, wann wird eigentlich ein solches Brennelement den Kreis wieder verlassen und es steht fest, daß eine generelle Entsorgung innerhalb des gesamten Konzepts der Atomenergieerzeugung nicht erkennbar ist bis zu diesem Tag. Insofern halten wir oder halte ich persönlich diese Zwischenlagerlösung für einen Taschenspielertrick, denn Sie wissen ganz genau, es gibt dieses Junktim, ohne Entsorgung kein weiterer Bau von Atomanlagen, und wenn man ehrlich ist, und wir wollen das sein, in der Suche nach der Sicherheit, die unsere Sicherheit ist, da muß man feststellen, daß diese Entsorgung nicht da ist, und wo die Entsorgung nicht da ist, sollte man aufhören mit dem Weiterbau von Atomkraftwerken. Dies sind...

(Beifall)

Dies ist im wesentlichen die Zusammenfassung der inhaltlich schwerwiegenden Argumente, die wir haben. Also es fehlen die Gutachten, die im Genehmigungsverfahren vorgesehen sind, sie sind uns nicht zur Kenntnis gegeben. Der Sicherheitsbericht selber ist im Detail, in einigen Details lückenhaft, und es ist die generelle wie konkrete Entsorgung nicht gewährleistet. Aus diesen drei ganz wesentlichen und zentralen Gründen ist Ihnen wiederum - (tuuuuuuuut... tuuuuuut) - es ist nicht so einfach mit der Technik,....

(Beifall)

...das sagt man aber immer an so einer Stelle ...

Es sind also hier mit diesen drei Punkten die ganz wesentlichen inhaltlichen Argumente vorgebracht, die sicherlich im Laufe der nächsten Minuten hier noch detailliert vorgebracht werden, die uns aber wiederum zu den heute morgen schon oder vormittag schon genannten Gründen, nämlich der Befangenheit und der unerlaubten Weitergabe von Unterlagen privaten Inhalts, privaten Schreiben an die PTB, die uns dazu bringen, neuerlich Ihnen nahezulegen und zu fordern, den Termin hier auszusetzen, das Genehmigungsverfahren abubrechen, sozusagen alles noch mal neu zu durchdenken und mit besseren, saubereren, wie es gesagt worden ist, vollständigen und unsere Sicherheit berücksichtigende Unterlagen meinestwegen wiederzukommen wann immer Sie in den neunziger Jahren wollen.

(Beifall)

Heintz: Ich darf das zusammenfassen, was die beiden Vorredner, Herr von Blottnitz und Herr Janning, hier angesprochen haben, ich sehe darin 4 Punkte. Kh... Moment, Moment, Moment - Das ist die Täuschung und Arglist, d.h. also mit diesem Zwischenlager möchte man den Fuß in der Tür haben für eine Wiederaufarbeitungsanlage. Dieses Thema haben wir auf unserem Programm, es ist eingeordnet unter das Thema Entwicklungstendenzen, die also hier negativ ...

(Gelächter)

Ich - lassen Sie mich doch auch mal ausreden, nicht wahr, es handelt sich hier um negative Entwicklungstendenzen, - dieser Punkt ist also in den Block 3 enthalten, der zweite Punkt sind die Gutachten, da möchte ich gleich darauf zurückkommen, denn das wird sicher ein heißes Thema werden, dann die Vorwürfe gegen Sicherheitsbericht haben wir eingeordnet in die technischen Aspekte, die unter Punkt 2 kommen, weil man dann ja im einzelnen nun diese Dinge zur Sprache bringen kann und die Entsorgung ist bei uns eingeordnet im letzten Punkt, unter Punkt 4, sie hat rechtliche Aspekte zu bedenken, ich bin gern bereit, auch diesen Punkt aus 4 hervorzuziehen nach vorne. Ich möchte aber jetzt auf die Gutachten eingehen, - es wurde zu-

nächst einmal von den Einwendern gefragt, welche Gutachten die PTB zu vergeben beabsichtigt, wir haben die schon mal genannt, ich wiederhole das, es wird also ein Sicherheitsgutachten geben, dann wird es ein Sicherungsgutachten geben, das die, zum Verständnis, Sicherheit ist eine technische Sache, Sicherung ist eine Sache gegen die Einwirkung Dritter und die Untersuchung, als dritten Punkt, von behälterspezifischen Fragen. Diese Gutachten werden im Laufe des Jahres vorliegen. Ich weiß, wir haben Ihnen diesen Sicherheitsbericht vorgelegt, ohne daß die Gutachten dabei sind. Wir haben dazu folgende Meinung: Wir haben nicht die Absicht, diese Gutachten auszulegen, wir werden aber - wir werden Ihnen aber ermöglichen, diese Gutachten bei uns in Braunschweig einzusehen....

(Pfiffe - Zwischenrufe)

Heintz: Ich - ich - bitte - möchte hierzu jemand eine Wortmeldung machen? Herr - zu diesem Punkt Gutachten

(Zwischenrufe - Gelächter)

Heintz: Herr Kirchner, bitte!

Scharmer: Zu den Gutachten - ja, schön - ich bin doch ein bißchen größer - Heute morgen haben wir uns unterhalten über das was unser Mißtrauen gegenüber der PTB nährt. Ich will nochmal darauf hinweisen, daß auch die Nichtvorlage bestimmter Gutachten dieses Mißtrauen weiter verstärkt. Es ist nicht angängig

(Beifall)

...daß wir hier eine Anhörung machen und die entsprechenden Gutachten nicht vollständig vorliegen. Wie will denn die Behörde, wie wollen Sie denn, Herr Prof. Heintz, wie wollen Sie verantwortungsvoll und in Abwägung aller der Argumente, die vorgebracht werden, handeln und nachher entscheiden, wenn Sie ganz bestimmte Überlegungen der Bürger von vornherein ausschließen. An diesem Anhörungstermin müßten die Gutachten vorliegen. Und daß diese

zwei von Ihnen genannten nicht vorliegen und von anderen nicht klar ist, bzw. man nicht herankann, wo sie herkommen, das ist doch hier wieder zu bemängeln, und da beweist sich doch wieder das, was die Arbeitsgruppe Rechtshilfe auch schon der PTB und dem Innenministerium mitgeteilt hat, daß hier die PTB in verantwortungsloser Weise handelt - nicht die ganze PTB - aber Teile von ihr - die ihr Vorgehen hier mit aller Gewalt verteidigen wollen. Es werden bestimmt noch andere hinter mir kommen, die auf die fehlenden Teile hinweisen werden. Und sie werden fragen, wo haben Sie denn die Gutachten oder sind vielleicht die Gutachter hier, die sie oben im Köfferchen haben. Können wir dann vielleicht mal reingucken. Wann können wir uns dann'n Bild davon machen, wann können wir dann mit der Anhörung weitermachen nachdem wir'n Bild uns davon gemacht haben. Jahr 1993 vielleicht, ist ja angegeben als Datum.

Heintz: Ich möchte nochmal darauf hinweisen, daß ich keineswegs verneint habe, daß Sie in die Gutachten Einsicht nehmen können.....

(Zwischenrufe)

Heintz: Sie können sich davon

(Zwischenrufe - Beifall)

Heintz: Sie können sich ja von diesen Gutachten zum Dankeschön, Sie können sich von

(Zwischenrufe)

Heintz: Sie - Sie können sich zum Beispiel von diesen Gutachten Fotokopien anfertigen. Wir glauben, daß Sie dadurch in der Lage sind, sich schon ein Bild von der Entwicklung dieses - der technischen Fragen usw. machen zu können. Es liegt

(Zwischenrufe)

- Römming: Herr - Herr Prof. Heintz, es ist'n bißchen schwierig, über Sicherheit zu reden, die noch - die es noch nicht gibt. Aber zunächst eine Vorfrage, kann ich dem entnehmen, daß eine Genehmigung des Zwischenlagers erst erfolgen wird, wenn sämtliche Gutachten, die Sie eben genannt haben ...
- Heintz: Entschuldigung - Entschuldigung - ich hab den letzten Satz nicht gehört ...
- Römming: Ob ich davon ausgehen kann - das ist 'ne Vorfrage, - daß die Genehmigung für ein Zwischenlager eventuell erst dann erteilt wird, wenn sämtliche Berichte, die Sie eben genannt haben, vorliegen?
- Heintz: So ist es. Das - der § 6 ist eine Genehmigung, die sich auf den Vorgang der Einlagerung bezieht, das heißt, es ist also hier keine Genehmigung von Gebäuden oder dergleichen enthalten und diese Genehmigung wird erst erteilt, wenn eine solche Einlagerung vorgesehen ist, und dieser Zeitpunkt ist im Moment noch nicht da.
- Römming: Also Sie wollen hier trennen zwischen atomrechtlichen Genehmigungsverfahren und den anderen. Das heißt, daß dort die Häuser stehen sollen, die Gebäude stehen sollen und dann wollen Sie sagen, das geht hier oder es geht nicht. So ist das richtig verstanden, nicht?
- Heintz: Ja, das haben Sie richtig verstanden. Sie wissen ...
- (Zwischenrufe - Gelächter)
- ...Sie wissen, Sie wissen, daß es dazu, zu unserem Par - Verfahren, parallele Verfahren gibt über die Baugenehmigung und andere Dinge wir heut morgen schon angesprochen hatten und die auch aus unserem Informationsblatt hervorgehen....
- Römming: Ja, und Sie gehen davon aus, daß die DWK 65 Millionen investiert und dann abwartet, ob Sie die Genehmigung nun erteilen oder nicht. Wollen Sie uns das glaubhaft machen hier?

(Zwischenruf)

Heintz: Das - Das ist nicht - Das ist nicht unser Risiko...

Römming: Aber unsers!

(Pfeifen)

Römming: Es geht um unser Risiko hier, Prof. Heintz, es ist 'ne Unverschämtheit, wenn Sie hier so was sagen vor uns.

Heintz: Das....

Römming: Wir stehen hier nicht aus Langerweile.

Heintz: Das Gebäude zu errichten ist ein Risiko der DWK - auch nicht Ihr Risiko.

(Zwischenrufe)

Römming: Herr Prof. Heintz - Herr Prof. Heintz, wir haben vorhin zusammen ein Interview beim ZDF gemacht -

Heintz: Ja

Römming: Da sind Sie gefragt worden, was Sie aus den Einwendungen und Anregungen, die gekommen sind, was Sie mit denen gemacht haben, ob das Ihnen geholfen hat und Sie haben gesagt, es seien sehr wichtige Punkte da genannt worden und diese Punkte, es seien sogar Punkte dabei gewesen, die die PTB überhaupt nicht bedacht hätte.

(Unruhe)

Das werden wir heute abend in den 19.00 Uhr-Nachrichten hören, ^{daß Sie das gesagt haben,} der Beweis wird dann geliefert werden. Ich frage Sie, wenn die Sicherheitsberichte, die Sie eben angesprochen haben, noch nicht vorliegen und ^{Sie} uns derartige Angebote machen, daß wir mal nach

Braunschweig fahren können, als ob wir alle arbeitslos über Wochen und Monate wären, ob Sie dann nicht der Auffassung sind, daß es eine Methode ist, die nicht geht, wenn bei diesem lückenhaften Sicherheitsbericht, den Sie jetzt vorgelegt haben, schon durch uns Laien Einwendungen gemacht worden sind, an die die PTB noch nie gedacht hat.

(Beifall)

Heintz: Herr K... Sie hatten sich noch zu Wort gemeldet -

Kollert: Ja!

Heintz: Herr Kollert!

Kollert: Herr Heintz, ich möchte die Antwort erbitten für meinen Vorredner, aber gleich noch nachfragen, können Sie uns mitteilen, für welchen Auftragszeitraum Sie die Gutachten erteilt haben, wann sind Sie fertig?

Heintz: Mitte des Jahres.

Kollert: Heißt das im Juni?

(Zwischenrufe, Gelächter)

Heintz: Ja, in diesem Zeitraum.

Kollert: Und es ist richtig, daß diese Gutachten zur Sicherung und zur Sicherheit in Auftrag gegeben worden sind?

Heintz: Ich hab die Frage nicht verstanden.

Kollert: Ist es richtig, daß diese Gutachten unter anderm Sicherheit und Sicherung betreffen?

Heintz: Das Sicherheitsgutachten ist in Auftrag gegeben und das Sicherungsgutachten wird etwas später eintreffen.

Kollert: Es wird noch später -

Heintz: Das Sicherungsgutachten ist auch keine Sache, die in die Öffentlichkeit, in der Öffentlichkeit ausgelegt wird oder Einblick genehm... Einblick genommen werden kann.

Kollert: Herr Heintz, Sie haben also ein Gutachten in Auftrag gegeben von der PTB, das die Sicherheit behandeln soll. Herr Heintz, wie stellen Sie sich vor, daß hier heute in diesem Erörterungstermin über Sicherheit diskutiert werden soll, wenn noch nicht das Gutachten fertig ist.

(Beifall)

Heintz: Bitte....

Kollert: Wollen Sie jetzt schon dazu Stellung nehmen - bitte!

(Gelächter, Unruhe)

Heintz: Das Gutachten, das Sie hier ansprechen, das Sicherheitsgutachten ist eine - ein - ein Gebilde, das keine neuen

(Zwischenrufe)

..das - das Sicher - ein Gutachten bringt keine neuen Fakten - zutage...

Kollert: Ist es ein...

(Zwischenrufe)

Kollert: Ist das ein Arbeitsbeschaffungsprogramm?

(Zwischenrufe)

Kollert: Herr Heintz, ist - handelt es sich um ein Arbeitsbeschaffungs-

programm für die Bundesanstalt für Materialprüfung oder für den TÜV? Dieses Gebilde, was - wie Sie es nennen...

Heintz: Ja, ich hab hier - das erst Wort habe ich nicht verstanden -

Kollert: Ich wollt

Heintz: Es behandelt eine ...

Kollert: Könn - Herr Heintz, können Sie - können Sie uns -

Heintz: Moment bitte - Moment, ich bitte um...

Kollert: Herr Heintz, können Sie uns als Bürger und Steuerzahler erläutern, zu welchem Zweck Sie dieses Gutachten erteilen, dieses Gebilde, ist es etwa zum Zweck der Arbeitsbeschaffung?

Heintz: Nein,

(Gelächter)

..Sie - Sie schätzen den Sinn und Zweck eines Gutachtens nach meiner Auffassung nicht richtig ein.

(Zwischenrufe)

Kollert: Ich bitte um eine Erläuterung.

Zw-Ruf: ..Sie sagten, es gäbe keine neuen Fakten! Wie denn das?

Heintz: Das Konzept bleibt unverändert.

Zw-Ruf: Genau!

Heintz: Es - Die - Die Fakten, die in einem Gutachten betrachtet werden, sind bekannt, und es gibt dazu dann nur noch eine Wertung dieser Fakten und diese Wertung steht Ihnen auch offen, schon von Anfang

an, deshalb sind wir ja bestrebt, Sie frühzeitig hinzuzuziehen. Die Bewertung, die Sie haben oder dafür finden, hat genauso ein Genehmigungs-, ist genauso ein Bestandteil der Genehmigungsüberlegung wie andere Gutachten. Wir schließen ja nicht aus, daß Sie diese Gutachten auch im Nachhinein studieren können, wie Sie meinen, im Nachhinein.

(Zwischenrufe)

Kollert: Herr Heintz, Sie geben...

(Zwischenrufe)

Gutermuth: ..an's Mikrofon um Wortmeldung!
Nicht wieder schrei....

(Zwischenrufe)

Gutermuth: Den Namen bitte, Entschuldigung, es kommt nichts aufs Protokoll, es nützt nicht. Bitte, bitte gehen Sie doch ans Mikrofon
Wir verstehen es hier nicht, gehen Sie doch bitte ans Mikrofon ...

(Zwischenrufe)

Kollert: Herr Heintz, darf ich Sie - darf ich hier, darf ich hier, darf ich hier weitermachen?

(Zwischenrufe)

Gutermuth: Bitte Namen nennen, bitte Namen nennen

(Zwischenrufe)

Borgath: Hallo, ja, ich heiße Eva Borgath. Und ich möchte eigentlich nur noch mal, ich hab die Antwort einfach nicht verstanden und ich möchte se klar wiederhaben. Weswegen wird ein Gutachten gemacht, wenn die Ergebnisse schon vorher klar sind?

Heintz: Es liegen nicht die Ergebnisse vor...

Borgath: Das habe ich nicht verstanden...

Heintz: Wenn ich das erläutern darf, wie diese Dinge zu bewerten sind, sondern nur die Fakten, das Konzept, die technische Ausstattung einer Einrichtung. Darüber soll der Gutachter befinden und sie werten. - Ich darf dann auch noch auf etwas - Sie geben sich - und ich darf das Herrn Kollert sagen, weil ich seine Argumente und seine Denkweise schon von früher kenne und seine Überlegungen - ja, nun, wir haben ja schon öfters miteinander geredet. - Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt ist eine technische Anstalt. Wir haben im eigenen Hause 1400 Mitarbeiter, davon allein 300, die sich mit atomphysikalischen Fragen befassen...

(Zwischenrufe)

..ja, wenn - Sie - wenn Sie nun erwarten, daß Sie dem Sicherheitsgutachten bzw. in den speziellen Fragen, die die Bundesanstalt für Materialprüfung bearbeitet, daß in diesem Gutachten ein, ein völlig umfassendes Bild geboten wird, nämlich in Form von Gutachten, so haben Sie nicht bedacht, daß die Bundesanstalt, daß in ihrem eigenen Hause zu verschiedenen Fragen spezieller Art selbst Stellung nimmt. Das heißt, in dieser Art gibt es überhaupt keine Gutachten, die man einsehen könnte. Wenn wir Ihnen nun anbieten, daß Sie, und ich meine hier auch die Experten, die sich besonders dafür interessieren und technische Fragen in der Tiefe bearbeiten wollen, wenn Sie nun die Chance bekommen, in die PTB, in der PTB diese Dinge anzusehen, anzusehen, mit uns vielleicht zu diskutieren und wir können Ihnen auch sonstige Dinge, in sonstigen Dingen zu Hilfe sein, so halte ich das Angebot, das ich vorhin gemacht habe, hier großzügiger als wenn wir diese Gutachten, die ja nur Teilaspekte beinhalten, irgendwo auslegen und Sie sitzen wieder alleine da und kommen nicht weiter.

(Zwischenrufe)

Heintz: Ich - ich kann mich Ihrer Äußerung oder Ihren Vorbehalten oder Ihrem Mißtrauen nicht anschließen, ich habe ja gesagt, daß wir diese, Ihnen diese Gutachten nicht vorenthalten wollen. Bitteschön.

Kirchner: Ja, Kirchner ist mein Name. Herr Prof. Heintz, ich weiß nicht, wie Sie wissenschaftlich arbeiten, aber ich nehme nicht an, daß Sie, wenn Sie irgendwelche Sachen klären, studieren, vertiefen wollen, daß Sie dann zu den Leuten hinfahren, die diese Sachen machen. Ich nehme nicht an, daß Sie die Beurteilung des DWK-Antrages so machen, daß Ihre Sachbearbeiter aus der PTB jedesmal nach Hannover hinfahren, wenn sie was wissen wollen und dann wieder nach Hause nach Braunschweig fahren. Insofern ist es doch sicher nicht der Gipfel der Großzügigkeit uns anzubieten, daß wir zu Ihnen nach Braunschweig hinkommen können. Zudem bin ich's gewohnt, so, daß Wissenschaft so läuft, daß da nicht irgendwo innerhalb eines Laboratoriums einer Behörde oder was auch immer mündlich gemauschelt wird oder mündlich, ohne daß das dokumentiert wird, Sachen weitererzählt werden. Und ich glaube erst recht nicht bei der Bedeutung dieses Verfahrens, sondern, daß solche Sachen schriftlich festgehalten, dokumentiert und veröffentlicht werden und ich glaube, auch gerade dann, wenn Sie innerhalb der PTB über diese Gutachten hinaus Kriterien erarbeiten, die Grundlage der Genehmigung oder Nichtgenehmigung sein sollen, daß das sehr wichtig ist. Und daß Sie da auch zustimmen werden und darum möchte ich Sie bitten, daß dieses auch schriftlich veröffentlicht wird und nicht beim Kaffee bei Ihnen bequatscht wird. Und wir gehen davon aus, daß wir diese Unterlagen auch in schriftlicher Form zur Verfügung gestellt kommen - bekommen und nicht zu Ihnen nach Braunschweig fahren müssen, jedes Mal, guten Tag sagen und eventuell dann wieder nach Hause fahren können, weil der Sachbearbeiter leider zufälligerweise heute nicht da ist.

(Beifall)

Heintz: Ich glaube, daß Sie diese - wenn Sie - wenn Sie diese negativen

Aspekte so sehen, ich könnte Ihnen dagegen....

Kirchner: Wir haben leider schon so vieles erlebt auf dem Gebiet...

(Zwischenrufe)

Heintz: Herr Kirchner, ich könnte Ihnen entgegenhalten, wenn Sie uns vorher informieren, daß Sie dann und dann was sehen wollen, so steht dem nichts im Wege.

(Zwischenrufe)

Wollny: Ich glaube, Herr Heintz...

Heintz: Herr Wollny, Herr Wollny bitte

Wollny: Ich glaube, Herr Heintz, der Bundesminister Baum wird eher dafür sorgen, daß wir die Dinger in die Hand bekommen als Sie! Und daran werden wir uns wenden! Bis jetzt haben wir da immer Erfolg gehabt.

(Beifall)

Wollny:

Heintz: Das ist Ihre Sache, Herr Wollny, an wen Sie sich wenden, das ist Ihre Sache.

(Zwischenrufe)

Kirchner: Ja...

Heintz: Ich habe....

Kirchner: ...darf ich jetzt weiter...

Heintz: Haben Sie jetzt noch Fragen?

Kirchner: Ja, zu Punkt 2.

Heintz: Herr Kirchner...

Kirchner: Sie sagen...

Heintz: Herr Kirchner,

Kirchner: Sie sagen...

Heintz: Bitte, bitte -

Kirchner: ... daß diese Gutachten das Konzept bestätigen, oder daß das Konzept nicht geändert wird. Da stellt sich für mich die Frage, welches sind denn die Grundunterlagen, die die Gutachter bekommen oder aufgrund derer sie ihre Gutachten erstellen. Welche Unterlagen hat die antragstellende Firma und haben Sie den Gutachtern zur Verfügung gestellt?

Heintz: Alle Gutachten bauen auf auf dem Sicherheitsbericht.

Kirchner: Auf - nur auf welcher - auf welcher Ausgabe, ...

Heintz: Moment!

Kirchner: ..aus - auf welcher Version des Sicherheitsberichts, bitte, ist das derselbe, den wir auch gesehen haben?

Heintz: Lassen Sie mich ausreden. Der Sicherheitsbericht hat die Bezeichnung B oder August 80, das ist die Basis, die generelle Unterlage. Daran schließen sich weitere Unterlagen an, die sich aus den Einzelfragen ergeben, die der Vertiefung und der genaueren Beschreibung dienen.

Kirchner: Warum sind diese Unterlagen auch nicht mit ausgelegt worden?

Heintz: Weil sie bisher erst im Nachhinein erstellt werden und sich aus...

(Unruhe - Zwischenrufe)

Heintz: Aber - aber - aber Sie haben doch selbst eben - bei den Gutachten hätten Sie doch auch, nun Gutachten wachsen genauso heran und brauchen ihre Zeit wie die Vertiefung der Unterlagen.

Kirchner: Heißt das, - habe ich das jetzt richtig verstanden,

Heintz: Bitte.

Kirchner: ..daß Sie die Unterlagen, die bisher das sind, daß das einzig für die - für die Erstellung der Gutachten, für die Herren Gutachter, daß das einzig und allein auch dieser Sicherheitsbericht mit der Ziffer 8/80 ist oder existieren schon andere Unterlagen?

Heintz: Dieser Vorgang der Prüfung der Unterlagen ist ein Iterationsprozeß, über den man, wie ich schon sagte, mit dem Sicherheitsbericht anfängt und danach weitere Unterlagen anfordert, so lange ...

Kirchner: Herr Heintz, entschuldigen Sie, Sie antworten nicht auf meine Frage.

Heintz: Diese Unterlagen dienen nur zur Detaillierung.

Kirchner: Welche Unterlagen liegen zum heutigen Zeitpunkt, jetzt wo hier über des - der Antrag erörtert werden soll, welche Unterlagen liegen heute in diesem Iterationsprozeß schon vor?

Heintz:
(nach Rücksprache mit Gutermuth)

Das sind - ist der Sicherheitsbericht und einige vertiefende Beschrei - Schreiben,

Kirchner: Welche, und

Heintz: .. in denen gewisse Besprechungen - und -

Kirchner: Erstens welche, zweitens warum sind die uns nicht zur Verfügung gestellt worden?

Heintz: Herr - Herr Kirchner, Sie haben jetzt wohl eine - eine ausweichende Frage gestellt, es ist doch klar - es ...

Zw-Rufe: Antworten!

Kirchner: Also,

Zw-Ruf: Klare Antwort

Kirchner: Wer hier ausweicht, können wir gerne auch noch erörtern, aber bitte erstellen Sie mir erst die Fragen.

(Lärm - Zwischenrufe)

Heintz: Es gibt einen Sicherheitsbericht und dazu gibt es in Einzelfällen vertiefende Beschreibungen und Erläuterungen und dergleichen mehr...

Kirchner: Welches ...

(Lärm - Zwischenrufe)

Heintz: Ich habe Ihnen ja angeboten, daß es Ihnen ermöglicht wird, in Braunschweig solche Dinge einzusehen.

(Lärm)

Kirchner: Herr Heintz,

Heintz: Es wird

(Zwischenrufe)

Heintz: ..zu - zu dem von mir genannten Zeitpunkt Mitte des Jahres auch die genannten Gutachten geben.

(Zwischenrufe)

Kirchner: Herr Heintz,...

Zw-Ruf: Aufhören!

Kirchner: ...wenn wir, wenn Sie uns die Sachen zur Verfügung stellen wollen, dann ist es ja wohl die Voraussetzung, daß wir wissen, welche Unterlagen das sind.

Heintz: Die Gutachten, habe ich doch schon gesagt.

Zw-Rufe: Welche ?

Kirchner: Heißt das, heißt das, daß Sie die Unterlagen, die über den Sicherheitsbericht hinaus Grundlage für die Begutachtung sind, daß Sie die uns nicht zur Verfügung stellen wollen, oder sollen - wollen Sie die uns auch zur Verfügung stellen?

Heintz: Sie können diese Dinge einsehen in der PTB.

(Lärm)

Zw-Rufe: Welche?

(große Unruhe)

Kirchner: Herr Heintz, um das - um das ...

(Zwischenrufe)

...um das jetzt, den - den Hintergrund der ganzen Frage für Sie vielleicht nochmals zu beleuchten. Sie sagen, daß das Konzept unverändert bleiben soll. Der einzige - der einzige Schönheitsfehler an Ihrer Aussage ist der, daß das Konzept, was die DMK verfolgt zu der Anlage, heute schon oder ich kann auch sagen, zu uns, uns bekannt seit dem 29. November die - letzten Jahres, schon nicht mehr das Konzept ist, was in dem Sicherheitsbericht

beschrieben worden ist. Und wir wollen jetzt wissen, worüber hier wir überhaupt erörtern. Über - über Schnee vom letzten Jahr, der historischen Wert noch hat, aber nicht mehr die Anlage ist, die gebaut werden soll oder über die Anlage, die tatsächlich gebaut werden soll? Auch wenn wir nicht die Unterlagen haben, für die Anlage, für die Anlagenart, für das Konzept, das gebaut und verwirklicht werden soll, dann frage ich mich, warum und worüber wir hier überhaupt reden sollen mit Ihnen? Und das ist der Punkt, der hier erst beantwortet werden muß.

Heintz: Sie sagen

(Beifall)

Heintz: Sie sagen, daß aufgrund der einer - eines Gespräches oder einer Besprechung in der GÖhrde Sie den Eindruck haben, daß das Konzept bereits, bereits verlassen sei, ist so richtig? Jawohl!

Kirchner: Das ist geschmeichelt, ich würd's etwas anders ausdrücken...

Heintz: Ja, ja, ja, wie immer Sie das formulieren...

Kirchner: ...es ist'n anderes Konzept.

Heintz: Ja. Wir haben uns daraufhin - wir waren an diesem Gespräch nicht beteiligt, - aber wir haben - das ist uns zu Ohren gekommen - wir haben bei dem Antragsteller zurückgefragt, ist dies so, daß Sie dies Konzept bereits verlassen haben. Der Antragsteller hat uns bestätigt, er hat dies Konzept nicht verlassen. Ich bitte den Antragsteller selbst sich zu diesem Punkte zu äußern.

Straßburg: Ich darf zunächst, ich darf zunächst meinen Namen nennen, mein Name ist Straßburg.

Heintz: Entschuldigung, entschuldigen Sie, eine kleine Unterbrechung, der - ein Herr Müller vom, vom - aus Bonn möchte hier zu Herrn Collin kommen. Dankeschön. Ja, dankeschön. Entschuldigung.

Straßburg: Der Sicherheitsbericht, wie er auslag, entspricht der einzigen Fassung, so wie er auch dem Antrag von uns beigelegt wurde. Eine Konzeptänderung liegt nicht vor.

(Zwischenrufe)

Heintz: Name, bitte Name sagen, Herr Straßburg!

Straßburg: Ich heiße Straßburg.

Zw-Rufe: aufstehen!

Heintz: Entschuldigung, das Aufstehen ist - haben wir hier nicht eingeführt - also ...

Straßburg: Ich bin gerne bereit, mal aufzustehen, damit mich alle mal sehen ..

(Beifall, Pfiffe)

Heintz: Herr Kirchner -

Kirchner: Ja - äh - ich glaube, da muß ich jetzt doch noch zu, weil ich das nun gesagt habe, auch Stellung nehmen. Sie waren, Herr Straßburg, Sie waren ja auch nicht da bei dem Termin. Ich frage mich jetzt nur, ohne Ihre Diskussion, was nun für Sie 'ne Konzeptänderung ist und was nicht. Aber ich glaub', daß für jeden im Saal im Prinzip eingängig einsichtig, daß ist der Unterschied zwischen drei Deckeln und vier Deckeln, denn hier geht's beim Deckelsystem, ist das, das entscheidende System an der ganzen Sicherheitsbeurteilung dieses Konzeptes. Das ist der Unterschied, ob die Deckel eine oder zwei Löcher haben oder aussehen wie Schweizer Käse, den Sie abdichten müssen, daß das - daß das ein Unterschied im Konzept ist, daß das ein Unterschied in der sicherheitstechnischen Beurteilung dieser ganzen Angelegenheit ist. Den Sie nicht so sagen können, hier liegt kein Konzept vor - mit Ihren Worten einfach wegwischen können - und daß zumindest, und das hier, das reicht für uns, daß das Deckel-

system und daß Teile des - der - des Konzeptes der Anlage, die Sie bauen wollen, ganz klar nicht so aussehen wie sie in dem Sicherheitsbericht dargestellt und abgebildet worden sind. Und daß wir verlangen, daß diese Sachen so zugänglich gemacht werden wie Ihr momentaner, der kann ja momentan schon wieder woanders sein, wir sind das gewohnt von Ihnen. Wie Ihr momentaner Planungsstand tatsächlich ist, wir sind nicht bereit, über Sachen vom letzten Jahr zu reden, die einfach nicht mehr, nicht mehr aktuell sind.

Straßburg: Herr Kirchner, ich bedauer außerordentlich, wenn ein Mißverständnis entstanden ist, und ich will auch bestimmt nicht hier über den Begriff mißverstanden philosophieren, Konzeptänderung, ja oder nein. Ich hatte die Frage dahingehend versucht zu beantworten, daß das Deckelsystem, wie es im Sicherheitsbericht enthalten ist, dem Antrag beiliegt, dem Sicherheitsbericht, das heißt den Ausführungen Wort für Wort entspricht, wie Sie ausgelegt haben und ich schlage vor, daß wir auf dieses Thema, weil ich weiß, daß hier ein großes Informationsbedürfnis besteht, entsprechend der Tagesordnung zurückkommen und es eingehend mit Ihnen erörtern.

Kirchner: Entschuldigen Sie, ich glaub', das ist auch vielmehr 'ne Frage an Herrn Heintz....

Heintz: Bitte

Kirchner: ..als Versammlungsleiter hier. Es sei die Frage, auf welcher Grundlage Sie hier erörtern wollen mit uns oder gegen uns je nachdem. Wenn die Unterlagen, die vorliegen, die uns vorliegen, einfach nicht die sind, die Grundlage des Baus bilden.

Heintz: Wir sprechen hier miteinander aufgrund der von Ihnen eingesandten Stellungnahmen. In diesen Stellungnahmen sind viele Fragen technischer Art, die das Deckelsystem betreffen und wir haben also vor, wenn dieser Punkt im Detail besprochen wird, hierüber nochmal eine zusammenfassende, zusammenfassendes Bild zu sehen

wie diese Deckel ausgeführt sind. Ich würde sagen, wir sollten diesen Punkt speziell technischer Art und das Deckelsystem dorthin stellen, wo er hingehört, in den technischen Bereich. Ich frage nochmal, ob zu dem Fall - zu der Aussage über die Gutachtenauslegung noch das Wort gewünscht wird - bitteschön!

Kollert: Herr Heintz, Sie - Sie haben sich bisher nicht klar ausgedrückt, welche Unterlagen vorhanden sind, die jetzt schon, weil sie fertig sind, ausgelegt werden können. Ich möchte Ihnen hier jetzt einige Ausführungen dazu machen. Wir wissen laut Aussagen von Herrn Ziegler, der zuweilen neben Ihnen sitzt und Herrn Berg vom BMI, es sind vorhanden weitere Detailzeichnungen über die Deckelsysteme, über den Castor-Behälter, es ist vorhanden eine Behälterzulassung, es ist vorhanden eine verkehrsrechtliche Zulassung, es sind Stellungnahmen der Bundesanstalt für Materialprüfung vorhanden. Diese haben sie bisher geweigert auszulegen. Weiter: Sie haben uns eingeladen, zu Ihnen nach Braunschweig zu kommen und Einsicht zu nehmen. Herr Heintz, das ist doch ein - eine Farce, wenn Sie gleichzeitig sich weigern, die Unterlagen und Literaturangaben in diesem Sicherheitsbericht der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Es sind dies zum Beispiel ein Report aus der Kernforschungsanlage Jülich vom März 79. F.Stelzer ist der Autor. Ein Report vom Nuklear-Ingenieur-Service vom Juli 79, ein amerikanischer Report INC November 79, ein amerikanischer Report HEDL 78, ein Report von der Gesellschaft für Reaktorsicherheit vom 11.1.78 und weitere Dinge, die unveröffentlicht und nicht zugänglich sind, wie uns ad - laut wurde, warum legen Sie diese Unterlagen, die als Beleg für sicherheitstechnische wichtige Aussagen im Sicherheitsbericht angeführt sind, nicht dem Bürger aus, daß er sich ein Bild machen könnte - nachprüfen könnte.

Heintz: Ich kenne - ich kenne Ihr Problem, Sie sprechen an ...

(Gelächter)

Moment - lassen Sie - ich - wir - lassen Sie uns doch alle

gegenseitig ausreden, nicht wahr - Sie sprechen die Literatur an, die im Sicherheitsbericht erwähnt ist, Ich unterscheide da mal drei Klassen. Das eine ist Literatur, die sich der normale Bürger leicht beschaffen kann. Sie wissen was ich meine. Sie - man geht in eine Bibliothek und siehe da, man findet das auch vielleicht zufällig. Das wollen wir mal beiseite lassen.

Kollert: Herr H....

Heintz: Dann aber - das ist nun mal so!

Kollert: Herr Heintz, konkrete Frage ...

Heintz: Das zweite - das zweite ist Literatur, die sehr vereinzelt nur zu finden ist. Wir sind gerne bereit, Ihnen dabei zu helfen.

Kollert: Ja.

Heintz: Wir müssen aber darauf hinweisen, daß es natürlich auch Literatur gibt, die die Interessen anderer zu beachten hat, die man also nicht weitergeben kann.

Kollert: Ja.

Heintz: Das ist nun einmal per Gesetz so.

Kollert: Ja.

Heintz: Da gelten Urheberrechte....

(Zwischenrufe)

Kollert: Herr Heintz....

Heintz: Das hier, das können wir einfach nicht, wir können uns nicht über solche Dinge hinwegsetzen. Wenn Sie irgenwo..

(Zwischenrufe)

Gutermuth: In's Mikrophon!

Heintz: Bitte, bitte, also nicht alle durcheinander ...
Ich ...

(Zwischenrufe)

Kollert: Herr Heintz - ich möcht...

(Zwischenrufe)

Heintz: Ich bin doch dabei...

(Zwischenrufe)

Kollert: Herr Heintz

(Zwischenrufe)

Heintz: Ich meine - Entschuldigung, Sie haben sich nicht - das hat keinen Zweck, daß Sie nun dazwischenbrüllen, das kommt hier gar nicht an!

Kollert: Herr Heintz, ich...

Heintz: Bitte, Herr Kollert.

Kollert: Ich möchte Sie bitten, uns behilflich sein - bei Beschaffung dieser Unterlagen und möchte Sie gleichzeitig auffordern, den Erörterungstermin, diese Anhörung heute auszusetzen, bis diese Unterlagen, die zugänglich sind, und zugänglich gemacht werden...

(Beifall)

Kollert: ..weiter - weit -

Heintz: Herr, Herr Kollert!

Kollert: Herr Heintz ...

Heintz: Herr Kollert!

Kollert: Darf ich - darf ich -

Heintz: Herr Kollert, zu der ersten Frage ja, soweit uns das auch per Gesetz möglich ist, zur zweiten Antw... Frage nein.

Kollert: Ich möchte diesen Antrag auch wiederholen, daß Sie diesen - diese Anhörung aufschieben bis zu dem Zeitpunkt, wo diese drei von Ihnen bis jetzt vergebenen Gebilde vorliegen, dann - und ich möchte diesen Antrag jetzt untermauern mit weiteren Ausführungen.

Erstens: Sie haben vorhin geäußert, der vorliegende Sicherheitsbericht, der nicht verändert ist, liegt den Gutachtern als Grundlage vor. Dieser Sicherheitsbericht enthält Fehler und Lücken, das ist heute schon öfters in den Raum gesagt worden, ich möchte einige Beispiele hier vortragen, damit sich der Bürger hier, der nicht Gelegenheit hatte, dieses dicke Konvolut durchzuarbeiten, vielleicht ein kleines Bild machen kann. Es ist ein Auszug. Auf Seite 257 des Sicherheitsberichtes wird oben gesagt, die Temperatur bei den Elastomerdichtungen beträgt 120° und nicht darüber, genau das ist die Auslegungstemperatur. Auf der gleichen Seite unten heißt es, die Temperatur an den Dichtungen beträgt 130°. Auf Seite 163 heißt es und das betrifft hier auch vor allem die Ansässigen, die Bewohner der Städte. In den Ortsdurchfahrten kann sich die durchschnittliche Verkehrsmenge auf das doppelte erhöhen, das ist unrichtig. Messungen in der Behörde im Landkreis Lüchow-Dannenberg der Zustelligen haben ergeben, daß sich der Ortsverkehr auf das drei- bis vierfache erhöhen kann, das ist wichtig für den Transport der Atomüllbehälter durch die Städte. Es steht - auf Seite 512 sind beschrieben die Prüfungen nach IAEA. Hier ist vergessen und ausgelassen worden, die weit hin bekannte Prüfung des Eintauchens in Wasser für den Castor-Behälter, die ist nicht erwähnt. Auf Seite fünf, zwei, vier heißt es: Der Castor-Behälter wird

mit einem Ein-Tonnen-Geschoß beschossen und das entspricht dem Absturz einer schnellfliegenden Militärmaschine. Wir wissen, daß ein Phantomflugzeug, schon ein Triebwerk mehr als ein - eine Tonne - weit mehr als eine Tonne wiegt. Auf Seite fünf, zwei, vier im Sicherheitsberichts schreiben Sie, daß nach einen Treibstoffbrand bei einem Flugzeugabsturz die Behältertemperatur nicht - der - die Flammentemperatur nicht 800° überschreitet. Sie haben uns ja einen zweiten Sicherheitsbericht vorgelegt über das Faßlager und dort heißt es, die Flammentemperatur wird 900° betragen. Sie haben bei der Erdbebenliste, die aufgeführt ist in Ihrem Katalog, in Ihrem Bericht, in Ihrem Gebäud... Gebilde auf Seite eins-zehn eine Erdbebenliste. Bei dieser Erdbebenliste, die 4 Beben oder 5 enthält, fehlen die Beben von Soltau 1977 mit der Stärke 6 und es fehlt das Beben von Wittstock-Havelberg aus dem Jahre 1410 mit der Stärke 7 bis 8. Ich müßte weiterfragen...

Heintz: Herr Kollert, Herr Kollert

Kollert: Zweitens, das waren jetzt die Fehler...

Heintz: Bitte...

Kollert: ..jetzt möchte ich zu den Lücken mich äußern ...

Heintz: Ja, bittel

Kollert: Einige ausgewählte Punkte. Es fehlt bei dem aufgeführten Schutzziel im Sicherheitsbericht, nach denen die Auslegung vollzogen worden ist, das Schutzziel der Entsorgbarkeit dieser Anlage. Es ist unerwähnt, daß nach Aussagen, wie uns später Herr Dyck mitgeteilt hat, der vierte Deckel, die sogenannte Schutzplatte, die im Sicherheitsbericht als schützend vor mechanischen Einwirkungen beschrieben ist, in Wirklichkeit als vierte - als vierter Deckel als zweite Sicherheitsbarriere die radioaktiven Gase vor dem Entweichen hindern

soll. Es fehlt der Hinweis, daß nach einem Halleneinsturz und Ausfall der Kühlung des Castor-Behälters, wie es uns zugegangen ist, laut einem Protokoll der Reaktorsicherheitskommission nach einigen Tagen damit zu rechnen ist, daß merkliche technische Leckraten des Castor-Behälters auftreten. Das ist - fehlt im Sicherheitsbericht. Es fehlt zum Beispiel der Hinweis darauf, woher diese anfallenden radioaktiven Waschwässer, die erwähnt werden, kommen und ab welchem Radioaktivitätsgrenzwert sie einbehalten werden, bzw. mit welchem Radioaktivitätsgehalt sie an das öffentliche Abwassernetz übergeben werden.

Es fehlen Angaben über die normale Leckrate des Castor-Deckel-Systems, über die mögliche radiolytische Zersetzung der Dichtungen, über das Material der Mat - der Metaldichtungen, über die Lage der Spülanschlüsse, Kabeldurchführungen usw., es fehlt eine ganze Menge ...

Herr Heintz, wie können Sie - wie können Sie jetzt hier mit gutem Gewissen als Physiker und Wissenschaftler vor uns hintreten und sagen, dieser Sicherheitsbericht kann Grundlage eines Anhörungstermins zum jetzigen Zeitpunkt sein, geschweige denn Grundlage von relevanten Gutachten die erteilt - die aufgestellt werden...

Heintz Herr..

(Beifall)

Kollert: Herr Heintz..

Heintz: Herr Kollert ..

Kollert: Ich möchte noch weiterfragen..

Heintz: Herr Kollert..

Kollert: Herr Heintz, Sie haben uns vorgetragen, welche Gutachten - von Ihrer Behörde, von Ihrer Anstalt vergeben worden sind,

das sind drei Stück, wenn ich mich erinnere, zur Langzeitstabilität der Materialien des Behälters zur Sicherung und zur Sicherheit. Ist das richtig so?

Heintz: Ja..

Kollert: Ja

Heintz: Ja

Kollert: Gut. Herr Heintz, ich darf Ihnen hier vortragen aus einem Schreiben des Oberkreisdirektors von Borken - Borken in Ahaus - vom Mai 1978. Hier sind die Gutachten aufgeführt, die die Stadt Ahaus vergeben hat zur Begutachtung Ihres geplanten Zwischenlagers. Da ist einmal - ein Baugrundgutachten, ein Seismikgutachten, eine Prüfung des Standsicherheitsnachweises, ein Brandschutzgutachten, ein Umweltverträglichkeitsgutachten, ein hydrogeologisches Gutachten, Auswirkungen des Grundwasserentzugs auf die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft ein Gutachten und ein Gutachten zur Landschaftsgestaltung. Die Gutachtensnehmer sind hier auch aufgeführt. Herr Heintz, wenn es richtig ist, daß Sie keines dieser hier vergebenen Gutachten in Ahaus in Auftrag gegeben haben, wie, wie können Sie hier mit gutem Gewissen vor den Bürger des Landkreises hinstreten und zum jetzigen Zeitpunkt einen Anhörungs-, einen Erörterungstermin abhalten, über die Gefahren und Langzeitkonsequenzen des Zwischenlagers. Ich beantrage nochmal - aufgrund meiner Ausführungen und beispielhaften Belege - es war nur ein Auszug, daß Sie diese Anhörung heute abbrechen und wiederholen oder fortsetzen oder wann immer Sie es für nötig befinden, hier fundiert und wissenschaftlich haltbar unter Beteiligung des Bürgers und nicht als eine demokratische Farce hier einen Anhörungstermin möglicherweise zu wiederholen aber nicht heute...

(Beifall - Gejohle - rhythmisches Klatschen)

Heintz: Herr - ich möchte - zu - etwas sagen zu dem, was Herr Kollert hier ausgeführt hat. Die lange Liste die er vorgelesen hat, ist ja - sind ja grade Punkte, die wir hier auf der Tagesordnung haben, zu denen

der Antragsteller, wenn er dazu aufgerufen wird, entsprechendes sagen wird. Das sind die technischen Punkte, und ich muß anerkennen, Herr Kollert hat sich sehr viel ...

(Beifall)

Heintz: Herr Kollert hat sich sehr viel Mühe gemacht und diese Dinge aufgelistet und mit dem Finger auf diese Dinge gezeigt. Und ...

(Zwischenrufe)

... es ist ja doch - ich sehe gerade umgekehrt hier eine sinnvolle Fragestellung in, in diesem Termin -
Ich möchte nun hier in den Wortmeldungen fortfahren - und zwar der Herr Schrader ...

Gutermuth: Schrader, Schrader - hat sich zu Wort gemeldet.

... nimmt es zurück.

(Zwischenrufe)

Heintz: Herr Schrader hat sich gemeldet ...

Gutermuth: ... und Herr Seebaß

Heintz: ... und Herr Seebaß hat sich gemeldet.

Gutermuth: Nehmen Sie zurück? Nehmen Sie zurück?

(Gemurmel)

Dann, Herr Röttig hat sich ...

Ihr Name bitte.

(Gemurmel)

Nein! Ich bin doch nicht verpflichtet ...

(Zwischenruf)

Zw-Ruf: Ja, ich kann nicht ...

Gutermuth: Schrader ...

Frankenfeld: Ihren Namen bitte.

Gutermuth: Schrader ...

(Beifall)

Gutermuth: (leise) ... der Seebaß ...

... dann fragen, ob sie wollen oder nicht?

Frau Harms: Darf ich jetzt was sagen? Bitte?

Heintz: Ich möchte an sich hier in den Wortmeldungen fortfahren, damit die Leute auch zu Recht kommen, die sich an diese Wortmeldung gebunden fühlen. Herr Schrader!

(Zwischenrufe)

Gutermuth: ... will nicht. Dann der nächste.

(Zwischenrufe)

Heintz: Ich habe eben gesagt, daß diese technischen Punkte in der Tages-

ordnung unter Punkt 2 im einzelnen behandelt werden.
Herr Schrader hat sich zu Wort gemeldet.

Gutermuth: Ist nicht da!

Heintz: Ist nicht da?
Herr Seebaß...
Herr Schrader kommt - bitte!

Gutermuth: Herr Schrader gehen Sie zum Mikrophon!

(Zwischenrufe)

Heintz: Bitteschön - Ihren Namen bitte.

....: Frau Harms ist das.

Frau Harms: Also ich bin wirklich unheimlich erschreckt heute darüber, wie
Tuschig Sie als Genehmigungsbehörde mit unserer Sicherheit um-
gehen. Es ist also - wirklich, wie wenig ernsthaft Sie, Sie an
diesen ganzen Sachen, an diesen ganzen Genehmigungsverfahren ge-
arbeitet haben. Sie sollten sich da vielleicht mal'n Beispiel
nehmen an den Betreibern, die arbeiten nämlich hier im Kreis viel
ernsthafter an der Verwirklichung des Zwischenlagers. Ich weiß
nicht, ob Ihnen bekannt ist, daß schon jetzt der Bauplatz klar
ist, daß schon jetzt das Landschaftsschutzgebiet entwidmet wor-
den ist, daß schon jetzt entwidmet werden soll, daß schon jetzt
Stellenangebote der BLG für das Zwischenlager in unserer Heimat-
zeitung veröffentlicht werden, daß schon jetzt Absprachen mit den
Handwerksbetrieben für die - betreffs der Ausschreibungen ge-
troffen werden, daß schon jetzt oder schon ziemlich lange immer
wieder über den Bau von weiteren Polizeikasernen, nicht zuletzt we-
gen des Zwischenlagers und seines Baus hier im Landkreis geredet
und geplant wird. Die Betreiber arbeiten wirklich sehr ernsthaft,
und ich meine, daß Sie als Genehmigungsbehörde auch ernsthaft
arbeiten müßten, damit - damit wir Ihnen überhaupt glauben können.
Unsere Bedenken scheinen Sie nicht sehr ernst zu nehmen.

Heintz: Im Gegenteil, ich weise nochmal darauf hin, daß die technischen Fragen, die Herr Kollert gesagt hat, wenn Sie unseren Tagesordnungsverlauf ansehen, dort, sozusagen Punkt für Punkt aufgelistet sind und zur Sprache kommen werden. Ich bitte aber, etwas an die Tagesordnung sich zu halten. Wir können nicht immer von einem Gesichtspunkt auf den anderen springen, dann ist die Reihenfolge der Wortmeldung völlig unsinnig geworden.
Herr Seebaß - bitteschön.

Seebaß: Ja, mein Name ist Eckart Seebaß, ich spreche nur für mich selbst, nicht im Namen irgendwelcher anderen und ich würde auch vorschlagen, im Gegensatz zu einigem was heute morgen kam, daß man nicht zu schnell sagen sollte, ich spreche in aller Namen - sollen - nur, man sollte angeben in wessen Namen man spricht und wenn man's nicht genauer weiß, dann nur im eigenen. Ich spreche also nur im eigenen Namen.

(Zwischenrufe)

..eben, eben, das genügt ja auch.

Vielleicht wäre es sinnvoll und konstruktiv, wenn man als ein konstruktiver Kompromiß - wenn man nach Vorliegen der vorhin erwähnten Gutachten eben noch einmal eine Anhörung machen würde.

Ich würde also dafür plädieren, damit wir heute, was die Sachargumente betrifft, nicht umsonst gekommen sind, daß diese Dinge heute hier auch der Reihe nach erörtert werden und irgendwelche Einwände oder Bedenken gegen Rechtmäßigkeit des Verfahrens oder Befangenheit usw., die kann man ja, wenn man will, gerichtlich klären, dann kann das hinterher angefochten werden, aber ich bin der Meinung, daß es doch sinnvoll wäre, wenn wir nicht mit diesen Dingen den Fortgang behindern würden, sondern wenn wir jetzt alle das Interesse haben würden, die Sachargumente auch wirklich auf den Tisch zu bekommen, ich glaube, daß das - es wurde ja von Herrn Prof. Heintz vorhin schon gesagt, es wurde ja vorhin von Prof. Heintz schon gesagt, daß diese Dinge berücksichtigt werden sollen. Nehmen wir ihn doch beim Wort.

Seebaß: Dann möchte ich noch zu folgendem sagen, was die Weitergabe der - Weitergabe der Einwände betrifft. Ich persönlich erteile Ihnen also hiermit nachträglich meine Genehmigung, daß Sie meine Einwände weitergegeben haben. Ich freue mich sogar darüber; denn ich finde es sehr gut, wenn meine Einwände möglichst vielen Behörden bekannt sind und hoffe, daß sie dort ernst genommen werden.

Meine Einwände beziehen sich ...

Ja, das ist ja - das ist ja - Ihre Sache, ich kann ja meine Meinung hier ruhig sagen und Sie auch. Ich wollte nur für meine Person sagen, ich werde nur solche Stellungnahmen abgeben auch in Zukunft, bei denen ich bedenkenlos sie an andere Behörden weitergeleitet sehen kann. Ich sehe gar nicht ein, warum ich da irgendwas Geheimnisvolles tun soll, wenn ich 'ne Stellungnahme an eine offizielle Stelle abgebe, ist das für mich ganz klar, daß die auch andere Behörden sehen können, warum auch nicht. Aber jetzt weiter.

Meine Argumente beziehen sich auf Naturschutzaspekte, und ich bin etwas enttäuscht, daß diese Dinge hier heute auf dem Programm gar nicht zu finden sind. Ich habe zwar vorhin erfahren, und auch vorher schon angedeutet bekommen, warum. Das ist ja eine Sache, die mit dem Raumordnungsverfahren oder Bauleitverfahren sicher zusammenhängt, das sehe ich auch ein, aber ich glaube nicht, daß es ganz richtig ist, diese Dinge hier heute völlig auszulassen, denn es ist meines Erachtens auch eine Grundsatzfrage zum Beispiel ob man eine - ein Industrieprojekt dieser Art in eine grüne Landschaft allgemein hineinplant, also irgendwo im Walde oder gar in der Nähe von schutzwürdigen Bereichen oder ob man sie eben in ausgewiesene Industriegebiete hineinplant. Das ist meines Erachtens eine Grundsatzfrage, die mit dem speziellen Raumordnungsverfahren oder Bauleitverfahren noch gar nichts zu tun hat. Also ich wäre dankbar, wenn diese Aspekte dann nachher unter einem noch zusätzlich aufzunehmenden Tagesordnungspunkt auch zur Sprache kämen. - Vielen Dank - .

Heintz: Dieser - schönen Dank, Herr Seebaß.
Dieser Aspekt, den Sie angeschnitten haben, ist unter Punkt 3

" Bedeutung für die Umwelt " bei uns eingeordnet und wird auch zur Sprache kommen.

Herr Hirsch, Herr Hirsch, ich habe hier ...

Hirsch: Ich wollte hier direkt was dazu sagen,

Heintz: Bitte!

Hirsch: und zwar werde ich mich bemühen, weil das vorhin angesprochen ist, in meinem Namen, vielleicht auch im Namen der Vernunft zu sprechen.

Heintz: Bitte!

Hirsch: Das muß wirklich einmal ganz klar zurückgewiesen werden, daß sich hier immer wieder sagen, diese Aufzeigung der technischen Lücke - Lücken und Mängel im Sicherheitsbericht soll dann später in der Tagesordnung bei den technischen Punkten diskutiert werden. Meines Erachtens sind diese Lücken und Mängel im Sicherheitsbericht die Tatsache, mit was für einem Sicherheitsbericht inferiorer Qualität, mit was für einem Mist von Sicherheitsbericht, um es auf deutsch zu sagen, sich die Genehmigungsbehörde zufrieden gibt, das ist keine technische Frage, das ist eine politische Frage oder eigentlich schon keine politische

(Beifall)

...eigentlich schon keine politische Frage mehr, sondern bereits ein handfester politischer Skandal.

(Beifall)

In dem Lichte dessen steht es für mich jetzt ernsthaft im Zweifel, ob die PTB überhaupt imstande ist, gegenüber der DMK ihre gesetzlich vorgeschriebene Funktion als Genehmigungsbehörde auszuüben.

(Beifall)

Hirsch: Und damit wird nicht nur dieses sogenannte Anhörung hier zur Farce, sondern das gesamte Genehmigungsverfahren.

(Beifall)

Heintz: ...Herr Schrader ...
Das Wort hat Herr Schrader, der schon lange sich hier um eine Wortmeldung be....
Herr Janning, ich bitte um

Zw-Ruf: Das gehört ja doch zur Zuständigkeit!

Zw-Ruf: Lauter!

Schrader: Gleich auf - Gleich auf der ersten Seite des Sicherheitsberichts zum Brennelement-Zwischenlager ist der erste Satz falsch. Er lautet: Hiermit beantragen wir, die DWK, gemäß § 6 AtG die Genehmigung zur Aufbewahrung von ausgedienten Brennelementen. So richtig ist: Die im § 6 AtG - gibt es keine ausgedienten Brennelemente zu genehmigen

(Beifall)

Hier weitere Beweise laut Atomgesetz:

Nach den Begriffsbestimmungen Atomgesetz Anlage Nr. 1, Abs. 4, Seite 60, müssen ausgediente Brennelemente grundsätzlich als radioaktive Abfälle angesehen werden. Hier wird der Begriff Kernbrennstoff, der in § 6 AtG genannt wird, ausdrücklich ausgenommen. In den Absatz 3, Begriffsbestimmungen, geht eineutig hervor, daß der Begriff Kernbrennstoffe nicht für den Begriff ausgediente Brennelemente verwendet werden darf.
Weiter wird in § 21 AtG, 2, Absatz 4, deutlich unterschieden zwischen bestrahlte Kernbrennstoffe und Kernbrennstoffe vor der Bestrahlung, somit liegt nach der atomrechtlichen Verfahrensord-

nung § 15 - Absatz 2, überhaupt keine Genehmigungsvoraussetzung vor. Für die ...

(Beifall)

Für die Zwischenlager ... ein Moment noch ...
für die Zwischenlagerung von ausgedienten Brennelementen ist somit nur der § 9a AtG, Abs. 3 zuständig. Hier wird der Staat aufgefordert, die angefallenen radioaktiven Abfälle sicherzustellen. Der gesamte Genehmi... das gesamte Genehmigungsverfahren nach § 6 AtG ist hiermit ungültig.

(Beifall)

.... Diese Anregung

Heintz: Ich bitte die DWK als Antragsteller

Zw-Ruf: ... ich will nur noch sagen ...
Darf ich Sie bitten, wenn Sie noch eine neue Anhörung vor ... machen wollen, Ihren Präsidenten mitzubringen, oder hat er Angst vor uns oder ist er feige?

(Beifall)

Heintz: Den Namen bitte! - Dürfen wir ... Frau Hollbach (?)
Frau Hollbach ...

Zw-Ruf: Antwortet doch!

Heintz: Darf ich jetzt die PT ... den Antragsteller bitten, sich zu der Frage zu äußern, wie er dazu kommt, einen Antrag nach § 6 zu stellen.

(Zwischenrufe)

Der Antragsteller möge sich dazu äußern, wie er dazu kommt, einen Antrag nach § 6 des Atomgesetzes bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt zu stellen.

(Zwischenrufe)

Hirsch: Die Frage der Gutachten ist noch nicht ausdiskutiert! Nun zur Frage der Gutachten!

Heintz: Herr Hirsch, was die Frage der Gutachtensauslegung angeht, habe ich gesagt, daß wir eine solche nicht vorgesehen haben, daß wir aber bereit sind, interessierten Bürgern diese Dinge zugänglich zu machen.

(Zwischenrufe)

Heintz: Ich möchte jetzt ... Ich möchte jetzt die - die DWK bitten, Stellung zu nehmen zu der Frage.

Straßburg: Wir nehmen gerne dazu Stellung, wieso wir im einzelnen dazu gekommen sind, einen Antrag nach § 6 zu stellen.

Zw-Ruf: Wer spricht denn da?

(Zwischenrufe)

Gutermuth:
(zu Heintz) Die DWK weitermachen ...

Heintz: Die DWK sollte hier weiter ... Herr Janning ...

Zw-Rufe: DWK ist nicht zuständig!

Heintz: DWK - bitte sich zu äußern ...

Straßburg: § 6 regelt die Aufbewahrung von Kernbrennstoffen ..

(Lange Zwischenrufe: Aufhören! Aufhören!)

Gutermuth: Sind noch Wortmeldungen zu ...

Heintz: Moment mal

Hirsch: (ruft)
Sie haben gesagt, daß die Möglichkeit besteht, Einsicht zu nehmen in die Gutachten - was heißt denn nun diese Einsicht - unverbindlich - kann man da hinfahren - kann sich die Gutachten ansehen ...

(Zwischenrufe)

..Einsicht, und was passiert da mit den Kritikpunkte, die da komme? Wahrscheinlich nichts!

(Zwischenrufe)

..bei einer unverbindlichen Einsicht in die Gutachten geschwafelt wird.

Heintz: Sie ... äh ...

(Geklatsche)

Heintz: Ich bitte ... Ich komme auf diese Frage zurück. Herr ...

(große Unruhe - Zwischenrufe)

Zw-Ruf: Damit Sie mal wissen wo's lang geht. Nicht wahr!
Was Sie machen mit uns, ist eine riesengroße Sauerei!

Heintz: Würden Sie bitte Ihren ...

(Zwischenrufe - Unruhe)

Heintz: Ich bitte die DWK Ihre fortzusetzen.

(Zwischenrufe)

(Ein Mann spricht durch ein Megaphon)

Gutermuth: Schalten Sie den Apparat weg, schalten sie den Apparat weg!

(Zwischenrufe)

Heintz: Die DWK Ich bitte die DWK - Ihre Ausführung zu machen.

ein Mann: ... Mikrofon ab - Mensch! Verdammte Scheiße!

(Der Mann reißt Heintz das Mikrofon weg und schreit ihn an)

(Das Podium wird umdrängt.)

(Zwischenrufe)

(Johlen)

(Klatschen)

(Glocke des Vorsitzenden)

Gutermuth: Die Sitzung ist für eine Viertelstunde unterbrochen,

(Pfeifen)

(Ein Glas Wasser wird gegen Heintz und Ziegler gegossen)

P A U S E

15.40 Uhr

Heintz: Meine Damen und Herren, wir fahren in der Sitzung fort.
Der Tagesordnungspunkt sind die Gutachten.
Herr Janning, melden Sie sich zu diesem Punkt?
Bitteschön!

(Kindergeschrei)

Heintz: Pscht! Pscht!
(Lachen)

Janning: Zunächst einmal,

Heintz: Herr Janning!

Janning: Herr Heintz, wir hatten Sie mit Ernst und auch mit der Verantwortung, die wir hier mitbringen für die Sache darum gebeten, nicht wieder das Druckmittel des Abschaltens der Mikrophone einzusetzen. Sie haben dem nicht stattgegeben; 's ist ein ganz erheblicher Vertrauensbruch uns gegenüber. Und noch einmal unsererseits der scharfe Protest gegen diese Verhandlungsführung. Ich habe jetzt so das Gefühl, Sie haben zu dem gesamten Punkt der Frage der Gutachten einfach nicht begriffen, worum es geht.

(Kinderstimme)

Es geht hier nicht darum, daß Sie uns zubilligen, irgendwann einmal in diese Gutachten Einsicht zu nehmen, sondern es geht darum, daß wir hier in einer öffentlichen Veranstaltung öffentlich erörtern oder anhören, was für uns erkennbar sicher zu sein hat oder für uns bis jetzt erkennbar noch unsicher ist. Grundlage für eine solche Bewertung durch uns ist nicht etwa das in die Zukunft hinein noch zu formulierende Sicherheitsgutachten, sondern Grundlage ist ein Sicherheitsgutachten, das wir vor dieser Anhörung zu Gesicht bekommen müssen.
Verstanden!

(Beifall)

Janning: Ich will noch ein wenig fortfahren. Indem Sie immer wieder gesagt haben: Ja, ja, ist ja gut, kriegen Sie, in Zukunft usw., indem Ihnen auf der anderen Seite aber klargemacht worden ist, was für uns unbegreifbar ist und nicht hingenommen werden kann, daß nämlich auf der Schiene der Verwirklichung der Anlagen zügig weitergearbeitet wird, aber über die Sicherheit noch weiter diskutiert wird, wir aber hauptsächlich an der Sicherheit interessiert sind. Daß diese Widersprüche für uns, die betroffenen Bürger, hier untragbar sind und wir, indem Sie so verfahren als Genehmigungsbehörde wiederum bei Ihnen erkennen, das, was wir heute vormittag schon gesagt haben, daß Sie für uns nicht die Institution sind, mit der Autorität und mit der Integrität, die wir fordern als Genehmigungsbehörde für dieses Zwischenlager.

(Beifall)

Ich fasse das noch mal zusammen.

Heute morgen haben wir an Ihrer Person und an der Institution PTB, an Ihrer Person in der - in dem Zielpunkt Intercity-Gespräch, an der Institution PTB - Antragsteller für Endlager und Genehmigungsbehörde fürs Zwischenlager dargelegt, daß wir Sie hier als Befangen erklären. Wir haben weiterhin heute morgen dargelegt, daß es nicht darum geht, wie Herr Seebaß gesagt hat, daß bestimmte sinnvolle Argumente natürlich auch unseren weiteren Behörden zugänglich gemacht werden, aber daß das Verfahren ohne unsere Kenntnis, Schreiben unsererseits von Ihnen auf behördlicher Ebene weitergegeben werden, von uns auch scharf kritisiert wird und abgelehnt wird und nachgerade diesen Antrag auf Befangenheit noch weiter unterstützt.

Wir haben dann am Nachmittag festgestellt, daß lückenhaft der Sicherheitsbericht ist, wir haben dieses uns erlaubt aufzulisten, um Ihnen zu zeigen, daß wir gute Gründe haben zu diesem Argument. Wir sind aber nicht bereit, über diese Lücken zu diskutieren, wenn uns nicht einmal die vollständigen Unterlagen zur Bewertung dieses Sicherheitsberichtes, die Sie ja noch für die Zukunft im Laufe dieses Jahres erarbeiten müssen, zur Verfügung stehen. Deswegen noch einmal, wir treten erst ein in eine Anhörung,

eine Erörterung oder sonst irgendetwas, wenn diese Gutachten hier für uns auf dem Tisch in Lüchow, an welcher Stelle auch immer, erkennbar liegen und zur Verfügung stehen. Das ist der zentrale Punkt unserer Forderung.

(Beifall)

Janning: Ich darf das ... Ich darf das noch einmal auf einer anderen Schiene etwas begründen. Was sollen wir denn davon halten, mit was für einem Stellenwert Sie dieses Verfahren hier, diese Anhörung, diese Diskussion überhaupt ansiedeln uns Bürgern gegenüber. Machen wir hier eine unverbindliche Diskussion oder ist das - hat das einen rechtlichen Stellenwert im Genehmigungsverfahren? Was ist das überhaupt für ein Verfahren, hier gibt's ja auch erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verfahrens selber, in der Sie sich dann immer wieder nur herausreden und sagen, ja, das ist nun mal so, damit müssen Sie sich abfinden. Wir finden uns damit nicht ab; denn wir haben die Begründung aus den bereits zwar unvollständigen aber bereits ausliegenden Unterlagen abgeleitet, weswegen wir auch dieses Verfahren in seinem - in seinem Genehmigungsschritt für nicht rechters halten, was hier geschieht ist in diesem Sinne nicht rechters. Dies sind also

(Beifall)

Dies sind also die schwerwiegenden Gründe. Was für mich persönlich am allerschwerwiegendsten ist, ist die Tatsache - wir hatten das immer wieder schon mal angedeutet - es hat zur gleichen Technik ein gleiches Verfahren gegeben vor anderen Bürgern. Es hat es gegeben in Ahaus, und es hat es in ähnlicher Weise für ein kleineres Lager gegeben in Würzgassen. In Ahaus ist es zum Abbruch gekommen, weil - richtigerweise politische Instanzen eingesehen hatten oder die Genehmigungsbehörde oder der Versammlungsleiter eingesehen hatten, daß es ja wohl rechtslogisch ist und sicherheitslogisch auch, wenn man zuerst die Gutachten alle auslegt, einschl. des Sicherheitsberichtes und

die hier genannten weiteren Gutachten und dann erörtert und nicht umgekehrt verfährt. Dort ist also gesagt worden vor den Bürgern: Jawohl, ihr habt Recht, wir unterbrechen, wir besorgen erst jetzt mal die Gutachten, und wenn wir die dann auslegen, dann könnt ihr euch die ansehen und dann können wir darüber weiter diskutieren über den ganzen Vorgang, und auch in Würzgassen ist es den dortigen Bürgern schriftlich zugesagt worden, daß man zusätzlich zum Sicherheitsbericht die weiteren Gutachten auslegen wird, bevor man eintritt in ein genehmigungsrechtlich relevantes Verfahren der Diskussion, der Erörterung, der Anhörung, mit den Bürgern.

Warum erfahren wir hier eine andere Behandlung? Sind wir schon so weit an den Rand gedrückt? Ist das mit dem Druck, mit der Entsorgung und dem Weiterbau schon so weit, daß man uns hier anders behandelt als die anderen Bürger in der Bundesrepublik? Das kann und darf nicht wahr sein, und deswegen kann ich für meine Person eigentlich nur sagen, wir sind hier an einem Punkt angekommen, Herr Heintz, wo ich für mich entscheiden kann, das ist eine so ungeheuerliche Geschichte, die hier passiert, indem Sie sich weigern uns gleiches Recht wie anderen in der Bundesrepublik zukommen zu lassen, daß ich für mich sage, ich gehe lieber nach Hause und unterbreche

(großer Beifall)

...und unterbreche dieses Verfahren.

Aber, da ich hier nur für meine Person reden kann, würde ich gerne hier noch einmal rumschauen in der Versammlung und bitten, all diejenigen, die mit mir dieser Meinung sind, die Hand zu heben.

(Stimmengewirr)

Herr Heintz, bevor ich... bevor ich Sie jetzt - bevor ich Sie jetzt damit

Zw-Ruf:

Gegenprobe!

Janning: ...allein lasse bzw. von Ihnen ein - eine Beantwortung dieses Votums hier, eine Bewertung dieses Votums hier von Ihnen er - bitte - vor allen Dingen, was das auch rechtlich bedeutet, daß Sie das noch einmal ganz deutlich sagen, in welcher Form Sie hier Recht, im Interesse welcher Leute - gegen das Interesse welcher Leute, nämlich offensichtlich derjenigen, die hier alle die Hand gehoben haben, durchsetzen wollen. Bevor Sie das tun, würde ich gerne Marianne Fritzen bitten, ein persönliches Wort in dieser Angelegenheit zu sagen.

(Beifall)

Frau Fritzen: Herr Heintz, meine Herren da oben, aber vor allen Dingen Sie, Herr Heintz. Ich bin augenblicklich 'n bißchen aufgeregt, aber trotzdem - Sie haben vorher etwas gesagt, was mich eigentlich zu-tiefst betroffen hat. Sie haben gesagt, es gibt Dinge, die die Bürger nicht wissen dürfen. Und die DWK hat geantwortet, es gibt ein Know-how, das sie nicht preisgeben wird. Ich möchte sowohl Ihnen von der PTB als der DWK sagen, es gibt Dinge, über die Sie offensichtlich keine Ahnung haben. Es gibt Dinge, über die wir hier im Landkreis ein Know-how haben, es gibt Dinge, die wir nicht preisgeben werden, das ist unsere Heimat. Und noch eins dazu: Über Sicherheitsfragen läßt sich diskutieren, über den Begriff Heimat läßt sich nicht diskutieren. Entweder wir tragen diese in uns oder nicht, und deswegen möchte ich alle hier Anwesenden auffordern, die sich mir anschließen, die meiner Meinung sind, daß wir noch Möglichkeiten haben, weiter für diese Heimat zu kämpfen, mit mir den Raum zu verlassen. Wir können ruhig diejenigen, die glauben, für Millionen hier diesen Landkauf - Landkreis verkaufen zu können, die überlassen wir gern mit Ihnen hier allein. Da wir aber noch eins machen und das ist bei uns in Bürgerinitiativen normalerweise üblich, daß wir Räume sauber hinterlassen. Es gibt manchmal Happening und ich hab das Gefühl, es gab hier zwei. Einmal eins mit Konfetti und eins da oben auf dem Podium mit Kragen und Schlips. Die sind für meine Begriffe gefährlicher als das Konfetti, was draußen liegt.

(Lärmender Beifall)

(Rhythmisches Klatschen)

Frau
Fritzen: Herr Heintz, und meine Herren da vorn, ich frage Sie jetzt noch einmal: Sind Sie bereit, mit diesem Votum diese heutige Anhörung aufzulösen, abzubrechen? Ja oder Nein.

Heintz: Ich möchte auf den Punkt eingehen, den Herr Janning genannt hatte, er hat auf den ...

Frau
Fritzen: Ich möchte eine Antwort!

(Zwischenrufe)

Frau
Fritzen: Laß ...
Ja mal Ruhe! Lassen wir mal bitte ausreden.

Heintz: Wir

(Zwischenrufe)

Ich möchte auf den Punkt zurückkommen, den Herr Janning angesprochen hat über die Auslegung der Gutachten, eine zweite Auslegung der Gutachten, wo er den Vergleich gezogen hat zwischen Ahaus und hier Gorleben.

Zw-Rufe: Antworten!

Frau
Fritzen: Bitte laßt doch mal ausreden!

Heintz: Wir haben
In Ahaus handelt es sich um ein Naßlager, hier handelt es sich um ein Trockenlager. Ahaus

(Zwischenrufe - Pfeife - Buh-Rufe)

Heintz: Zweitens ...

(Zwischenrufe)

...zweitens hat der - ist die Entscheidung in Ahaus, die Gutachten auszulegen und danach noch mal eine Anhörung zu machen, eine politische Entscheidung, die nicht von seiten der Bundesanstalt gefällt wurde, sondern vom Land Nordrhein-Westfalen. Wir als Physikalisch-Technische Bundesanstalt sind der Meinung, daß dem Bürger, der sich für diese Dinge interessiert, mehr gedient ist, wenn wir ihm anbieten, daß er diese Detailunterlagen bei uns einsehen kann ...

Zw-Ruf: Nein!

...und dann mit uns sprechen ...

Zw-Ruf: Dann muß Albrecht her! Albrecht muß her!

Heintz: Ich Ich Ich bedaure, daß ich bei dieser Entscheidung bleiben muß und das ist unsere Meinung.

Frau
Fritzen: Also Professor ...

Heintz: Ich sehe darin - für die, der die technischen Dinge kennt, ein Entgegenkommen.

Frau
Fritzen: Prof. Heintz, ein Lager ist ein Lager. Mir ist das ganz gleich, ob das naß oder trocken ist. Ich weiß nur aus dem Sicherheitsbericht, daß das Trockenlager noch weniger erprobt ist als das Naßlager; denn da sind schon aus den Atomkraftwerken eventuell Erfahrungen da, wenn auch schlechte. Ja, und deswegen, also wenn Sie nicht bereit sind, jetzt hier zu unterbrechen, zu sagen wir geben die Gutachten raus zur gegebenen Zeit, bis dahin setzen wir ab, dann sehe ich mich hier gezwungen, rauszugehen, das werde ich tun.

Frau
Fritzen: Ich bitte all meine Freunde hier drin, den Raum sauber zu verlassen, räumt auf, meinetwegen packt die Stühle zu - zusammen und vor allen Dingen auch da draußen etwas Konfetti und so.

Also ich verabschiede mich von Ihnen, Herr Heintz, vielleicht treffen wir uns einmal in einer besseren Stimmung.

(Beifall)

(Dann große Unruhe im Saal.

Von vielen Personen werden Saal und Foyer mit Besen und Staubsaugern gereinigt. Tische und Stühle werden zusammengestellt, das Podium wird ebenfalls gereinigt, und auch dort werden die Tische und Stühle weggenommen. Die im Saal aufgestellten Lautsprecher und Mikrophone werden abgebaut und zur Bühne gebracht, die auf dem Fußboden verlegten Kabel werden aufgerollt.

Dies alles geschieht unter allgemeinem, instrumental begleitetem, Gesang. Transparente werden herumgetragen.)

dazwischen
Ziegler: Meine Damen und Herren, die Sitzung wird für eine viertel Stunde unterbrochen.

(Gejohle)

P A U S E

16.40 Uhr

(Von Saalordnern und Helfern sind Stühle und Tische wieder aufgestellt worden. Die elektroakustische Anlage ist wieder aufgebaut und in Betrieb)

Heintz: Meine Damen und Herren, wir setzen den Anhörungstermin fort. Wir befinden uns noch in dem Block 1 über die Verfahrensfragen. Hier war der letzte Einwand gegeben worden von Herrn Schrader: Fragen zu § 6. Hierzu hat sich die - der Antragsteller zu Wort gemeldet. Ich erteile dem Antragsteller das Wort.

Zw-Rufe: Sagen Sie, schämen Sie sich nicht, daß hier weiter fortgeführt wird wenn alle rausgegangen sind - die Betroffenen! 98 % sind Ihre Marionetten hierdrin!

(Stimmengewirr)

(Zwischenrufe)

Gutermuth: Fragen Sie die doch!

Zw-Rufe: Dann hätten Sie doch zuhören sollen!

(Zwischenrufe)

Das ist eine Unverschämtheit hier!

Zw-Ruf zu
Heintz:

Soll ich Ihnen links und rechts eine knallen?

(Unruhe)

Zw-Ruf: Raus!

Straßburg: § 6 erfordert die Erfüllung dreier Voraussetzungen. Erstens muß es sich um Kernbrennstoff handeln. Dabei handelt es sich bei bestrahlten Brennelementen, das ergibt sich aus der Definition wie sie in § 2 Absatz 1 generell für das Atomgesetz

geregelt ist.

(Zwischenruf)

Die vorhin zitierte Anlage bezieht sich nur auf § 2 Absatz 2, ist mithin nicht einschlägig. Aufbewahrung außerhalb staatlicher Verwahrung liegt hier vor, so daß § 6 der richtige Paragraph ist. Ich darf hier noch erwähnen, wir haben eine eingehende Prüfung vorausgeschickt. Andere Motive als rechtliche waren für uns nicht relevant, schon im Hinblick auf die Folgen einer fehlerhaften Entscheidung.

Heintz: Darüber

Straßburg: Es wird weiter die Frage gewünscht, warum nicht § 7 oder andere. § 7 behandelt die Bearbeitung oder Verarbeitung vor oder Spaltung von Kernbrennstoffen, das heißt, hier muß aktiv mit dem Kernbrennstoff umgegangen werden. Die Aufbewahrung ist für sich gerade durch das passive Verhalten gekennzeichnet. Für den Juristen liegt hier ein Spezialgesetz vor, ein Gesetz - Spezialtatbestand bei § 6.

Warum nicht 9c? Auch das findet sich in Einwendungen. 9c behandelt die Landessammelstellen. Es liegt weder radioaktiver Abfall vor noch sind wir eine Landessammelstelle oder einer von dem Land beauftragter Dritter zur Wahrnehmung einer solchen Aufgabe.

9b wurde noch erwähnt. 9b ist keine Genehmigungsnorm, 9b ist letztlich eine Verfahrensnorm für das Planfeststellungsverfahren des Bundesendlagers.

9a, die Ablieferungspflicht. Die Frage: Ist hier eine private Zwischenlagerung zulässig - jawohl, denn in Absatz 2 ist ausdrücklich geregelt, daß diese zunächst nicht besteht, wenn eine sonstige Genehmigung vorliegt, eine sonstige ist hier § 6.

Heintz: Schönen Dank, Herr Straßburg.
Wird hierzu noch das Wort gewünscht zu diesem Punkt - über die Anwendbarkeit des § 6?

Heintz: Dies ist nicht der Fall, dann gehe ich über zu dem nächsten Punkt in unserer Tagesordnung, da ist der Antragsteller angesprochen. Es wird gefragt, wie es mit seiner Zuverlässigkeit und Fachkunde steht und ich bitte den Antragsteller, darzulegen, wie er sich den Aufbau z. B. einer Betriebsmannschaft mit entsprechender Fachkunde vorstellt.

Sind hierzu noch Wortmeldungen gewünscht, daß jemand diesen Aspekt vertiefen möchte oder - neue Gesichtspunkte zu diesem Punkt anführen möchte?

Wenn dies nicht der Fall ist, bitte ich den Antragsteller, sich hierzu zu äußern.

Straßburg: Die Fachkenntnisse des Lagerpersonals gehören mit zu den Genehmigungsvoraussetzungen des § 6 Absatz 2, deren Vorliegen wir der Genehmigungsbehörde gegenüber nachweisen müssen. Mit dem Aufbau der Betriebsmannschaft muß rechtzeitig begonnen werden, das ist im Interesse der Betreiber, aber im Interesse aller. Hier ist kein Vorgriff auf irgendwelche Entscheidung drin zu sehen, sondern letztendlich machen das die Betreiber von der Betriebsbedingtheit rechtzeitig und auf eigenes Risiko.

Heintz: Schönen Dank, Herr Straßburg.

Straßburg: Die....

Lassen Sie ...

Heintz: Bitte!

...mich vielleicht noch sagen, falls die Frage besteht, wo denn diese Schulung passiert. Diese Schulung passiert praktisch - insbesondere in der Wiederaufarbeitungsanlage in Karlsruhe.

Heintz: Ja. Schönen Dank, Herr Straßburg.

Wird hierzu noch das Wort gewünscht - zu der Frage der Zuverlässigkeit und der Fachkunde des Antragstellers?

Dies ist nicht der Fall.

Heintz: Der dritte Tagesordnungspunkt oder Unterpunkt war die Gutachtensfrage. Ich wiederhole das, was ich schon vor der - dem - der Pause gesagt habe, daß wir nicht beabsichtigen, die Gutachten öffentlich in einer zweiten Auslegung nochmal darzulegen, sondern ich habe erklärt, daß wir bereit sind, jedem, der sich dafür interessiert, einen Einblick in die Gutachten in Braunschweig zu ermöglichen, wobei wir auch bereit sind, ihm Fotokopien zur Verfügung zu stellen. Wir wären bereit, ihn zu unterstützen in der Beschaffung von Spezialunterlagen, wie Sie z.B. in Form von Literatur im Sicherheitsbereich genannt sind. Ich habe meinerseits hierin ein großes Entgegenkommen gesehen, aber, wie Sie wissen, ist dies nicht akzeptiert worden von dem größten Teil der hier anwesenden Personen. Hat hierzu noch jemand eine Frage über die Gutachtensauslegung? Auf dieses....

Bitteschön ... bitteschön!

Namen bitte... Herr Leitner, stimmt das?

Leitner: Leitner. Wann können wir das einsehen dann, oder können wir das auch zugeschickt bekommen, oder sollen wir hinkommen zur PTB?

Heintz: Jeder kann das, der sein Interesse bekundet, der kann dies einsehen. Wir sind ja offen gewesen in Bezug auf die Einwendungen, wenn ich erwähnen darf, eine dieser Einwendungen ist mir heute erst über den Tisch gereicht worden, wir haben diese hier eingebaut und wir sind auch weiterhin offen für weitere Einwendungen, so daß also jeder hier die Möglichkeit hat, diese Dinge einzusehen. Dies Angebot gilt...

Leitner: Ja, ist ... dankeschön!

Heintz: Bitteschön!

Hat noch jemand eine Frage?

Das war wohl Ihre Wortmeldung, die hier mir vorliegt, oder haben Sie noch einen anderen Punkt, den ich dann

(Zwischenruf)

...eine technische Frage, gut. Wird hierzu noch das Wort gewünscht? Gutachten. Bitteschön, da ist eine Dame....

Zw-Frage: Ich möchte nur gern wissen als Presse wer hier ...
(Eine Dame
der Presse)

Heintz: Darf ich fragen, wer hier Bürger aus dem - Einwender ist und Bürger, der....

Presse-Dame: Einwender, das wurde bereits festgestellt. Jetzt möchte ich gerne wissen, ob das alles Sachverständige sein sollen - oder was?

Heintz: Sind dies Einwender, die sich hier zu diesem Verfahren geäußert haben, wer

Zw-Ruf: ... ein Einwender, daß das Verfahren für einen Einwender hier abläuft jetzt.

Heintz: Wenn - wenn nur einer dageblieben ist, machen wir jetzt für einen weiter. Es sind noch mehrere da, die dazwischen Bitte!

Zw.-Ruf: Wer ist denn noch da?
Das könnte man vielleicht mal feststellen!

Heintz: Bitteschön...
Gut. Herr Leitner, Sie hatten sich zu Wort gemeldet.

Leitner: Ich bin der Meinung, daß diese Anhörung für die Bürger des ganzen Landkreises gilt und nicht nur der Einwender, ist das richtig?

Heintz: Es gibt - gilt für alle Personen, die uns mit Stellungnahmen unterstützen, die Fragen beinhalten, Anregungen und auch Kritik.

Leitner: Dies gilt für alle Bürger, die an dieser Diskussion interessiert sind, ist richtig?

Heintz: Jawohl.

Leitner: Danke!

Zw-Ruf: ..Anhörung gemacht für die Leute....

Heintz: Es sind hier einige Personen drunter, die sich als Einwender bezeichnen dürfen, die sind keine - die keine Sachverständigen sind.

Zw-Rufe: ... gut einer ...

Heintz: Ich habe mehrere gesehen. Ich habe mehrere gesehen.

Zw-Ruf: Wer sind die Anderen?

Gutermuth: (Zu Heintz)
Wir machen weiter.

Heintz: So, ich glaube damit ... damit ist festgestellt, daß sich Einwender im Saal befindet - befinden und wir machen in dieser Anhörung weiter.

(Zwischenruf)

Gutermuth: Zum Mikrophon bitte gehen! - Namen bitte!

Frau
Toben: Deutsche Presseagentur. Ich bin

..... Namen bitte!

Frau
Toben: Toben - Deutsche Presseagentur, ich bin davon ausgegangen, daß es sich hier um eine nichtöffentliche Veranstaltung handelt. Ist das nach wie vor richtig?

Heintz: Das gilt weiterhin.

Frau
Toben: Nichtöffentliche Veranstaltung - also ein Anhörungsverfahren -

Heintz: Ja, eine nichtöffentliche Ver...

Frau
Toben: ...nach § 6 des Atomgesetzes in Verbindung mit dem Verwaltungs-
verfahrensgesetz, ist das richtig?

Heintz: Nein, daß ...

Frau
Toben: ..das heißt zugelassen ..

Heintz: ...daß ...

Frau
Toben: sind nur die ...

Heintz: Entschuldigung, Herr Gutermuth drängt hier, sich hierzu zu äußern.
Bitteschön.

Frau
Toben: Es interessiert mich hier also von - von - für meine Berichter-
stattung.

Heintz: Ja bitte - Herr Gutermuth ist bereit hier zu antworten.

Gutermuth: Das Mikrophon tut's im Moment nicht.

Heintz: Er bläst noch!

Frau
Toben: Ja, das merk ich.

Heintz: Nehmen Sie doch das hier!

Gutermuth: Wie Sie aus den alt - Bekanntmachungen gesehen haben, haben wir diesen Termin angesetzt für die Einwender. Ein Gespräch über die Einwendungen mit dem Antragssteller und wenn Sie wollen, die Genehmigungsbehörde als Moderator. Das ist nach wie vor Ziel dieses Termins. Wir haben Sie - haben, das ist und da ist, die Einwender, die Eingeladenen, sind, dies ist eine nichtöffentliche Sitzung, zu der wir aber Teile der Öffentlichkeit z.B. die Presse durchaus hinzuziehen können. Und von dieser Möglichkeit haben wir Gebrauch gemacht. Das klingt jetzt etwas spitzfindig, es ist es

aber - in der Sache ist das der Kern dieses Termins. Hilft Ihnen das oder ist es zu juristisch oder zu formal? Nicht, es ist ja also eine - eine Veranstaltung für die Einwender und den Antragsteller, um sich über die Stellungnahmen hier klar zu werden, die zu erläutern, dazu etwas zu hören, daß alle Seiten zu Wort kommen, und der - um alle Fakten auch vor der Genehmigungsbehörde klarzulegen, uns damit zu helfen, daß nichts übersehen wird.

Frau
Toben: Ich möchte...

Gutermuth: Das ist nach wie vor Ziel ...

Frau
Toben: Ich möchte das hier nicht in eine Pressekonferenz umfunktionieren, nur nach den vorangegangenen Ereignissen frage ich mich als Beobachterin, ob - vor welchem Gremium das hier jetzt überhaupt noch stattfindet, ob also mein Augenschein mich nicht trügt, daß es offensichtlich so ist, daß ein Großteil der Einwender den Saal verlassen hat und daß die PTB als Genehmigungsbehörde das Anhörungsverfahren fortsetzt, ohne die Einwender selber - also ohne einen Großteil der Einwender...

Gutermuth: Ja - wenn ich das gleich beantworten kann. Sie haben den Sachverhalt dargestellt. 's genauso ist es. Wir machen den Anhörungstermin für die erschienenen Einwender weiter und wenn nur einer da ist, geben wir ihm das angekündigte Recht, seine - die - seine Stellungnahmen zu erläutern und davon Auskunft zu einem Antragsteller zu bekommen. Wir haben das angeboten, wir halten nun an unser Versprechen.

Zw-Ruf: Aber nochmal die Frage zu dem nichtöffentlichen Verfahren.
Wir hatten ja eben mal festgestellt ... wer da Einwender ...

Gutermuth: Also, ich darf vielleicht eins sagen. Wir sind gern bereit, anschließend Fragen der Presse zu beantworten, wir wären dankbar, wenn wir jetzt zum eigentlichen Thema hier kommen könnten,....

(Beifall)

Gutermuth: ...kein sein ... Sie - ich verstehe Ihr berechtigtes Interesse, deshalb sind wir zunächst nachgekommen, haben festgestellt, sind noch Einwender da, die Einkunft - die Auskunft, die ja für Sie wohl die entscheidende ist, alles andere bieten wir Ihnen gerne an, anschließend noch zu besprechen, aber bitte, lassen Sie uns jetzt den Termin fortsetzen.

Hein: Also, Herr Gutermuth, ich möchte noch eins dazu sagen - Hein ist mein Name, von der Hamburger Morgenpost. Die Presse wird dann diesen Raum auch verlassen hier, Sie können dann Ihren Termin hier weiter fortsetzen.

(Presseleute verlassen den Raum)

Heintz: Hier liegt eine Wortmeldung vor!

Habighorst: Ja, mein Name ist Habighorst und nachdem jetzt von verschiedenen - Augenblick bitte -

Heintz: Ja, ja, Entschuldigung.

Habighorst: Mein Name ist Habighorst. Ich möchte jetzt auch noch ganz kurz gern das Wort ergreifen, nachdem ich gesehen habe, daß auch andere, die nicht eingewendet und auch offenbar sonst nicht beiteiligt sind, das auch getan haben. Ich darf gleich dazusagen, ich bin in diesem Verfahren überhaupt nicht involviert auf keiner Seite und ich habe auch nicht eingewendet, ich bin an den Sachverhalten nur aus wissenschaftlich-technischer Sicht interessiert. Aber ich fühle mich doch in dieser Eigenschaft als Bürger verpflichtet, eine Lanze zu brechen für den Veranstalter hier heute, der, meine ich, in unfairer Weise angegangen worden ist - den ganzen Tag - und deswegen gestatten Sie mir zwei Worte dazu. Ich meine, wenn die Einwender von sich aus ein demokratisches Instrument, das ihnen dienen soll, in unfairer Weise boykottieren, dann ist das einzige was die Genehmigungsbehörde noch tun kann oder tun sollte und tun kann in dieser Situation, die Gesprächsbereitschaft aufrechtzuerhalten, da zu bleiben, notfalls die Einwendungen, wenn sie nicht mehr persönlich vertreten werden können, vorzulesen, sie fachlich

in aller Einzelheit abzuhandeln, mehr als Gesprächsbereitschaft zu dokumentieren kann man nicht tun, und ich bitte doch dafür auch bei der Presse um Verständnis. Dankeschön.

(Beifall)

Heintz: Liegen noch weitere Wortmeldungen vor...
Bitteschön!
Herr Winkelmann.

Winkelmann: Ich wollte zunächst den Antrag zur Geschäftsordnung stellen, daß weitergemacht wird, das ist ja längst geschehen.
Aber um die Sache in einem anderen Geist hier fortführen zu lassen, möchte ich eine Erklärung der Pro - BI „Recht auf Energie“ Kreis Lüchow-Dannenberg abgeben. Mein Name ist Winkelmann. Bin einigermaßen bekannt hier.
Also, wir haben bis zum vorgeschriebenen Termin, den 15.12., unsere Stellungnahme zum Zwischenlager abgegeben. Wir befürworten eine schnelle termingerechte Errichtung des infrage stehenden Zwischenlagers für Kernkraftwerke in der Lagerung des abgebrannten Kerns, um Kernkraftwerke in der Lagerung der abgebrannten Kernstäbe zu entlasten. Wir sind der Meinung, daß die Errichtung eines Zwischenlagers ein wichtiger Schritt für die sogenannte Entsorgung ist, damit dem weiteren Bau von Kernkraftwerken nichts mehr im Wege steht. Wir beantragen als Bewohner des Kreises Lüchow-Dannenberg eine zügige Ablegung dieses Anhörungsverfahrens nach § 6 des Atomgesetzes mit der Änderung vom - 1980 und des Verwaltungsverfahrensgesetzes § 24. Nach eingehendem Studium sind wir der Meinung, daß eine Lebensgefahr für die Bewohner des Landkreises Lüchow-Dannenberg zu keinen Zeiten bestehen wird, aber im Gegenteil eine wirtschaftliche Belebung durch die Schaffung eines weiteren Industriebetriebes im Kreise erfolgen kann. Das ist die Stellung der Pro-BI Kreis Lüchow-Dannenberg.

Heintz: Schönen Dank. Wir haben das zur Kenntnis genommen. Wir haben heute schon Erklärungen gehört in der verschiedensten Richtung.

Heintz: Sind hier noch Wortmeldungen - gewünscht zu diesem Erst-Block der Verfahren?

Wir wären nun nach der Tagesordnung dabei, in den zweiten Block einzusteigen, bei dem es sich also um die technischen Dinge handelt, im Strahlenschutz und die Störfälle. Ich frage den Antragsteller, ob er bereit ist, hier zunächst darzulegen, das Problem nochmal darzustellen mit den Dichtungen, um gewisse sprachliche Obereinkünfte zu finden, daß also keine Mißverständnisse entstehen über die Bezeichnung der Dichtungen usw.

Bitte der Antragsteller.

Straßburg: Vielen Dank, ich darf die Frage an Herrn Janberg weitergeben.

Janberg: Grüß Gott, mein Name ist Janberg. Es ist im Rahmen der vorabgeführten Diskussion anscheinend ein Mißverständnis zu den Dichtungen aufgekommen. Ich würde dies - die Dichtungen, den Aufbau des Dichtungs- und Deckelsystems am liebsten an Zeichnungen bzw. an Projektoren erklären. Diese sind jedoch nicht aufgebaut. Ich kann aber auch auf den Sicherheitsbericht im wesentlichen zurückkommen. In diesem steht, daß der Primärdeckel zwei radiale Elastomerdichtungen hat. Darüberhinaus besitzt er eine Metalldichtung, axial angeordnet. Der Primärdeckel hat darüberhinaus zwei Öffnungen zum Befüllen und Spülen des Innenraumes des Behälters. Über diese Öffnungen kann natürlich auch ein Vakuum zur Trocknung des Innenbereiches aufgebracht werden. Sie finden die grundsätzlichen Aussagen hierzu im Sicherheitsbericht - Kapitel 2.5 - darüberhinaus befinden sich unter den zwei erwähnten kleineren Deckeln des Primärdeckels die, die Befüll- und Entleerungsöffnung verschließen, zwei Anschlüsse, die zu den Zwischenbereichen der Dichtungen führen. Über diese Zwischenanschlüsse ist es möglich, diese Bereiche zu evakuieren von Luft und zwar bis auf Drücke in der Größenordnung von Bruchteilen eines Millibars, so daß man hier davon ausgehen kann, daß im technischen Sinne diese Bereiche, sowohl der Innenschacht des Behälters, aber auch der Bereich der Dichtungen selbst, trocken ist. Damit ist kein Ansatzpunkt für Korrosion gegeben. Trotzdem werde ich im Kapitel Korrosion noch erläuternde und vertiefende Ausführungen machen.

Ober dem Primärdeckel befindet sich ein weiterer Deckel, Sekundärdeckel genannt.

(Janberg spricht mit einem Mitarbeiter)

Dieser Sekundärdeckel stellt die zweite Barriere dar.

(ein Overhead-Projektor wird aufgebaut)

Ja, ich warte nur auf die Vorlagen, dann komme ich nach da vorn. Der Sekundärdeckel hat seinerseits eine Metalldichtung und neben ihr angeordnet wiederum eine Elastomerdichtung. Im Sekundärdeckel befindet sich darüberhinaus die Meßvorrichtung - hier Druckmeßgerät genannt - zur Überprüfung des in diesem Raum zwischen Sekundärdeckel und Primärdeckel aufgetragenen Druckes. Ich bitte die Zuhörer um Entschuldigung, daß die Ausführungen die ich hier mache, so ungemein trocken und leblos klingen, ich hoffe, daß in wenigen Sekunden mir die Vorlagen vorliegen, so daß ich Ihnen das auch anhand der Bilder etwas anschaulicher erklären kann.

Heintz: Herr Janberg, ich kann mir nicht vorstellen, daß man Ihnen folgen kann ohne eine Zeichnung. Ich halte das, was Sie jetzt bei gutem Willen vielleicht versuchen, für ein sehr fragwürdiges Experiment. Ich möchte das abbrechen und den Leuten, die hier etwas aufbauen, etwas Zeit lassen. Ich komme aber doch auf eine grundsätzliche Frage, die mit der Technik zusammenhängt, zurück. Es wurde ja vor der Pause der Vorwurf gemacht, daß dieses - der Sicherheitsbericht lückenhaft sei, daß da Änderungen zu erwarten sind im Konzept. Ich wäre dem Antragsteller dankbar, wenn er erläutern könnte, was es damit auf sich hat, was der Sicherheitsbericht bedeuten soll aus seiner Sicht und wie weit hier gewisse Dinge, die sehr in das Detail gehen, in einem solchen Bericht erwartet werden. Wären Sie dazu bereit, sich hierzu zu äußern? oder eine - eine - es kann ein anderer Herr des Antragstellers sein, das bitte ich

Janberg: Selbst ...

untereinander auszumachen.

Janberg: Selbstverständlich sind wir bereit, dazu ausführliche Ausführungen zu machen. Bitte - das funktioniert nicht -
- so - dankeschön - Antenne funktioniert!

Wie schon einleitend von Herrn Dr. Straßburg angedeutet, sind keine Änderungen des Konzeptes durchgeführt worden gegenüber dem ausgelegten Sicherheitsbericht. Das - das angeführte Mißverständnis bei der öffentlichen Veranstaltung in Göhrde ist rein semantischer Natur und zwar wurde hier seitens der Einwender, der von unserem Kollegen angesprochene - die von unseren Kollegen angesprochene Schutzplatte als vierter Deckel interpretiert.

Wenn Sie gestatten, erkläre ich jetzt kurz den Aufbau des Dichtungssystems und kann auch dann, jeweils während des Aufbaus die Rückhinweise auf die Stellen des Sicherheitsberichtes machen, sofern dies vom Saal gewünscht wird.

Sie sehen - hier *)

dargestellt - blau - den oberen Teil des Gußkörpers, in den mittig die Deckel eingefügt werden. Rot angedeutet ist der Korb, Einsatzkorb, in dem sich die Brennelemente befinden. Die Öffnungen, links unten angedeutet, dient zum Entleeren bzw. zum Befüllen des Behälters mit Wasser. Sie führt auf den Boden des Behälters. Eingepaßt wird hierin der Primärdeckel, es kommt zu Verkantungen. Der Primärdeckel ist hier dargestellt durch diesen orangenen Bereich. Er ist verschlossen durch zwei - abgedichtet durch zwei Elastomerdichtungen - hier - und darüberhinaus eine Metalledichtung axial angeordnet. Der Bereich zwischen den Dichtungen wird getrocknet, hier über einen Anschluß an dieser Seite dargestellt - dieser Anschluß mündet in dieser Spülöffnung - die ihrerseits wiederum durch einen Deckel mit Metalledichtung versehen, abgeschlossen ist. Der Deckel selbst wird über Kapselmuttern in seiner Lage befestigt und nach durchgeführter Trocknung dieses Zwischenbereiches zwischen den Dichtungen werden die Muttern erst auf ihren Endsitz gebracht durch Anziehen mit dem nominalen Drehmoment, und dann liegt dieser Deckel auch hier auf Block, es kommt zu einer engen metallischen Berührung zwischen dem Gußkörper und diesem Edelstahldeckel.

Sind hierzu bereits Zusatzfragen? Wenn nicht, würde ich mit den

*) Siehe hierzu Abb. 1 im Anhang des Protokolls

Ausführungen fortfahren.

Sie haben analog auf der anderen Seite des Primärdeckels, der hier hälftig in etwa geschnitten ist, die andere Öffnung zur Aufbringung eines Vakuums, und von dieser Öffnung geht selbstverständlich wiederum ein Anschluß in diesen Bereich jetzt, um den Bereich zwischen der Metalledichtung und dieser Elastomer-dichtung zu evakuieren. Sicherlich ist für Sie auch von Interesse, wie dieser Bereich auf der anderen Seite der Metalledichtung von Flüssigkeit befreit werden kann. Dies geschieht nach der Beladung im Kernkraftwerk und Aufsetzen des Primärdeckels noch vor Anziehen dieser Schrauben, indem hier über dem Gesamtbehälter eine Haube angebracht wird, und auf dieser Haube, diese Haube wird auf Unterdruck gebracht, so daß auch aus diesem Bereich, der dann noch mit dem oberen Bereich und dem Absauger - Gegenstand der Absaugerpumpe - in Verbindung ist, dieser Bereich ebenfalls getrocknet wird. Ich erwähnte vorhin die Drücke, die wir bei der Evakuierung von Wasser in diesen Bereichen aufgeben, sie liegen bei Bruchteilen von Millibar, so daß wir hier von technischer Trockenheit reden können. Die Elastomerdichtungen sind, wie Sie sehen, an dieser Stelle nicht direkt der Gamma- oder Neutronenstrahlung ausgesetzt durch den Versatz und den Schutz durch den Gußkörper. Aber auf diese Frage werden wir später im Zusammenhang mit anderen Einwendungen noch zurückkommen.

Also weiter zum Aufbau des Deckelsystems. Wir kommen zum Füge-deckel. Hier rot dargestellt -

(verbessert sich auf Zuruf)

- des Sekundärdeckels - diese Deckelei - Verzeihung - dieser Deckel ist rot angezeigt, hier geschnitten, um die Öffnung für die Druckmeßdose anzuzeigen. Sie sehen einen kleinen Zwischenraum - hier. Dieser Zwischenraum wird mit einem Oberdruck versehen, und dieser Oberdruck wird beständig über diese Druckmeßdose kontrolliert. Zur Neutronenabschirmung befindet sich im Sekundärdeckel hier ein Kunststoff, der als Neutronenmoderator wirkt. Dieser Raum, der mit Kunststoff gefüllt ist, ist durch eine Metallplatte verschlossen. Hier sehen Sie wiederum eine Metalledichtung und eine Elastomerdichtung, nicht angezeigt ist hier aus

Vereinfachungsgründen der Darstellung eine Öffnung, durch die Helium aufgebracht werden kann in diesen Zwischenraum, um die Dichtheit der Metaldichtung zu testen.

Wir kommen nun zu dem Fügedeckel, der dann aufgebracht wird, falls der Primärdeckel eine Leckage hat. Zur Frage der Ausfallrate der Metaldichtung werden wir später Stellung nehmen im Zusammenhang mit den betreffenden Einwendungen.

Der Fügedeckel seinerseits wird aufgeschweißt, hierfür befinden sich im Behälterkörper, blau angedeutet, sowie im Fügedeckelkörper jeweils Nuten, um einen vorzeitigen Wärmeabtrag aus der Schweißzone zu verhindern.

Ich wiederhole: die Hypothese, die wir hier für den Einsatz des Fügedeckels annehmen, war defekter Primärdeckel, dann wird das Zweibariereprinzip wieder hergestellt, Sekundärdeckel ist dicht, Fügedeckel wird aufgeschraubt - aufgeschweißt und übernimmt nunmehr die Barrierefunktion, die zweite Barrierefunktion, die vorab der Sekundärdeckel hatte; das heißt, er muß selbstverständlich nunmehr das Druckgerät aufnehmen - Druckmeßgerät aufnehmen - hier eine Membran, die bei einem bestimmten Druck anspricht, und selbstverständlich wird hier wieder der Zwischenraum zwischen Fügedeckel und Sekundärdeckel auf einen entsprechenden Überdruck gebracht. Der Überdruck wird bestimmt, durch den Innendruck im Schachtbereich des Behälters - ca. 0,6 bis 0,8 bar nach der Behandlung im Kernkraftwerk - nach der Befüllung mit Helium im Kernkraftwerk - und für den hypothetischen Fall, daß sämtliche Brennelemente defekt würden und das in den Brennelementen befindliche Spaltgas entweichen würde, könnte sich theoretisch zu Beginn der Lagerung, das heißt nach ein Jahr Abklingzeit, hier ein Überdruck aufbauen im Schachtbereich; und wir wollen, daß wir ständig Nullabgabe haben von radioaktiven Stoffen, deshalb bringen wir hier in diesen Zwischenbereichen - Normalbetrieb hier - und hier - im Falle eines Versagens der Primärdeckeldichtung, einen Überdruck auf, der höher liegt als die Summe des Betriebsdruckes plus - plus Partialdruck der Gase aus den Brennelementen. Wiederum klingt dies sehr trocken, aber ich glaube, daß Sie anhand der Zeichnungen nun einen besseren Eindruck haben.

Und nun kommen wir zum Kern des Mißverständnisses.

Wir hatten der Reaktorsicherheitskommission dieses Lagerkonzept vorgestellt - Bitte? Ja, ja, dankeschön - und die Reaktorsicherheitskommission hatte diesem Konzept nicht a priori zustimmend - zu diesem Konzept sich nicht a priori zustimmend geäußert - sondern ebenfalls den Nachweis gewünscht, daß dieses Lagersystem auch im Falle des hypothetischen Absturzes eines Flugzeuges auf den Behälter selbst und - hier erschwerend anzunehmen - auf den Deckelbereich des Behälters selbst dicht bleibt. Um dies zu gewährleisten, wird auf das hier angezeigte orange-rot-grüne Deckelsystem eine Schutzplatte aufgebracht. Und diese Schutzplatte war der Kern des Anstoßes und der Vorwürfe, die uns vorhin von Herrn Dr. Hirsch, Herrn Kirchner und anderen gemacht wurden. Ein semantisches Problem aber kein echtes technisches, es liegt auch keine Änderung des Konzeptes vor.

Diese Schutzplatte wird natürlich auch aufgebracht oder in jedem Fall aufgebracht. Der Fügedeckel, ich wiederhole es, kommt nur zum Einsatz, falls die Primärdeckeldichtung einen Defekt aufweist.

Habe ich damit das Dichtungs- und Barriersystem ausreichend erklärt oder bestehen zusätzliche Fragen hierzu?

Heintz: Herr Straßburg meldet sich.

Straßburg: Lassen Sie mich verfahrensgemäß das ergänzen. So wie hier geschildert, ist das Deckelsystem im Sicherheitsbericht wiedergegeben. Es - und zwar in diesem Sicherheitsbericht, der öffentlich ausgelegt hat und dabei bleibt es auch, da wir uns über Änderungen in der hier - dieser Art, wie das Mißverständnis entstanden ist, durchaus bewußt sind. Diese hätte Folgen für's Verfahren, die wollen wir gewiß vermeiden.

Heintz: Schönen Dank, Herr Straßburg. Ich stelle fest, in den Ausführungen des Herrn Janberg handelt es sich einfach nur um Erläuterungen, um dieses Deckelsystem noch einmal vorzuführen. Es handelt sich hier nicht um die Besprechung von Einwänden und bzw. Stellungnahmen zu diesem Problem. Ich bitte, - hat hierzu, zu diesen Erläuterungen noch jemand eine Frage?

Heintz: Bitteschön, Herr

(Zwischengespräche - Gemurmel)

Jünemann: Jünemann aus Ahaus. Ich hatte in meiner Einwendung, und ich spreche hier gleichzeitig für die Einwender Herr Dr. Korte, Ikemann und Herr Schaffernoth, einen Fernsehbericht angezogen vom 26.11. - Ich hatte Ihnen, nachdem ich den Text dieses Fernsehberichtes bekommen hatte, Ihnen auch zugeleitet, auf Seite 3 ist dort etwas über die Deckeldichtungen am Castor ausgesagt. Es ging damals um eine Sendung über Würgassen, und dort heißt es, ich lese mal vor, damit die anderen Zuhörer es wissen:

" Man weiß nicht, wann Lecks auftreten und wie oft. Hat deshalb ein Mehrfachdeckelsystem - aber auch - aber auch dabei sind Leckkombinationen über lange Zeit möglich - daß der notwendige Zweibarriereneinschluß der Brennelemente nur durch Ersetzen einer Dichtung wieder hergestellt werden kann, was bei großen Lecks einem Öffnen gleichkommt, also nur am Beispiel der Dichtungen die Langzeiterfahrung fehlt."

Das Deutsch steht hier so, das ist offensichtlich frei gesprochen worden. Die Wahrscheinlichkeit weiß man nicht, wie oft kommt ein Leck vor und auch von den äußeren Einwirkungen her, würde ich sagen, ist das Konzept meines Erachtens sogar vom Ansatz her schon falsch. In dem Rat der Stadt Ahaus sind einige Mitglieder, die diese Sendung gesehen haben, und wir waren ja kurz vorher bei der Gießerei Siempelkamp und hatten uns dort auch durch Herrn Dr. Janberg aufklären lassen. Dann kamen aber diese Zweifel, die hier geäußert wurden, und ich darf auch im Namen dieser Ratsherren, die diese Sendung gesehen haben, fragen, was hierzu von den Antragstellern gesagt wird.

Heintz: Ah...

Jünemann: Zu den anderen Dingen darf ich vielleicht bitten, daß automatisch darauf eingegangen wird, dann brauch ich das nicht nochmal hier wieder vorzutragen.

Heintz: Kennt der Antragsteller diese Sendung im Westdeutschen Rundfunk oder Fernsehen? Sind Sie bereit darauf einzugehen?

Straßburg: Ja, wir sind ... ja ...

Heintz: Bitteschön!

Straßburg: Herr Janberg ...

Janberg: Wir bedauern die etwas einseitige Darstellung des WDR in diesem Zusammenhang. Freilich hätten wir dieses Mißverständnis ohne weiteres aufklären können.

Zu Ihrer Frage folgende Ausführung:

Wir haben uns bei der Wahl der Metalledichtung abgestützt auf ein existierendes Dichtungssystem bzw. existierende Dichtungskonzepte, wie sie im großtechnischen Einsatz z.Zt. üblich sind, und zwar speziell bei der Urandiffusionsanlage in Pierrelatte, dort befinden sich z.Zt. ca. 400.000 dieser Dichtungen im Einsatz. Sie haben Durchmesser - jetzt Innendurchmesser der Dichtungsbe-
reiche - variabel von 7 mm bis insgesamt 4,9 m. Diese Dichtungen aneinandergereiht und aufgerollt oder abgerollt, müßte ich besser sagen, haben eine Länge von ca. 700.000 m - 700 km. Bei diesen Dichtungen ist das Grundprinzip, daß ein weicher verformbarer Aluminiummantel über eine Feder gewälzt wird, diese Feder gewährleistet die Langzeitanpreßkraft auf die Dichtflächen. Diese Dichtungssysteme sind nicht nur jetzt seit einigen Jahren im großtechnischen Einsatz, sondern wurden darüberhinaus, darüberhinaus in Laboratoriumsversuchen seit ca. 11 Jahren erprobt, und es gibt Dauerdichtheitsversuche, die mittlerweile über sechseinhalb Jahre laufen, und zwar bei höheren Temperaturen als sie hier im Einsatzfall zu erwarten sind, darüberhinaus wird bei diesen Versuchen erschwerend für die theoretische Lebensdauer der Dichtungen die Temperatur geändert, im Bereich zwischen 30 und 130 bis 150 °. Dies ist bisher mehrere hundert Male geschehen, ohne daß diese Dichtungen ihre Dichtigkeit verloren hätten. Geprüft werden sie mittels Heliumvakuumprüfung, und ihre Dichtheit liegt im Bereich von 10^{-8} Torr x l/sec.

Um den nichttechnischen Anwesenden hier einen Vergleich zu geben, bei Schweißungen - auch im Nuklearbereich - wird meistens eine Größenordnung weniger nur vorangesetzt, das heißt diese Dichtungen sind schon allein in der technischen Diktion dicht - mehr als dicht.

Hier sind wir wieder im Bereich der Semantik. Zu den Ausfallsraten, die Sie letztlich darüberhinaus ansprachen, folgende Ausführungen: Von diesen insgesamt 400.000 Dichtungen sind zwei bei der Montage defekt gewesen, es handelte sich hier um Dichtungen von 4,90 m Durchmesser. Der Grund für die erste Undichtheit war ein Fehler bei der Montage; es wurde ein Fremdkörper übersehen bei der Montage, der sich zwischen Dichtung und Dichtfläche schlich, zweiter Fehler: unzureichende - unzureichendes Anziehen der Schrauben des Flansches. Im Betrieb der großen Anlagen sind bisher zwei weitere Defekte aufgetreten.

Soweit Defekte bei statischen Dichtungen, das heißt Dichtungen, die nicht mit bewegenden Teilen, sich bewegenden Teilen kombiniert sind und die dadurch in ihrer Belastung und dem uns vorliegenden Fall beim Behälter entsprechen. Darüberhinaus nur noch einen Hinweis, der für Sie von Interesse sein dürfte - diese Dichtungen werden alle einer Temperatur von rund 130° im Normalbetrieb ausgesetzt und sind ständig in Kontakt mit Uranhexafluorid. Wir haben hier also extrem geringe Ausfallsraten und die Aussage, die Sie im WDR bekamen, ist unseres Erachtens damit absolut nicht sachgerecht.

Ich hoffe, daß ich Ihre Frage zufriedenstellend beantwortet habe.

Heintz: Ja ...

Janberg: Sind hierzu noch Zusatzfragen?

Heintz: Schönen Dank, Herr Jünemann - Herr ...

Janberg: Ist das Okay?

Heintz: Herr Jünemann, sind Sie mit dieser Antwort zufrieden?

Heintz: Möchten Sie mehr wissen?

Jünemann: Hierzu ja, vielleicht noch eben anschließend, weil es ja doch letztlich auch 'ne Frage der Dichtungen ist. Die Testversuche gingen ja von einem Fall von 9 m Höhe aus, und hier wird für Würgassen gesagt, daß dort ein Fall aus 40 m Höhe denkbar ist. Frage: Was geschieht dann in den Fällen, wo also größere Hubhöhen als 9 m vorhanden sind?

Heintz: Herr Janberg, wollen Sie antworten? Bitteschön.

Janberg: Ja - bei dem Zulassungsverfahren macht die Bundesanstalt für Materialprüfung als zuständige Behörde für die Feststellung der Eignung der Behälter Fallversuche auf ein unnachgiebiges Fundament. Dies unnachgiebige Fundament besteht aus einem Betonblock von ca. 1.000 t Gewicht und einer darauf liegenden starken - ca. 10 cm starken Stahlplatte. Der Behälter, den wir dieser Baumusterprüfung unterzogen haben, hat diesen Absturz insgesamt viermal - also nicht nur einmal - erfahren und war nach diesen Fallversuchen auch noch voll funktionsfähig. Die dabei auftretenden Beschleunigungen bzw. Verzögerungen beim Aufprall auf die unnachgiebige Platte sind wesentlich höher als die Verzögerungen, die ein solcher Behälter erleidet beim Absturz auf das Fundament beispielsweise im Reaktorgebäude, wenn er dort vom Hubgerüst oder vom Kran abstürzen würde. Diesem Nachweis der niedrigeren Verzögerungen diene der Versuch, zu dem wir den WDR auch auf Wunsch des Betreibers von Würgassen eingeladen hatten. Es handelte sich um einen Fall aus 20 m Höhe und die dabei gemessenen Verzögerungen beim Aufprall des Behälters auf das Fundament stützten mehr als ausreichend, nämlich durch einen größeren Faktor, die Aussage, daß die Verzögerungen wesentlich geringer sind. Verzögerungen oder Beschleunigungen stehen mit den Kräften, die dabei am Behälter auftreten, in einer direkten Beziehung - Kraft gleich Masse mal Beschleunigung oder Verzögerung - und daraus ergibt sich, daß der Test aus 9 m Höhe auf ein unnachgiebiges Fundament als konservativ anzusehen ist im Vergleich zum Fall aus höheren Höhen beispielsweise im Kernkraftwerk oder vom Hubgerüst eines Kernkraftwerkes.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Heintz: Tja - schönen Dank, Herr Jünemann -
Noch eine Frage? Zusatzfrage?
Nicht. Das ist nicht der Fall.

Ich bitte jetzt um eine kurze Pause von 3 bis 5 Minuten.

P a u s e

17.40 Uhr

Heintz: Meine Damen und Herren!
Meine Damen und Herren, wir setzen die Anhörung fort, und wir kommen jetzt im Tagesordnungspunkt 2 - zu den Einzelheiten dieser technischen Dinge. Unser Vorgehen wird so sein, daß wir die Einwendungen zusammengefaßt haben in einzelne Themenpunkte. Diese Punkte wird Ihnen Frau Warnecke vorlesen.
Danach werde ich nochmal fragen, ob dazu - mündliche Fragen gestellt werden, und danach ist der Antragsteller aufgefordert, sich hierzu zu äußern.
Ich möchte kurz erläutern, daß - zu der nicht direkt ausgesprochenen Frage - hat dies denn einen Sinn - wo doch die Einwender selbst nicht mehr da sind. Ich verstehe dies so, daß diese Fragen schriftlich gestellt wurden und sie dann von dem Antragsteller beantwortet werden und in das Wortprotokoll einfließen und damit doch eine Antwort vorliegt - liegt, die wir später dann diesen Einsendern der Stellungnahmen zukommen lassen können.
Ich darf also jetzt den Punkt mit den - 2.1.1 mit den Dichtungen aufrufen, und ich bitte also Frau Warnecke, diese Fragen vorzulesen.

Frau
Warnecke: Ja, also, wir haben das nach Paketen aufgeteilt und das erste Paket wären also die Elastomerdichtungen. Da wurde eingewendet,

daß sie sich durch Strahlungen zersetzen, es wurde in dem Zusammenhang gefragt, wie lange sind sie funktionsfähig, und es wurde eingewendet, daß also mit defekten Elastomerdichtungen ein Rücktransport, also ein Abtransport aus dem Lager nicht mehr gewährleistet ist. Es wurde das Argument gebracht, wären die Transportbehälter auch ohne die Elastomerdichtungen dicht, dann könnte man ja auf sie verzichten. Es kam die Frage auf, warum werden denn zwei verschiedene Arten von Dichtungen benutzt. Es wurde weiterhin gefragt, warum wurde ein so - wird ein so wenig beständiger Werkstoff eingesetzt. Es kam weiterhin die Frage, bei welcher Temperatur verspröden die Elastomerdichtungen. Weiterhin wurde gefragt, wie heißt die handelsübliche Bezeichnung der Dichtungen, man möchte den Hersteller wissen und man möchte wissen, ob Langzeittests mit Sonneneinstrahlung gemacht worden sind. Weiterhin möchte man die Zersetzungsprodukte kennenlernen, und es wurde eingewendet, daß nach Ablauf der Haltbarkeit der Elastomerdichtungen die Behälter undicht werden.

Das war also das erste Paket - Elastomerdichtungen - und ich würde den Antragsteller dann bitten, hierzu sich zu äußern.

Straßburg: Ja, Herr Janberg wird antworten.

Heintz: Entschuldigung, eine kleine Verfahrensfrage. Sind hier zu diesem Fragenpaket aus dem Publikum noch Fragen zu stellen? Wenn dies nicht der Fall ist, soll der Antragsteller sich jetzt diesem Thema zuwenden.

Janberg: Elastomerdichtungen können sich zersetzen bei integrierten Stahlendosen im Bereich von 10^7 Rad. Die hier eingezeichneten und vorhin auf dem Bild erklärten Elastomerdichtungen werden jedoch an der Stelle, wo sie sitzen, nur integrierten Dosen von 10^3 bis maximal 10^5 Rad ausgesetzt. Es ist also eine Sicherheitsmarge von ca. 100. Die Zersetzung im Sinne eines Zerbröselns dieser Dichtungen ist also nicht gegeben. Da diese Elastomerdichtungen keine Dichtfunktion haben während der Lagerung, aber auch nicht unbedingt für den Transport erforderlich sind, da diese Dichtfunktion, wie ich schon

erwähnt, von der Metalledichtung gewährleistet wird, ist logischerweise auch jederzeit die Möglichkeit eines Rücktransportes gegeben, selbst wenn eine Elastomerdichtung defekt werden sollte. Die vorhin von mir genannten integrierten Neutronendosen der Elastomerdichtungen beziehen sich auf eine rein theoretische Exposition gegen Strahlen von ca. 40 Jahren. Die Frage, wie lange sie funktionsfähig sind, läßt sich nicht beantworten. Wir gehen aber auch nicht von ihrer Langzeitbeständigkeit aus. Wir könnten auf die Elastomerdichtungen^{verzichteten}, rein theoretisch, wenn sie uns nicht für den - das reine Prüfverfahren - für den Einsatz des Helium-Vakuum-Meßverfahrens zweckdienlich wären; da sie dies sind, setzen wir sie weiterhin ein. Das ist auch gleichzeitig der Grund, warum wir zwei verschiedene Arten von Dichtungen einsetzen. Ich wiederhole noch mal, die Metalledichtungen für die Langzeitbeständigkeit. Sie versprochen auch nicht bei den Temperaturen, die erwähnt sind, Verspröden würde erst bei Langzeitexpositionen zu Temperaturen über 200° auftreten. Hier liegen die Temperaturen anfänglich um ca. 100° und sinken ständig ab.

Es kommt durchaus zum Einsatz verschiedener Typen von Dichtungen, es können sich um Silikonkautschuk- wie auch Fluorkautschuk-Dichtungen handeln. Für Fluorkautschuk-Dichtungen wäre ein potentieller Hersteller die Firma Du Pont. Es gibt aber beliebig viele, und ich möchte hier keine Werbung für verschiedene Hersteller machen. Langzeittests mit Sonneneinstrahlung haben nicht stattgefunden. Der Behälter ist an den Stellen, wo die Dichtungen sich befinden, gegen Sonneneinstrahlung geschützt, die Wandstärke ist ausreichend, und die Dichtungen werden vor dem Einsatz auch entsprechend vor der Sonneneinstrahlung geschützt. Als theoretische Zersetzungsprodukte der Dichtungen kann man hier nur Spuren angeben, Spuren, die vielleicht mit einem - Massenspektrometer feststellbar wären, Spuren von Wasserstoff und eventuell Fluor. Wir haben vorhin feststellen können, daß die Metalledichtungen gegen Fluor dicht sind, nicht anfällig sind, Fluor wird erst über 180° aggressiv in diesem Einsatz bei Aluminiumdichtungen. Die Behälter werden nicht nach Ablauf der Haltbarkeit der Elastomerdichtungen undicht, da weiterhin die Metalledichtungen die Dichtheit gewährleisten. Damit sind diese Fragen alle im Prinzip beantwortet.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Blech-
schmidt:

(Vertritt den Vorsitzenden)

Vielen Dank, Herr Dr. Janberg.

Ich bitte noch um Wortmeldungen zu diesem Punkt. Ist da zu dieser Sache von Herrn Janberg noch etwas hinzuzufügen von Ihrer Seite? Wenn das nicht der Fall ist, dann kommen wir zum Thema Metall dichtungen, und Frau Dr. Warnecke wird auch wieder eine Zusammenfassung der Fragen und Einwendungen hier vortragen.

Frau
Warnecke:

Ja, also zu den Metall dichtungen. Es wurde gesagt, daß mit funktionsfähigen Elastomer dichtungen eine Undichtigkeit der danebenliegenden Metall dichtungen nicht festgestellt werden kann. Es wurde weiterhin gesagt, daß durch Spaltprodukte bzw. durch stabile Nachfolgeprodukte wie z.B. das Rubinium 85 die Metall dichtungen korrodieren können. Es wurde nach der Dicke der Metall dichtungen gefragt. Ein weiterer Gesichtspunkt stellt das Restwasser zwischen Elastomer- und Metall dichtungen dar - nach Meinung der Einwender können die Metall dichtungen durch dieses Restwasser korrodiert werden. Es wurde weiterhin die Frage gestellt, für welchen Zeitraum wird die Dichtheit des Behälters garantiert. Es kamen weiterhin Fragen zu Langzeittests im Hinblick auf die Korrosion. S' wurde gefragt, welcher Werkstoff wird für die Metall dichtungen eingesetzt. Es wurden Einwendungen hin - im Hinblick auf die Metallermüdung während der Lagerzeit gebracht. Es wurde argumentiert, die Behälter sind nicht absolut dicht, es steht sohin eine gesundheitliche Gefährdung und dann als letztes noch die Frage zur Anzahl der Dichtungen in möglichen Deckeln. Wir hatten aber diese Frage mit den möglichen Deckeln vorhin schon abgehandelt.

Blech-
schmidt:

Vielen Dank. Möchte von seiten der Einwender hier noch jemand etwas hinzufügen?

Wenn das nicht der Fall ist, dann bitte ich den Antragsteller auch zu diesen wichtigen Fragen der Metall dichtungen Stellung zu nehmen.

Janberg:

Gerne. Die funktionsfähige Elastomer dichtung kann eine Undichtigkeit der danebenliegenden Metall dichtungen beim Beladevorgang

nicht vertuschen. Wie ich vorhin darlegte bei der Klärung des Dichtungssystems wird die Metalldichtung direkt mit Helium in Kontakt gebracht und auf der anderen Seite wird abgesaugt. Jede einzelne Dichtung wird geprüft. Damit kann diese Frage als abgeschlossen betrachtet werden.

Rubidium 85 als Spaltprodukt des Kryptons ist im wesentlichen in der Brennstoffmatrix eingebunden. Darüberhinaus ist die Menge extrem gering und bei den geringen - bei den niedrigen Temperaturen liegt es nicht gasförmig vor, gelangt also auch nicht in größeren Mengen in den Bereich der Metalldichtungen, darüberhinaus, da dieser Bereich getrocknet ist, bilden sich keine alkalischen Laugen, die eventuell korrodierend wirken können im Dichtungsbereich der Metalldichtungen. Wie bereits ausgeführt, wird das Restwasser zwischen der Elastomer- und Metalldichtung beim Trocknungsvorgang ausgetrieben. Die Dichtheit des Behälters wird seitens des Herst - Herstellers für den gesamten Lagerzeitraum zugesagt. Zur Langzeitkorrosion der Metalldichtungen wurden die vorhin von mir erwähnten Tests seitens des französischen Atomenergie-Kommissariats in Pierrelatte durchgeführt. Es handelt sich hier um Versuche, bei denen im wesentlichen auch die Temperaturen verändert wurden, und durchaus auch Atmosphären mit Restfeuchtigkeit mit den Dichtungen in Berührung kamen.

Unabhängig davon erwähnte ich, daß im normalen Einsatz diese Dichtungen mit Uranhexafluorid in Kontakt sind, darüberhinaus gibt es Versuchsergebnisse beim Einsatz in Reaktoren.

Weiteres ist hierzu unseres Erachtens nicht zu sagen. Die vorliegenden Erkenntnisse und Ergebnisse lassen erwarten, daß Korrosion in dem von uns beacht - betrachteten Zeitraum keine Rolle spielt. Der Werkstoff der Metalldichtungen, ich erwähnte es vorhin, wenn ich auch nur mich da auf einen bezogen hab' - Dichtmaterial ist Aluminium oder - das behalten - behält sich der Antragsteller vor - Silber. Der Dichtmantel aus Aluminium oder Silber wird durch eine Feder sowie ein Zwischenmaterial - beide aus Edelstahl - gegen die Dichtflächen gepreßt. Eine Metallerdmüdung während der Lagerzeit - hier bezogen auf die - den Federwerkstoff kann nach Lage der Dinge ausgeschlossen werden, fließen des Metalls tritt bei den hier vorliegenden Belastungen nicht auf, die Federn werden auch

nicht über Gebühr zusammengestaucht beim Anziehen der Schrauben, da sie sich in Nuten befinden, diese Nuten begrenzen die Zusammen-drückung der Feder. Die Aussage, die Behälter seien nicht absolut dicht und daraus könne eine gesundheitliche Gefährdung folgen, ist so keinesfalls richtig, dadurch daß a) hier hochdichte Dichtungs-materialien und -systeme verwendet werden - schon im Primärdeckel und darüberhinaus im Sperrraum zwischen Primär- und Sekundärdeckel sich ein Oberdruck befindet, so daß der Austritt nur in den Behälter hinein, nicht jedoch aus dem Behälter heraus erfolgen kann, ist eine gesundheitliche Gefährdung nicht gegeben. Ich erwähnte die Dichtungen vorhin in der grafischen Darstellung. Wünschen Sie hier noch einmal eine Aufzählung Dichtung für Dichtung in den ver-schiedenen Deckeln, oder reicht die Aussage, daß wir als Hauptab-dichtungen - also Dichtungen großen Durchmessers - im Primärdeckel zwei Elastomerdichtungen einsetzen, darüberhinaus eine Metall-dichtung und im Sekundärdeckel ebenfalls eine große Metalldichtung und eine Elastomerdichtung. Ich erwähne nur noch, daß die anderen Öffnungen gleichwertig abgedeckt werden - abgedichtet werden, wie im Sicherheitsbericht auch ausgeführt. Hier ist keine Änderung ge-genüber dem Text des Sicherheitsberichtes, das heißt hier werden ebenfalls Metalldichtungen verwandt.

Blech-schmidt:

Ja. Recht vielen Dank. Diese Frage der Dichtung ist ein sehr we-sentliches Problem für dieses Projekt. Möchte hier jemand dazu noch etwas erklären oder sagen? Bitte!
....Sie auch Ihren Namen sagen, - Bitte!

Schröter: Mein Name ist Schröter.

(Zwischengespräche am Tisch des Antragstellers)

Schröter: Mein Name ist Schröter. Ich habe eine Frage zu dem Absaugevorgang zwischen den Dichtungen. Es gibt doch in der Technik bestimmte Verfahren, wie man das absaugt und auf welche Endwerte man kommen wird. Wenn man das bei Normaltemperatur mit einem Vakuumgerät macht, wird man zu einem bestimmten Restfeuchtigkeitsgehalt ge-langen. Könnten Sie dazu bitte etwas sagen?

Blech-
schmidt: Bittel - Bitte Antragsteller

Janberg: Ich - na, ich glaube ich kann darauf verzichten, dies nochmal
an - grafisch darzustellen. Jeder Dichtungsbereich hat eine
Zuleitung über die ein Vakuum selektiv aufgebracht werden kann.
Es handelt sich um

Blech-
schmidt: ...Wenn ich Ihrem -
es wäre vielleicht doch besser, wenn Sie das noch erläutern
könnten.

Janberg: Danke für die Anregung.

(Bildprojektion wird vorbereitet)

Blech-
schmidt: Bitte, haben Sie noch dazu etwas zu sagen?
Augenblick, bitte. Ja!

Schröter: Ich möcht... ich möchte die Frage etwas präzisieren.

.... Herr Janberg....

Schröter: Es gibt doch Zahlenwerte für den Restfeuchtigkeit - für die Rest-
feuchtigkeit in Luft, und das kann man ausdrücken z.B. der Rest-
feuchtegehalt entspricht einem Taupunkt von minus 30° oder so
etwas. Können Sie eine solche Zahl nennen. Das man also 'n Gefühl
dafür bekommt, wie groß ist die Rest - Restfeuchtigkeit.

Janberg: Ich will es mir sogar einfacher machen. Entschuldigen Sie, wenn
ich das tue.
Wir können in jedem Fall ein Vakuum im Dichtungsbereich herstel-
len von 10^{-2} Millibar. Von da aus können Sie selbstverständlich
dann den Taupunkt ermitteln.

Schröter: Danke.

Janberg: Bitte.

Blech-
schmidt: Wäre damit Ihre Frage insgesamt beantwortet oder möchten Sie noch weitere Erläuterungen zu diesem Punkt?

Ist von anderer Seite hier noch gewünscht?

Ich hatte schon daraufhingewiesen, daß tatsächlich die Dichtung ein ganz wesentliches Element dieses Projektes ist.

Das ist offenbar nicht der Fall, dann möchte ich den Punkt 2 dieser technischen Sicherheit ansprechen, und zwar geht es um den ZweibARRIEREneinschluß und um die Druckmeßdose.

Frau Warnecke, bitte.

Frau
Warnecke: Ich werde also wieder komprimiert die Einwendungen vorlesen.

Es wurde gesagt, falls der Primärdeckel undicht ist, kommt es nicht zum Druckanfang - Druckabfall, mithin ist das Prinzip der Druckmeßdose also infrage gestellt worden.

Es wurde weiterhin beanstandet, das Anschweißen des Fügedeckels ist problematisch.

Bei Dichtetests nach Falltests kann bei intakter Elastomerdichtung und defekter Metalledichtung eine Dichtheit vorgetäuscht werden.

Es wurde weiterhin beanstandet, daß nur mit einem Deckel transportiert wird.

Sekundärdeckel und Fügedeckel zusammen ersetzen keinen defekten Primärdeckel, war der nächste Einwand.

Danach Fügedeckel und Schutzplatte sind den Dichtungen des Primär- und Sekundärdeckels nicht gleichwertig.

Der Einschluß ist nicht gewährleistet bei Reparaturmaßnahmen und Abtransport mit defekten Primär- und defekten Sekundärdeckel.

Es wurde gefragt, warum ist die Druckmeßdose mit nur einer Metalledichtung gesichert. Warum hier - ist hier keine Elastomerdichtung eingesetzt worden.

Eine weitere Frage: Falls der zweite Deckel defekt ist, ist zum Aufsetzen des vierten Deckels ein sofortiger Rücktransport vorgesehen? Entsprechende Heiße Zellen gibt es nicht im Kernkraftwerk. Die DWK rechnet mit dem Leckwerden von zwei Deckeln aufgrund der vorgesehenen Reparaturmaßnahmen, aber ein Teil der Fragen wurde also heute schon richtiggestellt, weil das auf Mißverständnissen - ja des Gährdeseminars wohl beruht.

Blechschmidt: Kann sich der Antragsteller zu dieser Frage äußern, bitte?

Straßburg: Auch hierzu wird Herr Janberg Stellung

Janberg: Eine Undichtigkeit des Primärdeckels führt zum Druckabfall vom Sperraum zum Innenbereich des Behälters, sofern die Undichtigkeit bedeutsam ist. In dem von uns betrachteten Bereich in dem praktisch nur Diffusionserscheinungen über die Metalledichtungen wirksam werden können, ist nur über einen Zeitraum von vielen Dekaden - ich betone viele Dekaden - mehr als vier - über einen nenn - mit einem nennenswerten Druckabfall zu rechnen, der dann aber, wenn er den Grenzwert von 3 Millibar - 3 bar - pardon - unterschreitet, der Druck im Sperraum automatisch und zuverlässig zur Anzeige des Druckmeßgerätes führt.

Das Anschweißen des Fügedeckels ist nicht problematisch, es wird eine Nickelelektrode genommen; und sowohl im Behälterkörper als auch im Fügedeckel befindet sich eine Naht, eine Nut - pardon - die es erlaubt, oder die verhindert, daß die Wärme aus dem Schweißbereich zu schnell abfließt. Wir haben die Schweißung des Fügedeckels bereits mehrfach ausgeführt, sie ist nicht problematisch.

Heintz: Darf ich mal etwas einschalten. Herr Janberg, hielten Sie es für - nicht für besser, wenn Sie Ihre Erläuterungen anhand von Bildern geben könnten, denn...

Janberg: Ja, ... selbst... gerne

Heintz: ... ich könnte mir vorstellen, daß das sehr nützlich wäre.

Janberg: Gerne.

(Zwischengespräche)

(Bildprojektion wird vorbereitet)

Janberg: Die Fügenaht - so! Die Fügenaht ist diese Naht hier. Um zu verhindern, daß beim Schweißen aufgrund der großen Wärmekapazität und der sehr guten Wärmeleitung der beiden Materialien die Wärme aus dem Schweißnahtbereich abfließt - und es so nur zu einer unvollständigen Schweißung kommt, sind an dieser Stelle im Behälterkörper sowohl als auch in der Fügenaht - in der - im Fügedeckel eine Nut angebracht. Die Schweißung erfolgt mittels Nickelelektrode in diesem Zwischenbereich und ist unproblematisch. Die Elastomerdichtung kann keine defekte Metalldichtung vertuschen im Transportfall. Wie vorhin schon ausgeführt, gibt es Prüfanschlüsse, die darüberhinaus auch zur Evakuierung dieser Bereiche dienen, dienen für jeden Zwischendichtungsbereich - das gilt sowohl für diesen - hier - zwischen Metalldichtung und erster Elastomerdichtung, darüberhinaus erwähnte ich, daß auch dieser Bereich im Kernkraftwerk von Feuchtigkeit befreit wird. Das heißt aber auch, jede einzelne Dichtung kann auf ihre Funktion geprüft werden, und für den Abtransport kann keinesfalls eine defekte - eine defekte Metalldichtung durch die Elastomerdichtung sozusagen verdeckt werden. Es wird mit zwei Deckeln transportiert, der zweite Deckel ist bei diesem Behältersystem erforderlich, weil sich im zweiten Deckel die Neutronenabschirmung befindet. Im Interesse einer Reduzierung des - der Dosisbelastung des Personals wird man in jedem Fall diesen zweiten Deckel aufsetzen, obwohl als Dichtbarriere für den Transport - gemäß den geltenden Richtlinien - ein dichtes Deckelsystem ausreichen würde.

Sekundärdeckel und Fügedeckel zusammen ersetzen durchaus einen defekten Primärdeckel, nur kommt in diesem Fall dem Primärdeckel nur noch die Funktion der Abschirmung gegen Gammastrahlen zu. Weiterhin hat er aber im Fall eines Defektes aller drei Dichtungen auch seine üblichen mechanischen Aufgaben wahrzunehmen. Die Dichtig - die Dichtheitsfunktion wird weiterhin vom Sekundär-

deckel gewährleistet und das Zweibarrierenkonzept kann für die Lagerung aufrecht erhalten werden durch die Dichtigkeit an dieser Stelle, die Dichtigkeit des Fügedeckels und die Aufbringung des Oberdruckes hier in diesem Sperraum.

Ist diese Ausführung sachlich ausreichend für Sie?

(Gemurmel im Saal)

Blech-
schmidt:

Möchte hier jemand noch dazu ergänzende Ausführungen haben, oder auch selbst ergänzende Bemerkungen machen?
Ist offenbar nicht der Fall, dann danke ich vielmals.

Janberg:

Ja, ich bin mit der Beantwortung der Fragen hier noch nicht fertig, ich hatte hier in diesem Zusammenhang diese Frage schon gestellt. Es geht noch um die Frage der Gleichwertigkeit von Fügedeckel und Schutzplatte. Hier - wenn Sie gestatten, nehme ich gleich hier ergänzend Stellung.

Der Fügedeckel ist in seiner Dichtfunktion dem Primär- und Sekundärdeckel gleichwertig. An ihn werden die gleichen Dichtheitsanforderungen gestellt.

Die Schutzplatte hat keine Dichtungsfunktion, sie dient nur zum Schutz gegen Einwirkungen von außen, und die hier angezeigte Elastomerdichtung dient dazu, um Eintritt von Schmutz in den Bereich des Fügedeckels zu vermeiden - zu verhindern. Der Einschluß - der sichere Einschluß ist gewährleistet bei Reparaturmaßnahmen, die sich nur auf den Sekundärdeckel, Fügedeckel oder die Schutzplatte im Deckelbereich erstrecken werden. Arbeiten am Primärdeckel, Öffnen desselben etc. sind im Lager nicht vorgesehen. Ein Abtransport mit defektem Primärdeckel und intaktem Sekundärdeckel ist in jedem Fall möglich, darüberhinaus ist auch ein Abtransport möglich, wenn noch eine andere Dichtbarriere hier der Sekun - der Fügedeckel intakt ist.

Die Druckmeßdose wird nur mit einer Metalledichtung gesichert. Dies reicht aber auch aus. Eine Elastomerdichtung kommt nicht zum Einsatz, weil wir der Metalledichtung generell eine bessere Langzeitdichtheit zugestehen.

Für den Fall eines Defektes des zweiten Deckels ist ein Aufsetzen des vierten Deckels für den Rücktransport nicht erforderlich. Dieser Deckel ist kein Deckel, ich wiederhole es nochmal, sondern nur eine Schutzplatte. Es wäre hier dann sowieso - pardon - Ein Defekt des zweiten Deckels ist vor Ort reparierbar, sofern er nicht gleichzeitig mit einem Defekt des Primärdeckels auftritt. Er kann - diese Dichtung kann vor Ort ausgetauscht werden. Ist in diesem Zusammenhang eine Zusatzklärung erforderlich?

Blechschmidt: Ich möchte diese Frage weitergeben.

Heintz: Ich habe eine Frage.
Wie ist das mit dem Strahlenschutz, wenn Sie den - nur noch den ersten Deckel haben. Wenn - das wäre ja im Fall einer Reparatur oder Auswechslung gegeben.

Janberg: Ja. Dann hätten wir natürlich in diesem Bereich eine erhöhte Strahlenbelastung. Es ist jedoch nicht ein - ein - nicht als problematisch anzusehen, da die volle Abschirmung so lange gegeben ist, als die Schrauben geöffnet werden - nicht, der Deckel ist ja noch da - und dann geht es nur darum, diesen Deckel durch einen Kran, ein Hebezeug zur Seite zu verfahren, diese Deckeldichtung auszutauschen, und dann kann er in seine alte Position zurückgebracht werden. Zum Zeitpunkt des Wiederanziehens der Schrauben, wenn dies rein manuell ohne Automatismen erfolgt, ist natürlich die Gesamtabschirmung wieder gegeben, so daß eine wesentliche Erhöhung der Dosisleistung durch das Fehlen des Sekundärdeckels a) liegt sie rein quantitativ nicht vor, b) ist der Zeitraum, in dem dieser Deckel fehlt, sehr kurz haltbar.

Heintz: Können - können Sie da eine Zeitvorstellung nennen? 10 Minuten, eine halbe Stunde, eine Stunde oder irgendsowas?

Janberg: Sie gestatten eine Rückfrage an meine Kollegen...
Wie groß - größenordnungsmäßig ...

Rittscher: Das Auswechseln des - der Sekun ... das ...

(Gemurmel)

Heintz: Name bitte! Name.

Rittscher: Rittscher von der DWK/GNS.

Das Auswechseln des Sekundärdeckels ist im Endeffekt ein umgekehrter Vorgang, wie er bei der Beladung im Kernkraftwerk vorgenommen wird und dort also entsprechend mit der gleichen Dosisbelastung. Die Zeitdauer beim Ausfall der Metaldichtungen deckt - diese eine Metaldichtung dürfte ca. 2 bis 5 Stunden betragen, das heißt inclusive Abheben der Schutzplatte, Ab - Loslösen der Schrauben, Inspektion der Undichtigkeit, Aufsetzen und danach den Prüfvorgang.

Heintz: Gut, schönen Dank.

Janberg: Von Interesse ist dann natürlich beim Auftreten eines solchen Defektes die Prüfung, warum er aufgetreten sein könnte. Und das bestimmt dann mit auch die Zeit.

Die weitergehende Frage war bzw. Statement - Heiße Zellen gibt es nicht in Kernkraftwerken, das ist richtig. Aber die Rückentladung erfolgt im Kernkraftwerk genauso wie die Beladung nur als umgekehrter Vorgang. Eine Erschwernis tritt nur dann auf, rein theoretisch wiederum, wenn Brennelemente in größerem Maßstab defekt wären. Dies bedingt jedoch keine Unmöglichkeit der Rückladung, auch nicht im Falle größerer Defektraten der Brennelemente. Im übrigen gibt es zuverlässige Erfahrungsberichte für das Langzeitverhalten von Brennelementen bei höheren Temperaturen und die DWK - das möchte ich nochmal feststellen - rechnet entgegen der Aussage des Einwenders nicht mit dem Leckwerden von zwei Deckeln, auch im Prinzip nicht mit einer Leckage des Primärdeckels, sie hat bloß über die vorgeschriebene Sicherheit und Auslegung die - noch weitere zwei - wenn ich so sagen darf - Redundanzen gelegt, nämlich den Sekundärdeckel und den Fügedeckel, so daß die Sicherheit unseres Erachtens ausreichend gewährleistet ist.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Blech-
schmidt:

Recht vielen Dank. Ich bitte noch weitere Wortmeldungen zu diesem Unterkapitel.

Sind da noch weitere Fragen vorhanden?

Dann wollten wir dieses Unterkapitel verlassen. Wir haben jetzt eine Frage zum Aktivitätsinventar. Weil das nur eine einzige Frage ist und auch von einem einzelnen Einwender, also nicht von mehreren gestellt worden ist, möchte ich sie gleich selbst vorlesen und zwar ist das hier die Frage, wie wird die Konzentration an Neutronenemittern berechnet.
Bitte, Antragsteller.

Janberg:

Haha! Als Rechenprogramm wird das Origen-Programm verwendet, das, wie in verschiedenen Messungen festgestellt wurde, durchaus konservativ ist. Dieses Origen-Programm ist ein Programm, das den Aufbau und Zerfall von Nukliden berechnet, dabei verfolgt für den Brennstoff Spaltproduktaufbau und Aktivierung der Strukturmaterialien. Die Ergebnisse dieser Berechnungen sind veröffentlicht und frei zugänglich und für zwei Behälter, nämlich 1c und 1a, wollen wir kurz das Aktivitätsinventar zu Beginn der Einlagerung angeben. Dann - damit gehe ich, glaub' ich, schon über den Inhalt der Frage hinaus, hier wird nur gefragt, wie die Konzentration an Emitttern berechnet wird, nicht jedoch eine quantitative Angabe gewünscht. Damit kann ich die Beantwortung hier abschließen.

Ist das ausreichend?

Blech-
schmidt:

Und ist dieses ausreichend? Ich geb' diese Frage weiter. Wenn ja, dann kommt eine weitere Einzelfrage zur Kühlung, wobei auch natürlich auch zu diesem Punkt jemand etwas sagen kann. Ich werde sie selbst gleich auch vorlesen, es heißt:
Bei bestimmten Wetterlagen ist die Kühlung der Behälter nicht gewährleistet.

Janberg:

Die Kühlung der Behälter ist bei allen Wetterlagen gewährleistet. Das ist die Eigentümlichkeit der Naturkonvektion.

Die Wärmeabfuhrberechnung wurde darüberhinaus in einem Modellversuch abgesichert. Wir gingen dabei auch von einer maximalen Tagesmitteltemperatur von 27°C aus. Sie müssen dabei berücksichtigen - selbst wenn die Temperaturen, die Außentemperaturen 38, 40 oder mehr Grad erfahren würden - der Behälter selbst folgt den Umgebungstemperaturen nur extrem langsam aufgrund seiner hohen Wärmekapazität. Spitzenwerte der Temperaturen nach oben wie nach unten hin gleicht der Behälter daher - wegen dieser hohen Wärmekapazität - aus. Und der Kamineffekt des Behälters - die Naturkonvektion - wie wir sie als Ingenieure nennen, bleibt auch bei erhöhter Lufttemperatur erhalten, auch beispielsweise - wie später gefragt werden wird oder in anderer Stelle eingewandt wurde - im Zusammenhang mit Waldbränden in der Umgebung. Die Wärmeabfuhr ist also unter allen meteorologischen Bedingungen gewährleistet.

Blech-
schmidt:

Danke. Recht vielen Dank. Ist hier noch irgendetwas zu sagen? Das ist offenbar nicht der Fall. Wir kommen jetzt zu dem nächsten Unterkapitel, und zwar geht es hier um die Drucküberwachung. Frau Warnecke, würden Sie bitte die einzelnen Punkte vorlesen?

Frau
Warnecke:

Ich fasse wieder zusammen.

Zur Drucküberwachung:

Es fehlen Angaben über die Zuverlässigkeit der Drucküberwachungen, über Einzelheiten zur Dose, z.B. Durchführungen, Abdichtungen...

Die sichere Funktion ist wegen Dauerbestrahlung nicht gewährleistet.

Wenn die Druckmeßdose in der Reparaturzelle ausgewechselt werden soll, dort wo sich keine Meßeinrichtung zur Kontrolle der Raumluft befindet und zudem noch der Primärdeckel undicht ist, kommt es zur schlagartigen Verseuchung des Raumes und des Personals.

Blech-
schmidt:

Dankeschön. Sind hier Ergänzungen dazu vorzubringen? Dann bitte ich den Antragsteller.

Straßburg: Vielen Dank. Herr Janberg, bitte den Proßischreiber benutzen.

Janberg: (Geht zum Projektor)

Die - die Druckmeßdose befindet sich im Sekundärdeckel an dieser Stelle. Sie ist gegen Strahlung durch ihre Lage ausgezeichnet geschützt.

a) durch den Primärdeckel mit einer sehr wirksamen Abschirmung gegen Gamma und darüberhinaus seitlich auch gegen Neutronenstrahlung, zusätzlich noch durch gegen Gammastrahlung durch die Dicke des Sekundärdeckels - Maßangaben wurden im Sicherheitsbericht genannt. Mit einer - mit einem Einfluß der Strahlendosis ist bei Metall nicht zu rechnen. Zum Aufbau der Druckmeßdose ist zu sagen, daß sich hierbei um eine Differenzdruckmessung handelt, mittels einer Membran. Die Membran ist metallisch. Die Kontakte sind vergoldet. Dieses Druckmeßgerät ist seinerseits gegen den Deckel mit einer Metalldichtung abgedichtet. Im Falle des Einsatzes des Fügedeckels wird das gleiche Prinzip verwandt. Ich müßte noch ... Um nochmal auf das Druckmeßgerät selbst zurückzukommen:

Druckmeßgeräte dieser Art, gekapselte Membranmeßgeräte, sind Stand der ganz konventionellen Technik, und sie werden in vielen anderen technischen Bereichen, speziell in der Chemie, in großen Serien eingesetzt. Wie ich schon erwähnte, ist der Edelstahl temperatur- und strahlungsunempfindlich. Strahlenbelastung ist kein Problem in diesem Zusammenhang.

Zur Frage der Aktivitätsfreisetzung bei Reparatur ist nicht ganz einsichtig an welchen Mechanismus der Einwender dachte. Ich muß mangels zusätzlicher Fragen in diesem Zusammenhang mir - meine Fantasie spielen lassen. Nur - noch einmal kurz zur - zum Prinzip.

Die Druckmeßdose befindet sich hier. Dieser Bereich ist aufgrund des Überdruckes gegenüber dem aktivitätstragenden Innenbereich selber aktivitätsfrei. Es ist nur die Direktstrahlung zu berücksichtigen bei Reparaturarbeiten; diese ist - wie vorhin ausgeführt - minimal. Beim Auswechseln dieser Metalldichtung wird natürlich vorher der Druck in diesem Zwischenraum abgelassen. Es besteht kein Problem, daß es sich hier dann - daß es hier zu

einer Verseuchung kommen könnte. Sollte die Primärdeckeldichtung defekt gewesen sein, dann wird das ja eben durch diese Druckmeßdose angezeigt. Und eine Anzeige der Druckmeßdose führt zur Prüfung a) dieses Sekundärdeckeldichtsystems. Ist das insgesamt intakt, die Druckmeßdose hat richtig angezeigt, dann weiß man, hier ist ein Defekt in der Primärdeckeldichtung aufgetreten und dann wird hier auch nicht weiter gearbeitet. Denn es könnte nur dann sein, daß unter Umständen Aktivität in diesem Zwischenraum ist. Für diesen Fall wird der Fügedeckel aufgesetzt. Das Risiko einer Verseuchung des Arbeitsplatzes wird nicht in Kauf genommen.

Damit hätte ich an sich diese Frage beantwortet.

Darüberhinaus wurde behauptet, daß es sich - daß es keine Meßeinrichtungen zur Kontrolle der Aktivität der Raumluft gäbe; dies ist nicht der Fall. Es gibt natürlich im Bereich - im Eingangsbereich, wo derartige Reparaturen und Austauschvorgänge der Druckmeßdose erfolgen auch entsprechende Überwachungseinrichtungen. Diese sind gesetzlich vorgeschrieben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Blech-
schmidt:

Möchte jemand zu diesem Komplex noch eine Frage stellen oder auch eine Bemerkung machen?

Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Der nächste Punkt, der hier angesprochen ist, nämlich die Restfeuchte, wurde bereits behandelt, so daß wir also, glaube ich, zum nächsten Punkt gehen können.

Und zwar hier wird nach den Hüllrohrschäden der Brennelemente gefragt, und das sind doch eine ganze Anzahl von Einwendungen hierzu vorhanden.

Kann sich der Antragsteller - oder - müßt - hierzu möchte sich der Antragsteller äußern.

Janberg: Ja.

- Blech-
schmidt: Entschuldigung, hier sollte erst nochmal Frau Warnecke eine Zusammenfassung geben dieser ganzen Einwendungen.
- Frau
Warnecke: Im Hinblick auf die Hüllrohrschäden wird angezweifelt, daß die Hüllrohrschadensquote von 1%, von der DWK angegeben, nicht realistisch ist. Gefordert wird eine realistische Angabe der Schadensrate sowie eine Inspektion des Behälterinhalts.
- Es wird angezweifelt, daß die Brennstabtemperatur von 390° eingehalten werden kann.
- Es wird gefordert, die Abkühlzeit - so, wie auch in den USA - zu erhöhen.
- Neben Krypton 85 kann auch Radon 222 in den Behälterinnenraum freigesetzt werden. Man möchte von der DWK die schriftliche Zusicherung, daß Hüllrohrschäden absolut unmöglich sind. Wegen defekter Brennstäbe kann der Behälter nicht mehr entladen werden, daraus folgt ein Sachzwang - Sachzwang zur Wiederaufarbeitung.
- Blech-
schmidt: Dankeschön. Möchte hier noch jemand etwas ergänzen? Ja, bitte!
- Korte: Korte, Ahaus. Ich komme in dem Zusammenhang auch nochmal auf den vorhin erwähnten Filmbericht zurück. Ich spreche hier auch für Herrn Ikemann, Herrn Dr. Jünemann, Herrn Schaffernoth, und zwar geht es hier um Schüll- Hüllrohrschäden, um Beschädigung der Brennelemente im Zusammenhang mit äußeren Einwirkungen. Wir haben und sind informiert über die Versuche hinsichtlich der Belastbarkeit der Behälter - des Castor-Behälters selbst - gegen äußere An - Einwirkungen. In diesem Film wird aber angezweifelt, daß - oder es wird gesagt, der Behälter mag zwar im Äußeren unbeschädigt sein, es ist aber nicht sichergestellt, daß durch derartige Dinge im Innern Schäden auftreten. Ich darf vielleicht auch kurz eben die entsprechende Passage vorlesen, es heißt da:
Nehmen wir z.B. einen Flugzeugabsturz - sehr aktuell hier für Würzgassen.

Die Halle ist nicht flugzeugabsturz-sicher konzipiert. Das aufprallende Flugzeug kann seinen Impuls voll auf die Brennelemente und Behälter übertragen, selbst wenn der Behälter standhält, die Brennelemente werden, weil sie unter Überdruck stehen, zerplatzen, ihr Inhalt zerbröselt, zerteilt werden und massierte Anhäufungen von diesem zerbröselten, meinetwegen im Deckelbereich, führt zu lokaler Überhitzung mit Dichtungsversagen. Zudem ist außerdem noch die äußere Wärmeabfuhr durch Trümmerbedeckung blockiert. Man kann hier wirklich nicht von einem ausgereiften und akzeptablen Konzept sprechen. Meines Erachtens gehört eine flugzeugabsturz-sichere Halle unabdingbar dazu. Die Kraftwerksbetreiber vertrauen dagegen allein auf den Behälter. Bei der ersten Castor-Generation wurde zwar erfolgreich ein Flugzeugabsturz simuliert, der Stahlmantel hielt, aber wie hoch radioaktive Brennstäbe im Castor auf die Erschütterung reagiert hätten, kann nur vermutet werden. Ausprobieren will dies keiner.

Blech-
schmidt:

Ich danke vielmals. Möchte dazu aber noch sagen, wir werden diesen Fall, nämlich des Flugzeugabsturzes, bei dem Kapitel Störfälle betrachten und wenn die - wenn der Antragsteller hierzu schon etwas sagen möchte, möchte ich ihn nicht daran hindern. Andererseits wird gerade auch über den Fall Flugzeugabsturz morgen ein - ein - ein Sachverständiger da sein, der sich speziell mit diesem Störfall auch noch auseinandersetzen wird.

Heintz:

Wo hier schon das Wort "morgen" gefallen ist, erlaube ich mir einen kleinen Einschub. Wir haben vor, spätestens um 7 Uhr 19 Uhr - hier Schluß zu machen und würden morgen um 9 Uhr hier fortfahren. Nur zu Ihrer Information.
Dankeschön.

Blech-
schmidt:

So, kann ich jetzt dem Antragsteller das Wort erteilen.

Janberg:

Wenn Sie gestatten, möchte ich gerne erst auf die Frage von Herrn Korte zurückkommen. Diese Frage hat uns selber selbstverständlich auch interessiert, aber, wie Sie abschließend sagten, in der Tat macht man keine Versuche mit abgebrannten Brennelementen und zer-

stört oder nimmt das Risiko eines Defektwerdens der Brennelemente im Behälter bewußt in Kauf. Für das hier vorgestellte Barriernsystem ist aber der Zustand der Brennelemente im Behälter ohne Belang. Selbst wenn die Brennelemente zu 100% defekt wären, das heißt wenn es zu Hüllrohranrissen an allen Brennelementen käme und zum Austritt der in den Hüllrohren befindlichen radioaktiven Gase, so würde aufgrund der Druckstaffelung vom Behälterinnenraum zum Sperraum es nicht zu einem Austritt radioaktiver Stoffe kommen.

Die von Ihnen darüberhinaus angedeutete Frage oder Problemstellung, daß beim Flugz - körperbeschußversuch die Brennelemente alle defekt, zerbröselt im Deckelbereich liegen könnten und dort zu einem schnellen Defektwerden des - der Metalledichtung führen könnten, ist technisch nicht einsichtig. Bei den von uns durchgeführten Flugkörperbeschußversuchen haben wir Brennelementdummys verwandt, die nur geringfügige Deformationen aufwiesen. Aber für den Fall des selbst hypothetisch man das Zerbröseln von Brennelementen annehmen würde, wie Sie es andeuteten, würde sich daraus a) kein Zutritt dieser Stoffe in den Metalledichtungsbe- reich ergeben. Ich erinnere daran, daß der Primärdeckel gegenüber dem Behälterkörper auf Block gezogen wird. Das heißt er bildet hier auch eine sehr gute Barriere, und darüberhinaus ist die theo- retisch auftretende Temperaturerhöhung in dem Bereich kein pro- blematischer Gesichtspunkt. Sie ist minimal. Wir haben hierzu auch entsprechende Berechnungen angestellt.

Wenn ich hiermit Ihre Frage ausreichend beantwortet habe, Herr Korte, würde ich gern auf den anderen Problembereich kurz kommen.

Wir erwähnt, gewährleistet das Behälterkonzept den sicheren Ein- schluß der Brennelemente unabhängig von der Hüllrohrschadens- quote. Der Abbrand der Brennelemente und die Nachwärmeleistung sowie der verwandte Behältertyp bestimmen die maximal auftreten- de Hüllrohrtemperatur. Aber für den Behälter selbst ist es - wie bereits erwähnt - ohne Bedeutung, ob es auch defekte Brennstäbe gibt. Beim Reaktoreinsatz haben wir eine nachweisliche Brennstab- defektrate, hier gemittelt über viele Reaktoren, von 0,1%.

Es gibt selbstverständlich auch hier Ausreißer. Eine Erhöhung der Schadensquote durch Zwischenlagerung im Abklingbecken, sowie Umladen in den Behälter ist nicht zu erwarten. Es wurde vorhin im ersten Teil der Anhörung von den Einwendern bemängelt, daß hierzu keine ausreichende Literatur vorläge, und es wurde speziell auch der HEDL-Bericht bemängelt, der nicht vorläge. Der HEDL-Bericht ist unseres Wissens öffentlich zugänglich. Darüberhinaus gibt es Veröffentlichungen anderer Brennelementhersteller, die das im bind - Sicherheitsbericht angegebene voll stützen. Wir gehen daher durchaus im Sicherheitsbericht auch weiterhin von einer Defektrate, die selber ihrerseits hypothetisch ist, von nur 1% aus. Es gibt mittlerweile für den speziellen Defekt - Defekte provozierenden Vorgang des Kriechens der Hüllrohre Versuchsergebnisse bis zu Temperaturen von 550°. Es handelte sich hierbei auch um Hüllrohre, die schon Anrisse hatten, bevor sie trocken gelagert wurden. Trotzdem kam es nicht zu Beschädigungen. Diese Versuche wurden in USA durchgeführt.

Ich glaube, damit habe ich diesen Fragepunkt voll abgehandelt. Ach so, da ist noch die Frage des Radon 222. Die im Sicherheitsbericht betrachteten Isotope stellen die wesentlichen Spaltgasaktivitäten dar. Auch wie sie bei möglichen Hüllrohrschäden in dem Behälter freigesetzt werden können. Das Radon selbst ist in der Brennelement-Brennstoffmatrix sehr fest eingebunden und wenig beweglich. Beim Auftreten von Radon im Inneren des Behälters ist andererseits auch ein Entweichen aufgrund der Konzeption des Deckelsystems nicht möglich. Darüberhinaus ist die Radon 220-22 - Aktivität pro Behälter weit unterhalb der Freigrenze gemäß Stahlschutzverordnung. Aus diesen Gründen ist eine Betrachtung des Radon 222 im Sicherheitsbericht nicht weiter erfolgt.

Dankeschön.

Blech-
schmidt:

Ich danke vielmals. Sind hier noch zusätzliche Bemerkungen zu machen?

Ich glaube, es ist zweckmäßig, wenn wir den angesprochenen Fall,

nämlich Flugzeugabsturz, dann doch im Zusammenhang mit den zu betrachtenden Störfällen behandeln.

Heintz: Herr Korte meldet sich.

Blech-
schmidt: Wollten Sie sich da noch zu melden?

Korte: Nicht zu dem Problem Flugzeugabsturz, also um die äußeren Einwirkungen, sondern was dann im Inneren dann etwa passiert vollkommen ausreichend, so daß von meiner Sicht auf Flugzeugabsturz im übrigen nicht mehr eingegangen ...

Blech-
schmidt: Ja, dankeschön.
Der nächste Unterpunkt betrifft das Moderatormaterial.
Weil das hier auch tatsächlich nur eine Frage ist, kann ich sie selbst auch verlesen und zwar: Es heißt hier, es fehlen Angaben zum Material. Welche Materialprüfungen hier notwendig sind oder gemacht werden? Welche aggressiven Stoffe können durch Strahlung freigesetzt werden? Möchte hier jemand noch etwas ergänzen? Nein? Dann bitte, der Antragsteller.

Janberg: Als Moderatormaterial kommen Kunststoffe zur Anwendung. Hierüber gibt es ausreichend und umfassende öffentlich zugängliche Literatur. Der Einsatz von Kunststoffen als Neutronenmoderator ist Stand der Technik, wie sich auch aus der Literatur ergibt. Die Erfahrungen - unter Bestrahlung dieses Moderatormaterials liegen in vergleichbaren Anwendungsbereichen vor. Darüberhinaus besteht größenordnungsmäßig - besteht wieder ein größenordnungsmäßiger Unterschied zwischen dem Beginn des Auftretens von Veränderungen des Materials und der tatsächlichen integrierten Neutronendosis des eingesetzten Materials oder einzusetzenden Materials im Behälter. Die Abschirmwirkung wird im übrigen durch Bestrahlungen nicht gemindert.

Die Kunststoffe bilden auch unter dem Einfluß der Betrahlung keine aggressiven Kunststoffe. Damit kann abschließend an sich

gesagt werden, daß sich die Abschirmwirkung während der Lagerzeit nicht ändert.

Damit wäre auch diese Frage abgehandelt.

Blech-
schmidt:

Ja, ich danke vielmals.

Hier die nächste Frage, die außerordentlich wichtig ist und wo vielleicht Herr Prof. Heintz was zu sagen wird - zunächst - das wäre die Frage nach der Qualitätssicherung.

Heintz:

Mein Vorschlag war, dieses wichtige Thema für die - für - dieses Thema hatten wir uns eine kleine Einführung vorgestellt, weil das - die Qualitätssicherung ja im Zusammenhang steht mit der Frage^{ne?} dem Langzeitverhalten dieser Behälter usw.

Ich würde vorschlagen, diese Frage morgen gleich als Anfangsstück vorzunehmen.

Blech-
schmidt:

Dankeschön. Dann die nächste Frage die hier aufgelistet ist, das wäre die Frage nach den Alarmanlagen und nach Schutzräumen. Es heißt hier: Es fehlt eine Alarmanlage für radioaktive Verseuchung, es gibt keinen Strahlenschutzraum und auch keinen Erst Hilfe-Raum.
Bitte.

Janberg:

Ich nehme gerne dazu Stellung. Uns ist nicht ganz klar, welche Notsituation hier gemeint ist. Selbstverständlich findet ständig eine Dichtheitsüberwachung der potentiellen Aktivitätsquelle des Behälters statt. Darüberhinaus werden Ortsdosisleistungs- und Aktivitätsmessungen durchgeführt. Diese sind sowohl stationär als auch mobil vorgesehen. Darüberhinaus gibt es im Lagergebäude durchaus Strahlenschutz- und Erst Hilfe-Räume. Eine radioaktive Verseuchung kann nicht auftreten. Überwachungs- und Warnsysteme sind aber trotzdem vorhanden. Die Berücksichtigung von Notfällen ist hier eine von möglichen Betriebsfällen unabhängige zusätzliche und gesetzlich vorgeschriebene Sicherheitsmaßnahme.
Ich danke Ihnen.

- Blech-
schmidt: Hier ist auch gleich noch eine nächste Frage angeschlossen. Ich möchte die gleich anfügen und zwar heißt es: Es ist keine Sprinkler-Anlage vorgesehen und die Brandmeldeanlage spricht nicht auf Wärme feuchtigkeit und radioaktive - Radioaktivität an. Ich hatte das vorhin nicht erwähnt, natürlich auch hier sollte die Möglichkeit bestehen, daß ein Einwender hier dazu noch etwas sagen kann. Ist das der Fall?
Wenn nicht, dann bitte ich den Antragsteller.
- Janberg: In Anbetracht der Tatsache, daß in der Lagerhalle sich praktisch kein Brandgut befindet, ist eine Sprinkler-Anlage auch nicht erforderlich. Ist daher nicht vorgesehen.
- Blech-
schmidt: Und zur Frage Brandmeldung?
- Janberg: In den konventionellen Bereichen befinden sich die üblichen Brandmeldeanlagen. Ich kann das noch etwas präzisieren. In der Lagerhalle selbst gibt es keine Brandmeldeanlage. Ich weise darauf hin, daß wir im Lagerbereich nur die Behälter stehen haben, und dort befinden sich außerdem noch die Kabel für die Meßanschlüsse und der Kran. Sonst stört nichts, was brennen könnte, und auch die Behälter selbst sind, wie Sie wissen, nicht brennbar. Der - wir glauben daher, daß dies Vermeiden von Brandgut in der Lagerhalle selbst den besten Brandschutz darstellt.
- Blech-
schmidt: Sind hier Bemerkungen noch dazu?
Wenn nicht, verlese ich die nächste Frage und zwar geht es hier um zwei Dinge. Einmal die Halle bietet keinen Schutz gegen Einwirkung von außen und gegen Freisetzung aus den Behältern. Ich glaube, auch dieser Punkt wird morgen bei den Störfällen zu beantworten sein.
Ich möchte dann gleich die nächste Frage dazu aufrufen und zwar heißt es hier: Die im Zwischenlager freiwerdende Wärme sowie die immense Betonierung und die riesigen Bauten können Einwirkungen zeigen auf das Kleinklima am Standort und gleich die Frage,

welche Untersuchungen sind hierzu gemacht worden?

Sind hier dazu noch ergänzende Bemerkungen?

Nicht der Fall, dann bitte der Antragsteller.

Janberg: Zuerst sei gesagt, in der Tat die Lagerhalle ist nicht gegen EVA ausgelegt. Den sicheren Einschluß von Radioaktivität gewährleisten die Behälter selbst. Sie geben auch bei Einwirkung von außen keine Radioaktivität ab. Diese Behälter sind, wie bekannt, korrosionsbeständig und dann ist natürlich zu bemerken, daß selbst bei Einsturz der Halle, bei einer Explosion oder anderen Einwirkungen durch die Einwirk - durch die Auslegung der Behälter, deren Zerstörung und eine damit vorhanden - verbundene Freisetzung von Radioaktivität nicht möglich ist. Da die Behälter langfristig dicht bleiben, kann Radioaktivität nicht in die Hallenluft gelangen. Wir werden hierzu noch kommen im Zusammenhang mit der Störfallbetrachtung, die Sie auf morgen verschoben hatten.

Zu den Kleinklima-Untersuchungen möchten wir sagen, daß zwar übertragbare Meßreihen der Stationen Lüchow und Dannenberg zum Lokalklima vorliegen, aber wir dürfen hier nicht vergessen, daß die Wärmeabgabe des Lagers minimal ist. Sie ist größenordnungsmäßig ca. 8 Megawatt bei vollständiger Beladung und auch nur dann, wenn die Beladung des Lagers ausschließlich mit kurz abgeklungenen Brennelementen und innerhalb eines sehr kurzen Zeitraumes erfolgt. Und im übrigen verweise ich dann für das Abklingen dieses relativ hoch angesetzten Wertes auf das entsprechende Bild für die Nachzerfallswärme als Funktion der Zeit im Sicherheitsbericht. Man ersieht daraus, daß diese Wärme sehr schnell abklingt. Aufgrund des hohen Auftriebs und des Wärmeaustausches mit der Umgebung macht sich in Bodennähe sowieso praktisch nichts bemerkbar. Eine Abgabe von Schadstoffen an die Umgebung folgt ebenfalls nicht, so daß wir zusammenfassend sagen können, daß sich Änderungen des Kleinklimas wie bei jedem Gebäude auf das Betriebsgelände selbst beschränken dürften. Wir haben daher Untersuchungen zum Kleinklima nicht für erforderlich gehalten.

Blech-
schmidt:

Vielen Dank.

Sind hier noch Bemerkungen zu machen?

Offenbar nicht.

Heintz:

Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, an dieser Stelle diesen Termin für heute zu beenden.

Ich danke für Ihre Teilnahme, ich wünsche Ihnen einen schönen Abend, und wir werden morgen um 9 Uhr an dieser Stelle weiter fortfahren.

Ende des ersten Tages

2. Erörterungstag

29. Januar 1981

9.00 Uhr

(Glocke des Vorsitzenden)

Heintz: Meine - Meine Dame, meine Herren!

Wir setzen den Anhörungstermin fort und beginnen mit dem Punkt

2.1.8 - das Thema ist Qualitätssicherung.

Hierzu möchte ich bemerken, daß von den Einwendern die Bedeutung der Qualitätssicherung nicht - oft nicht erkannt wurde. Die Qualitätssicherung ist eine flankierende Maßnahme für die Behältertests, die von vielen Einwendern gefordert wurden, in dem Sinne, daß jeder Behälter diese Fallversuche und ähnliche Untersuchungen mit - selbst erleben sollte. Ich würde vorschlagen, daß der Antragsteller noch einmal kurz die Qualitätssicherung erläutert, obgleich diese im Sicherheitsbericht bereits dargestellt ist.

Der Antragsteller, bitteschön!

Straßburg: Vielen Dank.

Herr Vorsitzender, wenn Sie gestatten, würde ich zu drei generellen Punkten die mehr das - den gestrigen Tag angehen, noch kurz Stellung nehmen.

Heintz: Bitteschön.

Straßburg: Ich möchte seitens der Antragsteller feststellen, daß wir bedauern, daß hier die Einwender aus freiem Willen den Saal verlassen haben und meinen, zu dem entscheidenden Punkt, nämlich dem Zeitpunkt, wann ein solcher Anhörungstermin stattfinden soll und richtigerweise stattfinden muß, doch einiges zu sagen.

Ein solches Anhörungsverfahren dient - und wir sind der Behörde außerordentlich dankbar dafür, daß sie dieses Ermessen entsprechend ausgeübt hat - zur Sachaufklärung. Sachaufklärung wird einmal dadurch erreicht, daß eben hier die betroffenen Bürger ihre Einwendungen und Sorgen vorgetragen und die Bürde hierzu, die Stellungnahme des Antragstellers hört. Ausgangspunkt dafür ist dann

die Vergabe und Beauftragung der Gutachter. Durch dieses Verfahren ist sichergestellt, daß gerade Einwendungen auch Eingang in die Fragesteller - Fragestellung an den Gutachter finden können. Wir sehen die Aufgabe der Einwender nicht daran, quasi Obergutachter zu den Gutachtern zu werden. Es wird also durch dieses frühe rechtliche Gehör, was hier eingeräumt wurde, gerade im Sinne des Bundesverfassungsgerichts zu einem sehr frühen Zeitpunkt Gelegenheit gegeben, echt an dem Verfahren wie gewünscht mitzuwirken.

Zum Sicherheitsbericht lassen Sie mich generell sagen, daß er entsprechend - in entsprechender Anwendung der Merkpostenliste des Innenministeriums erstellt wurde. Diese vielleicht mehr formaljuristische Frage mag für manchen unbefriedigend sein. Aber welche Aufgabe hat ein Sicherheitsbericht? Er stellt das von den Antragstellern geschriebene Konzept vor. Dieses Konzept wird im Genehmigungsverfahren eingehend geprüft durch die Genehmigungsbehörde und durch die Gutachter, das heißt, das von den Antragstellern nach ihrer Ansicht sichere Konzept erfährt durchaus Ergänzungen in der Form, daß eben zu einer 150%igen Sicherheit dann 100 - 200%ige Sicherheit oder mehr verlangt wird. Wir kennen dieses Phänomen der sogenannten offenen Planung auch aus anderen Bereichen, daß eben aufgrund von Forderungen der Gutachter auf politische Forderungen hin eben einfach Zusatzmaßnahmen gefordert werden, die aber nicht dahingehend interpretiert werden sollten, daß das Ausgangskonzept fehlerhaft oder lückenhaft war. Dieser Schluß würde ja andernfalls zulassen, daß man stets ein festes Konzept hat, wo ja eine Mitwirkung oder Anhörung des Bürgers für sich erfolglos wäre.

Zum dritten Punkt, hierzu gibt die heutige Presse etwas Anlaß, da das Gespräch im Intercity zur Sprache kam, möchte ich nur feststellen, daß Vertreter der DWK oder der BLG in dem Intercity nicht dabei waren, wie seinerzeit schon dementiert wurde. Herzlichen Dank.

Janberg: Darf ich dann zur Qualitätssicherung -

Straßburg: Zur Qualitätssicherung darf ich Herrn Dr. Janberg bitten.

Janberg: Die Frage der Qualitätssicherung ist schon früher ausgekommen - aufgekomen, in den Einwendungen wurde besonders auf die hypergeometrische Verteilungskurve hingewiesen. Herr Dr. Hirsch sprach dieses Problem gestern nochmal explizit an - und möchten dazu wie folgt Stellung nehmen.

Hier scheint uns folgendes Mißverhältnis aufgetaucht zu sein: Punkt 1: Herr Dr. Hirsch hat hier Maßstäbe angesetzt, die nicht zutreffen. Die von ihm gewünschte statistische Untersuchung ist nur dann relevant, wenn man die Wahrscheinlichkeit feststellen will, mit der in einer - aus einer gewissen Zahl zufällig entnommenen Teilmenge von n Elementen genau n_1 Elemente mit einer bestimmten Eigenschaft auftreten. Das würde heißen, daß es eine Qualitätssicherung am Einzelstück nicht gäbe, dies ist aber nicht der Fall. Das wurde im Sicherheitsbericht im Kapitel - können Sie mir das Kapitel noch eben mal raussuchen - ausführlich beschrieben, a) wie die Qualitätssicherung aufgebaut ist und welche speziellen Verfahren hier verwandt werden. Jeder einzelne Behälter wird geprüft. Es handelt sich nicht um Stichproben, es ist das Kapitel 2.3. Die Angaben, die hier im Sicherheitsbericht gemacht wurden, sind klar und umfassend, und die statistischen Wünsche oder statistischen Verteilungsangaben, die seitens der Einwenderseite hier gewünscht worden sind, nicht relevant in diesem Zusammenhang.

Ich kann jetzt noch einmal im Detail auf die Qualitätssicherung und ihre Durchführung eingehen. Bin aber der Ansicht, daß in diesem Punkt der sachliche Inhalt der Einwände an sich schon abgegolten ist durch die Feststellung, daß während der Behälterfertigung in jedem wesentlichen Einzelschritt eine Prüfung erfolgt - Prüfungen darüberhinaus verschiedener Art - um festzustellen, daß die Sicherheit und die Qualität des Behälters gewährleistet sind. Ich verweise nochmal auf Kapitel 2.3 des Sicherheitsberichtes.

Heintz: Schönen Dank, Herr Janberg. Dem aufmerksamen Zuhörer wird nicht entgangen sein, daß Herr Janberg die Definition der hypo -

hypergeometrischen Verteilung in seinen Worten eingeschlossen hatte. Ist dem so, Herr Janberg?

Janberg: Ja.

Heintz: Dankeschön.

Janberg: Und zwar hatte ich es mir relativ einfach gemacht. Ich habe diese Definition aus dem Buch Heinhold-Ingenieurstatistik abgelesen. Nicht? Sie kann damit auch für Herrn Dr. Hirsch als Referenz dienen.

Heintz: Schönen Dank. Sind hier noch Wortmeldungen zu diesen Erläuterungen, bevor wir in die eigentlichen Einwendungen zu diesem Unterkapitel kommen? Dies ist nicht der Fall, dann würde ich Frau Warnecke bitten, nun die einzelnen Einwendungen vorzulesen.

Frau Warnecke: Ja, ich - ich fasse die Einwendungen wieder wie folgt zusammen: Tests mit Prototyp sind keine Gewähr für die Qualität der Serienbehälter. Die Fehler bei der Herstellung der Metalledichtungen und spätere Handhabungsfehler können ein späteres Versagen des Behälters verursachen. Es fehlen im Sicherheitsbericht Hinweise über das Prüfprogramm mit dem Werkstoff Sphäroguß.

Heintz: Möchte noch jemand weitere Fragen hierzu anschließen, bevor der Auftr.... Antragsteller dazu antwortet?
Ja, bitteschön.

Schröter: Schröter. Ich hätte eine Frage: Mit wem und in welchen Umfängen nach welchen nationalen oder internationalen Richtlinien sind Prüfprogramme abgestimmt worden?

Heintz: Der Antragsteller - antwortet darauf.

Janberg: Speziell jetzt bezogen auf den Behälterkörper oder andere Teile des Behälters?
Kann ich mit dem -

(Gemurmel)

Janberg: Selbstverständlich.

Der Behälterkörper aus Sphäroguß GGG 40 - das Material ist angegeben - wird qualitätsmäßig untersucht, a) auf die Zusammensetzungen des Materials und die Konstituenten - Konstituenten der Legierung. Er wird weiterhin - es wird weiterhin dokumentiert, wie der Gießvorgang erfolgt, bei welchen Temperaturen, welche Zeiträume vergehen, das Abkühlen des Behälters in der Form wird dokumentiert, dann erfolgt anschließend eine Prüfung des Behälters auf seine Fehlerfreiheit. Diese erfolgt durch Ultraschallprüfung des gesamten Behälters, bevor weitere Bearbeitungsschritte durchgeführt werden. Die Ultraschallprüfung bekommt hier eine Schlüsselstellung. Sie wird durchgeführt einerseits vom Hersteller selbst bzw. vom - von der Gießerei, andererseits noch einmal von dem Behälterlieferanten, in diesem Fall der GNS und darüberhinaus von der zuständigen Behörde.

Unabhängig davon, von der Ultraschallprüfung, wird auch noch eine Oberflächenrißprüfung durchgeführt. Vom Behältermaterial werden Proben genommen, nicht nur Angußproben, sondern auch Proben aus dem Behälterkörper selbst, die als Dokumentation für die Behältereigenschaften - hier wiederum bezogen auf die Materialzusammensetzung - dienen. Darüberhinaus aber werden auch Festigkeitsproben genommen. Für die anderen Bestandteile des Behälters dienen qualitätsmäßig ähnliche Verfahren. Dies gilt für die Deckel, für die Schrauben, aber auch für die Dichtungen. Diese Fertigungsschritte werden wie die Endmaterialien von den zuständigen Behörden geprüft und ihre - ihre Eig-nung, die im - in der Baumusterzulassung festgestellt wurde, wird durch den Vergleich mit den Basisdaten der Baumusterzulassung festgestellt. Diese Feststellung erfolgt nicht nur durch den Hersteller, sondern muß von den entsprechenden Behörden, unabhängigen Gutach-tern testiert werden.

Habe ich damit Ihren wesentlichen Fragen entsprechen können? Dann könnte ich jetzt nochmal feststellen - Sie hatten die Fragen vorgelesen vorhin.

Janberg: (für sich) was ist unbehandelt?
Langzeitlagerbedingung -
Qualitätssicherung.

Ja, vielleicht noch zur Frage der Übertragbarkeit, der Versuchsergebnisse mit dem Prototyp. Es ist so, daß beim Prototyp natürlich die Materialzusammensetzungen und die Materialkennwerte etc., also alle relevanten Daten festgestellt werden, und gegen diese Daten werden auch die später in Serie hergestellten Behälter getestet, so daß sich eine direkte Übertragbarkeit zwischen den Eigenschaften und damit auch der Eignung vom Baumuster zum Serienbehälter ergibt. Die Qualitätssicherung ist lückenlos und folgt den üblichen Regeln der KTA bzw. ASME. Ich glaube, damit habe ich die wesentlichen Kriterien genannt. Falls noch weitere Fragen bestehen, stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Heintz: Wird hierzu noch das Wort gewünscht, zu Fragen?
Dies ist nicht der Fall.
Dann komme ich zu demnächsten größeren Kapitel - das ist der Betrieb dieser Anlage. Ich bitte Frau Warnecke, die zugehörigen Einwendungen vorzulesen.

Frau Warnecke: Zum Betrieb wurde folgendes eingewendet:
Menschliches Versagen wurde zu wenig im Sicherheitskonzept einkalkuliert.
Es ist vorauszusehen, daß Betriebsunfälle und Störfälle vertuscht werden. Es werden weitere detaillierte Angaben gefordert.
Hinsichtlich der Funktionsprüfung für die Dichtheit, hinsichtlich der Lageposition des vierten Deckels, hinsichtlich des Auswechseln der Dichtungen, sowie des Sicherheitskonzepts für Abtrans- Antransport, Abtransport und Montage.
Es wird bezweifelt, daß das Reparaturkonzept alle Möglichkeiten abdeckt. Der Primär- und Sekundärdeckel sind gleichzeitig defekt. Beim Abheben des Sekundärdeckels entweicht Radioaktivität.

Die vorgesehene Kapazität für Deckelreparaturen reicht nicht aus. Man hat Einwände gegen das Aufbringen eines Fügedeckels. Es gibt dann keine Kontrollmöglichkeiten mehr.

Es wird vorgeschlagen, zur Notmanipulation ein Naßbecken vorzusehen. Man möchte gerne wissen, was geschieht, wenn die Feststellung der Transportfähigkeit nicht mehr gegeben ist.

Heintz: Schönen Dank, Frau Warnecke.
 Hierzu noch gleich am Anfang Zusatzfragen? -
 Dann möge der Antragsteller in die Dinge einsteigen.

Janberg: Nach dem Beladen des Behälters, seinem Antransport zum Lager und dem Einbau der Druckmeßdose sind keine relevanten Schritte mehr zu sehen, wo der Mensch an sich eingreifen müßte, um die Sicherheit zu gewährleisten. Menschliches Versagen ist bei diesem Konzept weitestgehend ausgeschlossen. Der Begriff " weitestgehend " ist hier darüberhinaus noch abgedeckt durch die entsprechende Personalschulung, durch die einfachen Arbeitsabläufe - und ich bitte Sie noch einmal um Feststellung, daß die vorhandenen Barrieren des Behälters alle passiv wirken. Sie sind also für Funktionieren, nicht auf das Eingreifen von Menschen oder Maschinen angewiesen.

Wir sehen nicht ein, warum Betriebsunfälle oder Störfälle a priori seitens des Einwenders als vertuschbar vorausgesetzt werden. Wir würden hier um weitere Auskünfte bitten.

Das Konzept als solches ist in sich sicher, so daß unseres Erachtens hier weitere Ausführungen nicht erforderlich sind. Bezüglich der Funktionsprüfung für die Dichtheit wurde schon gestern erwähnt, daß wir hier auf die Heliumprüfung zurückgreifen, die im Kernkraftwerk einerseits vor Transportaufnahme durchgeführt wird und andererseits im Lagereingangsbereich wiederholt wird.

Ich wiederhole noch einmal, daß der schon gestern von Herrn Kirchner angesprochene vierte Deckel nicht existiert und eine Konzeptänderung nicht vorliegt. Wir haben ganz klar und eindeutig im Sicherheitsbericht eine Schutzplatte ausgewiesen, und hier handelt es sich um eine Begriffsverwechslung zwischen der

Schutzplatte und einem vierten Deckel. Der vierte Deckel im Sinne der Einwender existiert nicht.

Dichtungen am Sekundärdeckel können jederzeit ausgewechselt werden, sofern am Primärdeckel kein Defekt aufgetreten ist. In einem solchen Fall, nämlich Defekt des Primärdeckels, kommt es zum Einsatz des Fügedeckels.

(Zwischengespräche am Tisch des Antragstellers)

Bezüglich der Sicherheitskonzepte beim Antransport und Abtransport verweisen wir noch auf die später zu behandelnden Transportunfälle.

Gleichzeitiges Versagen der Dichtungen von Primär- und Sekundärdeckel können wir unseres Erachtens ausschließen. Die Wahrscheinlichkeit hierfür ist zu gering. Ich gab gestern Angaben zur Zuverlässigkeit der Metalledichtungen. Es ist nicht richtig, daß bei Abheben des Sekundärdeckels Radioaktivität entweichen kann. Dies gilt selbstverständlich für die Bedingung, so lange der Primärdeckel voll funktionsfähig ist in bezug auf seine Metalledichtung und im Sperraum zwischen Primär- und Sekundärdeckel sich ein höherer Druck als im Behälterschacht befindet.

(Zwischengespräche am Tisch des Antragstellers)

Bitte?

Die Anlagen im Lager reichen für eventuell erforderliche Deckelreparaturen in jedem Fall aus. Wir sind darüberhinaus der Überzeugung, daß hier nur extrem selten für eine Notwendigkeit bestehen kann. Wir können nicht ersehen, warum Einwände gegen das Aufbringen eines Fügedeckels bestehen. Der Vorwand hier war, daß in diesem Fall keine Kontrollmöglichkeiten für den Inhalt des Behälters mehr bestehen. Ich möchte dazu nur daraufhinweisen, daß wir uns von vornherein darauf beschränkten, den Behälter dicht zu verschließen. Jede Kontrollmöglichkeit des Behälterinhaltes hat in sich das Risiko einer eventuellen Freisetzung

und dieses wollten wir vermeiden.

Nach Aufsetzen des Fügedeckels haben wir den gleichen Zustand wie beim normalen Betrieb mit Primär- und Sekundärdeckel.

Wir sehen auch keinen Grund zur - zum Vorsehen eines Naßbeckens, da Umladungen, von denen der Einwender sprach, nicht erforderlich sind.

Mit dem vorgestellten Deckelkonzept ist die Transportfähigkeit über die Betriebszeit gegeben.

Wir haben keine weiteren Bemerkungen. Falls hier noch Fragen bestehen, würden wir sie gerne beantworten.

Heintz: Bitteschön, hier ist eine Frage!

Winkelmann: Ich habe zunächst eine Frage. Sie sagen, die Heliumprüfung am Werke und im Zwischenlager, das müssen Sie uns mal beschreiben, wie das funktioniert. Zweitens - Moment, es geht weiter. Diese Deckelgeschichte - also, Sie sagen Fügedeckel - ach, meinten ganz - also haben Sie tatsächlich vier Deckel, wieviel Deckel haben Sie nun eigentlich? Der Fügedeckel ist der vierte, oder wie ist das zu verstehen?

Janberg: Ich darf vielleicht bitten, daß wir noch einmal das Bild bekommen, das wird es Ihnen klarer machen. Während Sie es aufbauen, bitte Herr Müller, könnte ich vielleicht kurz zur Heliumprüfung etwas sagen.

(Gemurmel)

Herr Winkelmann, die Helium-Vakuum-Prüfung ist eine Prüfung, bei der auf der einen Seite der Dichtung Helium aufgegeben wird und auf der anderen Seite der Dichtung ein Vakuum aufgebracht wird.

Winkelmann: In Gasform, in Gasform.

Janberg: Jawohl, in Gasform.

Die dann durch den Dichtungsbereich - oder das zu kontrollierende Material noch durch diffundierenden Helium-Atome werden auf der anderen Seite - auf der Vakuumseite mittels Massespektrometer praktisch gezählt, sozusagen Atom für Atom. Es ist in der Technik das qualifizierteste Dichtheitsmeßverfahren, das wir kennen. Ich würde Ihnen auch gerne nacher ein paar Fotos von entsprechenden Geräten zeigen und Ihnen für weitere detaillierte Fragen gerne zur Verfügung stellen. Nur qualitativ würde ich Ihnen gerne noch folgendes zusätzlich sagen:

Die Dichtheit, die wir mit diesen Metalldichtungen erreichen, und über den Heliumtest nachgeprüft haben, ist qualitativ einer Schweißnaht durchaus gleichwertig. Im Regelfall sogar noch etwas besser.

Ich darf jetzt nochmal ganz kurz auf dieses - auf die Frage des vierten Deckels zurückkommen, an dem Beispiel ...

Herr Winkelmann, wir bedauern es sehr, daß dieses Mißverständnis bezüglich des Deckelaufbaues in die Diskussion geworfen wurde, wir glauben andererseits aber, daß es hier eine überproportionale Bedeutung bekommen hat.

Schauen Sie bitte hier auf diese Zeichnung, Sie sehen hier - in blau - den Behälterkörper. Wir haben diesen Behälterkörper jetzt in der Mitte geschnitten. Hier, das ist ungefähr die Mittellinie des Behälters. Hier befinden sich in dem Teil, den wir Schacht nennen, die Brennelemente. Abgedichtet wird dieser Behälterinnenraum zuerst durch diesen gelb angedeuteten Primärdeckel. Er hat an dieser und dieser Stelle Elastomerdichtungen, dort Metalldichtungen.

Darüber befindet sich, als zweite Barriere, der Sekundärdeckel mit wiederum einer Metalldichtung und einer Elastomerdichtung und hier der Neutronenabschirmung bzw. im Neutronenmoderator.

Grün angezeichnet ist der Fügedeckel, hier - er ist dort mittels einer Schweißnaht befestigt am Behälterkörper selbst. Die anderen sind aufgeschraubt. Wir haben also den Fügedeckel als ersten, zweiten, dritten Deckel auf dem Behälter, und nur für den Fall, daß diese Metalldichtung einen Defekt hätte, wird er erforderlich und vorgesehen. Er erhält dann wiederum eine Druckmeßdose - hier - wie sie vorher der Sekundärdeckel hatte. Damit verschieben wir

die zweite Barriere von dieser Stelle zu dieser.

Dies ist die im Sicherheitsbericht ausgewiesene Schutzplatte. Sie hat an dieser Stelle eine Elastomerdichtung, um das Eintreten von Schmutz und Feuchtigkeit zu verhindern. Diese Schutzplatte wurde von den Herren Einwendern gestern mit Deckel bezeichnet. Wir haben sie im Sicherheitsbericht als Schutzplatte - diesem Terminus technicus - verwendet, und wir bleiben auch dabei. Eine Konzeptänderung ist nicht aufgetreten. Es handelt sich hier um ein Begriffsmißverständnis. Habe ich ... Bitteschön.

Winkelmann: ...was fragen.

Wie wird denn dieser Schutzdeckel nun befestigt bzw. geschweißt, mit welcher Schweißart und wie wird die Endschweißung am Werk vorgenommen?

Janberg: Das ist eine berechtigte Frage. Wir Techniker zeichnen die Befestigung mittels Schrauben normalerweise nur durch diese strichlierte Linie hier an, die vielleicht auf dieser Zeichnung etwas undeutlich angegeben ist. Dieser Schutzdeckel wird verschraubt auf dem Behälterkörper, er wird nicht verschweißt. Ist damit Ihre Frage ausreichend ...

Winkelmann: Was wird verschweißt, Sie sagten doch ...

Janberg: Verschweißt wird dieser Fügedeckel hier -

Winkelmann: Ah, so!

Janberg: .. an dieser Stelle, es ist - es ist für Sie etwas ... Wenn ich jetzt die Schutzplatte abhebe, sehen Sie es vielleicht etwas besser. - So. - Schön. Sie sehen's vielleicht jetzt klar, hier dieser schwarze Punkt - da - stellt die Fü- die Schweißnaht dar ^{des} Fügedeckels -> müßte noch ein bißchen näher dran sein - so müßte es aussehen. So! - Sie sehen hier auch noch die Nuten im Behälterkörper und im Fügedeckel selbst, die verhindern, daß

während des Schweißvorganges die Wärme zu schnell in die großen
bef - neben der Schweißnaht befindlichen Körper abfließt. Hier
an dieser Stelle ist die Schweißnaht. Habe ich damit Ihre

Winkelmann: Ja. Wie wird geschweißt, Acetylen, elektrisch?

Janberg: Mit einer Nickelelektrode, im Regelfall elektrisch.

Winkelmann: Bitte, was? Elektrisch?

Janberg: Elektrisch, ja.
Unter Schutzgas.

Winkelmann: ..und wie wird die Schweißung da vorgenommen am Werk, mit wel-
chen System?

Janberg: Bitte?

Winkelmann: Die Schweißnaht, die muß doch entfernt werden.
Wie wird die entfernt am Werk?

Janberg: Später, bei einer Öffnung?

Winkelmann: Ja.

Janberg: Mit einer - die kann aufgeschliffen werden,

Winkelmann: Aufgeschliffen.

Janberg: sei es von Hand oder mit einem automatischen Gerät, das ein-
fach diese runde Schweißnaht abfährt. Wir haben dieses Aufschlei-
fen schon durchgeführt, es ist kein komplizierter Vorgang.

Winkelmann: Okay!

Janberg: Sind Sie

Winkelmann: Jawohl!

Janberg: Dankeschön.

Heintz: Schönen Dank, Herr Janberg. Wird noch das Wort gewünscht durch
- für Zusatzfragen - zu diesem Kapitel?

Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich jetzt zu Punkt 2.3 : Strahlen- und Umweltschutz, und da gibt es Einwendungen, die wir eingruppiert haben unter dem Begriff " Ortsdosisleistung ". Frau Warnecke? - Herr Blechschmidt!

Blechschmidt: Ist das hier

Wenn ich hier zusammenfassen darf, diese - dieses Kapitel - und zwar: einmal werden die Abschirmberechnungen angezweifelt und dabei auch ein experimenteller Nachweis gefordert.

Weiter wird beanstandet, daß die Halle als zusätzliche Abschirmung dient.

Dann sind nicht die Belastungen der - vom Betriebspersonal spezifiziert, die beim Umladen der Behälter entstehen.

Es wird weiter gesagt, alle genannten Werte gelten für unbeschädigte Brennelemente, und für defekte Brennelemente ergeben sich höhere Werte.

Dann, weil die Behälter korrodieren und weil die Raumluft nicht ständig kontrolliert wird, sind die Berechnungen im Sicherheitsbericht oder in den - in den Hinweisen ohne Wert.

Weiter heißt es, daß am Zaun 30 mrem pro Jahr - oder noch besser, der Antragswert von 7 mrem pro - Jahr als Dosisgrenzwert festzulegen ist.

Es heißt weiter, daß die DWK diese Sicherheit überschreiten wird, weil für die Behälter, nämlich nach den Transportvorschriften die 200 mrem pro Jahr ausgeschöpft werden, insbesondere, weil dann die sogenannten MOX-Brennelemente gelagert werden sollen.

(Zwischengespräch - Gemurmel)

Blech-
schmidt: Sind weitere Fragen hier noch zu diesem Gebiet?
Dann möge der Antragsteller ab - antworten.

Janberg: Dankeschön.

Zur Realität der Abschirmrechnung ist zu sagen, daß in der Tat mit einem repräsentativen Behälterquerschnitt und unter Verwendung unterschiedlicher Anordnungen der Bohrungen, die das Neutronenmoderatomaterial aufnehmen, Versuche gemacht wurden mit einer Strahlenquelle in einer Kernfo - Kernforschungsanlage. Auf diese Art und Weise wurde einerseits das Moderatomaterial, andererseits die Anordnungen der Bohrungen geprüft. Es ist also durchaus ein experimenteller Nachweis erfolgt als Basis für die Abschirmberechnung.

Ein anderer Term, der eingeht in die Abschirmrechnung ist natürlich der Quellterm, das heißt, wieviel Neutronen, und wie hoch ist der Gamma-Anteil der Brennelemente. Hier wurde der Quellterm mittels des Origen-Codes bestimmt. Dieser ist aus der Literatur allgemein bekannt und wird in der Fachwelt anerkannt.

Für die Beantwortung der weiteren Fragen würde ich gern an meinen Kollegen, Herrn Dr. Gasteiger übergeben.

Gasteiger: Meine Name ist Gasteiger. Ich müßte vorneweg noch zu einem mehrfach aufgetauchten Mißverständnis in den Einwendungen kurz Stellung nehmen. Es wurde mehrfach gefragt, wie kommt es zu der Strahlenexposition, wenn gleichzeitig im Sicherheitsbericht die Aktivitätsangabe, z.B. am Zaun, fehlt. Es sind - es ist hier häufig verwechselt worden - oder immer verwechselt worden, daß bei dem Transportbehälterlager die Strahlenexposition nicht verbunden ist mit einem Transportvorgang der Aktivität, da wir keine Ableitungen haben, sondern die Strahlenexposition kommt ausschließlich zustande durch - durch Direktstrahlung. Zu dem - zu dem Punkt zusätzliche Abschirmung durch die Lagerhalle - wie Herr Janberg gerade ausführte - kommt die Hauptabschirmung der Strahlenquelle durch den Transportbehälter selbst zustande.

Allerdings ist dies ein physikalisches Prinzip, daß jedes zusätzlich vorhandene Material, die Direktstrahlung entsprechend seiner Materialeigenschaften schwächt. Aus dieser Sicht kommt aufgrund des naturwissenschaftlichen Zusammenhanges auch der Lagerhalle eine zusätzliche Abschirmwirkung zu.

(Zwischengespräche am Tisch des Antragstellers)

Die Strahlenexposition bei den Umladevorgängen, beim Anliefern der Transportbehälter ist sehr gering, da die Behälter zügig gehandhabt werden und die Ortsdosisleistung in der Umgebung der Behälter sehr rasch mit dem Abstand abfällt. Es treten hier für das Bedienungspersonal Werte auf, die weit unter den nach Strahlenschutzverordnung genannten Grenzwerten liegen. Für die Bevölkerung in der Umgebung der Transportwege treten nur Strahlenexpositionswerte auf, die weit unter 1 mrem pro Jahr liegen.

Die im Sicherheitsbericht ausgewiesenen Werte der Strahlenexposition ändern sich nicht, da durch unterstellte Schäden an den Brennelementen, da, wie im Kapitel unter Punkt 2 ausgeführt, keine Ableitungen aus den Behältern möglich sind.

Eine Korrosion der Behälter kann aufgrund der gewählten Materialien und der Materialeigenschaften ausgeschlossen werden.

Nun noch zu dem Punkt § 44 oder 45 der Strahlenschutzverordnung. Wie ich vorhin schon ausführte, handelt es sich ausschließlich bei dem Transportbehälterlager um eine Direktstrahlung.

Der § 45 der Strahlenschutzverordnung bezieht sich auf Strahlenexpositionen, die durch Ableitung radioaktiver Stoffe mit der Abluft bzw. mit dem Abwasser zustande kommen, wobei dieser Paragraph jeweils für jeden dieser Pfade 30 mrem pro Jahr zuläßt. Im Fall des Transportbehälterlagers gibt es keine Strahlenexposition über diese Belastungspfade.

Der § 44 der Strahlenschutzverordnung bezieht sich ausdrücklich auf eine Körperdosis in der Umgebung von Strahlenquellen und weist dort eine - eine Gan -eine Körperdosis von 150 mrem pro Jahr, in Ausnahmefällen auch von 500 mrem pro Jahr aus.

Wir sind der Meinung, daß dieser Paragraph hier für das Transportbehälterlager angewendet werden muß. Bei der Abfassung der Strahlenschutzverordnung gingen, wie man den Kommentaren entnehmen kann, die Verfasser davon aus, daß für kerntechnische Anlagen 150 mrem pro Jahr als Gesamtsumme aus Direktstrahlung plus den jeweiligen Belastungspfaden über Abwasser bzw. Abluft zulässig sei. In unserem Fall bleibt nur dieser Direktstrahlungsanteil als relevant übrig.

(Zwischengespräche am Tisch des Antragsteller)

Den Punkt zu den - zur Strahlenexposition durch MOX-Elemente übernimmt Herr Dr. Janberg.

Janberg: Im Sicherheitsbericht ist klar ausgewiesen, daß nur Behälter eingelagert werden, die eine Oberflächendosis von 10 mrem pro Stunde Gamma, sowie 10 mrem/Stunde an Neutronenstrahlung nicht überschreiten. Die Grenzwerte - oder der Grenzwert von 200 mrem pro Stunde - hier scheint es sich um einen Schreibfehler zu handeln, nicht 200 mrem pro Jahr - wird nicht ausgenutzt.

Heintz: Zusatzfrage?

Winkelmann: Ja, zur Geschäftsordnung.

Heintz: Bitte?

Winkelmann: Ich hätte gerne, daß die Lautsprecheranlage etwas größer - ich kann das wirklich sehr schlecht verstehen - selbst hier vorne.

Janberg: Darf ich nochmal kurz wiederholen, Herr Winkelmann, das wird ein Fehler von mir sein, ich hätte dieses Mikrofon

Winkelmann: Die Lautsprecheranlage muß weiter

Janberg: Können Sie mich jetzt so gut verstehen?

Winkelmann: Jetzt ja.

Janberg: Es war ein Fehler von mir.

Winkelmann: Das letzte habe ich so gut wie gar nicht verstanden.

Janberg: Ja, ich hätte das Mikrofon näher an den Mund halten müssen, deshalb wiederhole ich nochmal kurz die Antwort.
Wir haben im Sicherheitsbericht angegeben, daß die Behälter bei Einlagerung eine Oberflächendosisleistung von 10 mrem pro Stunde bezogen auf Gamma, aber ebenfalls auch 10 mrem pro Stunde bezogen auf Neutronen haben dürfen. Wir schöpfen die an sich zulässige Oberflächendosis um 200 mrem pro Stunde nicht aus. Dies gilt für alle Behälter, die eventuell im Lager zur Einlagerung kommen können. Hier wird kein Unterschied gemacht.

Winkelmann: (spricht:)

Janberg: Hab' ich

Winkelmann: Ja, vielen Dank.

Janberg: Ich danke Ihnen.

Heintz: Ja, schönen Dank. Wird noch das Wort gewünscht?
Bitte, Herr Schröter.

Schröter: Schröter. Wenn ich mich richtig erinnere, war bei den Einwendungen auch gefragt worden, ob und inwieweit und wodurch das Personal überwacht wird, während es in den Betriebsräumen arbeitet, und ich glaub' mich auch richtig zu erinnern, daß die Frage nach Ortsdosismeßgeräten gestellt war.

Janberg: Ich gebe die Frage weiter an Herrn Dr. Gasteiger.

Gasteiger: Die Strahlenschutzüberwachung für das Personal entspricht den üblichen Überwachungsmaßnahmen für Personal in Kontrollbereichen, das heißt, das sind die Dosisleistungs- bzw. Dosismeßgeräte, die

die Personen mit sich zu führen müssen - mit sich führen müssen
- zu tragen - es erfolgt aber auch die entsprechende medizinische
Untersuchung des Personals.

Die Messungen der Ortsdosisleistungen in - im Lagerhallenbe-
reich sind im Sicherheitsbericht genannt, wir haben ortsfeste
Gammapegel-Meßgeräte, sowie auch ein bewegliches Gammadosis-
- Gammapegel-Meßgerät am - am Kran und, um den Vorsorgemaßnah-
men nach Strahlenschutzverordnung gerecht zu werden, gibt es
ein bewegliches Aerosolmeßgerät zur Überwachung der Raumluft.
Habe ich damit die Frage ausreichend beantwortet?

Heintz: Wird noch weiter das Wort gewünscht zu diesem Thema?

Dies ist nicht der Fall, dann kommen wir zu dem nächsten Punkt
2.3.2 : Abfälle fest und flüssig.

Blech-
schmidt: Hier handelt's sich im wesentlichen um Fragen, die ich hier vor-
lesen möchte.

Einmal, wieviel Fässer mit Wischtestproben fallen maximal an?
Werden diese Proben konditioniert?

Wo werden die Flüssigabfälle konditioniert?

Wohin soll der Abfall transportiert werden?

Dann, bei der Abgabe von Abwässern in das öffentlich Netz,
werden - wird nach den Grenzwerten gefragt und nach den Meßge-
räten und schließlich, wieviel Kubikmeter kontaminierte Abwässer
fallen an?

Es wird dabei die Forderung nach einer geologischen Kläranlage
erhoben.

Dies ist der letzte Punkt noch, daß auch der - das Grundwasser
beeinträchtigt wird.

Heintz: Ich möchte das noch - den Katalog ergänzen. Bei manchen Einwen-
dungen hat man den Eindruck, daß da Mißverständnisse entstehen
über die Wasserverhältnisse überhaupt. Das heißt also wo - wie
groß ist der Wasserbedarf an Frischwasser, wo beschafft man die-
ses Wasser her, wieviel verbraucht man davon und zwar, in den

Zweit - Zweigen:

normales Wasser und

möglicherweise kontaminiertes Wasser,

und dann, wie wird mit diesem Wasser umgegangen und wie wird es dann nachher abgegeben und besteht die Gefahr einer Beeinträchtigung des Grundwassers.

Ich würde bitten, daß der Antragsteller das Bild hier mal kurz erläutert, wie er sich das vorstellt. Ferner möchte ich noch ergänzend hier erwähnen, daß Wasserfragen gestellt wurden in bezug auf das - auf den Hühbeck. Das ist ein Problem, das hier von uns nicht bearbeitet wird, das ist eine Frage, die die zuständigen Behörden vor Ort zu beantworten haben in ihrem Termin und in ihrem Zuständigkeitsbereich.

Ich bitte also Herrn Janberg, zunächst einmal, wenn es Ihnen möglich ist, ein kurzes Bild über die Wasserversorgung und Wasserabgabe hier zu entwerfen.

Janberg: Die ...

(Zwischengespräch am Tisch des Antragstellers)

Die Mitarbeiter im Zwischenlager haben gemäß normalen Arbeitsrichtlinien auf das - die Möglichkeit, sich im Lager zu waschen und man setzt für den normalen Wasserbedarf einen Wert an, der aus den DIN-Richtlinien entnommen wird. Dieses Wasser wird aus dem lokalen Kanalnetzen entnommen, und das Abwasser, das ja nicht kontaminiert ist, fließt auch dorthin zurück. Es ist nur, wie üblich, wie bei jedem Haushalt, verschmutzt. Es handelt sich also um normale Waschwässer oder Küchenabwässer, Sanitärabwässer. Im Zusammenhang mit Kontamination kann nur gesprochen werden im Eingangsbereich der Lagerhalle, wo Wischtests durchgeführt werden. Hierzu noch kurz eine Ausführung: Behälter werden in den Wasserbecken der Kernkraftwerke beladen. Die - das Wasser in diesen Lagerbecken ist geringfügig kontaminiert und könnte somit die Behälteraußenwand selber kontaminieren. Um dies zu vermei-

den, erhalten die Behälter während der Beladung etwas, was wir ein Dekontaminationshemd oder ein Dekontamina - Kontaminationschutz nennen. Es ist entweder Plastikhemd oder ein Metallhemd, das den direkten Kontakt zwischen dem leichtkontaminierten Lagerbeckenwasser und der Behälteraußenwand verhindert. Natürlich ist der obere Deckelbereich des Behälters in Kontakt mit diesem Wasser. Aber dieser wird ja nachher auch durch die Schutzplatte abgedeckt. Es ist Vorschrift, beim Empfang dieser Behälter trotz allem zu prüfen, ob eventuell eine Kontamination noch oder doch vorhanden sein könnte. Deshalb wird ein Wischtest vor Empfang im Lager durchgeführt, und diese Wischtests werden - durchgeführt darüberhinaus zur Kontrolle der Absender-Angaben auf dem Transportpapier, das ist normaler, ein fast prozeduraler Vorgang.

Pro Behälter werden etwa 10 Wischproben gemacht, das heißt bei einem theoretischen Jahresdurchsatz von 150 Behältern ergeben sich 1500 Blätter Probenpapier pro Jahr, dafür wäre ein 200 l Faß erforderlich, um diese aufzunehmen. Gehen wir einfach hypothetisch davon aus, daß die dabei verwendeten Handschuhe und Overschuhe auch weggeworfen werden, sei es nun kontaminiert oder nicht kontaminiert, wir können im Regelfall davon ausgehen, daß es sich um nicht kontaminiertes Material handelt, dann würde dieses in acht 200 l-Fässern pro Jahr Platz finden. Die Umwelt wird also keinesfalls belastet.

Bei Arbeiten im Deckelbereich ist nicht auszuschließen, daß Spuren von Radioaktivität eben durch den Kontakt mit dem leichtkontaminierten Wasser des Lagerbeckens im Kernkraftwerk auftreten. Da sich unser Personal nach den Arbeiten mit entsprechenden Reinigungsmitteln die Hände wäscht und dieses Wasser theoretisch also ebenfalls kontaminiert sein könnte, wird es gesammelt. Es wird dann anschließend auf seine Gesamtaktivität überprüft und nur ans Kanalnetz abgegeben, wenn die Aktivität kleiner ist als $7,2 \times 10^{-9}$ Curie/m³. Diese Aktivität entspricht in etwa der natürlichen Wasseraktivität, das heißt, des normalen Wassers, das Sie jeden Morgen auch hier in dieser Gegend benutzen. Kommt es

doch einmal dazu, daß Wasser auftritt, das stärker kontaminiert wäre, so wird dies gesammelt in entsprechenden Tanks und abtransportiert zu einer Anlage, die dieses Wasser entsprechend behandelt. Im Regelfall dürfte das beispielsweise eine Anlage sein, wie sie sich in der Kernforschungsanlage Jülich befindet.

(für sich: Jetzt muß ich nochmal)

Damit ist die Frage nach dem Ort der Konditionierung von Flüssigabfällen beantwortet, auch der Zielort für den Abfallantransport - abtransport. Die Grenzwerte sind genannt. Es ist noch die Frage abzuschließen, wieviel cbm kontaminierter Abwässer anfallen. Die Sanitärabwässer betragen ca. 10 cbm pro Tag. Niederschlagswässer, also Wasser aus natürlichem Niederschlag wie Regen wird in einem eigens dafür geplanten Becken versickert.

Damit habe ich an sich alle Fragen beantwortet.
Bestehen noch Zusatzfragen?

Heintz: Sie haben die Frage nach den Zusatzfragen bereits gestellt. Ich gehe über zu dem nächsten Unterkapitel, das sind die Ableitungen und Freisetzungen.
Herr Blechschmidt!

Blechschmidt:

Hier heißt es weiter: Es ist nicht möglich, die Ab- die unkontrollierte Abgabe oder es ist nicht möglich die Abgabe von Radioaktivität zu kontrollieren, weil die Hallenluft nicht detektiert wird. Zudem entweicht die Hallenluft direkt über das Dach.

Auch beim Umladen der Brennelemente kommt es zur unkontrollierten Freisetzung.

Weiter wird gefragt, daß in dem Sicherheitsbericht für Ahaus Leckraten angegeben sind, und warum ist dieses nicht für Gortleben der Fall?

Es heißt dann weiter, daß die DWK selbst von Freisetzungen

ausgeht, weil sie ja - die sich - auf eine gute Dekontaminierbarkeit verweist und auch darauf hinweist, daß man Abfälle aus Wischtestproben hätte.

Dann ist eine Frage gestellt nach der Diffusion von Tritium. Da heißt es, daß bei dieser - bei der Berechnung geht man von zu wenig defekten Brennelementen aus.

Und schließlich wird nach der Aktivierung der Hallenluft gefragt, nämlich Stickstoff und radioaktiver Kohlenstoff würde hier entstehen, und es sollte ge-prüft werden, ob ein Kumulationseffekt bei - in der Luft, die durchgesetzt wird, hier auftritt.

Heintz: Noch eine Zusatzfrage?

Janberg: Ich darf übergeben an - an

Heintz: Bitte - Herr Janberg. bitteschön.

Janberg: Ich darf übergeben an Herrn Dr. Gasteiger.

Gasteiger: Zunächst zu der ersten Frage, der unkontrollierten Abgabe von Radioaktivität. Wir haben zu den vorangegangenen Einwendungen bereits ausgeführt, daß das Verschlusssystem der Transportbehälter durch die zwei Dichtungsbarrieren den Austritt von Aktivität sicher verhindert. Dieses Dichtungsprinzip ist ausführlich erläutert worden, inclusiv auch der Meßmöglichkeiten zu Überprüfung der Funktionsfähigkeit.

Der nächste Punkt bezieht sich auf ein Umladen von Brennelementen. Ein Umladen von Brennelementen^{ist} für den Anlagenbetrieb des Transportbehälterlagers nicht vorgesehen. Insofern ist hier - ist diese Einwendung ohne Toleranz für den tatsächlichen Ablauf der Arbeiten.

Die nächste Einwendung bezieht sich auf Angabe von Leckraten im Sicherheitsbericht Ahaus. Das - es ist auch bereits ausgeführt worden, daß die Konzepte Ahaus bzw. Transportbehälterlager

Gorleben technisch identisch sind. Insofern ist diese Einwendung ohne Relevanz für die vorliegende Technik. Unserer Meinung nach bezieht sich die Einwendung möglicherweise auf einen Vorläufer eines Sicherheitsberichts, in dem standortunabhängig ein damals noch leicht modifiziertes Deckelkonzept, allerdings nicht vom Prinzip her modifiziertes Deckelkonzept, sondern bezüglich der Überwachungsmöglichkeit - etwas anders ausgeführtes Deckelkonzept vorgelegt wurde.

Die Einwendungen zu den Wischtests ist in der vorangegangenen Ausführung durch Dr. Janberg bereits ausführlich erläutert worden. Falls allerdings hier noch tiefergehende Zusatzfragen wären, können wir da gerne noch darauf eingehen.

Die Tritium-Diffusion bzw. -Permeation durch den Transportbehälter ist im Sicherheitsbericht ausgeführt. Diese Ausführung bezog sich exemplarisch auf die unterstellte Defektrate von einem Prozent. Auf diese Annahme sind wir in einer der ^{vi}strigen Einwendungen bereits eingegangen. Es ändert sich an der grundsätzlichen Aussage des Sicherheitsberichtes nichts, auch bei einer unterstellten Defektrate von 100 %. Diese allerdings halten wir für unrealistisch hoch.

Die Aktivierung der Hallenluft kann als grundsätzliche physikalische Möglichkeit natürlich nicht ausgeschlossen werden; denn wir haben eine - wir haben einen - eine Neutronenstrahlung in dieser Luft. Das Neutronenfeld ist allerdings von einer Größenordnung von etwa 100 Neutronen pro Sekunde im cm^2 ; dies ist eine äußerst niedrige Neutronenflußdichte. Die Nachrechnung der möglichen Aktivierung der Hallenluft ergibt Werte, die weit unter der natürlichen Aktivität - als die künst - die künstliche - künstlich zusätzlich erzeugte Aktivität liegt weit unter der natürlich ohnedies vorhandene Aktivität in der Hallenluft. Insofern kann eine radiologische Signifikanz von C-14 nicht auftreten, desgleichen spielen die Kumulationseffekte keine Rolle.

Ich hoffe, damit die Einwendungen getroffen zu haben, sofern aber Zusatzfragen sind, können wir dies gerne vertiefen.

Heintz: Sind noch solche Fragen zu stellen?

Heintz: Das ist nicht der Fall. Dann käme unter Kapitel 2.3.4 - die radiologische Vorbelastung.

(Zwischengespräche am Tisch des Antragstellers)

Janberg: Herr Fischer.

Blech-schmidt: Hier wird diese Frage damit begründet, es gäbe - oder es gibt in der Bundesrepublik örtliche Schwankungen. Denn es wird dabei nach folgenden Isotopen besonders gefragt, nämlich Radium 224, 226, 228, dann Radon 222 und 220, C-14 und Tritium. Es heißt hier, daß ein - in einem Umkreis von mindestens 10 km sollte hier - sollten die Werte erfaßt werden, und es wird ein Gutachten über den Ist-Zustand und dessen Veröffentlichung gefordert auch im Hinblick auf die Beweissicherung.

Heintz: Der Antragsteller
Wird sich der Antragsteller

Straßburg: Hierzu wird Herr Fischer antworten.

Fischer: Dankeschön, mein Name ist Fischer. Die Frage ist hier gestellt worden einmal nach der Vorbelastung am Standort Lüchow-Dannenberg. Im Zusammenhang mit der Beweissicherung und im anderen Fall sind einzelne Nuklide aufgeführt worden, die gemessen werden sollen. Die Beweissicherung hat zum Ziel den Null-Pegel, den sogenannten Null-Pegel in der Umgebung des Standortes festzustellen, und wir hatten andererseits mehrfach schon betont, daß es aus dem Zwischenlager keine radioaktiven Ableitungen kommen. Es gibt also keine radioaktiven Stoffe, die sich in der Umgebung ausbreiten, sondern es handelt sich beim Zwischenlager nur um Direktstrahlung, die sich zusammensetzt aus Gamma und - aus einem Gamma- und einem Neutronenanteil. Demzufolge ist nach unserer Meinung die Beweissicherung und damit auch der - die Feststellung des sogenannten Null-Pegels zu beschränken auf die Messung der Ortsdosisleistung in der Umgebung des Lagers und der jährlichen Ortsdosis, und was die genannten Nuklide - die genannten Isotope des Radiums betrifft,

so halten wir es nicht für erforderlich, diese zu messen. Denn nuklidspezifische Messungen sind nur dann sinnvoll und nur für solche Radionuklide sinnvoll, die während des Betriebes einer kerntechnischen Anlage auch tatsächlich abgeleitet werden. Dies ist beim Zwischenlager nicht der Fall.

Nun zur Vorbelastung oder zu der Frage, wie sich die Strahlenbelastung im Landkreis Lüchow-Dannenberg zusammensetzt. Sie wissen vielleicht, daß die persönliche Strahlenbelastung sich zusammensetzt aus drei Anteilen. Der eine Anteil entstammt der Strahlung aus dem Kosmos, ein weiterer Anteil entstammt der Strahlung vom Erdboden und aus Baumaterialien; denn Baumaterialien sind ja die gleichen Materialien wie im Erdboden. Dies sind Strahlungsanteile, die von außen auf den Körper wirken, und es gibt einen dritten Anteil, der darauf zurückgeht, daß wir natürliche Radionuklide mit der Nahrung in uns aufnehmen.

Nun für den ersten genannten Teil, für die kosmische Strahlung beträgt der Wert in Norddeutschland etwa 30 bis 32 mrem. Für die terrestrische Strahlung und zwar für den Fall, daß man sich im Freien bewegt., 26 bis 44 mrem und in Wohnungen 35 bis 53 mrem. Der Strahlenwert für inkorporierte natürliche Stoffe schwankt sehr stark, er ist sehr stark abhängig von den Lebensgewohnheiten, das heißt in welchen Maße man Radionuklide mit der Nahrung aufnimmt. Dieser Wert liegt zwischen 30 und 100 mrem.

Wenn man diese Werte in Beziehung setzt zur Strahlenbelastung durch das Zwischenlager, so muß man, und das kann man, weil die Einheit rem eindeutig so ausgerichtet ist, daß man Strahlung unterschiedlicher Quellen vergleichen kann, das heißt man kann natürliche Strahlung und Strahlung aus künstlichen Quellen vergleichen. Wenn man diese genannten Werte also in Beziehung setzt zur Ortsdosis am Zwischenlager, so sieht man, daß die Strahlenbelastung durch das Zwischenlager sehr gering ist. Man muß betonen, daß sie, diese 7 mrem, eine Ortsdosis sind, das heißt nur jemand, der sich dort aufhält, erhält auch tatsächlich eine Strahlendosis. Unterstellt man z.B. den Fall, daß jemand ein ganzes Jahr lang

sich pro Tag eine Stunde an diesem Punkt der maximalen Strahlung von 7 mrem aufhält, dann erhält er zur zusätzlichen Strahlenbelastung von 100 bis 200 mrem zusätzlich eine Dosis von etwa 0,3 mrem. Ich glaube, das macht die Relation deutlich zwischen natürlicher Strahlung und der Strahlung aus dem Zwischenlager. Falls es dazu noch ein paar Fragen gibt, bin ich gern bereit, diese zu beantworten.

Straßburg: Herr Fischer, Sie sollten noch was zu dem geforderten Gutachten sagen, über den Ist-Zustand.

(Gemurmel)

Straßburg: Nicht notwendig.

Fischer: Nein.

Heintz: Schönen Dank. Unser Mitarbeiter Herr Ehrlich möchte sich jetzt äußern zu der radiologischen Vorbelastung.

Ehrlich: Mein Name ist Ehrlich. Der Antragsteller hat eben ausgeführt, daß er beabsichtigt, ein Beweissicherungsverfahren darauf zu beschränken, die Ortsdosisleistung bzw. die Dosis in der näheren Umgebung der Anlage zu messen, und dasselbe gilt natürlich dann auch für die Umgebungsüberwachungsmessungen während des Betriebes. Wir, als Genehmigungsbehörde, werden prüfen, ob dieses Minimalprogramm ausreicht. Normalerweise werden ja weitere Messungen vorgesehen, bei anderen kerntechnischen Anlagen mit Ableitungen von Radioaktivität; da wird also noch die Überwachung - sowohl vorher als auch während des Betriebes -

- die Überwachung der Luft auf Radioaktivität,
- die Überwachung von Boden und Bewuchs auf Radioaktivität,
- die Ernähr - die, die Überwachung von Ernährungsketten also vor allen Dingen Milch und auch
- die Überwachung von Gewässern und Grundwasser

gefordert. Wir werden im einzelnen prüfen, ob das - das eine oder

andere hier erforderlich ist. Ich kann in diesem Zusammenhang sagen, daß im Raum Gorleben aus anderen Gründen schon eine Reihe, eine große Anzahl von Messungen gemacht worden sind. Es hat jetzt keinen Sinn, diese im einzelnen aufzuzählen, aber ich kann nur sagen, daß also - z.B. was Gewässeraktivitäten betrifft - 750 Meßergebnisse inzwischen vorliegen, die seinerzeit im Auftrag des Niedersächsischen Sozialministers vom Niedersächsischen Wasseruntersuchungsamt Hildesheim gemacht worden sind im Zusammenhang mit dem integrierten Entsorgungszentrum. Weiter sind umfangreiche Messungen der Radioaktivität in Milch aber auch in Pflanzen gemacht worden vom Institut für MilCHForschung in Kiel. Auch vom Staatlich-Chemischen Untersuchungsamt Braunschweig sind Pflanzenproben untersucht worden, und zwar nuklid-spezifische.

Schließlich zur Messung der Aktivität in der Luft.

Da ist an sich zuständig der Deutsche Wetterdienst. Der hat natürlich hier keine Meßstation. Es ist aber bekannt, daß sich die Meßergebnisse dieser Meßstationen untereinander fast praktisch überhaupt nicht unterscheiden.

Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt hat vor einigen Jahren hier im Raum Gorleben in 67 - halt nein - ich weiß jetzt nicht an wieviel Stellen - Luftproben genommen und auch festgestellt, daß diese Werte sich nicht von anderen unterscheiden. Also, wir werden prüfen, ob diese Messungen zum - die hier vorliegen, als Beweis - zum Beweissicherungsverfahren hinzugezogen werden können und inwieweit der Antragsteller dann bei der Umgebungsüberwachung weiteres als nur die Direktstrahlung messen muß, werden wir auch noch prüfen.

Dankeschön.

Heintz: Ja, schönen Dank, Herr Ehrlich. Ich möchte anregen, daß Sie die Dinge, die Sie hier nur angerissen haben, die Ihnen offensichtlich in Form einer Tabelle vorliegen, zu dem Wortprotokoll hinzugeben. Was bereits geschehen ist. *)

Wird hierzu noch das Wort gewünscht?

*) Siehe hierzu die Tabelle im Anhang des Protokolls.

sich pro Tag eine Stunde an diesem Punkt der maximalen Strahlung von 7 mrem aufhält, dann erhält er zur zusätzlichen Strahlenbelastung von 100 bis 200 mrem zusätzlich eine Dosis von etwa 0,3 mrem. Ich glaube, das macht die Relation deutlich zwischen natürlicher Strahlung und der Strahlung aus dem Zwischenlager. Falls es dazu noch ein paar Fragen gibt, bin ich gern bereit, diese zu beantworten.

Straßburg: Herr Fischer, Sie sollten noch was zu dem geforderten Gutachten sagen, über den Ist-Zustand.

(Gemurmel)

Straßburg: Nicht notwendig.

Fischer: Nein.

Heintz: Schönen Dank. Unser Mitarbeiter Herr Ehrlich möchte sich jetzt äußern zu der radiologischen Vorbelastung.

Ehrlich: Mein Name ist Ehrlich. Der Antragsteller hat eben ausgeführt, daß er beabsichtigt, ein Beweissicherungsverfahren darauf zu beschränken, die Ortsdosisleistung bzw. die Dosis in der näheren Umgebung der Anlage zu messen, und dasselbe gilt natürlich dann auch für die Umgebungsüberwachungsmessungen während des Betriebes. Wir, als Genehmigungsbehörde, werden prüfen, ob dieses Minimalprogramm ausreicht. Normalerweise werden ja weitere Messungen vorgesehen, bei anderen kerntechnischen Anlagen mit Ableitungen von Radioaktivität; da wird also noch die Überwachung - sowohl vorher als auch während des Betriebes -

- die Überwachung der Luft auf Radioaktivität,
- die Überwachung von Boden und Bewuchs auf Radioaktivität,
- die Ernähr - die, die Überwachung von Ernährungsketten also vor allen Dingen Milch und auch
- die Überwachung von Gewässern und Grundwasser

gefordert. Wir werden im einzelnen prüfen, ob das - das eine oder

andere hier erforderlich ist. Ich kann in diesem Zusammenhang sagen, daß im Raum Gorleben aus anderen Gründen schon eine Reihe, eine große Anzahl von Messungen gemacht worden sind. Es hat jetzt keinen Sinn, diese im einzelnen aufzuzählen, aber ich kann nur sagen, daß also - z.B. was Gewässeraktivitäten betrifft - 750 Meßergebnisse inzwischen vorliegen, die seinerzeit im Auftrag des Niedersächsischen Sozialministers vom Niedersächsischen Wasseruntersuchungsamt Hildesheim gemacht worden sind im Zusammenhang mit dem integrierten Entsorgungszentrum. Weiter sind umfangreiche Messungen der Radioaktivität in Milch aber auch in Pflanzen gemacht worden vom Institut für Milchforschung in Kiel. Auch vom Staatlich-Chemischen Untersuchungsamt Braunschweig sind Pflanzenproben untersucht worden, und zwar nuklid-spezifische.

Schließlich zur Messung der Aktivität in der Luft.

Da ist an sich zuständig der Deutsche Wetterdienst. Der hat natürlich hier keine Meßstation. Es ist aber bekannt, daß sich die Meßergebnisse dieser Meßstationen untereinander fast praktisch überhaupt nicht unterscheiden.

Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt hat vor einigen Jahren hier im Raum Gorleben in 67 - halt nein - ich weiß jetzt nicht an wieviel Stellen - Luftproben genommen und auch festgestellt, daß diese Werte sich nicht von anderen unterscheiden. Also, wir werden prüfen, ob diese Messungen zum - die hier vorliegen, als Beweis - zum Beweissicherungsverfahren hinzugezogen werden können und inwieweit der Antragsteller dann bei der Umgebungsüberwachung weiteres als nur die Direktstrahlung messen muß, werden wir auch noch prüfen.

Dankeschön.

Heintz: Ja, schönen Dank, Herr Ehrlich. Ich möchte anregen, daß Sie die Dinge, die Sie hier nur angerissen haben, die Ihnen offensichtlich in Form einer Tabelle vorliegen, zu dem Wortprotokoll hinzugeben. Was bereits geschehen ist. *)

Wird hierzu noch das Wort gewünscht?

*) Siehe hierzu die Tabelle im Anhang des Protokolls.

Heintz: Dann komme ich zu der Umgebungsüberwachung.

Blech-
schmidt: Herr Ehrlich hat bereits die Umgebungsüberwachung hier auch erwähnt und zwar aber Umgebungsüberwachung während des Betriebes.

Es wird hier nach den Modalitäten dieser Messungen gefragt - wird auch auf Privatgrundstücken oder bei der Viehzucht Präventivmessungen hier ausgeführt?

Dürfen die Daten eingesehen - eingesehen werden und kann die
- kann die Bevölkerung kontrollieren ?

Weiterhin ist hier auch etwas gefragt worden, was nicht die Strahlung betrifft, nämlich Auswirkungen - negative Auswirkungen auf die Landwirtschaft, freigesetzte Schwermetalle, pH-Wert-Änderungen. Bitte!

Heintz: Kann der Antragsteller hierzu noch ergänzende Bemerkungen machen, die er bereits vorher ...?
.... hat ja dies Thema ja schon mal angeschnitten.

Fischer: Aus dem Vorhergehenden....

Heintz: Ja!

Fischer: Vielleicht kann Herr Sagemühl noch kurz Stellung nehmen zu dem Punkt, ob die Daten - die MeBdaten von der Bevölkerung eingesehen werden können.

Heintz: Bitteschön.

Sagemühl: Ja gern, mein Name ist Sagemühl. DWK hat mit den kommunalen Körperschaften Landkreis, Samtgemeinde Gartow und der Gemeinde Gorleben einen sogenannten Ansiedlungsvertrag abgeschlossen. Inhalt dieses Ansiedlungsvertrages ist es unter anderem, daß der Oberkreisdirektor mindestens einmal im Jahr - darüberhinaus aber auch nach Wunsch - in sämtliche Ergebnisse der Umgebungsüberwachungen einsehen kann.

Er hat seinerseits Samtgemeinde und Gemeinde über das Ergebnis dieser Einsichtnahme zu unterrichten, und er muß sie auch ebenfalls unverzüglich informieren.

Das gleiche gilt für den gesamten Betrieb dieses Lagers.

Zur Landwirtschaft und den Auswirkungen des Betriebes des Zwischenlagers auf die Landwirtschaft ist zu sagen, daß hier im Prinzip ausschließlich nur Auswirkungen von dem Transportaufkommen her zu erwarten sind. Dieser Punkt sollte an und für sich erst später abgehandelt werden. Ich möchte - jetzt vorziehen. Vom den ...

Es ist festzustellen, daß hinsichtlich der Transportanwendungen Ausbauten von Straßen nicht erforderlich sind, daß - damit also irgendwelche Maßnahmen, die Auswirkungen auf die Landwirtschaft haben können, von den Ausbaurbeiten nicht zu erwarten sind. Die Transporte selbst, die anfallen, liegen in einer Größenordnung, daß Auswirkungen nicht zu befürchten sind. Vom Betrieb des Lagers^{seibt} ist zu sagen, daß keine radioaktiven Ableitungen aus dem Zwischenlager zu verzeichnen sind. Von daher sind Untersuchungen von Milch und Fleisch für den Betreiber nicht notwendig. Die Einzelheiten werden von der PTB als der Genehmigungsbehörde in der Genehmigungsurkunde festzulegen sein. Zusammen ... Hinsichtlich der Milchwirtschaft ist zu sagen, daß Auswirkungen auf die Milch - Milchwirtschaft auszuschließen sind. Die diesbezüglichen Veröffentlichungen der Bürgerinitiative aus den letzten Tagen und Wochen sind falsch. Es ist festzustellen, daß Auswirkungen jeglicher Art auf die Landwirtschaft nicht zu erwarten sind.

Heintz: Vielen Dank, Herr Sagemühl. Wird dazu noch das Wort gewünscht? Bitteschön!

Winkelmann: Weil hier eben der Transport angesprochen wurde, ist vorgesehen, daß ein Gleisanschluß über Lüchow nach Gorleben gelegt wird?

Straßburg: Herr Sagemühl!

Sagemühl: Herr Vorsitzender, ich glaube, diese Frage ist nach der Tagesordnung zu einem späteren Zeitpunkt abzuhandeln. Sind Sie einverstanden, wenn wir das auf - verschieben?

Heintz: Ich darf ergänzen, das gleiche gilt für die angesprochene Frage der Einflußnahme auf die Landwirtschaft, Milchwirtschaft und so - das wird noch behandelt.

Hier hat ein Einsender zwei Fragen geschickt, die sehr schwer zu verstehen sind. Er macht sich Gedanken um den Einfluß freigesetzter Schwermetalle auf die Landwirtschaft und pH-Wert-Änderungen im Boden. Ich glaube, das liegt wohl an einem persönlichen Mißverständnis über den Aufbau und den Betrieb einer solchen Anlage, so daß wir hier jetzt im einzelnen darauf nicht einzugehen brauchen.

Wir haben eine Fülle von allgemeinen Fragen, die mehr den Gesamtstrahlenschutz überdecken, zusammengefaßt unter 2.3.6 - Strahlenschutz-Grundsatzfragen.

Herr Blechschmidt.

Blechschmidt: Ja, das heißt - da heißt es hier, die Frage der kleinen Dosen muß behandelt werden, insbesondere müssen auch die Arbeiten von sogenannten kritischen Wissenschaftlern berücksichtigt werden.

Dann sollten epidemiologische Untersuchungen ausgeführt werden und die amtlichen Transferfaktoren werden angezweifelt.

Dann heißt - wird gefragt, welche biologischen Qualitätsfaktoren für Neutronen von der DWK benutzt werden. Es wird hier gesagt, daß bei der Berechnung der Ortsdosisleistung ein falscher Qualitätsfaktor für die Neutronenstrahlung, besonders im Hinblick auf die Lagerung von MOX-Brennelementen verwandt wird.

Weiter wird gefordert, ein Gutachten zur Auswirkung der Direktstrahlung bzw. freigesetzte Radionuklide auf Mensch, Tier und Boden.

Im Hinblick auf die Aktivierung der Hallenluft - wir haben die

Frage vorher schon behandelt - hier sollte noch geprüft werden, ob auch ein Kumulationseffekt beim pflanzlichen CO₂-Stoffwechsel stattfindet,

und schließlich wird gesagt, im Normalbetrieb entweicht Strahlung aus dem Behälter. Es ist ein erhöhtes Krebsrisiko vorhanden, auch insbesondere auf die Abgabe von verseuchtem Waschwasser.

Das wären diese Fragen.

..... Ich darf hierzu Herrn

Heintz: Können Sie

..... Gasteiger bitten, zu antworten.

Heintz: der Antragsteller hierzu äußern? Ich bitte darum.
Ich bitte darum, daß der Antragsteller zunächst das beantwortet.

Gasteiger: Ich möchte die in der Reihenfolge, wie Sie sie gerade vorgelesen haben, kurz beantworten.

Der erste Punkt, die Berücksichtigung der Zusammenhänge um den Bereich kleiner Dosen. Es gibt unserer Meinung nach international keine verlässlichen Unterlagen darüber, daß hier, das was international sich in den ICRP-Unterlagen bzw. national in der Strahlenschutzverordnung widerspiegelt, nicht den Stand von Wissenschaft und Technik widerspiegeln würde. Es gibt dagegen viele Anzeichen dafür, daß es sich hier sogar um konservative Annahmen handelt.

Die epidemiologischen und - geforderten epidemiologischen Untersuchungen - und Transferfaktoren, das war der zweite Punkt. Alle bisherigen Untersuchungen haben gezeigt, daß aus epidemiologischen Studien keine eindeutigen und zuverlässigen Schlüsse gezogen werden können. Transferfaktoren sind im allgemeinen nur von Relevanz, wenn der Problembereich Ableitungen von radioaktiven Stoffen und die weitergehende Ausbreitung in der Ökosphäre betrachtet werden. Wir haben - wir haben hier schon mehrfach betont,

das Transportbehälterlager hat keine radioaktiven Ableitungen, insofern ist dieser Punkt ohne Relevanz. Für die Umrechnung der Neutronenflußdichte in eine Dosisleistung haben wir den international üblichen Bewertungsfaktor 10 verwendet. Dieser Bewertungsfaktor ist konservativ, wie eine Vielzahl von Veröffentlichungen beweisen. Realistisch dürfte dieser Wert in der Gegend von 6 liegen.

Der nächste Punkt bezieht sich wiederum auf die Möglichkeit von Freisetzen aus dem Transportbehälterlager und die Forderungen hierzu ein zusätzliches Gutachten auszuführen. Ich glaube, diesen Punkt haben wir bereits mit dem vorangegangenen Thema "Beweissicherung", aber auch mit unseren Stellungnahmen zu der Ableitung, die bei dem Transportbehälterlager nicht gegeben ist, bereits abgehandelt.

Die Frage nach der Bildung von C-14 ist vorhin bei der Ausführung zur Aktivierung der Luft bereits angesprochen worden. Die mögliche Bildungsrate von C-14 aufgrund des sehr niedrigen - der sehr niedrigen Neutronenflußdichte liegt weit unter der natürlichen Bildungsrate von C-14, z.B. aufgrund von Höhenstrahlung.

Erhöhtes Krebsrisiko war das nächste Stichwort. Hierzu möchte ich nochmals darauf verweisen, auf die Ausführungen, die vorhin Herr Fischer bezüglich der erwarteten Strahlenexposition in der Umgebung gemacht hat. Es handelt sich um 7 mrem Ortsdosisleistung am ungünstigsten Punkt am Zaun. Diese Ortsdosisleistung fällt sehr rasch mit dem Abstand sowohl längs des Zaunes als auch senkrecht zum Zaun ab, da es sich nur um Direktstrahlung handelt. Mögliche Körperdosen liegen weit unter diesen Zahlenwerten, so daß hier nicht von einer Erhöhung des Krebsrisikos gesprochen werden kann.

Ich glaube, damit diese Fragen beantwortet zu haben. Wenn Fragen zusätzlich sind, können wir die gerne diskutieren.

Heintz: Schönen Dank, Herr Gasteiger.

Ich möchte jetzt Herrn Dr. Hübschmann bitten von der KfK Karlsruhe, einige allgemeine Bemerkungen zu machen zu diesem Fragenkomplex. Ich glaube, dies ist die Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß das Schweigen der Genehmigungsbehörde zu den Aussagen des Antragstellers keineswegs Zustimmung bedeutet.

Dies für das Protokoll, damit man nicht nachher uns vorwirft, wir hätten gewisse Dinge sofort akzeptiert oder nicht dazu Stellung genommen.

Eine andere Frage ist, ich würde anvisieren eine Pause um 10 Uhr etwa in - Dauer 10 Minuten oder in dieser Größenordnung -

- um 11 Uhr - Entschuldigung.

Herr Hübschmann, bitteschön.

(Gemurmel)

Hübschmann: Dankeschön, Herr Vorsitzender.

Meine Damen und Herren!

Ich - selbst auf die Gefahr hin, daß ich ein paar Bemerkungen meiner Vorredner wiederhole, möchte ich doch ganz kurz auf einige grundsätzliche Dinge eingehen, die dann zur Beantwortung der einzelnen Fragen noch notwendig sind. Herr Fischer hat schon auf die natürliche Radioaktivität und dem Strahlenpegel, dem wir ständig durch die Natur unterworfen sind, hingewiesen. Da bleibt aber noch zu ergänzen, daß dieser natürliche Strahlenpegel von etwa 110 mrem pro Jahr, wie er in der Bundesrepublik gemessen wurde, Schwankungen unterliegt, und zwar ganz erheblichen Schwankungen. Schwankungen von Ort zu Ort und Schwankungen mit der Zeit. Von Ort zu Ort, da haben wir gegenüber diesem mittleren Strahlenpegel von 110 mrem pro Jahr Erhöhungen pro Jahr um einige -zig mrem an Stellen besonders hoher Aktivität aus dem Boden, z.B. in Menzenschwand im Schwarzwald, auch im Saargebiet, in Hessen sind solche Gebiete, und weltweit gibt es Gebiete, die - in denen die mittlere Strahlung bis zu 1300 mrem pro Jahr heraufgeht. Es sind aber keine direkten Auswirkungen solch erhöhter natürlicher Radioaktivität auf die dort lebenden Menschen nachgewiesen worden bisher.

Bei dieser Strahlung handelt es sich sowohl um Alpha- als auch um Beta- als auch um Gamma-Strahlung, das heißt ich möchte nochmal betonen, daß diese natürliche Strahlung durchaus vergleichbar ist mit der Strahlung, die aus kerntechnischen Anlagen, auch aus diesem Transportbehälterlager entweicht - abgesehen vielleicht von

der Neutronenstrahlung, die in der Natur nur in sehr geringen Pegeln vorkommt.

Diese Strahlung schwankt auch von Zeit zu Zeit, z.B. die Radon-Exhalation des Bodens schwankt mit den meteorologischen Bedingungen, z.B. mit den Druckschwankungen, Tiefdruck- und Hochdruckgebiete. Die kosmische Strahlung schwankt mit der Sonnenaktivität, das heißt selbst wenn hier in der Umgebung dieses vorgesehenen Lagers der Status festgestellt wird durch umfangreiche Messungen, wird man immer nur an jedem Ort eine Schwankungsbreite dieser natürlichen Strahlung feststellen können, und diese Schwankungsbreite, das wissen wir von Messungen in der Umgebung des Kernforschungszentrums Karlsruhe, ist wesentlich größer, als die zuläss - zusätzlichen Strahlungen, die aus der kerntechnischen Anlage kommen. Das sind am Zaun des Kernforschungszentrum Karlsruhe bis zu - bis zu 20 mrem pro Jahr, und ich betone nochmal, die Schwankungen von Ort zu Ort, selbst im Bereich von 10 m zu 10 m Entfernung können durchaus in diesem Bereich schwanken, je nachdem ob sich in der Nähe ein Hochspannungsmast befindet, ob sich dort eine - dort eine Straße gebaut wurde oder ob sonstige Umwelteinflüsse dort eine Rolle spielen.

Damit möchte ich auch gleich die Frage nach einem Gutachten und umfangreichen Messungen in der Umgebung beantworten. Hier darf man sich keine Hoffnungen machen, daß man die zusätzliche Strahlung, die aus dem Transportbehälterlager kommt und die in der Größenordnung von 7 mrem pro Jahr sein wird, durch solche Messungen tatsächlich wird nachweisen können.

Jetzt komme ich zu der Dosiswirkung, wobei ich einige vertiefende Ausführungen machen möchte zu diesem Qualitätsfaktor für Neutronenstrahlung; denn Neutronen- und Gamma-Strahlung ist ja eine der wesentlichen Umweltbelastung hier durch das Transportbehälterlager. Dazu benötige ich hier diesen Overhead-Projektor. Ja - danke. Die Wirkung der Strahlung besteht ja zu - bei solchen niedrigen Strahlenpegeln in somatischen Schäden, das heißt Schäden, die in der bestrahlten Person selbst und nicht erst in ihren Nachkommen auftreten, und dabei handelt es sich hier um die stochastischen Schäden, das heißt eine Krebsspätfolge, eine mögliche Krebsspätfolge. Auch hier gibt es eine natürliche Krebsrate, wie Sie alle

wissen, die in etwa 19 % für ein ganzes Leben besteht, 19 % der Menschen sterben an Krebs. Und nur immer vor diesem Hintergrund können wir die zusätzlichen Wirkungen der radioaktiven Strahlung beurteilen und die Meßbarkeit und den Nachweis führen. Die ICRP hat in Ihrer Empfehlung von 1977 - in der ICRP - Empfehlung Nr.26 - diese Krebsraten durch Strahlung festgelegt, und dabei wurden sämtliche wissenschaftlichen Erkenntnisse der ganzen Welt dabei berücksichtigt. Diese Empfehlung stammt aus dem Jahr 1977, ist also relativ neu. Hier wird an einer linearen Dosiswirkungsbeziehung festgehalten, wie sie hier in diesem Diagramm *) die rote Linie darstellt - hier allerdings bezeichnet mit Neutronen. Diese lineare Dosiswirkungsbeziehung läßt sich dann also durch einen Faktor angeben, und bei Ganzkörperbestrahlung ist die Krebswahrscheinlichkeit etwa 1×10^{-4} pro rem. Das ist eine Zahl, mit der kann man noch nicht viel anfangen. Wenn wir die natürliche Strahlenbelastung mal zugrundelegen von 110 mrem pro Jahr und dies über ein ganzes Leben integrieren, dann kommt etwa eine Bestrahlung von 8 rem in einem Leben heraus, und das bedeutet dann eine zusätzliche Krebs - eine Erhöhung dieser Krebsrate durch 10^{-3} , das heißt, daß ist nur 0,5 % der spontanen Krebsrate, die ohne Einwirkung radioaktiver Strahlung entsteht. Und auch bei dieser zusätzlichen Rate handelt es sich ja um die unvermeidliche Krebsrate, die durch die natürliche Strahlenbelastung entsteht. Vor die - und die - auch wieder diese Krebsrate von 19 % unterliegt ja Schwankungen von Jahr zu Jahr, und von Bevölkerungskollektiv zu Bevölkerungskollektiv, daß heißt eine Erhöhung von 0,5 % dieses Wertes läßt sich statistisch nicht nachweisen. Wenn wir dann aber auf Strahlenpegel in der Größenordnung von 1mrem - oder 7 mrem pro Jahr heruntergehen, dann kann man auch hier schon sehen, daß sich solche Erhöhungen nicht nachweisen lassen. Die Untersuchungen dieser Krebsraten sind auch abgeleitet von Untersuchungen an Atombombenopfern von Hiroshima und Nagasaki.

Und hier komme ich jetzt auf diese mögliche Erhöhung des Qualitätsfaktors für Neutronenstrahlung zu sprechen. Dabei liegt aber zunächst mal ein Irrtum vor. Früher hat man nicht von dem Qualitätsfaktor gesprochen, der die Neutronen- oder Alpha-Strahlung in

*) Siehe hierzu Abb. 2 im Anhang des Protokolls

Relation zur Beta- und Gamma-Strahlung setzt und deren Wirkung in Relation zu dieser locker ionisierenden Strahlung qualifiziert. Diese relative biologische Wirksamkeit wurde vor etwa einem Jahrzehnt benutzt, als man der Meinung war, daß dies eine Konstante war; das heißt, daß bei allen, im gesamten Dosisbereich, diese relative - der relative Faktor zwischen Neutronendosis und Beta- oder Gammadosis eine Konstante sei. Man hat aber festgestellt, daß dies nicht der Fall ist. Das hat sich erst, nachdem alle Spätkrebse, die durch die Atombombenabwürfe Nagasaki und Hiroshima manifest geworden sind, erst dann hat man das feststellen können. Hier gab es nämlich wesentliche Unterschiede indes - in dem Auftreten von Krebs in Nagasaki und Hiroshima, weil diese beiden Bomben eine unterschiedliche Qualität besaßen.

Die Hiroshima-Bombe war eine vorwiegend Neutronen-Strahlung auslösende Bombe, die in Nagasaki eine vorwiegend Gamma-Strahlung auslösende Bombe. Und diese Unterschiede sind nun in diesem Diagramm *) hier wiedergespiegelt. Es zeigt sich hier, daß die Wirkung von Neutronen-Strahlung etwa linear bis zu kleinen Dosen extrapoliert werden kann, während bei Beta- und Gamma-Strahlung diese Wirkung bei kleinen Dosen hin abnimmt. Das ist nicht nur durch diese Atombombenopfer von Japan gezeigt worden, sondern auch durch Einzeluntersuchungen an Lebewesen höherer Ordnung und auch bei medizinischen Strahlenbelastungen von Menschen. Die Relation zwischen Neutronen- und Gamma-Dosen klappt also bei kleineren Dosen auseinander, deshalb war früher diese relative biologische Wirksamkeit auf einen Faktor 50 bis 100 heraufzusetzen, gegenüber 10 bei den höheren Dosen. Deshalb ist man von dieser Größe - RBW - relative biologische Wirksamkeit - abgegangen und schon seit der ICRP-Empfehlung 1977 - die ich schon erwähnte - wurde der Qualitätsfaktor eingeführt, der auch in unserer Strahlenschutzverordnung festgehalten ist, und dieser Qualitätsfaktor ist 10 für ein Neutronenspektrum unbekannter Energie und bei dem Neutronenspektrum aus den Transportbehältern ist ja die Energie bekannt. Die hier genannten Größen sind sicher richtig, und es wurde in den Rechnungen - wie wir hörten - Faktor 10 verwendet, der hier also konservativ ist, und ich habe damit darge-

*) Siehe hierzu Abb. 2 im Anhang des Protokolls

legt, daß eine Erhöhung dieses Qualitätsfaktors nicht in Frage kommt.

Ich möchte hierbei noch kurz eine - ein paar Worte verlieren über die Wirkung dieser Strahlendosen - der Gammastrahlendosen - bei niedrigen Dosen. Zunächst einmal wird in - bei der Ermittlung der Wirkung solcher Dosen, auch jetzt noch in der ICRP-Empfehlung, von der linearen Dosiswirkungsbeziehung, wie sie durch die rote Linie angegeben ist, ausgegangen, das heißt, bei niedrigen Dosen wird diese Wirkung überschätzt.

Aber es kommt noch etwas anderes hinzu. Man hat festgestellt, daß auch die Latenzzeit, das heißt das Auftreten - die Zeit zwischen dem Auftreten des Krebses und der eingetretenen Bestrahlung bei niedrigen Dosisleistungen sich - sich erhöht. Wir haben es bei diesen Dosisleistungen im Bereich der natürlichen Strahlung oder darunter mit solchen niedrigen Leistungen zu tun, dabei erhöht sich die Latenzzeit möglicherweise so - auf so große Werte, daß der Krebs nicht mehr während der Lebensdauer des Menschen manifest wird. Und dadurch ist virtuell eine Schwelldosis vorhanden, wie sie hier mit dem unteren Ende der grünen Kurve etwa sichtbar wird. Das heißt, auch die Abschätzung der zusätzlichen Krebsfälle, wie ich sie vorhin erwähnt habe, ist mit großer Wahrscheinlichkeit eine Überschätzung. Damit habe ich die Frage erhöhtes Krebsrisiko beantwortet.

So, ich möchte nun auf diese speziellen Fragen des Transportbehälterlagers eingehen. Auch nach meiner Meinung, und diese ist durch die Erfahrungen im Forschungszentrum Karlsruhe gestützt, werden hier keine nennenswerten Aktivitäten aus dem Zentrum - aus dem Transportbehälterlager nach außen hin abgeleitet. Selbst dann, wenn kurzzeitig Leckagen auftreten sollten oder aus sonstigen Gründen, Wischtests oder so, niedrige Mengen von Aktivität irgendwo freigesetzt werden sollten. Eine Auswirkung auf die Landwirtschaft ist deswegen völlig irrelevant. Zur Milchwirtschaft noch ein Wort - wenn überhaupt eine Beeinträchtigung der Landwirtschaft, im besonderen der Milchwirtschaft, außerhalb des Zaunes einer kerntechnischen Anlage zu befürchten wäre, dann wäre eine

solche Anlage nicht genehmigungsfähig. Denn es ist festgelegt in der Strahlenschutzverordnung § 45, daß Auswirkungen so niedrig bleiben müssen - im besonderen dürfen selbst über den hochwirksamen Weide-Kuh-Milch-Pfad die Schilddrüsendosen eines Kleinkindes, was diese Milch verzehrt, unter 90 mrem bleiben - also auch dann wären gesundheitsschädigende Wirkungen nicht zu befürchten. Aber hier in - bei dieser Anlage ist eine Freisetzung von Jod 131 in überhaupt meßbaren Mengen überhaupt nicht zu erwarten, wobei ich auf die Meßbarkeit besonders hinweisen möchte. Ich sagte schon, daß Auswirkungen dieses Behälterlagers außerhalb seines Zaunes nach aller Erfahrung nicht meßbar sein werden. Wenn man überhaupt messen würde, dann würde man dort messen, wo Aktivitäten möglicherweise freigesetzt werden. Also ich kann das Überwachungskonzept dieses Transportbehälterlagers eigentlich als ausreichend bezeichnen nach meiner Ansicht.

Die Aktivierung der Hallenluft - auch darauf möchte ich noch kurz aus meiner Sicht hin eingehen - hierbei wäre wohl eher noch die Aktivierung des Argons zu befürchten. Bei dem Forschungsreaktor FR 2 in Karlsruhe werden einige Bestrahlungskanäle mit Luft gekühlt, hier werden größenordnungsmäßig 70.000 Curie Argon 41 im Jahr über einen Schornstein abgegeben; das aber bei Neutronenflüssen die um 14 - nee, um 12 Größenordnungen - um 12 Größenordnungen höher sind als der Fluß, der hier eben genannt wurde. Das heißt, auch hier hat man, selbst wenn die Kühlluft aktiviert wird, es mit nicht meßbaren Mengen zu tun.

Ich glaube, damit kann ich meine Erläuterungen abschließen.

Ach so - Entschuldigung, ein Punkt noch zur Direktstrahlung. Hier wird ein Gutachten zur Direktstrahlung und seiner Auswirkung auf Mensch, Tier und Boden gefordert. Über Strahlung ganz allgemein ist schon seit Jahrzehnten geforscht worden, und die Direktstrahlung ist nun das, was man^{am} allerleichtesten erforschen kann; denn da sind keine - ist kein Transfer über die - über die Radioökologie notwendig. Das heißt, über Direktstrahlung weiß man ausgezeichnet bescheid, und ich glaube, hier würde ein weiteres Gut-

achten sich aus der Literatur ohne weiteres zusammenstellen lassen, aber das wäre Vergeudung von Steuermitteln und es hieße Eulen nach Athen tragen. Also da gibt es wirklich reichlich Unterlagen über diesen Punkt.

Ähnlich ist es bei Transferfaktoren. Radionuklide die biologisch besonders wirksam sind, können sich auf solchen Transferpfaden anreichern in der - in der Biosphäre, aber es ist hier nicht mit der Abgabe nennenswerter Aktivitäten, die überhaupt wieder zu finden wären, in der Umgebung, zu rechnen. Deshalb glaube ich, auch hier ist ein solches Gutachten nicht zweckmäßig.

Damit möchte ich meine Ausführungen schließen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Heintz: Schönen Dank.

(Hübschmann deutet an, daß er noch etwas sagen möchte)

Heintz: Entschuldigung ...
Bitte.

Hübschmann: Und zwar, die zwei Forschungsarbeiten der Herren Becker und Addey - darf ich dazu grad noch etwas sagen?

Hier handelt sich's um zwei Forscher aus den USA, die die Wirkung von Hochspannungsleitungen auf Mensch und Tier untersucht haben im einen Fall und die Wirkung von Niederfrequenzfeldern. Hier handelt sich's also um nichtnukleare Strahlung, und da es sich bei diesem Transportbehälterlager um keine solchen Stromübertragungen handelt, können wir wohl von solchen Wirkungen hier absehen. Das waren also die Namen Addey und Becker. Über den Herrn Gerisch konnte ich leider keine Information bekommen. Ich weiß nicht, um was für Wirkungen es sich dabei handeln soll. Aber die Herren Addey und Becker haben über Hochspannung und Niederfrequenz geforscht.

Dankeschön.

solche Anlage nicht genehmigungsfähig. Denn es ist festgelegt in der Strahlenschutzverordnung § 45, daß Auswirkungen so niedrig bleiben müssen - im besonderen dürfen selbst über den hochwirksamen Weide-Kuh-Milch-Pfad die Schilddrüsendosen eines Kleinkindes, was diese Milch verzehrt, unter 90 mrem bleiben - also auch dann wären gesundheitsschädigende Wirkungen nicht zu befürchten. Aber hier in - bei dieser Anlage ist eine Freisetzung von Jod 131 in überhaupt meßbaren Mengen überhaupt nicht zu erwarten, wobei ich auf die Meßbarkeit besonders hinweisen möchte. Ich sagte schon, daß Auswirkungen dieses Behälterlagers außerhalb seines Zaunes nach aller Erfahrung nicht meßbar sein werden. Wenn man überhaupt messen würde, dann würde man dort messen, wo Aktivitäten möglicherweise freigesetzt werden. Also ich kann das Überwachungskonzept dieses Transportbehälterlagers eigentlich als ausreichend bezeichnen nach meiner Ansicht.

Die Aktivierung der Hallenluft - auch darauf möchte ich noch kurz aus meiner Sicht hin eingehen - hierbei wäre wohl eher noch die Aktivierung des Argons zu befürchten. Bei dem Forschungsreaktor FR 2 in Karlsruhe werden einige Bestrahlungskanäle mit Luft gekühlt, hier werden größenordnungsmäßig 70.000 Curie Argon 41 im Jahr über einen Schornstein abgegeben; das aber bei Neutronenflüssen die um 14 - nee, um 12 Größenordnungen - um 12 Größenordnungen höher sind als der Fluß, der hier eben genannt wurde. Das heißt, auch hier hat man, selbst wenn die Kühlluft aktiviert wird, es mit nicht meßbaren Mengen zu tun.

Ich glaube, damit kann ich meine Erläuterungen abschließen.

Ach so - Entschuldigung, ein Punkt noch zur Direktstrahlung. Hier wird ein Gutachten zur Direktstrahlung und seiner Auswirkung auf Mensch, Tier und Boden gefordert. Über Strahlung ganz allgemein ist schon seit Jahrzehnten geforscht worden, und die Direktstrahlung ist nun das, was man allerleichtesten erforschen kann; denn da sind keine - ist kein Transfer über die - über die Radioökologie notwendig. Das heißt, über Direktstrahlung weiß man ausgezeichnet bescheid, und ich glaube, hier würde ein weiteres Gut-

achten sich aus der Literatur ohne weiteres zusammenstellen lassen, aber das wäre Vergeudung von Steuermitteln und es hieße Eulen nach Athen tragen. Also da gibt es wirklich reichlich Unterlagen über diesen Punkt.

Ähnlich ist es bei Transferfaktoren. Radionuklide die biologisch besonders wirksam sind, können sich auf solchen Transferpfaden anreichern in der - in der Biosphäre, aber es ist hier nicht mit der Abgabe nennenswerter Aktivitäten, die überhaupt wieder zu finden wären, in der Umgebung, zu rechnen. Deshalb glaube ich, auch hier ist ein solches Gutachten nicht zweckmäßig.

Damit möchte ich meine Ausführungen schließen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Heintz: Schönen Dank.

(Hübschmann deutet an, daß er noch etwas sagen möchte)

Heintz: Entschuldigung ...
Bitte.

Hübschmann: Und zwar, die zwei Forschungsarbeiten der Herren Becker und Addey - darf ich dazu grad noch etwas sagen?

Hier handelt sich's um zwei Forscher aus den USA, die die Wirkung von Hochspannungsleitungen auf Mensch und Tier untersucht haben im einen Fall und die Wirkung von Niederfrequenzfeldern. Hier handelt sich's also um nichtnukleare Strahlung, und da es sich bei diesem Transportbehälterlager um keine solchen Stromübertragungen handelt, können wir wohl von solchen Wirkungen hier absehen. Das waren also die Namen Addey und Becker. Über den Herrn Gerisch konnte ich leider keine Information bekommen. Ich weiß nicht, um was für Wirkungen es sich dabei handeln soll. Aber die Herren Addey und Becker haben über Hochspannung und Niederfrequenz geforscht.
Dankeschön.

Heintz: Schönen Dank, Herr Hübschmann. Werden dazu noch Fragen gestellt?
Bitteschön, Herr Winkelmann.

Winkelmann: Hier wird die Krebsanfälligkeit besprochen. Also, gerade in der Diskussion mit den Gegnern wird immer gesagt, wenn sie nicht mehr weiterkönnen und wenn man sie schachmatt gesetzt hat, in 25 Jahren gibts dann Krebs. Aber ich möchte mal da hinweisen, daß vor 25 Jahren die ganze Atomgeschichte doch begann und damals doch sehr unvorsichtig mit den Strahlen umgegangen werden. Denn müßte doch heute grade - die Folgen dieser damals unvorsichtigen Behandlung heute zu spüren sein. Also das müßte man in der Diskussion den Leuten sagen. Das möchte ich nur noch mal einwenden. Denn meistens kommen sie damit durch.

Und dann noch eine weitere Frage:

Inwiefern ist denn der Kunstdünger der Landwirtschaft hier für die - für radiologische Ausstrahlung doch irgendwie maßgebend. Denn wenn Sie schon sagen, vom Zwischenlager kommt nichts, denn kommt doch von der Landwirtschaft durch den Kunstdünger bestimmt etwas. Wie hält sich denn das - wie verhält sich denn das?

Hübschmann: Darf ich dazu antworten?

Ja, zunächst zur ersten Frage - unvorsichtiger Umgang mit Radioaktivität.

Das ist zumindest in der Bundesrepublik Deutschland nicht der Fall. Hier wurde von Anfang an sehr großer Wert auf Strahlenschutz bei allen Anwendungen der Kerntechnik gelegt, und wir können - haben nur sehr wenige Fälle, wo Menschen kontaminiert wurden, aber es gibt keinen einzigen Fall, wo ein gesundheitlicher Schaden durch Strahlung nachweisbar erzeugt wurde.

Das ist allerdings nicht so, wenn man das weltweit betrachtet. Da gibt es erstmal die beiden Atombombenabwürfe, dann natürlich mit - im Zusammenhang mit der kriegerischen Anwendung - mit den Versuchs - Versuchen der Atombombe, durchaus eine ganze Reihe von schrecklichen Todesfällen und von schrecklichen Auswirkungen. Die kriegerische Anwendung können wir ja hier außer acht lassen, und alle anderen Strahlenunfälle in Forschungsreaktoren, die es durchaus gegeben hat, wurden sehr sorgfältig untersucht. Und

diese Ergebnisse haben sich auch in solchen Theorien, wie lineare Dosiswirkungsbeziehung und diese unterschiedliche Bewertung von Gamma- und Neutronen-Strahlung niedergeschlagen. Also das wurde alles sehr sorgfältig untersucht und von der Medizin bearbeitet.

Zum zweiten Punkt: Kunstdünger in der Landwirtschaft. Wir können aus dem Bericht - dem jährlichen Bericht der Bundesregierung über Radioaktivität in der Bundesrepublik entnehmen, wie hoch diese Aktivitäten sind. Ich hab' diese Zahlen im Moment nicht im Kopf. Aber Sie haben völlig recht, daß durch den Kunstdünger und radioaktiven Phosphor hier durchaus nennenswerte Strahlenbelastungen entstehen, die allerdings wiederum klein sind gegenüber die - der übrigen - dem übrigen Strahlenpegel, dem wir natürlicherweise ausgesetzt sind. Das heißt, alle diese zusätzlichen technischen Strahlenbelastungen sind im Bereich von 1 mrem pro Jahr und darunter.
Dankeschön.

Heintz: Schönen Dank, Herr Hübschmann. Noch weitere Fragen hierzu?
Das ist nicht der Fall, dann möchte ich jetzt eine Pauseankündigen bis 11.15 Uhr und darauf hinweisen, daß der Kaffee der Frau Wirtin auf direktem Wege durch das Foyer erreichbar ist - Richtung Gastwirtschaft.

P A U S E

11.20 Uhr

Heintz: Meine Dame, meine Herren, wir setzen den Termin nach der Pause fort.

Es steht jetzt an - die Störfälle. Ich möchte aber gerne einen Punkt vorziehen, der unter 3.3 aufgeführt ist, das ist die Einwirkung Dritter. Wie Ihnen vielleicht bekannt ist, gibt es darüber einen Sicherungsbericht - nicht zu verwechseln mit dem Sicherheitsbericht - . Zu dem Sicherungsbericht gibt es auch ein Sicherungsgutachten, was übrigens gestern erwähnt wurde unter den drei Gutachten. Diese Dinge sind nicht der Öffentlichkeit zugänglich. Es hat sich aber gezeigt, daß grade eine wichtige Sorge der Bürger der Einsatz von Polizei und der Aufwand von Schutzmaßnahmen ist, der von vielen Einwendern als störend und Belästigung empfunden wurden - wurde, als psychische Belastung, und ich halte es für gut, wenn wir etwas darüber hören, wie die Vorstellung darüber sind, wie ein solches Zwischenlager später während des Betriebes gegen die Einwirkung Dritter geschützt wird. Dazu möchte ich das Wort erteilen an Herrn Sütterlin. Ist er da?

Zw-Ruf: Er ist noch draußen.

Heintz: Ha, ha.

(Gemurmel)

Heintz: ... dann ...

..... ... Sütterlin ist da.

..... Er kommt.

Heintz: Herr Sütterlin, Sie sind jetzt, wie man so schön sagt, dran.

Sütterlin: Herzlichen Dank.

Ich hatte doch Sekunde

..... DWK nicht was sagen? DWK?

(Gemurmel)

(Schritte)

Heintz: Es ist also folgendes gedacht: Sie möchten 'n paar einleitende Dinge erläutern, allgemeiner Art, wie eine solche Anlage - wie man sich den Schutz einer solchen Anlage vorstellen kann. Ich hatte vorher erwähnt, daß das ja Dinge sind, die im Sicherungsbericht - im Sicherungsgutachten - speziell abgehandelt werden und unser Wunsch ist, daß Sie uns allgemeine Dinge sagen, um ein Bild zu geben von der Sicherung einer solchen Anlage. Ist das angekommen bei Ihnen?

Süttelin: Ja.

Heintz: Dankeschön.

Sütterlin: Kerntechnische Anlagen, wie es das Lager ist, besitzen aufgrund der Behälter einen inhärenten Schutz gegen Wirkungen im Zusammenhang mit Sabotageakten. Bei Sabotageakten kann ich Ihnen selbstverständlich nicht im Detail sagen, welche Maßnahmen im einzelnen durchgeführt werden, da gerade die Geheimhaltung eines derjenigen Dinge ist, die einen potentiellen Angreifer vor Überraschungen bzw. vor nicht lösbare Probleme stellt. Es werden jedoch, das ist sicherlich kein Geheimnis, auch die Untersuchungen mit panzerbrechenden Waffen gemacht und es zeigt sich, daß die Auswirkungen, die dabei auf den Behälter auftreten, nicht zu einer Freisetzung von radioaktiven Stoffen führen. Wir haben nun diese Behälter in einem Lager, wo mehrere Behälter drin sind, und um dieses Lager herum wird ein Zaun gezogen, damit man erstmal weiß, an dieser und jener Stelle beginnt dieses Lager und man detektiert Eindringende in diesen Bereich. Hierzu werden entsprechende technische Detektionssysteme verwendet und diese technischen Detektionssysteme werden ergänzt durch sogenannte administrativ-organisatorische Maßnahmen. Das bedeutet, daß man innerhalb der Anlage noch zusätzliche Bewachungen durch ein - durch Personen hat. Insgesamt - (hustet) Entschuldigung - insgesamt ist die Methode,

die hier angewandt wird, in andern kerntechnischen Anlagen berei-
- schon lange Stand der Technik und hat sich recht gut bewährt.
Neuerungen werden hier nicht durchgeführt, sondern es wird auf
bewährte Einheiten zurückgegriffen.
Haben Sie spezielle Fragen in diesem Zusammenhang?

Heintz: Herr Jünemann hat eine Frage.

Jünemann: Jünemann. Kann ich Ihren Worten entnehmen, daß der Bauantrag,
der für den Zaun hier gestellt worden ist, den üblichen Zäunen
auch für kerntechnische Anlagen entspricht und daß Sie generell
heute schon Aussagen machen können, wie so ein Zaun aussehen muß?

Sütterlin: Ober - Ich bin Sachverständiger zu Zäunen. Ich möchte die Frage,
welcher einzelne Zaun hier im Detail mit welcher Maschenweite,
welcher Höhe, gemacht wird, vielleicht an den Herrn Vorsitzenden
geben. Es ist, Ihre Frage hatte ich so verstanden, daß ich - ob
ich eine Aussage machen kann zu dem, daß bei Anwendungen der
gebräuchlichen Zäune eine - eine positive Beurteilung erfolgen
wird.

Jünemann: Ja, Sie sprechen jetzt vom gebräuchlichen Zaun. Ich gehe davon aus,
daß für den Zaun hier schon ein Bauantrag vorliegt, kann man da
schon was zu sagen oder?

Sütterlin: Ich hab' keinen gesehen.
Ja.

Heintz: Ich kann zu dem Bauantrag des Zaunes, das ist ja eine bauliche Maß-
nahme, im Moment kann ich selbst nicht sagen. Ich würde den Antrag-
steller fragen,

Straßburg: Ja

Heintz: ...ob er schon hat.

Straßburg: Herr Jünemann, die Frage kann klar beantwortet werden. Der Antrag
liegt vor, und es handelt sich um einen Zaun für 'ne kern - also 'n

kerntechnisch üblicher Zaun. Oder 'n Zaun für 'ne kerntechnische Anlage, wie er ja üblicherweise verwandt wird.

Jünemann: Ja, vielleicht noch eine Frage an den Sicherheitsfachmann. Sind Sie der Meinung, daß der Zaun zunächst gebaut werden sollte, bevor man das Lager baut oder - ich meine, aus Ihrer Erfahrung heraus.

Sütterlin: Das ist eine Frage der Sicherungstaktik. Wenn ich irgendein Gebäude errichte, in dem - das überhaupt nichts mit Kerntechnik im Grunde genommen zu tun hat, beispielsweise den Rohbau der Anlage, der wird ja erst dadurch zu 'ner kerntechnischen Anlage, daß ich die Fässer reinlagere. Brauch' ich im Grunde genommen 'nen Baustellenzaun, aber ein Sicherungszaun ist da völlig überflüssig.

Jünemann: Ja, wenn Sie es darauf beschränken, ja; nicht?
Aber Sie haben gestern ...

Sütterlin: Ich

Jünemann: Sie haben gestern gesehen, daß man den Termin darauf nicht beschränken kann.

Sütterlin: Ich war gestern leider nicht hier und kann Ihnen dazu leider nichts sagen. Aber das ist außerdem logisch, denn die Sache wird erst durch die Einlagerung der Behälter zu 'ner kerntechnischen Anlage. Vorher ist das 'n ganz normales Betongebäude, und 'ne Betonhalle wie jede, wie verschiedene andere Hallen auch.

Jünemann: Es steht also den - dem Betreiber frei, in welcher Reihenfolge der das macht?

Sütterlin: Meiner Ansicht nach, ja.

Heintz: Bitteschön, Herr Winkelmann.

Winkelmann: sich keinen Illusionen hinzugeben, wir - wie wir hier im

Kreise Lüchow-Dannenberg mit diesen Kanaken leben, also wenn Sie keinen Zaun, also Sie haben einen Stein hinggebracht nach Gorleben, um die Halle zu bauen; denn sind die schon da und holen den Stein wieder ab. Also Sie müssen sofort einen richtiggehenden Zaun um die Anlage machen.

Sütterlin: Sehen Sie, das ist ein - meiner Ansicht nach ein Punkt der Baustellensicherung, des Diebstahles, und ich meine auch, daß hierüber - hierfür ganz im Verantwortungsbereich des Errichters, wie er - wie man beispielsweise ein Wohnhaus baut, das man auch sichert, damit nicht irgendwelche Heizkörper entwendet werden oder hier 'n Stein oder da 'n Stein. Das sind meiner Ansicht nach völlig andere Gesichtspunkte. Hier geht es darum, daß verhindert und nicht verhindert, sondern daß gemerkt wird, wenn ernsthaftere - ernsthaftere Bedrohungen für das Inventar dieses Lagers auftreten. Nach - aufgrund meiner Erfahrung kann ich Ihnen nur sagen, im Grunde genommen ist das eine Anlage, da müßte ein Saboteur schon reichlich schizophran sein, um damit überhaupt was zu machen; denn das Gefährdungspotential dieser Anlage ist weit, weit abseits von demjenigen, was wir bei anderen Anlagen haben. Uns - trotz - obwohl diese großen Diskrepanzen da drin liegen, ist man der Meinung, daß trotzdem noch ein detektierendes Feld um die Anlage herum aufgebaut werden muß.

Winkelmann: Was verstehen Sie unter

Sütterlin: Ein detektierend - man muß irgendwie merken, wenn da jemand herein- kommt. Aber, das ist meine persönliche Meinung, die kann ich auch nachrechnen und nachweisen, daß es gefähr - daß die Leute, die das machen - ich weiß jetzt nicht, ob das eine Beleidigung ist - schon ziemlich bekloppt sein müssen,

Winkelmann: Das sind se auch!

..wenn sie diese Anlage angreifen, weil der Wirkungsgrad - der Wirkungsgrad der schädigend - der potentiell schädigende Wirkungsgrad dieser Anlage - der ist klein - der bringt nichts.

Winkelmann: Aber es wird trotzdem gemacht. Verlassen Sie sich drauf!

(Gelächter)

Heintz: Darf ich darauf hinweisen, daß die Einrichtung des Baustellenzaunes eine Sache für sich ist, die mit der Polizei hier vor Ort abgestimmt werden muß. Ich möchte aber Herrn Winkelmann bitten, in der Wortwahl etwas sorgfältiger vorzugehen. Diese Worte gehören hier nicht her.

Gibt es hier noch ergänzende Fragen?

Ja, das ist nicht der Fall - hoppla ! (Mikrophon versagte kurzzeitig)
Das ist nicht der Fall.

Schönen Dank, Herr Sütterlin.

Zunächst dann der Antragsteller - zu dem Thema Einwirkung Dritter.

(Zwischengespräche am Tisch des Antragstellers)

Hier darf ich eine gewisse Ratlosigkeit feststellen.

Ich hatte mir hier vorgestellt, daß Sie vielleicht ein - einige Hinweise geben können, z.B. über den - über die Vorstellung eines Werkschutzes oder dergleichen, allgemeine Dinge, die von Interesse sein könnten.

Straßburg: Ja, Ich darf auf zwei Punkte eingehen, das eine ist die - die Sicherung der Anlage selber. Hierzu darf ich sagen, daß Angaben im Sicherheitsbericht bewußt fehlen, das ist gesetzlich so vorgesehen. Untersuchungen und Vorge - Vorkehrungen gegen Einwirkungen von außen sind in einem gesonderten Band zusammengestellt. Dieser unterliegt, wie der Sachverständige eben generell ausgeführt hat, der Vertraulichkeit, das heißt also in Deckungsmaßnahmen, Alarmmaßnahmen wie auch Schutzmaßnahmen, seien sie administrativer Art, sind zwar beachtet, untersucht, der Genehmigungsbehörde unterbreitet, aber wie gesagt, keiner öffentlichen Erörterung zugänglich.

Zum weiteren, Einwirkungen von außen, zählt auch das Problem der Kriegseinwirkungen, hier sind mehrere Einwendungen eingegangen und wir meinen, auch hierzu generell Stellung nehmen zu sollen.

Es ist festzustellen, kerntechnische Anlagen werden in zahlreichen Ländern auf der Welt gebaut, sowohl im Westen als auch im Osten. Jeder Staat muß sich mit der Frage auseinandersetzen, was im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung, welche Folgen hier von kerntechnischen Anlagen ausgehen. Das Ziel der Bundesregierung ist die Friedenspolitik, das heißt, überhaupt einen Krieg zu verhindern, unabhängig davon, ob atomar oder konventionell. Entsprechend ist die Politik zahlreicher europäischer Nachbarstaaten, in denen auch kerntechnische Anlagen schon bestehen und weiter gebaut werden. In der Bundesrepublik hat sich mit diesem Problem eingehend sowohl der Verfassungs- als auch der Gesetzgeber auseinandergesetzt. Eine Frage, die sich in jedem Industriestaat stellt. Die friedliche Nutzung der Kernenergie ist mit der Verfassung vereinbar, so auch durch zwei Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts aus jüngster Zeit festgestellt. Wir können die Sorge verstehen; gleichwohl, die friedliche Nutzung der Kernenergie ist vereinbar mit der Verfassung und den Gesetzen.

Heintz: Schönen Dank. Wird dazu noch das Wort gewünscht?
Herr Poggendorf.

Poggendorf: Meine Name ist Poggendorf. Ich hätte mal eine Frage. Beim Einsturz des vorgesehenen Gebäudes, ganz gleich aus welchen Gründen, nun, auf die im Lager vorhandenen Behälter, entsteht dort ein Wärmestau und wie lange ist dieser Wärmestau unter sicherheitstechnischen Gründen vertretbar, wann muß Abhilfe geschafft werden, nicht wahr, um hier keine Gefahren für die Sicherheit und Ordnung und für die Umgebung entstehen zu lassen?

Straßburg: Vielen Dank, Herr Oberkreisdirektor, für Ihre Frage. Diese Frage betrifft den Fragenkomplex, den wir jetzt vorhaben und zwar Störfälle. Ich würde aber anregen, daß wir direkt auf Ihre Frage hier jetzt antworten.

Heintz: Ich bin damit einverstanden.

Straßburg: Ich beuge - gebe die Frage zur Beantwortung an Herrn Gasteiger.

Gasteiger: Wir haben eine Reihe von Einwendungen zu diesem Fragenbereich, die sich im Grunde mit den Worten überschreiben lassen:
Versagen der Kühlung.

Der - die Einwender sind immer von der Modellvorstellung ausgegangen, daß die Lagerhalle über den Transportbehältern einstürzt, aus welchen Ursachen auch immer. Es ist richtig, daß die Halle - nicht die Halle selbst - nicht gegen Flugzeugabsturz, auch nicht gegen gravierende Erdwü - Erdbebeneinwirkungen ausgelegt ist. Wir haben im Sicherheitsbericht ausgewiesen einen - eine sehr konservative Betrachtung, nämlich die adiabatische Aufheizung der Transportbehälter, die sich für eine mittlere - für einen mittleren Beladungszustand der Transportbehälter - mittlere Beladungszustand heißt hier 1,5 Jahre Abkühlzeit - dazu 35°C pro Tag - ergibt. Dies ist eine sehr konservative Rechnung. Adiabatische Aufheizung ist auf jeden Fall die alleroberste Grenze, die man hier errechnen kann.

..... Erklär mal 'adiabatisch' (Bemerkung am Tisch des Antragstellers)

Adiabatisch bedeutet, daß der Behälter vollständig isoliert ist und keine Wärmeabfuhrmöglichkeit nach außen gegeben ist. Sie werden mir sicherlich zugeben, daß im Grunde für Extremfälle eine realistische - eine realistischere Betrachtung dieses Problemkreises auf jeden Fall erforderlich ist, und ich möchte hierzu anfügen, daß wir Versuche durchgeführt haben, bei denen der Transportbehälter allseitig mit 8 cm Glaswolle isoliert war. 8 cm Glaswolle entsprechen bezüglich der Wärmeleitfähigkeit einer Materialdicke Beton von über 2 m. Wenn man dies transformiert auf Bauschutt, der ja eine niedrigere Dichte hat und auch Lufteinschlüsse, die die Wärmeleitfähigkeit verringern, so sind dies immer noch etwa 70 cm Bauschutt - gleiche Wärmeleitfähigkeit wie 8 cm Glaswolle. Bei diesen Versuchen wurde eine Temperaturerhöhung um knapp 70°C als Gleichgewichtszustand nach einer Zeit von etwa 130 Stunden erreicht.

Ich meine, wir haben mit diesem Experiment zunächst einmal nachge-

wiesen, daß im realistischen Wärmeabfuhrfall keine Aufheizung über unbestimmte Zeit erfolgt, sondern aufgrund der technisch-physikalisch oder naturgegebenen, immer vorhandenen Wärmeabfuhrmöglichkeiten wiederum ein Gleichgewichtszustand sich einstellt. Man kann sehr leicht abschätzen, daß wir diese 70 cm Bauschutt, von denen ich im Augenblick ausgegangen bin, nicht erreichen können, aufgrund der Material - der Mengen und Massen, die an Baumaterialien zur Verfügung stehen, so daß auch dieser Versuch als konservative obere Abgrenzung der teilweisen Störungen der Nachwärmeabfuhr aus diesem Transportbehälterlager unter diesem unterstellten Ereignis " Einsturz der Lagerhalle " gesehen werden kann. Falls es noch Zusatzfragen dazu gibt, wir können es gerne vertiefen.

Heintz: Hier besteht eine Unklarheit, Herr Blechschmidt...

Blechschmidt: Ich weiß nicht, haben Sie etwas über die Zeit gesagt, oder habe ich das nur nicht mitbekommen?

Gasteiger: Vielleicht ist das jetzt bei der Rede nicht im richtigen Zusammenhang rausgekommen. Ich glaubte ausgeführt zu haben, bei dem Experiment mit 8 cm Glaswolle stellte sich der Gleichgewichtszustand etwa bei 120 bis 130 Stunden ein mit einer Temperaturerhöhung von etwa 70°.

War das - war das die

Heintz: Das war die Zwischenfrage. Herr Poggendorf.

Poggendorf: Ja, ich weiß nicht, ob ich Ihre Ausführungen richtig verstanden habe, aber das, was Sie ausführten, bezog sich auf Messungen und Untersuchungen, die Sie an einem einzelnen Behälter ausführten, wenn ich das richtig sehe. Mich würde interessieren, nicht wahr, wie sieht - sehen die Temperaturverhältnisse im Falle eines Zusammensturzes des Gebäudes aus, wenn dieses Gebäude, diese Lagerhalle vollständig, nicht wahr, mit Brennelementen belegt ist.

Gasteiger: Das ist zunächst sicherlich richtig. Das Experiment befaßte sich mit einem einzelnen Behälter. Allerdings die Schlußfolgerung, die

ich aus diesem Experiment gezogen habe, bezog sich auf die Gesamtanordnung. Ich glaubte, deutlich gemacht zu haben, daß über die Massen- und Volumenbetrachtungen der zur Verfügung - der für den Einsturz zur Verfügung stehenden Halle weniger als 70 cm Bauschutt überhaupt möglich sind, und es ist nicht möglich, daß sich dieser Bauschutt quasi kontinuierlich als Hülle um diese Transportbehälter herumlegt. Ich möchte hier nur erinnern, daß die Dachstärke der Halle nur 20 cm beträgt. Wenn die auf die Behälter fällt, fällt die größte Menge zwischen die Behälter. Selbst wenn hier eine Decke liegen bleibt; auf einem einzelnen Behälter sind das nur 20 cm Materialstärke. Hinzu kommt, daß die Behälter, die dann meistens in so einem Untergrund von mehr oder minder feinkörnigem Schutt stehen mit ihrem wesentlichen Oberflächenanteil in der freien Luft sich befinden und insofern - dieses Experiment mit der totalen Umschließung - mit der totalen Isolierung dieses Behälters diesen Fall auf jeden Fall abdeckt.

Heintz: Eine Zusatzfrage, Herr Winkelmann.

Winkelmann: Eine Zusatzfrage. Haben wir die Sache nun so zu verstehen, wenn die Decke runtergefallen ist, auf diese Behälter, nach 130 Stunden, 70°C an der Oberfläche, also daß man da kaum noch anfassen kann, überhaupt nicht mehr anfassen kann. Ist das so zu verstehen?

Gasteiger: Die 70°, die ich nannte, bzw. - waren die Temperaturdifferenz, die sich einstellt zwischen dem normalen Betriebszustand, also intakte Halle, und der - dem späteren Zustand der eingestürzten Halle, als obere Grenze.

Wir haben im normalen Betriebszustand etwa eine Oberflächentemperatur von etwa 80° bei maximaler Belager - Beladung der Transportbehälter, so daß sich hieraus als oberste Grenze, muß - möchte ich nochmals betonen, eine Oberflächentemperatur von 150° einstellen könnte. Die Beladung der Transportbehälter wird im allgemeinen nicht den - also wenn man es realistisch betrachtet, nicht den maximalen Randbedingungen genügen, und es ist sicherlich genauso unwahrscheinlich, daß dieser Einsturz der Halle genau zu dem Zeitpunkt

erfolgen würde, wenn mit maximaler Belegung der einzelnen Transportbehälter gerade die gefüllte Halle vorliegt.

(Gemurmel)

Vielleicht sollte ich noch eine ganz kurze Korrektur anbringen. Diese 80°, die ich nannte, als Temperatur im Normalbetriebszustand bezieht sich auf den Deckelbereich. Wir können in den Zwischenzonen, zwischen den Behältern, aufgrund der Wechselwirkungen der Behälter untereinander etwa auch 82° bekommen, aber dies wäre dann nicht der Bereich, der von diesem - von der eingestürzten Halle betroffen wird.

(Gemurmel)

Heintz: (leise) ..das kommt noch, das ...

Ja - wird noch das Wort gewünscht zu diesem - zu dieser Betrachtung? Wir sind damit mitten in den Störfällen, und ich versuche gerade herauszufinden, wie wir das fortsetzen. Mein Vorschlag wäre, daß wir den Punkt nehmen 2.4.3, das sind Erdbeben, Erdfall, wo ja auch der Einsturz der Halle als Folge zu erwarten ist. Ich würde also da weiter fortfahren wollen, weil das sich grade hier anschließt. Ich habe da Einwendungen im einzelnen gesehen, wo gesagt wird, daß Lagerhalle und Behälter nicht gegen Erdbeben und Erdfall ausgelegt sind. Erdfall ist das Einstürzen einer unterirdischen Kaverne zum Beispiel.

Dann wurde ein Hinweis gegeben auf den Arendsee, auf die Tiefbohrung 1003 und Erdbeben in Soltau 1977 und fehlende geowissenschaftliche Veröffentlichungen, das heißt also das Basiswissen für die Störfallbetrachtung wurde als unvollständig angesehen.

Und dann wurde bemängelt, daß nach einem Erdbeben, wenn man sich vorstellen kann, daß die - das Hallendach einstürzt, es keine sichere Wärmeabfuhr mehr geben wird, es kommt sogar, wie vermutet wird, zum Brennstoffschmelzen und zur katastrophalen Verseuchung weiträumiger Flächen.

Nun, über den Halleneinsturz und die dann zu betrachtende Wärmeabfuhr haben wir schon näheres gehört.

Ich würde den Antragsteller bitten, diese Dinge zu ergänzen im Hinblick auch auf die Möglichkeit dieser Szene; herkommend von den seismischen Fragen und der Möglichkeit der Erdbeben. Sind Sie darauf eingestellt, jetzt in

Janberg: Selbstverständlich. In der Tat ist die Lagerhalle nicht gegen Erdbeben speziell ausgelegt, da der Behälter selbst die Sicherheit des Lagers gewährleistet für den Fall eines Erdbebens. Der Zusammensturz der Lagerhalle beeinträchtigt die Sicherheit gegen Rückhaltung radioaktiver Stoffe keinesfalls, wie vorhin von Herrn Gasteiger dargelegt wurde. Bei Erdbeben, wie auch immer sie bisher beschrieben wurden, kann man davon ausgehen, daß die dabei auftretende Beschleunigungen Bruchteile der Erdbeschleunigungen sind. Die Behälter selbst wurden bei den Fallversuchen getestet, und dabei traten Beschleunigungen bzw. Verzögerungswerte auf, die mehr als das 100fache der Erdbeschleunigungen betrugen. Insofern ist absolut sicher, aus unserer Sicht, daß selbst bei einem großen Erdbeben die Behälter keinen irgendwie gearteten Schaden nehmen können aufgrund der dann auftretenden Beschleunigungen. Es kann auch keinesfalls, wie Herr Gasteiger vorhin ausführlich erläutert hatte, zum Brennstoffschmelzen und damit zu einer eventuellen Verseuchung kommt. Ich glaube, damit -

(Gemurmel)

... wenn Sie ...

Heintz: Bitte ...

Janberg: Pardon, wenn Sie noch wünschen - die Intensität des Bebens bei Soltau wird in der Literatur mit fünf - vier bis fünf angegeben meines Wissens. Aber, das sind immerhin noch Bruchteile der Erdbeschleunigung. Auswirkungen auf den Behälter sind nicht möglich.

Heintz: Ich möchte nun nicht hier weiter eindringen auf grundsätzliche geologische Fragen, die für diesen Standort anzustellen sind. Es sind aber einige Mängel hier noch aufzuzeigen.

Da wird also gesagt, daß der Standort nicht der seismotektonischen Forderung entspräche, daß eine kerntechnische Anlage innerhalb eines stabilen geologischen Blocks liegen muß.

Fragen über die Eignung des Baugrundes.

Und außerdem ist gesagt, daß im Sicherheitsbericht die Auflistung der Erdbeben unvollständig ist; ein Erdbeben haben Sie hier eben schon mal erwähnt

und ein Radius von 60 km absichtlich nicht auf 70 km ausgedehnt wurde, um gewisse Dinge nicht in Betracht ziehen zu müssen.

Haben Sie darüber eine Äußerung?

Straßburg: Hierzu wird Herr Samel, zu beiden Fragen, Stellung nehmen.

Samel: Mein Name ist Samel.

Zum ersten Punkt: Die unvollständige Auflistung der Erdbeben; Wittstock-Havelberg, daß die Intensität und der genaue Ort des Bebens, ist in der Literatur umstritten. Es existiert letztendlich darüber nur ein Lied, was die Intensität betrifft, und deshalb haben wir dieses Erdbeben in unserem Sicherheitsbericht nicht aufgeführt. Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß das größte Erdbeben für Sicherheitsfragen entscheidend ist, und das Beben Wittstock-Havelberg kann unter diesem Aspekt ausgeschlossen werden.

Weiterhin ist gesagt worden, daß der Standort für das Transportbehälterlager in einer seismisch-umstrittenen Zone liegt. Wir sind nicht der Meinung, daß dieses richtig ist. Der Standort ist durch die Bohrung 1003 und durch eigene Bohrungen bezüglich des Baugrundes unserer Meinung nach sehr gut erschlossen und aufgrund der Bohrerergebnisse der Tiefbohrungen schließen wir im Bereich des

Standortgeländes einen Einsturz aus. Oberhalb des Salzstockes befinden sich mehr als eine - befindet sich eine mehr als 100 m mächtige Tonschicht und darüber sind weitere Locker-Gesteine, insbesondere Kiese und Sande; und aufgrund dieser Salzstocküberlagerung sind wir der Meinung - kann es eine plötzliche Geländeabsenkung überhaupt nicht geben, also ein Erdfall in dieser Hinsicht ist ausgeschlossen nach unserer Meinung, den man sich ja als trichterförmigen Einsturz vorstellen muß. Wir meinen, daß der Standort aus geologischer Sicht für ein solches Transportbehälterlager im Gegenteil sehr geeignet ist.

Sind noch weitere Fragen zu dem Komplex?

Ich könnte auch noch auf das Soltau-Gut... Erdbeben eingehen, das hat aber, glaube ich, Herr Dr. Janberg schon erwähnt.

Heintz: Möchte hierzu jemand noch eine Frage stellen zu dem Fall Erdbeben - Erdfall?

Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu dem Kapitel 2.4.2 - Flugzeugabsturz.

Ich lese das gleich selbst vor. Wir subsumieren hierunter mechanische Einwirkungen und den Brand nach Flugzeugabsturz.

Mechanische Einwirkungen, die Lagerhalle ist nicht gegen Flugzeugabsturz ausgelegt. Eine Sache, die schon öfters vorgekommen ist heute.

Halleneinsturz durch umfallende Behälter, ein - der sogenannte Dominoeffekt und,

Trümmer behindern die Wärmeabfuhr - auch dieses wurde schon mal angesprochen.

Der Beschußversuch ist nicht repräsentativ, das benutzte Projektil ist nicht repräsentativ, ein Jumbo stellt eine höhere Belastung dar, es muß ein Stoßblast-Zeit-Diagramm aufgestellt werden,

es muß unterstellt werden, daß die Wrackteile einen Behälter treffen, der im Wartungsraum nur mit Primärdeckel abgestellt ist,

es muß unterstellt werden, daß abstürzende Militärmaschinen mit Kampfstoffen und Bomben beladen sind.

Der Antragsteller.

Straßburg: Ja. Wir nehmen gerne hierzu Stellung.
Herr Gasteiger.

Gasteiger: Ich möchte der von Ihnen vorgegebenen Reihenfolge folgen.
Die Lagerhalle ist in der Tat nicht gegen Flugzeugabsturz ausgelegt. In den Einwendungen wird daraus abgeleitet, daß es zu einer Störung der Nachwärmeabfuhr hierdurch kommen kann. Es gelten hier völlig analog die vorhin gemachten Aussagen bezüglich des Einsturzes der Halle bei Erdbeben. Dieser Fall ist ebenfalls durch die von uns durchgeführten Experimente mit einem isolierten Transportbehälter abgedeckt.

Die mechanische Lasteinwirkung durch den Flugzeugabsturz wird durch den Transportbehälter selbst, ebenfalls durch Versuche nachgewiesen, abgetragen.

Es gibt den weiteren Hinweis, der möglicherweise umfallenden Behälter, der sogenannte Dominoeffekt. Im allgemeinen wird die übertragene Energie nicht ausreichen um eine größere Anzahl von Behältern entsprechend dem Dominoeffekt umfallen zu lassen. Dieses liegt daran, daß die Massenverhältnisse und die Grundflächenverhältnisse dem - dem entgegenstehen. Selbst wenn aber ein oder zwei oder auch drei Behälter kippen würden, es kommt nicht zu einem totalen Umfallen aus geometrischen Gründen. Die Nachwärmeabfuhr würde dadurch nicht gestört werden.

Ein größeres Bündel von Einwendungen bezieht sich auf die Repräsentativität der durchgeführten Beschußversuche zur Simulation des Flugzeugabsturzes auf den Transportbehälter.

Insbesondere sind Einwendungen vorgebracht, die in Frage stellen, ob das Projektil von Geschwindigkeit und Masse den realistischen Fall widerspiegelt. Hierzu ist anzumerken, daß diese Experimente

durchgeführt wurden auf der Basis der von der RSK vorgegebenen Stoßblast-Zeit-Funktion. Diese Stoßblast-Zeit-Funktion ist nur sinnvoll begründbar, wenn man drei Parameter, nämlich Geschwindigkeit des Projektils, die Masse des Projektils und auch die Einwirkungsfläche gleichzeitig bewertet. Insofern kann man nicht davon ausgehen, daß ein Jumbo, der hier mehrfach zitiert worden ist, der zugegebenermaßen solch eine größere Masse hat, dieser Stoßblast-Zeit-Funktion bezogen auf die Einwirkungsfläche gerecht wird, da dieser Jumbo eine wesentlich größere Fläche betreffen würde und zuzüglich auch sich bei dem Aufprall natürlich in viele Einzelteile zerlegen würde; denn die große Fläche - die große Querschnittsfläche des Jumbo besteht ja aus einer Leichtstruktur, die keinesfalls mit dem Triebwerk einer Militärmaschine, entsprechend den RSK-Auslegungsvorschriften, vergleichbar ist. Unter Anwendung dieses Tatbestandes kann man folgern, daß die durchgeführten Versuche repräsentativ das Stoßblast-Zeit-Diagramm, vorgegeben durch die RSK, widerspiegeln. Insofern ist die Geschoßmasse von einer Tonne mit der vorgegebenen Geschwindigkeit vernünftig gewählt worden.

Bezüglich des Punktes " Abstürzende Militärmaschinen mit Kampfstoffen und Bomben " möchte ich eigentlich nur verweisen auf die Ausführungen, die vorhin durch Herrn Straßburg gegeben worden sind im Zusammenhang mit unserem - mit unserer Ausführung zu kriegerischen Einwirkungen. Soweit derartige Kampfmittel mitgeführt werden, also nicht jetzt unter kriegerischen Gesichtspunkten, sondern bei Übungsflügen, sind diese Lasten, die hierbei auftreten können, ebenfalls erfaßt über die Stoßblast-Zeit-Funktion mit den Randbedingungen, die ich eben genannt hatte.

Ich glaube, daß ich damit die Punkte, die Sie im Augenblick - ich war jetzt nicht ganz sicher, ob Sie den Brand schon angesprochen hatten.

Heintz: Das kommt noch ...

Gasteiger: Das kommt beim nächsten Punkt.
Dann bin ich damit zunächst mal zu Ende.

Heintz: Wird hierzu das Wort gewünscht? Bitteschön, Herr Winkelmann.

Winkelmann: Und zwar zum ersten Teil. Wie weit sind die Behälter voneinander entfernt, wenn sie vertikal nach der Einlagerung aufgestellt sind?

(Zwischengespräch am Tisch des Antragstellers)

Janberg: Herr Rittscher, wieviel sind das ungefähr?

Dieser Mindestabstand ergibt sich aus der Notwendigkeit mit dem Kran und dem am Kran beh - befindlichen Transportgehänge, jeden Behälter einzeln für sich anfahren zu können, ins Transportgeschirr aufzunehmen und dann aus seiner Lagerposition zu entfernen. Um dies ohne Störungen der Position oder, ohne mit dem anderen Behälter zu kollidieren, tun zu können, braucht man ungefähr einen Abstand von etwas weniger als einem halben Meter. Sie stehen also durchaus dicht an dicht.

Frage aus
dem Saal:

Nein, nein. Schauen Sie, so ein Behälter wiegt ja schon etwas, nämlich zwischen 63 und ca. 120 t. Der Schwerpunkt ist ungefähr in der Mitte. Wenn dieser Behälter kippt, aus einem halben Meter Abstand, dann hat er gerade einen sehr kleinen Winkel überwunden und kann nur sehr wenig Energie auf den nächsten Behälter abgeben. Wir haben es grob berechnet, welche Energie übertragen werden müßte bzw. mit welcher Geschwindigkeit ein Behälter auf den nächsten treffen müßte, um auch diesen umzustürzen. Es ist bei einem normalen Umkippen nicht damit zu rechnen, daß der eine den nächsten etc. umwirft. Es sind schon wesentlich höhere Einwirkungen auf den Behälter erforderlich als ein normales Kippen. Auch wenn man z.B. den Kran innerhalb der Halle verfährt mit einem daran befindlichen Behälter und nun mit dem Kran und dem Behälter gegen einen anderen stehenden Behälter fährt, kippt dieser nicht um, weil die Geschwindigkeit, mit der der Kran fährt und die damit übertragbare Energie beim Behälterstoß dafür nicht ausreicht.

Winkelmann: Das wäre also, je dichter je besser dran.

Janberg: Wenn Sie so wollen.

Aber andererseits beachten Sie bitte, ob die Behälter umstürzen oder nicht, es ist sicherheitstechnisch nicht relevant. Aber es würde natürlich dem Betriebspersonal schon einige Mühe machen.

Heintz: Schönen Dank, Herr Janberg. Wird noch hier eine Frage gewünscht?

Dann käme beim Flugzeugabsturz als weitere Folge der Brand. Hier wird gefragt, warum unterstellt der Antragsteller beim Trockenbehälterlager 800°C und 30 Minuten, dagegen beim Faßlager 950°C und 15 Minuten? Beim Absturz einer größeren Verkehrsmaschine ist wegen der größeren Treibstoffmenge mit höheren Flammen, Temperaturen und längerer Brandzeit zu rechnen.

Dann noch, durch den Absturz und den nachfolgenden Brand kommt es zum Undichtwerden der Brennstäbe und der Behälter mit anschließender großflächiger Verseuchung.

Bitte ... Ja ...

Gasteiger: Ja, zu den Einwendungen zum Brandverhalten ist folgendes anzumerken: Die erste genannte Einwendung ist ein - ein Mißverständnis aus der Formulierung des Sicherheitsberichtes, sagen wir, besser aus der Formulierung der beiden vorliegenden Sicherheitsbeschreibungen für's Transportbehälterlager bzw. Faßlager. Wir haben bei dem Transportbehälterlager nicht im einzelnen analysiert, welche Brandrandbedingungen an dieser Stelle eintreten könnten. Wir haben den Brand entsprechend den üblichen - dem - dem üblichen Vorgehen bei Störfallbetrachtungen nach Flugzeugabsturz ebenfalls unterstellt, und im Sicherheitsbericht steht die Formulierung, daß dieser Brand durch die durchgeführten, durch die nach den Bestimmungen durchgeführten Brandexperimente abgedeckt ist. Diese Bestimmungen beinhalten die 800° und 30 Minuten. Wir haben aber gestern bereits ausgeführt,

(für sich: ..bin jetzt gar nicht sicher, daß wir das gemacht haben -)

daß bei dieser - bei der Prüfung dieser Transportbehälter auch diese

Temperaturen überschritten worden sind, was mit den experimentellen Gegebenheiten bei der Durchführung derartiger Versuche zusammenhängt. Beim Faßlager haben wir in der Tat noch die Wertepaare 950° Brandtemperatur und 15 Minuten Branddauer unterstellt. Dies ist in Übereinstimmung mit den bei der Betrachtung derartiger Einwirkungen bei kerntechnischen Anlagen üblichen Vorgaben. Selbst wenn man nur diese beiden Wertepaarungen, 800° und 30 Minuten bzw. 950° und 15 Minuten betrachtet, so ist dies auch von sich her noch kein Widerspruch; denn es steht in beiden Fällen die gleiche Menge an Brandgut zur Verfügung, das heißt wiederum, daß der Energieinhalt in beiden Fällen gleich ist. Die Branddauer hängt entscheidend ab von der Sauerstoffzufuhr, so daß je nach Abbrandgeschwindigkeit des Kerosins in diesem Fall sich bei niedrigeren Temperaturen etwas längere Brandzeiten, bei höheren Temperaturen dafür kürzere Brandzeiten einstellen.

Aufgrund dieser - dieses Sachzusammenhangs können wir auch zu der Einwendung einer größeren Treibstoffmenge bei einem Absturz einer Verkehrsmaschine davon ausgehen, daß die Brandzeit sich nicht verlängert, dies liegt noch zusätzlich daran, daß eine größere Kerosinmenge sich auch über eine größere Fläche verteilt, so daß die Brandlast pro Fläche weitgehend identisch bleibt.

Die durchgeführten Brandversuche an den Behältern haben gezeigt, daß die Transportbehälter bei derartiger Temperatureinwirkung dicht bleiben, so daß der Einwand, nach einem solchen Brand würde es zu einer großflächigen Verseuchung der Umgebung kommen, ohne Relevanz ist, da keine Ausbreitung von radioaktiven Stoffen als Folge des Brandes entsteht.

Soweit hier zusätzliche Fragen sind, können wir gerne das vertiefen.

Heintz: Besteht der Wunsch nach einer zusätzlichen Frage?
Das ist nicht der Fall.

Ich möchte da noch eine Frage anschließen, die - zu dem Brandfall allgemein gestellt wurde, nämlich der Hinweis, daß durch größere Flächenbrände, wie z.B. im Jahr 1975, die Naturkonvektion, die ja

im normalen Betriebsablauf die Wärme abführt, beeinträchtigt wird.

Sie hatten dies Thema schon mal berührt, mindestens.
Können Sie dazu noch etwas sagen?

Gasteiger: Ja.

Heintz: Vor allem die Beeinträchtigung der Naturkonvektion durch Waldbrände, die hier nicht ungewöhnlich sind.

Gasteiger: Ja, dazu können wir - dazu können wir folgende Sachaussagen machen. Zunächst zwei Fakten, die aus der Analyse verschiedener Waldbrände, die ja nicht nur hier in Deutschland, sondern - man kann jetzt sicherlich sagen - weltweit stattgefunden haben. Bei Windstille bewegt sich ein Vollbrand mit etwa 60 bis 70 m pro Stunde vorwärts als Flammenfrontgeschwindigkeit.

Heintz: Was - Entschuldigung - was nennen Sie - haben Vollbrand oder Waldbrand ...

Gasteiger: Es ist ein voll brennender Wald.

Heintz: Dankeschön.

Gasteiger: Also wir sprechen über den Waldbrand, aber gemeint ist hier nicht etwa ein Knistern im Unterholz, sondern der Wald steht in seiner Gesamtheit in Flammen.

Heintz: Also ein echter Waldbrand.

Gasteiger: Ein echter Waldbrand!

Die dabei auftretenden Temperaturen - bei Windstille wohl gemerkt - entstehen außerhalb dieser Flammenfront durch Strahlung und sind etwa in 30 m Entfernung im Bereich 50 bis 60°C.

Der andere Fall: Mit vorhandenem Wind hängt natürlich die Vorwärtsgeschwindigkeit dieses Brandes entscheidend von der Windgeschwindigkeit selbst ab. Hier sind in der Vergangenheit Ausbrei-

tungsgeschwindigkeiten dieser Flammenfront zwischen 200 und 1200 m pro Stunde vorgekommen. Der Wind trägt zusätzlich aus dieser Flammenfront in Vorwärtsrichtung Brandgase heraus, und die Gastemperaturen können in diesem Fall bis zu 300°C noch bis zu 50 m außerhalb dieser Flammenfront betragen. Wenn man diese bekannten Fakten nun auswertet, so ist zunächst mal der ungünstigere Fall der Fall mit vorliegendem Wind, und es kann in diesem Fall über die Vorwärtsbewegung des Waldbrandes eine Temperatureinwirkung auf das Transportbehälterlager im Umfang von etwa einer viertel bis einer halben Stunde erfolgen, nämlich wenn der Wind gerade so steht, daß die heißen Brandgase auf die Transportbehälterlagerhalle zugeblasen werden. Hierdurch kann es - oder hierdurch kommt es zu einer zeitlich begrenzten geringfügigen Störung der Nachwärmeabfuhr, Störung der normalen Naturkonvektion in der Lagerhalle. Es kommt auch zu einer Asymmetrie, weil die gegenüberliegende Seite der Lagerhalle von diesen Temperaturen nicht beaufschlagt wird; aber die Temperaturen liegen von - von der Zeit her in etwa in dem Bereich mit dem die Brandversuche für die einzelnen Behälter durchgeführt worden sind, bezüglich der Temperaturen, die hier auftreten können, aber weit darunter.

Insofern gehen wir davon aus, daß auch ein Waldbrand keine Auswirkungen auf die Nachwärmeabfuhr längerfristig hat. Kurzfristige Störungen, Veränderungen können auftreten.

Heintz: Ja. Schönen Dank, Herr Gasteiger. Wird dazu noch das Wort gewünscht? Herr Winkelmann?

Winkelmann: Ja, darf ich nochmal erwähnen, das damals, als dieser Waldbrand hier stattgefunden hat, beim niedrigen Wald durch Ziehen von Schneisen, durch Panzer usw. die Ausbreitung verhindert werden konnte - Hochwald nicht. Aber es würde sich auf jeden Fall emp - empfehlen, um diese Anlage ein gewisses Glacis zu legen, mit - mit Gras zu bepflanzen, denn haben Sie dafür überhaupt keine - keine feuertech-nischen und gar keine Maleschen mehr und zweitens terroristisch auch.

Gasteiger: Was ich eben ausgeführt habe, bezog sich zunächst mal, zugegeben

als theoretisches Modell, auf eine Halle, die mitten im Wald stehen kann. Die Planung sieht aber, wie aus den Unterlagen im Sicherheitsbericht hervorgeht, eine gärtnerische Anlage der Umgebung vor, so daß wir auf jeden Fall zum Wald einen Abstand in der Gegend - Größenordnung von 40 bis 60 m haben. Dieser Abstand reicht aus, um ein Übergreifen von Bränden zu verhindern.

Heintz: Schönen Dank. Eine Zusatzfrage?
 Herr Leitner.

Leitner: Was beabsichtigen Sie, an technischen Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, beispielsweise an Löschfahrzeugen usw.

Sagemühl: Auf dem Gelände selbst sind einige Feuerlöschbrunnen vorgesehen. Die Betriebsmannschaft ist zur - wird zur Brandbekämpfung ausgerüstet. Ob eigene Löschfahrzeuge angeschafft werden oder ein eigenes Löschfahrzeug, das liegt letzten Endes in der Entscheidung der Genehmigungsbehörde, ob sie es für erforderlich hält. Darüberhinaus wird die Freiwillige Feuerwehr in Gorleben durch ein weiteres Löschfahrzeug verstärkt werden.

Heintz: Wird noch weiter das Wort gewünscht?
 Dann kommen wir zu dem Kapitel - Unterkapitel 2.4.1 - Transportunfälle - und Herr Blechschmidt das - wird dafür Sorge tragen.

Blechschmidt: Ja, bei den Transportunfällen werden folgende Einwendungen gemacht und zwar:
 Ein Einwender sagt, daß er in der Nähe der Hauptstrecke der Bundesbahn wohnt.
 Dann heißt es weiter, es ist unzumutbar, daß die Behälter für gewisse Reparaturen abtransportiert werden müssen.

 Dann sagt ein Einwender, der Transport müßte durch seinen Wohnort gehen.

 Andere meinen, daß der Transport durch die ganze Bundesrepublik geführt werden müßte. Es gäbe ein erhöhtes Risiko wegen der Verkehrsdichte,

und schließlich wird auch noch der illegale Zugriff auf das spaltbare Material während des Transportes angesprochen.

Wollen - die Einwender möchten dazu - die Antragsteller möchten dazu Stellung nehmen.

Sagemühl: Herr Gasteiger, bitte.

Gasteiger: Der Einwand bezieht sich auf die Wohnnähe in einer - bei einer Hauptstrecke der Bundesbahn bzw. einer größeren Bundesstraße. Die Vorschriften für die Auslegung von Transportbehältern orientieren sich an der Auswertung verschiedener möglicher Unfallabläufe. Dementsprechend sind auch die durchgeführten Experimente zur Überprüfung der Sicherheit der Transportbehälter ausgewählt, und diesen Experimenten mußten sich auch die Castor-Behälter unterziehen. Sie haben sich diesem Experiment erfolgreich unterzogen. Insofern sehen wir - oder können wir keine Vergrößerung des Transportrisikos durch die Durchführung dieser Transporte sehen. Die Unfallsituationen sind erfaßt und abgedeckt. Hinzu kommt, daß die Strahlenexposition, die durch die Transporte - durch den vorbeifahrenden Transport möglich wäre, in der Größenordnung von 0,03 mrem pro Jahr sich errechnen läßt, wenn man 150 Transporte, das ist die - etwa die jährliche Transportzahl für das Transportbehälter - für das geplante Transportbehälterlager unterstellt und dabei ausgeht, daß die betroffene Person ganzjährig in 10 m Abstand neben dieser Transportstrecke sich aufhalten würde, was sicherlich eine unrealistische Unterstellung ist.

Der weitere Einwand bezog sich darauf, daß Transportbehälter nicht repariert wieder transportiert würden. Dies ist ein Einwand, der aufgrund des gestern bzw. heute morgen diskutierten Barrierenkonzeptes nicht vorkommen wird und nicht vorkommen kann; denn Transportbehälter, die - wenn unterstellt wird, daß eine dieser Barrieren undicht wäre - können an Ort und Stelle entweder abgedichtet oder die Dichtung, sofern es im Sekundärdeckel ist, wieder repariert werden.

Die nächste Einwendung bezog sich auf den unterstellten Zusammenstoß mit einem Tanklastzug. Hierzu ist anzuführen, daß die experimentellen Randbedingungen für die Feuertests an Transportbehältern auf der Auswertung von einer Vielzahl von genau derartigen Ereignissen

nissen beruhen. Aufgrund der zur Verfügung stehenden Treibstoffmengen, der Ausbreitung - der flächenmäßigen Ausbreitung dieser Treibstoffmengen ergeben sich maximale Brandzeiten von 30 Minuten, wobei bei dem Abbrennen von Kerosin die Brandtemperaturen - die Feuertemperaturen in der Gegend von 800° liegen. Dies hängt entscheidend von der Art der Luftzufuhr ab, die sich lokal einstellen kann, und man muß hier sehen, daß die 800° sich nur an wenigen Stellen innerhalb der Flammenfront einstellen können, so daß im allgemeinen die effektiven Temperaturen, denen ein solcher Transportbehälter ausgesetzt ist, weit darunter liegen.

(Zwischengespräch am Tisch des Antragstellers)

Da der - das nächste hier aufgeführte, Stichpunkt " Erhöhtes Risiko wegen Verkehrsdichte " ist nach meinem Dafürhalten eigentlich mit den gerade gemachten Ausführungen schon mit abgedeckt. Ich kann vielleicht noch einmal kurz zusammenfassen, daß die Prüfungs-vorschriften für die Transportbehälter sich auf der Auswertung von tatsächlich vorgekommenen Transportunfällen abstützen und daß die Typenprüfung dieses Transportbehälters entsprechend diesen Vorschriften durchgeführt worden ist.

Vielleicht noch zu einem Punkt, der in einer Einwendung vorkam. Die - der 9 m-Falltest entspricht einer Geschwindigkeit von etwa 50 km pro Stunde, so daß also auch der Aufprall des Transportfahrzeuges mit 50 km pro Stunde auf einen anderen Schwerlasttransport über diese Versuche abgedeckt ist.

Ja, zu dem illegalen Zugriff auf spaltbares Material würde ich eigentlich gerne an Herrn Straßburg nochmal zurückgeben.

Straßburg: Hier kann zunächst gesagt werden, daß das - der beste Einschluß der Brennelemente durch den Behälter selber sichergestellt ist. Wir haben hier schon durch mehrere Ausführungen erfahren, wie schwer es für einen Laien oder auch durchaus für einen etwas Geschulten sein dürfte, den Behälter zu überwinden und an den Kernbrennstoff selber heranzukommen. Im Bereich des Sabotageschutzes bzw. der Einwirkung von außen wird das in dem Konzept berücksichtigt,

was nach den Genehmigungsbestimmungen der Vertraulichkeit unterliegt.

Heintz: Bitte.
Schönen Dank.
Herr Poggendorf.

Poggendorf: Ja, meine Herren, ich hätte ganz gerne, daß Sie vielleicht doch Ihre Angaben nochmal etwas mehr präzisieren, insbesondere auch im Hinblick auf die Verkehrsverhältnisse. Können Sie uns sagen, bei den Schwertransporten, nicht wahr, welches zulässige Gesamtgewicht oder welches Gesamtgewicht diese Transporte haben werden, welche Länge, welche Breite, welche Höhe diese Schwertransporte haben werden? Wie ist die Achslast, nicht wahr, dieser Fahrzeuge und wie verteilt sich das Gesamtgewicht, das transportiert wird, auf die - auf die einzelnen Achslasten?

Sagemühl: Ja, Herr Vorsitzender, wenn wir vorschlagen dürfen, das ist ein Punkt, der ohnehin umfangreich erörtert werden wird unter dem anderen Tagesordnungspunkt "Bedeutung für die Umgebung", daß wir, Herr Oberkreisdirektor, es dann erörtern, wenn diese Tagesordnungspunkte aufgerufen werden.

Poggendorf: Ja, ich meine, wir sind doch gerade dabei ...

Straßburg: Ja, ich schlage auch vor,

Sagemühl: Gut.

Straßburg: ..daß wir der Frage gleich nachgehen.

Sagemühl: Ja, gut. Ja!

..... Zusatzfrage.

Heintz: Ja, dann bitte sofort.
Entschuldigung, hier wird eine Frage gewünscht.

Heintz: Hat die damit Zusammenhang?

Leitner: Mit den Transporten. Ja.

Heintz: Mit den Transporten.
Ja, bitte, dann schlage ich vor, das noch mit einzuschließen.

Leitner: Meine Frage ist, wenn jetzt ein Behälter von 110 t von einen Trägerfahrzeug herunterfällt, welche Möglichkeit gibt es, dieses - diesen Castor-Behälter wieder auf diesen - auf diesen Träger draufzustellen?

Same1: Ja, das waren jetzt mehrere Fragen auf einmal. Ich möchte die Fragen also einzeln nacheinander abhandeln.
Der Antransport der Behälter erfolgt grundsätzlich über - mit der Deutschen Bundesbahn. Als mögliche Anlaufbahnhöfe sind die Bahnhöfe Dannenberg-Ost und Wustrow vorgesehen. Ich habe hier eine Karte *)
- wenn wir die mal dort oben auf den Projektor legen könnten - dann sind dort auch die Straßen eingezeichnet, auf denen sich der Transport abspielen kann.

(Zwischengespräch am Tisch des Antragstellers)

Die Abmessungen - die - der Transport wird also in Dannenberg-Ost bzw. in Wustrow umgeladen von dem Schienenfahrzeug auf ein Straßenfahrzeug. Das Straßenfahrzeug selber hat größenordnungsmäßig 12 Achsen mit jeweils 4 Rädern, Breite zwischen 2,50 m und 2,75 m je nach Gewicht der Behälter. Ab 120 t Gewicht der Behälter ist das breitere Fahrzeug notwendig. Die - der Transport kann auf einer normalen Fahrbahn durchgeführt werden; die vorgeschriebene Transportgeschwindigkeit dürfte bei 20 km pro Stunde liegen. Wir gehen davon aus, daß zwei Begleitfahrzeuge diesen Transport begleiten werden.

Ist damit die Frage nach den Transportfahrzeugen erledigt?

Leitner: Ist ein Gegenverkehr möglich bei ...

Same1: Ein Gegenverkehr ist sicher möglich, da die Fahrzeugbreite nur 25 cm breiter als ein normales Fahrzeug ist. Das Fahrzeug muß sich also

*) Siehe hierzu Abb. 3 im Anhang des Protokolls

nicht in der Mitte halten. Man kann es vielleicht analog vergleichen mit einem gut beladenen Heuwagen, der etwas an den Seiten überhängt, und die können sich auch so an der Straße also auch begegnen. Das ganze Fahrzeug ist natürlich etwas schwerer. Das ist klar.

Heintz: Herr Poggendorf, sind Sie damit zufrieden?

Poggendorf: Ja, nicht ganz.

Die Frage wäre noch, wenn Sie sagen, das Fahrzeug kann also Gegenverkehr gestatten, indem es also seitlich fährt. Werden die Straßen überhaupt in der Lage sein, bei diesen Gewichten, nicht wahr, es sind ja normale Bundes- und Landesstraßen, bei diesen Gewichten an den Seitenrändern, wo sie ja nicht so stark ausgebaut sind, nicht wahr, ein derartiges Gewicht aufzunehmen. Hat man sich darüber Gedanken gemacht?

Samel: Ja, wir gehen davon aus, daß die Straßen, die vorhandenen Straßen nicht ausgebaut werden müssen. Wo der - oder die Transportgenehmigung wird sagen, daß an Stellen, die unübersichtlich sind bzw. über Brücken, sofern welche vorhanden sind, wahrscheinlich der LKW aufgrund seines großen Gesamtgewichtes alleine über diese Brücken fahren muß. Auf den vorgesehenen Strecken sind allerdings diese Brücken nicht vorhanden. Eine gewisse Engstelle ist, wenn die südliche Streckenführung von Mustrów genommen wird, da ist die Straße maximal 5 bis 6 m auf einer Teilstrecke von 2 bis 3 km breit. Da kann es zu verkehrsregelnden Maßnahmen kommen.
Ist damit Ihre Frage beantwortet?

Heintz: Bitteschön.

Winkelmann: Darf ich bei dieser Gelegenheit noch ...

Samel: Entschuldigung. Ich hab' grad gehört, die Gewichtsverteilung auf die Räder entspricht ja einem normalen LKW, insofern sind die Straßen - sind die Drücke, die auf die Straße kommen, also nicht grundsätzlich anders, als wenn ein großer mit Kies beladener LKW dort längs fährt.

(Gemurmel)

Heintz: Die Frage von Herrn Leitner muß, glaube ich, noch beantwortet werden. Stimmt das?
Herr Leitner, die Frage von Herrn Leitner.

Samel: Wie war die?

(Gemurmel)

Janberg: Der Behälter befindet sich in einem Traggestell, dieses ist auf dem Transportfahrzeug selbst verschraubt. Das einfache Runterfallen ist dadurch nicht sehr wahrscheinlich, aber trotzdem sei hier gesagt, daß in solch einem Fall durch mobile Lastkräne wieder auf das Transportfahrzeug gehievt werden kann. Derartiges müssen wir zum Beispiel bei den Vorbereitungen der Fallversuche routinemäßig durchführen. Es dauert natürlich etwas, bis so ein Gerät dann am Ort eines solchen Unfalls wäre. Aber wie ich vorher andeutete, das ist mechanisch-konstruktiv die entsprechende Vorkehrung getroffen, daß so etwas nicht passiert.

Heintz: Herr Winkelmann.

Winkelmann: Darf ich bei dieser Gelegenheit meine Frage von vorhin wiederholen, ob vorgesehen ist, daß ein Gleisanschluß über Lüchow nach Gorleben gelegt wird.

Sagemühl: Ein Gleisanschluß ist im Moment nicht vorgesehen, da für den Betrieb letzten Endes, wenn ein Gleis gebaut werden würde, auch ein entsprechendes Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden - werden müßte, was voraussichtlich fünf bis sechs Jahre dauern würde. Die vorhandenen Straßen, die beschrieben worden sind bzw. noch beschrieben werden, reichen für diese Transporte voll aus.

Heintz: Ja, schönen Dank, Herr Sagemühl. Noch eine Frage, Herr Leitner?

Leitner: Wäre es denn nicht sinnvoll, jetzt von Lüchow auf dem direkten Wege

nicht in der Mitte halten. Man kann es vielleicht analog vergleichen mit einem gut beladenen Heuwagen, der etwas an den Seiten überhängt, und die können sich auch so an der Straße also auch begegnen. Das ganze Fahrzeug ist natürlich etwas schwerer. Das ist klar.

Heintz: Herr Poggendorf, sind Sie damit zufrieden?

Poggendorf: Ja, nicht ganz.

Die Frage wäre noch, wenn Sie sagen, das Fahrzeug kann also Gegenverkehr gestatten, indem es also seitlich fährt. Werden die Straßen überhaupt in der Lage sein, bei diesen Gewichten, nicht wahr, es sind ja normale Bundes- und Landesstraßen, bei diesen Gewichten an den Seitenrändern, wo sie ja nicht so stark ausgebaut sind, nicht wahr, ein derartiges Gewicht aufzunehmen. Hat man sich darüber Gedanken gemacht?

Samel: Ja, wir gehen davon aus, daß die Straßen, die vorhandenen Straßen nicht ausgebaut werden müssen. Wo der - oder die Transportgenehmigung wird sagen, daß an Stellen, die unübersichtlich sind bzw. über Brücken, sofern welche vorhanden sind, wahrscheinlich der LKW aufgrund seines großen Gesamtgewichtes alleine über diese Brücken fahren muß. Auf den vorgesehenen Strecken sind allerdings diese Brücken nicht vorhanden. Eine gewisse Engstelle ist, wenn die südliche Streckenführung von Mustrow genommen wird, da ist die Straße maximal 5 bis 6 m auf einer Teilstrecke von 2 bis 3 km breit. Da kann es zu verkehrsregelnden Maßnahmen kommen.
Ist damit Ihre Frage beantwortet?

Heintz: Bitteschön.

Winkelmann: Darf ich bei dieser Gelegenheit noch ...

Samel: Entschuldigung. Ich hab' grad gehört, die Gewichtsverteilung auf die Räder entspricht ja einem normalen LKW, insofern sind die Straßen - sind die Drücke, die auf die Straße kommen, also nicht grundsätzlich anders, als wenn ein großer mit Kies beladener LKW dort längs fährt.

(Gemurmel)

Heintz: Die Frage von Herrn Leitner muß, glaube ich, noch beantwortet werden. Stimmt das?
Herr Leitner, die Frage von Herrn Leitner.

Samel: Wie war die?

(Gemurmel)

Janberg: Der Behälter befindet sich in einem Traggestell, dieses ist auf dem Transportfahrzeug selbst verschraubt. Das einfache Runterfallen ist dadurch nicht sehr wahrscheinlich, aber trotzdem sei hier gesagt, daß in solch einem Fall durch mobile Lastkräne wieder auf das Transportfahrzeug gehievt werden kann. Derartiges müssen wir zum Beispiel bei den Vorbereitungen der Fallversuche routinemäßig durchführen. Es dauert natürlich etwas, bis so ein Gerät dann am Ort eines solchen Unfalls wäre. Aber wie ich vorher andeutete, das ist mechanisch-konstruktiv die entsprechende Vorkehrung getroffen, daß so etwas nicht passiert.

Heintz: Herr Winkelmann.

Winkelmann: Darf ich bei dieser Gelegenheit meine Frage von vorhin wiederholen, ob vorgesehen ist, daß ein Gleisanschluß über Lüchow nach Gorleben gelegt wird.

Sagemühl: Ein Gleisanschluß ist im Moment nicht vorgesehen, da für den Betrieb letzten Endes, wenn ein Gleis gebaut werden würde, auch ein entsprechendes Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden - werden müßte, was voraussichtlich fünf bis sechs Jahre dauern würde. Die vorhandenen Straßen, die beschrieben worden sind bzw. noch beschrieben werden, reichen für diese Transporte voll aus.

Heintz: Ja, schönen Dank, Herr Sagemühl. Noch eine Frage, Herr Leitner?

Leitner: Wäre es denn nicht sinnvoll, jetzt von Lüchow auf dem direkten Wege

meinetwegen nach Gedelitz - über Gedelitz hin den Weg zu wählen, als einen ganz weiten Weg über Mustrow, über Volzendorf, Großwitzetsee, Preszelle, Rondel.

Sagemühl: Wir haben als Antragsteller die Möglichkeiten der - des Transportes grundsätzlich untersucht und werden sie in der entsprechenden Form den dafür zuständigen Genehmigungsbehörden vorlegen. Zur Genehmigung - denn auch die Transporte sind ja genehmigungspflichtig - und in diesen Genehmigungsverfahren sind ja die gesamten Randbedingungen wie z.B. die - der Zustand der Bundesstraßen zu prüfen. Es ist - es scheint mir wesentlich, darauf hinzuweisen, daß es sich bei diesen Überlegungen um Überlegungen des Antragstellers handelt und nicht irgendeiner Behörde. Die Behörden werden erst dann eingeschaltet, wenn die Transporte im Prinzip zur Genehmigung anstehen mit dem entsprechenden zeitlichen Vorlauf. Diese Überlegungen sind von uns. Allerdings sind wir davon überzeugt, daß sie richtig sind. Und von daher kommen zwei, grundsätzlich zwei Anbindungen in Frage, die Sie auf der Karte sehen, die wir im Anschluß gern bereit sind, näher zu erläutern.

Heintz: Schönen Dank, Herr Sagemühl. Wird noch das Wort gewünscht, hierzu? Ja, wir wären dann dabei, in das letzte Thema dieser Gruppe 2.4 - Störfälle - einzutreten, das sind Versuche und Langzeitversuche und die Kritik über diese Versuche.

Ich möchte fragen, ob es vielleicht jetzt nicht die Gelegenheit wäre, eine Mittagspause zu machen.

Es ist halb ein Uhr - bis 14.00 Uhr.

Denn dieses Thema hat eine - einen - ist etwas umfangreicher und, wir kämen sowieso nicht durch.

Ja, ich sehe weder Zustimmung noch Ablehnung und rufe dann eine Pause aus bis 14.00 Uhr.

P A U S E

14.00 Uhr

Heintz: Meine Damen, meine Herren!
Wir setzen den Anhörungstermin fort und haben jetzt auf dem Programm ein Kapitel über die Versuche und Langzeitversuche. Versuche heißt hier Einwendungen und Bedenken gegen die Prüfungen bisheriger Art an den Typ B(U)-Behältern und Langzeitversuche - da wird vor allen Dingen bemängelt und das ist ein Punkt, der uns alle mit Sorge erfüllt, wie weit hier ein Lager errichtet wird, ohne daß Langzeiterfahrungen in der Trockenlagerung vorliegen.

Ich bitte Frau Warnecke hier die Einwendungen im einzelnen vorzulesen.

Frau
Warnecke: Ja. Zunächst zum ersten Paket - den Fall der Kritik an den Versuchen, nämlich den Typ B(U)-Test.

Ich fasse zusammen:

Die Typ B(U)-Tests wurden ohne Brennelemente gemacht, welche Temperaturen werden bei der Erhitzungsprüfung erreicht; weil die Tests mit leeren Behältern gemacht wurden, kann man keine Rückschlüsse auf das Verhalten vorgeschädigter Brennelemente treffen,

bei Erschütterungen brechen die Brennstäbe, so daß die radiophysikalischen Rahmenbedingungen verändert sind - das soll wohl ein Hinweis auf Kritikalität sein;

die Prüfungen sind im Hinblick

auf die Absturzhöhe, es werden 40 bis 50 m gefordert,

auf die Branddauer - man denkt hier an einen Zusammenstoß mit einem Tanklastzug

und auf die sichere Wärmeabfuhr, z.B. der Behälter stürzt in Moore

unzureichend,

die erforderliche Wassertauchprüfung, es sind hier vom Einwender genannt worden: 90 m und 8 Stunden wurden anscheinend nicht durchgeführt,

es werden keine Falltests mit Serienbehältern gemacht,

die Prüfprotokolle werden vor der Öffentlichkeit zurückgehalten,

ein Absturz aus einer Höhe größer 1 m auf eine scharfe Kante ist durch die Falltests nicht abgedeckt, die Falltests werden - wurden mit frischen Behältern gemacht; alte Behälter sind durch Korrosion und Strahlung geschwächt,

gehört zu den repräsentativen Behälterabschnitten auch der Dichtungsteil (?), man dachte da wohl an den Beschußversuch,

es wird beanstandet, daß die Protokolle der Prüfung nicht veröffentlicht wurden - das hatte ich schon mal gesagt,

für die Dichtungen müssen thermische Belastungen bis zum Versagen derselben zur Festlegung der tatsächlichen Sicherheitsgrenzen festgelegt werden.

Heintz: Ja, schönen Dank, Frau Warnecke.
Der Antragsteller wird gebeten, zunächst einmal hierzu Stellung zu nehmen.

Straßburg: Ich darf Herrn Janberg bitten, die Beantwortung zu übernehmen.

Janberg: Es ist sachlich richtig, daß die Versuche mit Castor-Behältern ohne bestrahlte Brennelemente durchgeführt werden. Im Rahmen der Versuche wird geprüft, ob bei Einsatz von Gewichten, die die Brennelemente innerhalb des Behälters auch simulieren, Schäden selbst bei sehr extremen Versuchsbedingungen auftreten können. Wenn die Antwort lautet, daß Schäden nicht auftreten, ist aber andererseits die Frage des Verhaltens der Brennelemente in den Behältern nicht mehr von Bedeutung, unter einer Voraussetzung, daß sich keine Anordnungen innerhalb des Behälters bilden können, die unter Umständen zu einer Kritikalität führen würden. Dies ist nicht der Fall. Zu einer Kritikalität kann es nicht kommen, das ist schon Bedingung oder Prüfbedingung im Rahmen der Typ B(U)-Zulassung. Insofern haben - hat die Frage, ob die Versuche mit oder ohne Brennelemente durchgeführt wurden, keine zusätzliche Aussagekraft mehr.

Die nächste Frage bezüglich der bei der Erhitzungsprüfung erreichten Temperaturen läßt sich wie folgt beantworten: Der Brandversuch erstreckte sich über eine Zeitdauer von ca. 30 Minuten.

Dabei wurden Flammentemperaturen zwischen 800 und ca. 1200° erreicht. Die Behälterrippen kamen dabei zur Weißglut. Der Behälter selbst mit seinem großen Gewicht hat jedoch eine so hohe Wärmekapazität, daß sich die hohen Temperaturen an der Außenseite auf der Behälterinnenseite praktisch nicht bzw. auch dann nur mit einer erheblichen Verzögerung bemerkbar machen. So steigt die Temperatur auf der Innenseite des Behälters größenordnungsmäßig um 50, ca. 50°.

Die Versuche - die Brandversuche wurden nicht nur mit leeren Behältern gemacht, sondern auch mit Behältern, in denen wärmeerzeugende Brennstäbe untergebracht worden sind, aber keine wärmeerzeugende Brennstäbe aufgrund radioaktiver Freisetzung oder radioaktiven Zerfalls, sondern aufgrund von Widerstandsheizung.

Wir hatten das Verhalten der Brennelemente, auch vorgeschädigter Brennelemente, bereits abgehandelt. Es ist für die Sicherheit des Lagerkonzeptes ohne Bedeutung, ob die Brennelemente im Behälter nach oder vor einem solchen Versuch geschädigt, vorgeschädigt oder sich in einem irgendwie anders gearteten Zustand befinden. Eine Kritikalität kann nicht auftreten, und das Dichtungssystem gewährleistet weiterhin, daß radioaktive Freisetzung aufgrund der Druckstaffelung nicht auftreten.

Die durchgeführten Prüfungen gemäß IAEA-Richtlinien mit einer Fallhöhe von 9 m auf ein unnachgiebiges Fundament sind konservativ, auch im Hinblick auf Abstürze aus größeren Höhen auf realistische Fundamente, wie wir sie z.B. vor oder im Reaktorgebäude selbst haben, wo derartige Behälter auf Höhen von 20, 30 oder 40 m gehoben werden können. Wir haben dies auch in Versuchen im Maßstab 1:1 vor kurzem noch einmal nachgewiesen, wobei wir einen Behälter mit einem Gewicht von 83 t aus 20 m Höhe auf ein nachgebildetes Reaktorfundament haben abstürzen lassen. Es erwies sich dabei, daß die gemessenen Verzögerungen wesentlich niedriger waren, als die beim 9 m-Fallversuch gemessen auf ein unnachgiebiges Fundament.

Bezüglich der Branddauer im Fall eines Zusammenstoßes mit einem Tanklastzug gilt Analoges. Es wurde bereits von Herrn Gasteiger abgehandelt.

Die sichere Wärmeabfuhr ist auch beim Absturz, beispielsweise in einem Moor, ausreichend. Im Moor ist viel Wasser vorhanden. Dieses Wasser ist in jedem Fall für die Wärmeabfuhr geeignet. Es hat die 10-fache Wärmeleitfähigkeit - die 10-fache Wärmeleitfähigkeit im Vergleich zu dem vorab bereits von Herrn Gasteiger geschilderten Versuch, bei dem ein Behälter bewußt mit Glaswolle isoliert worden war. Abgesehen davon stellt sich in diesem konkreten Fall ein solches Problem nicht.

Bezüglich der Wassertauchprüfungen ist zu sagen, daß Druckprüfungen mit dem Behälter durchgeführt wurden. Sie gingen wesentlich über das geforderte Maß hinaus. Insgesamt wurden Behälter bis 160 bar Innendruck geprüft.

Ich könnte hierzu nochmal kurz das Wort auch bezüglich des Absturzes aus 1 m Höhe auf eine scharfe Kante an Herrn Rittscher übergeben.

Herr Rittscher, würden Sie bitte noch Zusätzliches dazu sagen.

Rittscher: Die Tauchprüfung, die hier angesprochen ist, mit 90 m, existiert in den gültigen Transportvorschriften nicht, es ist hier 15 m und 8 Stunden. Diese 15 m entsprechen eineinhalb bar von Überdruck. Bei der Abnahmeprüfung der Behälter sind Drücke größer 10 bar von innen nach außen vorgesehen, so daß hier dieser Punkt abgedeckt ist.

Diese Tauchprüfung in den Transportvorschriften bezieht sich auch auf - im Endeffekt für andere Behälter - für diese Behälter bei diesen Wandstärken nicht relevant. Die Frage nochmal, dem Absturz aus 1 m auf eine scharfe Kante - hat der Einwender gesagt - ist - sieht er nicht abgedeckt. Die Frage ist, die sich hier stellt, was meint er mit einer scharfen Kante. Wenn wir das so interpretieren können, daß wir also bei den Fallversuchen sogar aus 9 m Höhe auf im Endeffekt scharfe Kanten geworfen haben - diese scharfen Kanten waren die Tragzapfen - und dort, ja bei diesen Fallversuchen haben wir auch festgestellt, daß wir keine negativen Einwirkungen auf die Dichtigkeit von dem Behälter haben. Ich glaube, damit ist dieser Punkt abgehakt. Es kann nur eins gesagt werden: Im Lager selbst - es ist auch ein späterer Punkt nochmal - können wir die Behälter

keine 9 m hochheben. Ich glaube dreieinhalb Meter ca., so daß dieser Punkt hier überhaupt nicht relevant ist. Danke sehr.

Janberg: Ich darf dann ergänzend zu den weiteren Fragen Stellung nehmen. Die nächste lautete:
Die Falltests wurden mit frischen Behältern gemacht, alte Behälter sind durch Korrosion und Strahlung geschwächt. Ich darf Ihnen dazu folgendes ausführen: Bereits im Sicherheitsbericht finden Sie die Angaben zur Neutronenemission pro Tonne Schwermetall, wie es im Behälter eingelagert werden soll. Daraus läßt sich die Neutronenbestrahlung pro cm^2 der Innenfläche des Behälters ermitteln. Würde man diese Bestrahlung über einen Zeitraum von 40 Jahren integrieren, so kommt man zu einem Wert von größenordnungsmäßig 10^{13} Neutronen pro cm^2 . Für Sphärogußeisen liegen Bestrahlungsergebnisse vor bis zu einem Wert von rund 10^{19} , bei dem man keine Schädigung feststellen konnte. Darüberhinaus ist es allgemeiner Wissensstand, in der Technik, in der Kerntechnik, daß Strahlenschäden erst oberhalb dieser integrierten Neutronendosis auftreten. Ich wiederhole: 10^{19} einerseits und über 40 Jahre integriert 10^{13} . setzt man diese beiden Zahlen ins Verhältnis zueinander, ergibt sich daraus ein Sicherheitsfaktor von größenordnungsmäßig 1 Million in Bezug auf die integrierte Neutronendosis. Selbst alte Behälter sind also keinesfalls durch Strahlung geschwächt.

Die Korrosion hat keinen Einfluß auf das Verhalten von Sphäroguß, einerseits weil der Behälter im Kopf- und Fußbereich mit einem metallischen nicht korrosiven Überzug versehen ist und im Rippenbereich einen Dekontüberzug aus Epoxydharz besitzt, wie im Sicherheitsbericht ausgewiesen ist. Dieser verhindert Korrosion. Andererseits weiß man aus praktischer Erfahrung in großtechnischer Anwendung seit Dekaden, daß Gußeisen, wenn es ohne einen Korrosionsschutz der Luft oder Feuchtigkeit ausgesetzt ist, sich mit einer Oxidhaut überzieht. Das ist eine sehr dünne Korrosionsschicht, darüberhinaus dann aber nicht mehr weiter korrodiert und insgesamt extrem beständig ist. Korrosion ist also kein Faktor, der über längere Zeiträume hier, vor allen Dingen im überwachten Lager die Funktionsfähigkeit der Behälter reduzieren kann.

Zur nächsten Frage: Gehört zu den repräsentativen Behälterabschnitten auch der Dichtungsteil? Da gibt es nur eine klare Antwort: Ja, selbstverständlich. Dieser wurde bei den Versuchen mitgetestet - im repräsentativen Maßstab.

Dann wurde beanstandet, daß die Protokolle der Prüfungen nicht veröffentlicht werden. Die Ergebnisse der Prüfungen werden selbstverständlich im Sicherheitsgutachten in einer vermutlich komprimierten Form veröffentlicht werden.

Als nächste Frage: für die Dichtungen müssen thermische Belastungen bis zum Versagen derselben - zur Festlegung der tatsächlichen Sicherheitsgrenzen festgelegt werden. Wir haben uns hier darauf beschränkt, festzustellen, welche Temperaturen bei den verschiedenen Störfällen auftreten und haben Angaben gemacht zur Dichtigkeit bzw. Widerstandsfähigkeit der Dichtungen in diesem Temperaturbereich. Diese Angaben sind klar; sie zeigen, daß die Grenzen der Funktionsfähigkeit weder beim Brandversuch noch in der Langzeitbelastung erreicht bzw. überschritten werden.

Ich glaube, damit ist auch diese Frage ansich beantwortet. Wir stehen aber selbstverständlich für weitere Fragen gerne zur Verfügung.

Heintz: Ja, Herr Blechschmidt.

Blechschmidt: Hat jemand zu diesem Problemkreis noch irgendeine Anmerkung gemacht oder eine Zusatzfrage? Das ist offenbar nicht der Fall, so übergebe ich wieder Frau Warnecke das Wort, um den nächsten Fragenkreis hier vorzutragen.

Frau Warnecke: Wir kommen jetzt zum Paket Langzeitversuche. Ich fasse die Einwendungen wie folgt zusammen:
Deckel und Dichtungen sind unter nuklearen Bedingungen nicht erprobt. Man hat mit den Dichtungen nur 20jährige Erfahrungen, besser wären 30jährige. Es wird eine vorlaufende 10jährige Probelagerung gefordert.

Die 2jährigen amerikanischen Erfahrungen mit Brennelementen sind nicht repräsentativ.

Es gibt keine Langzeiterfahrungen mit den Behältern.

Es wird gefragt, ist die Extrapolation zum Langzeitverhalten der Dichtungen wissenschaftlich begründet.

Es wird weiterhin beanstandet, daß keine Erfahrungen mit Zwischenlagern vorliegen.

Blech-
schmidt: Recht vielen Dank. Ich möchte wieder dem Antragsteller die

Straßburg: Vielen Dank ...

Blech-
schmidt: ... das Wort erteilen.

Straßburg: ... Herr Janberg wird hierzu Stellung nehmen.

Janberg: Deckel dieser Art, wie sie hier eingesetzt sind, speziell die Materialien, sind unter nuklearen Bedingungen selbstverständlich auch über längere Zeiträume erprobt. Dies ist jedoch nicht der wesentliche Teil der Frage, da aus den nuklearen Randbedingungen keine Rückschlüsse gezogen werden können auf eine eventuelle Funktionsschädigung der Deckel oder Einflüsse auf die Materialien. Wie wir bereits ausführten, sind die integrierten Neutronendosen vernachlässigbar klein. Bezüglich der Dichtungen hatten wir gestern bereits gesagt, daß sich Dichtungen dieser Art im Langzeitversuch seit ca. 10 Jahren im Laboratoriumsversuch befinden. Weiterhin gibt es unter erschwerten Bedingungen im Temperaturbereich zwischen 30 und 130 bzw. 150° Langzeitversuche über Zeiträume bis 45.000 Stunden, wobei die Temperatur stark gewechselt wurden zwischen 30 und ca. 130° - mehrere Hundertmale im Laufe dieser Zeit. Dies stellte eine extreme Belastung für die Dichtungen dar. Sie haben diese Erprobungen ohne Probleme überstanden. Auf die anderen Angaben bezüglich der Zahl der eingesetzten Dichtungen brauche ich meines Erachtens in diesem Zusammenhang nicht mehr zurückzukommen. Eine zusätzliche Erfahrung mit längeren Einsatzzeiten werden nach dem Stand

der Wissenschaft und Technik hier nicht erwartet. Daher erscheint auch eine 10jährige Probelagerung im Hinblick auf das Verhalten des Deckels bzw. der Dichtungen nicht erforderlich bzw. in der zusätzlichen Aussagekraft nicht förderlich.

Die zweijährigen amerikanischen Erfahrungen mit Brennelementen seien nicht repräsentativ, lautet der nächste Vorwurf. Wir können uns dem nicht anschließen. Diese Ergebnisse sind zumindest repräsentativ für den betrachteten Zeitraum und die betrachteten Temperaturspannen. Darüberhinaus liegen Ergebnisse über das Hüllrohrverhalten bei Temperaturen bis 550° vor. Diese wurden bereits kurz zitiert, und sie stellen eines ziemlich deutlich dar, nämlich, daß der Kriechvorgang bei höheren Temperaturen nicht automatisch zu einem Versagen der Hüllrohre führen muß. In dem bereits berichteten Fall blieben alle Hüllrohre, selbst bei den höheren Temperaturen intakt. Aufgrund der gemachten Versuche, sowohl mit dem Behältermaterial einerseits, unter Bestrahlung, Korrosion, den Deckeldichtungen im Einsatz in den Uran-Diffusionsanlagen von Pierrelatte einerseits, in anderen chemischen Anlagen andererseits, ist nicht damit zu rechnen, daß im Langzeit - im Langzeiteinsatz in den Behältern sich andere Erkenntnisse ergeben werden. Dies ist Stand der Wissenschaft und Technik.

Die Beschußversuche sind unseres Erachtens vollkommen repräsentativ. Die durchgeführten Versuche wurden zwar mit Behälterabschnitten durchgeführt, aber der Kopfbereich, auf den der Aufprall des Geschosses erfolgte, wurde im Maßstab 1:1 nachgebildet; und in Zeitrafferaufnahmen konnte nachgewiesen werden, daß die Energie des Geschosses praktisch vollkommen auf den getesteten Behälterabschnitt übertragen wurde, bevor dieser selbst sich in Bewegung setzte.

Weiterhin konnte nachgewiesen werden - bereits heute morgen in der Diskussion -, daß die Qualitätssicherung eine Garantie für die Wiederholung einer gleichbleibenden Qualität auch bei Serienfertigung darstellt. Es kann keinesfalls hier von einer ungenügenden Statistik die Rede sein.

Ich stehe gerne für weitere Fragen zur Verfügung.

Blech-
schmidt: Danke schön, Herr Dr. Janberg. Möchte hier jemand noch einige Zusatzfragen stellen? Das ist offenbar nicht der Fall.
Herr Prof. Heintz, bitte.

Heintz: Wir kommen zu einem weiteren Fragepaket, das ist der Punkt 3
" die Bedeutung dieses Zwischenlagers für die Umgebung ".

Da ist eine - die Frage oder der Hinweis gekommen, daß die Zahlen, die in der Aufzählung der Bevölkerungsdichte, aufgestellt nach verschiedenen Sektoren, nicht dem neuesten Stand entspricht. Zum Beispiel sind da Einwohner, die in der Nähe wohnen, im Rondel, nicht zu erkennen zahlenmäßig, da ist die Zahl Null angegeben. Ich bitte den Antragsteller, seine Daten hier auf den neuesten Stand zu bringen.

Dann komme ich zu einem weiteren Punkt, den wir bezeichnet haben
" Entwicklungstendenzen ".

Nach der Natur dieser Zusammenfassung sind hier negative Tendenzen aufgezeigt, die ich in Gruppen jetzt zusammenfasse. Zunächst, die erste Gruppe besagt, daß es sich hier bei dem Zwischenlager um den Beginn einer Wiederaufarbeitungsanlage handelt oder prinzipiell um das Eindringen einer neuen Industrie in eine Landschaft, die bisher nur dem Naturschutz und dem Landschaftsschutz und dem Fremdenverkehr diene. Ich fordere den Auftrag - den Antragsteller auf, hierzu sich zu äußern.

Sagemühl: Zum ersten Einwand, im Sicherheitsbericht - die im Sicherheitsbericht genannten Bevölkerungszahlen sind entnommen worden der - der Statistik des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes von 1979, das war die letzte offizielle Statistik. Wir haben heute den Beginn des Jahre 1981. Die Bevölkerungszahlen haben sich letzten Endes praktisch um kleinste Größenordnungen verschoben in der Zeit. Das in dem Sicherheitsbericht angegebene Mittel von 33 Einwohnern pro m² - pro km² ist im Prinzip unverändert geblieben.

Zu der - zu dem nächsten Einwand übergebe ich an Dr. Straßburg.

Straßburg: Die Einwendungen zu den Entwicklungstendenzen sind unterschiedlich, so daß ich hier etwas aufteilen muß. Zunächst kommt - geht es darum, warum man aus dem anfallenden Atom Müll nicht den Schluß zieht, auf die Kernenergie zu verzichten. Hierbei handelt es sich um eine politische Entscheidung, weniger um eine Frage zum Projekt. Wie Sie wissen, hält die Bundesregierung die weitere friedliche Nutzung der Kernenergie für unverzichtbar. Der Energieverschwendung soll Einhalt geboten werden; das können wir auch selber nur unterstützen. Durch das Zwischenlager, wird befürchtet, den Beginn einer kerntechnischen Industrialisierung. Dieses - zum Lager selbst ist festzustellen, es handelt sich um nur das Projekt, was sich hier im Genehmigungsverfahren befindet. Dieses ist für sich eine - lassen Sie mich das sagen - Überwiegend passive Tätigkeit, nämlich die Einlagerung der woanders beladenen Behälter. Eine hier angesprochene weitergehende kerntechnische Industrialisierung wird durch dieses Projekt nicht bedingt. Gleiches gilt für die darüberhinaus befürchteten unerwünschten giftproduzierenden Industrieanlagen. Das Lager braucht keine solche ergänzenden oder sonstigen Hilfsindustrieanlagen.

Nun zum entscheidenden Einwand, nämlich, das Zwischenlager stelle den ersten Bauabschnitt, heißt es hier, zu einer Wiederaufarbeitungsanlage dar. Ein Problem, was ganz besonders hier im Landkreis Sorge erregt. Bei diesem Lager handelt es sich eindeutig um ein Zwischenlager, wie es im Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern am 28. September 79 festgelegt wurde. Hierfür allein sind die politischen Gremien befragt worden, ob sie grundsätzlich ihre Zustimmung oder ihre Akzeptanz erklären könnten. Ich bin Jurist, aber lassen Sie mich auch technisch sagen, daß ein solches Lager, nämlich als Eingangslager einer Wiederaufarbeitung, sich wesentlich unterscheiden würde. Man würde ein Eingangslager einer Wiederaufarbeitungsanlage immer in die Anlage mit integrieren. Zudem würde dann hier das Genehmigungsverfahren für falsch sein, es wäre nämlich ein Siebenerverfahren.

Ich bin hier nicht kompetent, darüber zu befinden, ob Wiederaufarbeitung - ja oder nein - die Frage steht hier dahinter.

Wir wissen, Ministerpräsident Albrecht hat gesagt, die politischen Voraussetzungen sind zur Zeit nicht gegeben. Daran haben wir auch uns zu orientieren.

Der weit - darüberhinaus wird ein Sachzwang vom Endlager für - hierfür angeführt; das vermögen wir nicht zu sehen. So wenig wie ein Zwischenlager eine Wiederaufarbeitung und zwar am gleichen Ort erfordert, gilt das für das Endlager. Ich darf das kurz erläutern. Sie wissen, wir haben - es sind mehrere Zwischenlager nach der politischen Entscheidung vorgesehen. Eins in Ahaus, eins hier im Genehmigungsverfahren und eins später in Süddeutschland - zu findender Standort. Ich vermag nicht einzusehen, wieso an allen Orten dann auch eine Wiederaufarbeitung oder ein Endlager entstehen soll.

Zum Endlager: Diese Brennelemente bedürfen, unabhängig von der Mitte der 80iger Jahre zu treffenden politischen Entscheidung über die zu realisierende Entsorgungstechnik im industriellen Maßstab, auf jeden Fall der Weiterbehandlung. Entweder werden die Brennelemente nach dieser Entscheidung wieder aufgearbeitet oder sie müssen zu einer Konditionierungsanlage und von dort zur Endlagerung. Also die Idee, daß die Brennelemente vom Zwischenlager direkt in ein Endlager kommen, ist nicht richtig. Auch die Vorstellung, die teils vorherrscht, aus dem Zwischenlager würde ein Endlager, ist nicht richtig; denn dies ist schon nach der gesetzlichen Grundlage nur ein Zwischenschritt in der Entsorgungskette.

Zu den tiefgreifenden Einwirkungen, die auf die Landschaft befürchtet werden, darf ich sagen, das Zwischenlager wird kein ...

Heintz: ... Herr Straßburg, ich hatte das noch nicht aufgerufen!

Straßburg: Gut.

Heintz: Ich würde gerne hier fragen, ob aus dem Zuhörerkreis hier das Wort gewünscht wird zu diesem Punkt. Bitteschön. Herr Winkelmann, ja bitte!

Winkelmann: Wenn hier gesagt wurde, daß 33 Mann auf einem Quadratkilometer leben, so ist das natürlich für die Beurteilung dieses Zwischenlagers - sagt nichts aus. Also wir müssen sagen, das Zwischenlager kommt hinter 1003 her, das ist an dem Transformator, der da von Gedelitz - die Straße von Gedelitz nach - nach Gorleben - glaube ich - führt. Da ist weder Fremdenverkehr, da kommen keine Kurgäste hin und nicht mal'n Wanderweg. Das ist einfach aufgeforstetes Sandgelände. Also warum soll da irgendwelche Be - Beurteilung sein wegen der Bevölkerungsdichte. Dann sind hier die Ortschaften so weit auseinander, daß einer in - von dem nächsten Ort schon kaum etwas weiß. Und - wenn also die Anlage mal steht, dann wird sie weniger Interesse im ganzen Kreis erlangen, wie beispielsweise Hühbeck mit dem hohen Turm oder Gusborn oder Clenze mit sein - mit sein'n Diabolspiegeln usw. Also die wird total vergessen werden, die Anlage. Das in Bezug auf die Bevölkerungsdichte.

Heintz: Glauben Sie?
Ja, Herr Poggendorf, bitteschön.

Poggendorf: Ich hätt noch eine Frage an die Antragsteller: Wie groß wäre der Flächenbedarf; denn hinter diesen Einwendungen steht ja immer die Befürchtung, daß eine Wiederaufbereitungsanlage kommt. Wie groß wäre der Flächenbedarf für die DWK bei der Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage? Reichen 80 Hektar aus, brauchen Sie über 100 Hektar, wenn wir mal ausgehen von einer Wiederaufbereitungsanlage mit einer Jahresproduktion von 350 t?

Straßburg: Vielen Dank für Ihre Frage, Herr Oberkreisdirektor.
Wir gehen bei einer Anlage, einer Wiederaufarbeitungsanlage Jahreskapazität 350 t von ca. 100 Hektar aus als Mindestfläche, was aber bedeutet, 100 Hektar, wenn die Anlage ausschließlich auf diesen Standort kommt.

Poggendorf: Ohne Infrastruktur.

Straßburg: Nein, mit Infrastruktur, aber nicht mit anderen kerntechnischen Anlagen kombiniert.

Heintz: Gut, wird noch weiter

Straßburg: Zur Bevölkerungsdichte wollte ich sagen, die Angaben sind einmal erforderlich im Sicherheitsbericht in Anlegung an Richtlinien, wie sie vom Bundesinnenminister zur Erstellung von Sicherheitsberichten für Kernkraftwerke das ausschreibt. Es ist kein Rückschluß zulässig aus der Bevölkerungsdichte nun zu schließen, wie gefährlich oder ungefährlich die Anlage ist.

Winkelmann: Wie sie ins Gelände paßt, ob da nun viel Leute wohnen oder nicht.

Heintz: Bitte, wird noch weiter das Wort gewünscht zu diesem Punkt?

Dann würde ich in - in dem Vorwort fortfahren und nun die Einwirkung auf die Landwirtschaft, die ja den Landwirten besonders am Herzen liegt, hier ansprechen und zwar gibt es da ein ganzes Spektrum von Einwirkungsmöglichkeiten.

Das beginnt bei den Rufschäden für die landwirtschaftlichen Produkte und damit verbunden Absatzschwierigkeiten,

dann die Milchwirtschaft, so befürchtet man, würde früher oder später ganz eingestellt werden müssen. Natürlich geht da durch die Industrieanlagen landwirtschaftliche Fläche verloren

und das Angebot von Arbeitsplätzen, so wird hier ausgedrückt, könnte auch in anderer Weise gegeben werden, nicht durch solche Anlagen, sondern indem das Geld direkt in die Landwirtschaft einfließt, indem man also neue Verfahren zur Erschließung von Energiemöglichkeiten angeht;

und einige Einwander befürchten auch, daß sie persönlich in ihrem Berufszweig als Facharbeiter oder Kleinbetriebe geschädigt würden.

Ich bitte den Antragsteller hierzu sich zu äußern.

(Zwischengespräch am Tisch des Antragstellers)

Sagemühl: Vielen Dank. Zum ersten die Frage des - der Rufschäden oder des Rufmordes. Dieses Problem ist älter als kerntechnische Anlagen und bei jeder kerntechnischen Anlage, die in der Bundesrepublik bisher gebaut worden ist, ist diese Befürchtung geäußert worden. Richtig ist, daß in - nicht ein einziger Fall in der Bundesrepublik bekannt ist - und wir gehen davon aus und sind davon überzeugt, aufgrund unserer Erfahrungen mit anderen Anlagen - daß ein Fall von Rufmord in Hinsicht auf die Absatzmöglichkeiten bei landwirtschaftlichen Produkten nicht auftreten wird. Wenn dennoch irgendein Schaden auftreten sollte, regelt sich die Haftungsregelung selbstverständlich nach den gesetzlichen Vorschriften, wenn überhaupt irgendein Fall denkbar ist.

Zur Frage der Milchwirtschaft aufgrund der Tatsache, daß die Anlage keine radioaktiven Ableitungen zu verzeichnen hat, sind Auswirkungen auf die Milchwirtschaft undenkbar. Theoretisch kann die Milchkuh unmittelbar am Anlagenzaun ihr Gras fressen, wenn dort nicht Wald wäre. Es ist - ohne Einschränkung wäre dies zulässig.

Zum Dritten: Landwirtschaftliche Fläche geht verloren. Das ist nicht der Fall. Die 15 ha, die für den Bau und Betrieb der Anlage benötigt werden, sind im Eigentum der DWK, befinden sich darüber hinaus in einem forstwirtschaftlich genutzten Gelände. Ein Ausbau und Zubau von Straßen und sonstige bauliche Maßnahmen, die möglicherweise - möglicherweise Flächen - landwirtschaftliche Flächen dazu gebraucht werden würden, ist nicht erforderlich, daß also letzten Endes auch dieses Argument nicht ziehen kann.

Frage der Arbeitsplätze: Es lautet, das Angebot an Arbeitsplätzen sollte sich nicht auf die wenigen qualitativ minderwertigen Arbeitsplätze des Zwischenlagers beschränken, sondern der Landwirtschaft sollte unmittelbar durch Erschließung neuer Tätigkeitsfelder geholfen werden. Wir werden 70 Arbeitnehmer beschäftigen, wovon voraussichtlich etwa 60 bis 62 aus dem Landkreis bzw. unmittelbar aus der Region rekrutiert werden können. Ein - diese Arbeitskräfte können auch selbstverständlich durch ehemalige landwirtschaftliche Arbeiter oder Personen, die in der Landwirtschaft beschäftigt waren, besetzt werden.

Der letzte Einwand, die DMK wird auch andere Erwerbszweige durch Abwerbung von Facharbeitern schädigen. Das ist nicht richtig. Wir werden - auch Facharbeiter werden nach Tariflöhnen bezahlt und auch wir halten uns dran, wir haben kein Interesse durch Zahlung von überhöhten Löhnen letzten Endes einen so großen Anreiz zu bieten, daß aus anderen Betrieben innerhalb des Landkreises dann Facharbeiter zu uns kommen, weil sie besser bezahlt werden.
Dankeschön.

Heintz: Schönen Dank, Herr Sagemühl. Sind hierzu Fragen?
Herr Poggendorf, bitteschön.

Poggendorf: Herr Sagemühl, ich hätte eine Frage:
Sie sagten, falls Schäden auftreten, würde sich das nach den haftungsrechtlichen Vorschriften regeln; also beispielsweise, wenn die Landwirte Schäden nachweisen. Heißt das, nicht wahr, wenn es gelingt, nicht wahr, Schäden für die Landwirtschaft nachzuweisen, deren Ursache, nicht wahr, in dem Betrieb der Anlage zu suchen sind, daß dann die Betreibergesellschaft für diese Schäden eintritt?

Sagemühl: Selbstverständlich ja, auch für uns gilt das bestehende Haftungsrecht nach dem bürgerlichen Recht. Man muß hier allerdings unterscheiden, es gibt hier im Haftungssystem zwei verschiedene Kanäle. Das eine sind Schäden, die aufgrund eines nuklearen Ereignisses eintreten; rein formell, die Schadensregelung findet man im Atomgesetz. Für Schäden, die nicht mit einem nuklearen Schadensereignis zu tun haben, gilt das normale Haftungsrecht, das normale bürgerliche Haftungsrecht.

Straßburg: Zum ...

Heintz: Ich habe ... bitte!

Straßburg: Zur Nuklear-Haftung nach dem Atomgesetz darf ich vielleicht ergänzen

Heintz: Entschuldigung, Herr Straßburg, das ist ein Punkt, der kommt noch,

und den würde ich also jetzt gerne zurückstellen.

Straßburg: Einverstanden.

Heintz: Ich habe selbst eine Frage zu den Rufschäden. Ist Ihnen oder sonst jemanden hier im Saal bekannt, Beispiele von Rufschäden in Verbindung mit kerntechnischen Anlagen?

Nicht der Fall - nicht der Fall.

Ja, hat sonst noch jemand 'ne Frage zu diesem Komplex?

Ja, dann verlasse ich diesen Punkt und komme zu der Einwirkung Dritter, die wir heute morgen schon behandelt haben.

Es schließt sich daran an " die Katastrophenpläne ", und gerade die Leute, die ostwärts von diesem geplanten Standort wohnen, haben Sorge, daß sie im Falle einer Katastrophe - wie immer man sich die nun vorstellt - eine schlechte Ausweichmöglichkeit hätten. Ich habe hier folgendes zu sagen: Die Bedenkung von Katastrophenplänen ist Sache der örtlichen Behörde. Wir können hier nur - was die kerntechnische Anlage dazu betrifft - unsere Aussage machen, was im Falle einer Katastrophe dort in diese Katastrophenpläne noch neu hinzugefügt werden muß. Ich bitte den Oberkreisdirektor, Herrn Poggendorf, sich hier zu den Katastrophenplänen zu äußern.

Poggendorf: Herr Vorsitzender, zu den Katastrophenplänen ist folgendes zu sagen: Es gibt für diese Katastrophenpläne eine Rahmenempfehlung des Bundesinnenministers. Diese Rahmenempfehlung hat allerdings, das muß ich dazu - zufügen, bisher nur Anwendung gefunden auf Kernkraftwerke, da Zwischenlager ja bisher noch nicht errichtet bzw. in Betrieb genommen sind. Deswegen wird man also die Erfahrung, die man bei den Kernkraftwerken mit den - der Ausarbeitung von Katastrophenplänen gemacht hat, nicht ohne weiteres diese Erfahrungen übertragen können auf Katastrophenpläne, die wir gehalten sind, nicht wahr, bei Errichtung einer Zwischenlagers zu übertragen. Diese Empfehlung des Bundesinnenministers sieht vor, daß Zonen mit Höchststrahlen geschaffen werden um diese Anlage - diese Radien, nicht wahr, können festgelegt werden durch die Katastrophenschutzbehörde - das

sind also wir -, und der - die Größe dieser Radian hängt letzten Endes von dem Gefährdungspotential ab, nicht wahr, das von einer solchen Anlage und ihrem Betrieb ausgeht. Hinzukommt, daß nach diesen Empfehlungen der Katastrophenplan eine Reihe von Maßnahmen bei Eintritt bestimmter Störfälle vorsieht, die in diesem Katastrophenplan dann festgehalten werden müssen, und also es muß auch festgehalten werden, welche Maßnahmen dort zu ergreifen sind. Wir selbst sind in der Lage, aufgrund dieser Empfehlung einen solchen Katastrophenplan aufzustellen erst dann, wenn die Ergebnisse dieses Verfahrens vorliegen; insbesondere dann, wenn die in diesem Verfahren einzuholenden Gutachten, das Sicherheitsgutachten, das Sicherungsgutachten vorliegen und diese Gutachten ausgewertet werden; denn solange wir die Störfälle und das Gefährdungspotential nicht abschließend kennen, ist die Aufstellung eines Katastrophenplanes nach diesen Rahmenempfehlungen nicht möglich. Deswegen ist für uns dieses Verfahren von besonderer Bedeutung und Wichtigkeit, und wir können nach Abschluß dieses Verfahrens unseren Katastrophenplan nur auf den Ergebnissen, die dieses Verfahren zeitigt, nicht wahr, aufbauen. Mehr kann ich im Augenblick dazu nicht sagen.

Heintz: Schönen Dank, Herr Poggendorf. Ist dazu noch eine Frage? Dies ist nicht der Fall. Dann komme ich jetzt zu einem Punkt, der nennt sich " Alternative Lagertechnik ".

Das ist ein Einwender, der einen anderen Vorschlag macht zur Zwischenlagerung, der darauf hinzielt, solche Lager in Form von Naßlager in einer Teufe von etwa 100 m unter Tage zu errichten. Ein Konzept, das auch in Schweden verfolgt wird. An sich ist es nicht unsere Sache, hier Alternativen zu betrachten. Für uns ist das maßgebend, was der Antragsteller als sein Konzept vorlegt. Ich hätte trotzdem die Bitte, daß vielleicht der Antragsteller aus seiner Kenntnis hier zu dieser Alternative sich äußert.

Straßburg: Wir halten das mehr für eine juristisch als technische Frage, auch wenn das zunächst anders aussehen darf. Das Entsorgungskonzept sieht Zwischenlagerlösungen vor. Wir kennen hier das Naßlagerkonzept oder das hier im Genehmigungsverfahren befindliche

Behälterlagerkonzept. Letzteres ist durch die RSK/SSK als sicherheitstechnisch machbar erklärt und zwar mindestens für 20 Jahre, so daß wir dieses Verfahren, was dem Stand von Wissenschaft und Technik entspricht, in Realisierung der Entsorgungsrichtlinien hier beantragt haben. Es gewährleistet den sicheren Aktivitätseinschluß. Die Ortsdosisleistung am Zaun ist, wie wir gehört haben, weit unter den Werten - den zulässigen Werten der Strahlenschutzverordnung. Wir sehen keinen Anlaß zu diesen alternativen Lager-techniken, wie hier vorgeschlagen.

Heintz: Schönen Dank, Herr Straßburg. Hat hier jemand eine Frage zu dieser alternativen Lagertechnik? Das ist nicht der Fall.

Dann käme ich zu einem Punkt, der betrifft vier einzelne Themen, die sich unter den Einwänden befanden, die aber nicht in unsere Zuständigkeit fallen. Es sind also Dinge, zunächst einmal die die Raumordnung, Flächennutzung, Bauleitplanung betreffen.

Ein weiteres Thema ist der Landschaftsschutz, Naturschutz und die biologische Situation und der Fremdenverkehr, Erholungsgebiet als ein drittes Thema

und dann die Straßen, das Verkehrsaufkommen, das zum Teil schon angesprochen wurden, aber die Straßenplanung usw. alles Dinge die nicht in den Aufgabenbereich der PTB fallen.

Hier gibt es parallel laufende Verfahren, die vor den örtlichen Behörden hier im Landkreis und vom Regierungspräsidenten bzw. vom Land Niedersachsen betreut werden. Ich habe hier nur die Bitte, der Herr Oberkreisdirektor möge uns kurz erläutern über den Stand dieser Verfahren. Die Einzelheiten dazu, die Fragen müssen wir leider in die anderen Bereiche überweisen, wir haben dort in diesen Fragen keine Zuständigkeit.

(Ein Pfiff)

Poggendorf: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren.

Vielleicht darf ich kurz auf die Änderung der Landschaftsschutzverordnung eingehen. Wie allgemein bekannt ist, liegt das - der vorliegende - der vorgesehene Standort im Landschaftsschutz Langendorfer Berg. Vielleicht darf ich einiges zum Verfahren mal sagen. Es gilt z.Zt. noch in Niedersachsen das Reichsnaturschutzgesetz, das als Landesgesetz Anwendung findet. Dieses Reichsnaturschutzgesetz sieht vor, daß wir, das heißt der Landkreis als untere Naturschutzbehörde eine Landschaftsschutzverordnung ändern kann aufgrund einer Ermächtigung, die uns die obere Naturschutzbehörde, das ist die Bezirksregierung, erteilt. Einen entsprechenden Antrag haben wir an die Bezirksregierung gerichtet und dieser Antrag ist auch beschieden worden. Wir haben diese Ermächtigung erhalten. Dies Reichsnaturschutzgesetz und die Durchführungsbestimmungen zu diesem Reichsnaturschutzgesetz sagen, bei der Neuausweisung oder Erweiterung eines Landschaftsschutzgebietes, daß die - Land - das vorgesehene Landschaftsschutzgebiet bzw. das Erweiterungsgebiet und die Pläne dazu ausgelegt werden und daß Einwendungen gegen diese Absichten erhoben werden können. Es sagt nichts darüber aus, wenn eine Landschaftsschutzverordnung ganz oder teilweise aufgehoben wird, ob dann also auch Einwendungen erhoben werden können, das heißt also, ob ein Auslegungsverfahren erfolgen kann und ob aufgrund dieses Auslegungsverfahrens Einwendungen erhoben werden können.

Wir haben uns entschieden, für die Änderung der Landschaftsschutzverordnung, das heißt, für die Herausnahme des Gebietes, das für das Zwischenlager vorgesehen ist, das Verfahren anzuwenden, das eigentlich bei Ausweisung von Gebieten, von Landschaftsschutzgebieten vorgesehen ist, das heißt, die Pläne zur Änderung des Landschaftsschutzes und den Text der Landschaftsschutzverordnung auszulegen und den Betroffenen Gelegenheit zu geben, hiergegen Einwendungen zu erheben. Diese Einwendungen sind auch schriftlich erhoben worden und sind inhaltlich etwa identisch mit den Einwendungen, die hier im Rahmen dieses Verfahrens, nicht wahr, an Sie gerichtet worden sind. Über diese Einwendungen muß die obere Naturschutzbehörde, so sehen es die Durchführungsbestimmungen zum Reichsnaturschutzgesetz vor, das heißt also, die Bezirksregierung entscheiden, und wir werden, nachdem diese Einwendungen vorliegen, diese schriftlichen Einwendungen der Bezirksregierung zur Ent-

scheidung vorlegen und aufgrund dieser Entscheidung, nicht wahr, kann dann, nicht wahr, die Änderung der Landschaftsschutzverordnung vorgenommen werden.

In welcher Form diese Änderung vorgenommen wird, hängt mit davon ab, nicht wahr, wie auf der Bezirksebene, das heißt beim Regierungspräsidenten, über diese Einwendungen entschieden wird. Das vielleicht zum Verfahren, zur Änderung der Landschaftsschutzverordnung, das, wie gesagt, prinzipiell hier nicht reingehört und das parallel zu diesem Verfahren läuft.

Zum Raumordnungsverfahren wäre folgendes zu sagen: Nach dem derzeit geltenden Niedersächsischen Raumordnungsgesetz ist z.Zt. noch Raumordnungsbehörde der Regierungspräsident. Erst dann, wenn wir ein regionales Raumordnungsprogramm selbst aufstellen, sind wir Raumordnungsbehörde und hätten also über entsprechende Verfahren zu entscheiden. Es ist aber so, daß ein Raumordnungsverfahren nach § 14 im - in das Ermessen der jeweiligen Raumordnungsbehörde gestellt wird, das heißt, es kann an - zu einem solchen Verfahren kommen, es wird aber nicht zu einem solchen Verfahren kommen, wenn eine Flächen - eine Bauleitplanung vorhanden ist oder durchgeführt wird, wie das hier der Fall sein wird und wenn ein Verfahren, ein Raumordnungsverfahren auf der Landesebene läuft. Wie wir alle wissen, hat das - die Niedersächsische Landesregierung die Absicht, ein neues Landesraumordnungsprogramm aufzustellen. Das Verfahren zur Aufstellung dieses Landesraumordnungsprogrammes läuft. Und in diesem Raumordnungsprogramm ist vorgesehen im Teil 2 - der Standort ein - für ein Zwischenlager ziemlich genau beschrieben, in der Nähe von Gorleben. Im Rahmen dieses laufenden Landesraumordnungsprogramms werden alle Träger öffentlicher Belange gehört und raumrelevante Gesichtspunkte berücksichtigt, so daß sich von hierher ein weiteres Raumordnungsverfahren als nicht notwendig erweist.

Im Rahmen der Bauleitplanung, das heißt, der Flächennutzungsplanung und der Bebauungsplanung sind die Ziele der Raumordnung zu beachten. Ich darf vielleicht hier darauf hinweisen, daß die Einwohner erhoben haben, daß die Planung eines Zwischenlagers im

Raume Gorleben dem gegenwärtigen Ziel des gegenwärtig noch geltenden Landesraumordnungsgesetzes widerspricht und auch des Bezirksraumordnungsprogramms widerspricht. Das ist zwar richtig, nur sagt die Rechtsprechung, und das ergibt sich auch aus § 7 und § 15 des Bundesraumordnungsgesetzes und des Niedersächsischen Raumordnungsgesetzes, daß die Träger der Bauleitplanung, das ist die Samtgemeinde hier und die Gemeinde Gorleben, die künftigen Ziele der Landesraumordnung, das heißt, die erklärten Ziele der Landesraumordnung zu beachten haben, und diese erklärten Ziele sind schon zum Ausdruck gebracht worden in dem Entwurf des Landesraumordnungsprogramms, dessen Teil 2 nicht der parlamentarischen Genehmigung oder der Abstimmung bedarf, sondern dessen Teil 2 lediglich dem Parlament zur Kenntnis gebracht wird, so daß also hier die Planungsträger, das heißt die Träger der Bauleitplanung, diese erklärten künftigen Ziele bei ihrer Bauleitplanung berücksichtigen müssen.

Das vielleicht zum Verfahrensstand und Gesetzeslage.

Heintz: Schönen Dank, Herr Poggendorf, Möchte jemand hierzu direkt an Herrn Poggendorf eine Frage stellen? Das ist nicht der Fall.

Ich komme damit zu dem vorletzten Punkt. Der heißt: Beendigung der Zwischenlagerung, und ich frage den Antragsteller, wie er es sich vorstellt oder welche Gedanken er hat, wie dieses Zwischenlager eines Tages ein Ende findet?

Straßburg: Unsere Vorstellungen hierzu sind uns verbindlich politisch bzw. rechtlich vorgegeben. Hierzu zählt einmal als Ausgangspunkt und auch Gegenstand der Entsorgungsrichtlinien der Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern vom 28. September 79 und die auf dieser Grundlage angepaßten Entsorgungsrichtlinien vom Februar 1980, Richtlinien des Bundesinnenministers, die bei - für kerntechnisch - für Kernkraftwerke zu beachten sind. Für Kernkraftwerke sage ich deswegen, weil die Genehmigung für diese Anlagen an die Fortschritte in der Entsorgung gekoppelt sind. Hiernach sind - kommt der Zwischenlagerung von bestrahlten Brennelementen ein Schritt - ein entscheidender Schritt in der Entsorgungskette zu. Die Zwischenlagerung muß danach erfolgen mit dem Ziel der Wiederaufarbeitung oder der

direkten Endlagerung mit anschl... mit der direkten Endkonditionierung mit Endlagerung. Und hieraus ergeben sich nun die meisten Fragen.

Die politische Entscheidung über die indus - die im industriellen Maßstab zu realisierende große Entsorgungstechnik, nämlich Wiederaufarbeitung oder die von mir beschriebene Alternative, soll Mitte der 80er Jahre von den politischen Gremien getroffen werden. Bis dahin erfolgt nochmals eine Abwägung der Vor- und Nachteile der Wiederaufarbeitung mit den alternativen Entsorgungstechniken. Beides würde sich dann beißen, wenn die Zwischenlagerung der Brennelemente nicht ausreichend genug, das heißt, ausreichend lange erfolgen könnte, bis diese von mir erwähnte weitere Behandlung politisch entschieden und realisiert ist. Das ist nach Aussage der RSK/SSK nicht zu befürchten.

Die Wiederaufarbeitung entspricht schon heute dem Stand von Wissenschaft und Technik. Gleichwohl akzeptieren wir den politischen Willen, daß diese Technik nochmals mit den alternativen Entsorgungstechniken abgewogen wird. Wir sehen da - dadurch die weiteren Behandlungsschritte der hier nur zwischengelagerten Brennelemente als gesichert an und halten das Entsorgungskonzept der Bundesregierung für gut und können darauf hinweisen, daß es ja auch als solches internationale Anerkennung gefunden hat.

Heintz: Schönen Dank, Herr Straßburg. Wird dazu das Wort gewünscht?
Das ist nicht der Fall.

Dann kämen wir zu dem Punkt " Wertminderung und Entschädigung ".

Es gibt hier zwei Gesichtspunkte: eine - der Schadensfall durch ein kerntechnisches Ereignis und die üblichen Schadensfälle, die sich auflisten lassen, nach, wie vorhin schon erwähnt unter

Rufmord

Verkehrsunfälle

Verkehrseinbußen bei landwirtschaftlichen Produkten

Rückgang des Fremdenverkehrs,

und im ersten Fall sind es Gesundheitsschäden und Wertminderung von Häusern und Grundstücken und -
ja, das sind die wichtigsten Punkte.

Es gibt paar Sonderpunkte, zwei, jagdliche Verluste, Verlust des Salzrechtes.

Ich bitte, den Antragsteller hier

Straßburg: Eine Ableitung oder Freisetzung von radioaktiven Stoffen erfolgt bei dem Lager nicht. Das gilt auch bei den im Sicherheitsbericht betrachteten Störfällen. Selbst für den hypothetisch unterstellten Fall, daß durch ein Nuklearereignis Schäden eintreten würden, ist hier gesetzlich pro Schadensereignis eine sehr hohe Haftung vorgesehen des Betreibers. Sie beträgt insgesamt eine Milliarde. 500 Millionen werden hier durch - auf Versicherungswege abgedeckt, 500 Millionen wei - die weiteren 500 Millionen durch den Staat.

Heintz: Entschuldigung, ich bitte um eine ganz kleine Pause. Es muß ein neues Band aufgelegt werden.

(kleine Pause, in der das Tonband gewechselt wird)

Heintz: Ja.
Dürfen wir jetzt fortfahren?
Es gibt ein neues Band.

Können Sie die letzten Worte nochmal so wiederholen, daß es einen brauchbaren Anfang gibt? -
Ja.

Straßburg: Von dem Brennelementzwischenlager erfolgt keine Ableitung oder Freisetzung radioaktiver Stoffe. Nach der im Sicherheitsbericht erfolgten oder wiedergegebenen Störfallanalyse trifft das auch für Störfälle zu. Für den hypothetisch unterstellten nu - für das - nuklearbedingten Schaden gilt pro Schadensereignis eine Haftung von insgesamt einer Milliarde. 500 Millionen werden im Privatversicherungsweg aufgebracht, für die weiteren 500 Millionen haftet

bzw. tritt der Staat ein.

Verkehrsunfälle bei 150 Transporten pro Jahr: Bedingt durch das Lager, erhöht sich das Verkehrsaufkommen unwesentlich, so daß hier kleinere - keine entscheidenden Risikosteigerungen mit verbunden sind.

Verkaufseinbußen bei landwirtschaftlichen Produkten - wir sprachen schon über die Rufschäden - uns liegen weder bei kerntechnischen Anlagen noch vergleichbaren chemischen Anlagen Aussagen vor, daß sowas eingetreten ist. Ich erwähne das nur hier. Sollte mal böse Absicht im Spiel sein, dann besteht hier selbstverständlich eine Haftung nach Zivilrecht.

Das Lager hat keine Auswirkungen auf den Mensch oder die Umwelt, so daß die Befürchtungen für den Fremdenverkehr von uns nicht geteilt werden. Auch hier spricht die Erfahrung bei anderen kerntechnischen oder vergleichbaren Anlagen in der Umgebung dagegen.

Gesundheitsschäden: Muß ich zurückkommen auf die Aussage - keine Ableitung radioaktiv - kein radioaktiver Stoffe - gleiches gilt für die Freisetzung.

Die Wertminderung von Häusern und Grundstücken: die Erfahrungen bei vergleichbaren Projekten zeigen, daß man, wenn überhaupt, hier häufig einen umgekehrten Trend verspürt, nämlich durch den Aufbau der Betriebsmannschaft. Sie wissen selbst, daß wir z.Zt. schon durch die BLG eine eigene Gesellschaft und damit eigene Mitarbeiter vor Ort haben. Nicht nur diese, sondern auch die künftige Betriebsmannschaft wird Wohnraum suchen, so daß Sie hier eher eine Steigerung als einen Rückgang oder Wertminderung von Häusern oder Grundstücken zur Folge haben.

Heintz: Ja, schönen Dank, Herr Straßburg. Wird hierzu das Wort gewünscht, zu diesem Thema? Das ist nicht der Fall.

Erlauben Sie mir, bevor ich zum Schluß komme, eine persönliche Bemerkung:

Ich bedaure, daß die meisten Einwohner gestern in ihr - die meisten Einwanderer gestern in ihrem Zorn die Veranstaltung verlassen haben und nicht die danach sich immer noch bietende Möglichkeit zur Sachinformation und zur Erläuterung ihrer Einwendung wahrgenommen haben.

Meine Damen und Herren, die von uns vorgeschlagene Tagesordnung ist nunmehr erledigt.

Ich frage Sie, ob Sie zu den angesprochenen Themen noch weitere Fragen oder Ergänzungswünsche haben?

(kleine Pause)

Wenn dies nicht der Fall ist, und das ist nicht der Fall, dann erkläre ich, daß der Anhörungstermin damit beendet ist.

Ich möchte Ihnen noch folgende Hinweise geben:

Wir stellen auf Wunsch ein Wortprotokoll zur Verfügung, um Ihnen das Fotokopieren zu ermöglichen. Sie können also mit Hilfe dieses Exemplares Ihre Fotokopien herstellen. Zu diesem Zweck können wir schon jetzt hier schriftliche Wünsche entgegennehmen, die wir dann in der Reihenfolge ihres Eingangs erledigen werden.

Unsere Aufforderung, daß wir auch weiterhin Stellungnahmen entgegen - unsere Aufforderung, auch weiterhin Stellungnahmen abzugeben, die wir dann noch entgegen nehmen und auch in diesen Entscheidungsprozeß einfließen lassen, gilt auch weiterhin.

Ich danke Ihnen für Ihre Teilnahme und wünsche Ihnen eine gute Heimreise.

Ende 15.10 Uhr

Das Wortprotokoll wurde angefertigt nach einem Tonband,
das während der Veranstaltung mitlief und den gesamten
Verlauf aufzeichnete.

Braunschweig, den 13.3.81

Für die Richtigkeit:

Verhandlungsleiter:

Heintz
Prof. Dr. W. Heintz

Schriftführer:

K. Frankenfeld
K. Frankenfeld

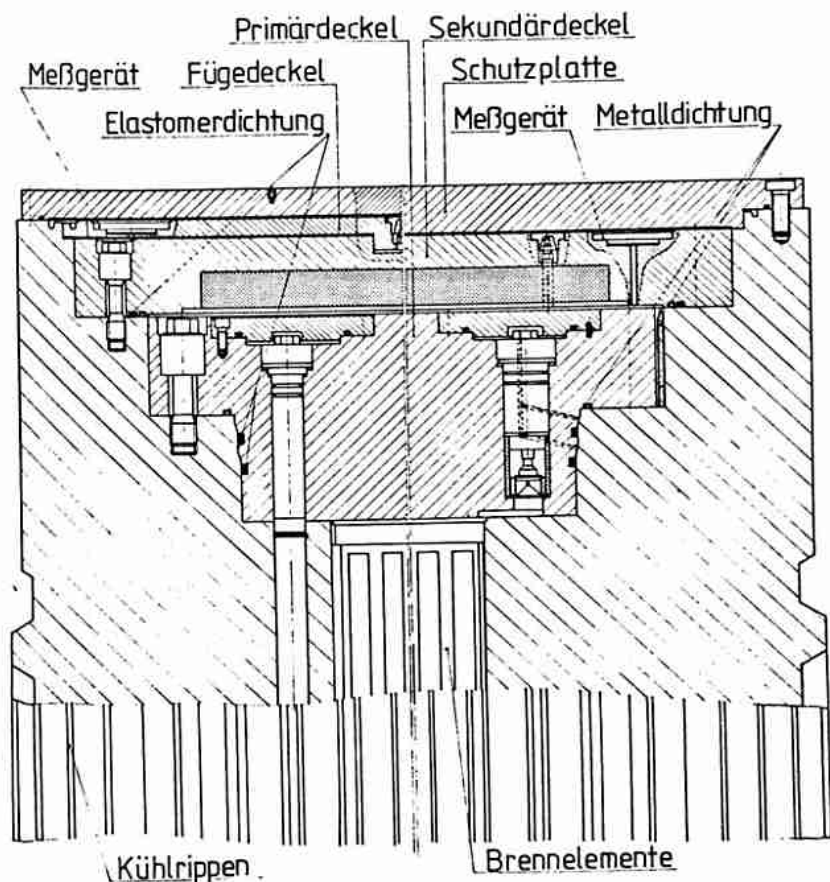
Protokollkontrolle:

J. Janning
J. Janning

A N H A N G

Inhalt:

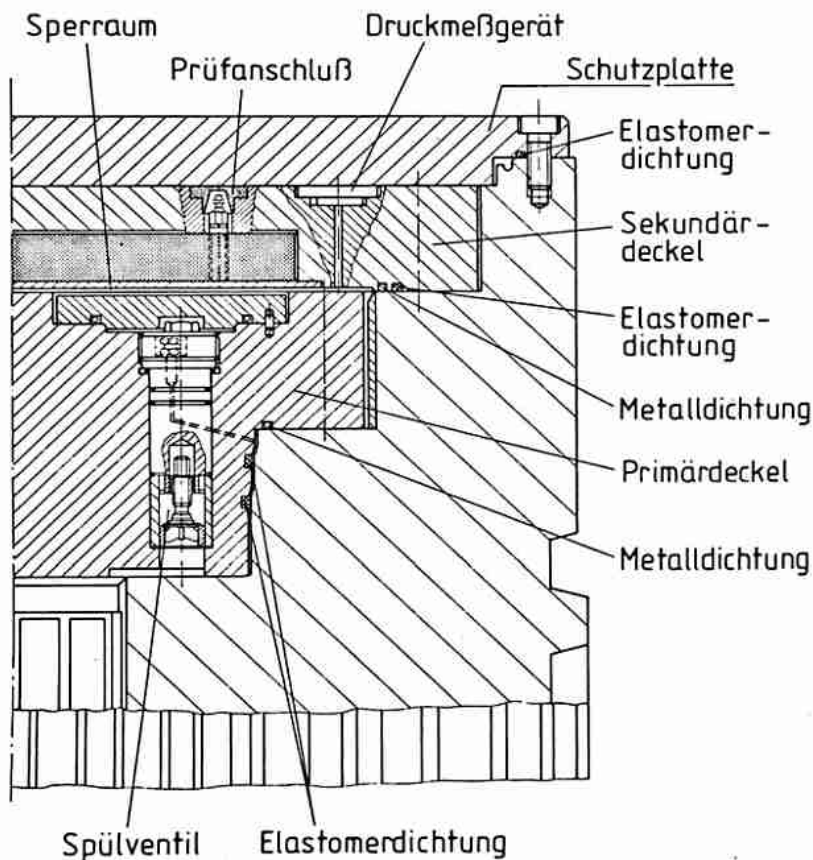
- Abb. 1a Deckelsystem
- Abb. 1b Deckelsystem CASTOR Ausführung oberer Spülanschluß ohne
Fügedeckel
- Abb. 1c Deckelsystem CASTOR Ausführung unterer Spülanschluß mit
Fügedeckel
- Abb. 2 Beobachtete Dosis-Abhängigkeit der " Relativen Biologischen
Wirksamkeit " (RBW):
resultierende Dosis-Wirkung-Beziehung für Strahlen niedriger
LET (Röntgen- und γ -Strahlen, Elektronen- und β -Strahlen)
bei Annahme einer linearen Dosis-Wirkung-Beziehung für Neutronen
- Abb. 3 Transportwege (Vorschlag)
Karte 1:125 000
- Tabelle Übersicht:
über bisher durchgeführte Messungen der Radioaktivität in
Wässern, Luft, Niederschlag, Boden, Pflanzen, Milch sowie
der terrestrischen Strahlung im Raum Gornleben (Ist-Zustand)



DWK

Deckelsystem

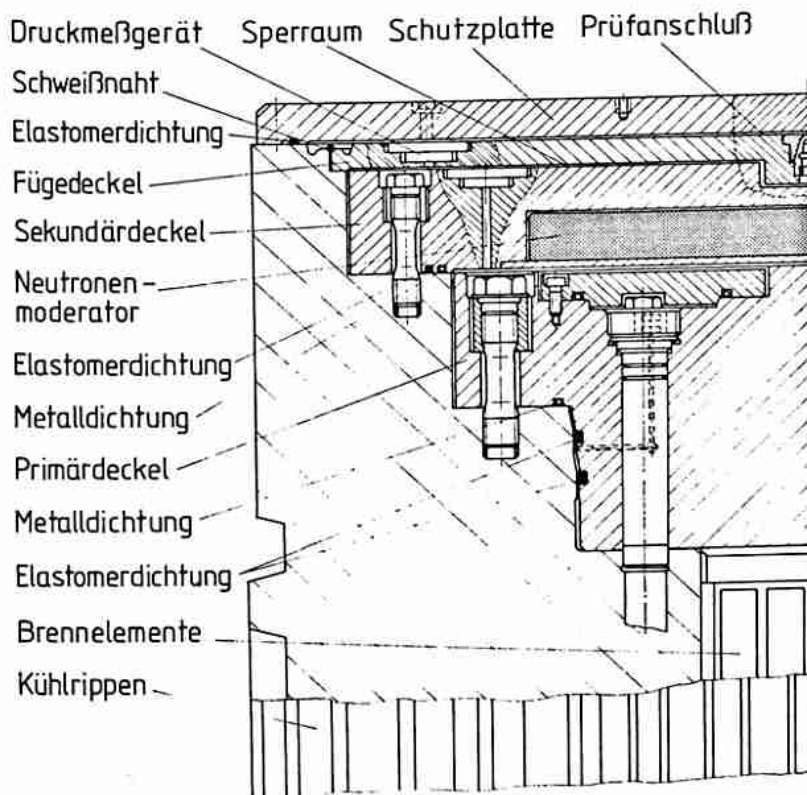
Abb. 1a



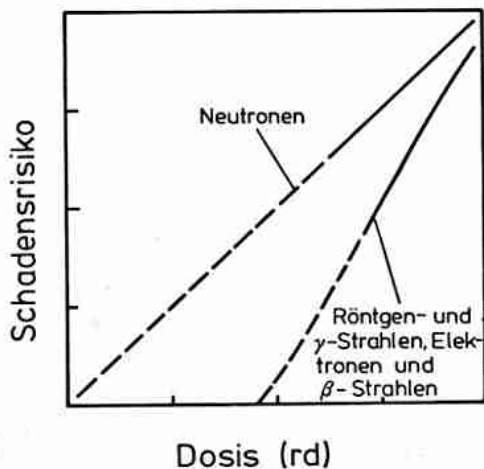
DWK

Deckelsystem CASTOR Ausführung
oberer Spülanschluß ohne Fügedeckel

Abb. 1b



DWK	Deckelsystem CASTOR Ausf.	
	unterer Spülanschl. mit Fügedeckel	

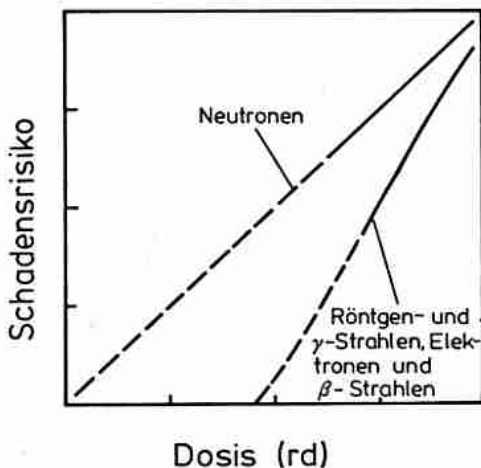


Beobachtete Dosis-Abhängigkeit der "Relativen Biologischen Wirksamkeit" (RBW): resultierende Dosis-Wirkung-Beziehung für Strahlen niedriger LET (Röntgen- und γ -Strahlen, Elektronen- und β -Strahlen) bei Annahme einer linearen Dosis-Wirkung-Beziehung für Neutronen.



M 1:125 000

Abb. 3



Beobachtete Dosis-Abhängigkeit der "Relativen Biologischen Wirksamkeit" (RBW): resultierende Dosis-Wirkung-Beziehung für Strahlen niedriger LET (Röntgen- und γ -Strahlen, Elektronen- und β -Strahlen) bei Annahme einer linearen Dosis-Wirkung-Beziehung für Neutronen.

O b e r s i c h t

Über bisher durchgeführte Messungen der Radioaktivität in Wässern, Luft, Niederschlag, Boden, Pflanzen, Milch sowie der terrestrischen Strahlung im Raum Gorleben (Ist-Zustand)

<u>Radioaktivität in:</u> <u>Gewässern</u>	<p><u>Niedersächsisches Wasseruntersuchungsamt Hildesheim im Auftrag des NMS:</u></p> <p>Messungen in 15 Gewässern (Elbe, Jeetzel, Seen,....)</p> <p>H-3, Sr-90, Cs-137; $\leq 8 \cdot 10^{-5}$ Meßergebnisse. Nichts Signifikantes gefunden.</p>								
<u>Boden, Pflanzen, Milch</u>	<p><u>Institut für MilCHForschung, Kiel</u></p> <p>4-jähriges Forschungsprogramm in BMI-Auftrag. Ca. 20 Meßstellen. Ziel: Transferfaktorenermittlung. Cs-137- und Sr-90 - Messungen in Getreide, Kartoffeln, Rüben, Rübennblatt, Pilzen, Flechten, Milch, Fleisch. Komplette Daten für 1978, fast komplette Daten 1979, einige Daten für 1980 ausgewertet.</p> <p>Auswertung: leichte Böden zeigen schwankende Transferfaktoren (Sande), schwere Böden zeigen niedrige Transferfaktoren (Elbniederung)</p>								
	<p><u>Staatlich-chemisches Untersuchungsamt Braunschweig</u></p> <p>Antliche Meßstelle für Niedersachsen zur Überwachung von Lebensmitteln. Diverse Proben (ca. 25) von Gemüse, Getreide, Kartoffeln, Grünkohl... Messung der γ-Spektren (alle γ-Strahler) mit Ge(Li)-Detektor; Radiochemische Abtrennung Sr-90. Bisher keine Besonderheiten im Raum Gorleben gefunden.</p>								
<u>Bodennaher Luft, Niederschlag</u>	<p><u>Deutscher Wetterdienst</u></p> <p>als zuständige amtliche Meßstelle mit $3 \leq \beta$, jedoch nicht im Raum Gorleben. Nächste Stationen sind Hannover (tägl. Meßwerte \geq Mai 57), Berlin (tägl. Meßwerte \geq Juni 57), Schleswig.</p> <p>Keine signifikanten Unterschiede zwischen den Meßstationen, da Werte ausschließlich durch die Kernwaffenversuche und die Höhenstrahlung bestimmt werden</p>								
<u>Terrestrische Strahlung:</u>	<p><u>PTB-Labor für Strahlenschutz</u></p> <p>Messungen im Raum Luchow-Dannenberg 1974 in 67 Wohnungen und 64 Stellen im Freien.</p> <p>Die Ergebnisse gelten heute noch:</p> <p>in Wohnungen im Mittel 27,5 mrem/a</p> <p>im Freien im Mittel 23,0 mrem/a</p> <p>Keimdrüsendosis</p> <table border="1"> <tr> <td>Bundesdurchschnitt</td> <td>50 mrem/a</td> </tr> <tr> <td>Niedersachsdurchschnitt</td> <td>41 mrem/a</td> </tr> <tr> <td>Bundesdurchschnitt</td> <td>37 mrem/a</td> </tr> <tr> <td>Niedersachsdurchschnitt</td> <td>30 mrem/a</td> </tr> </table>	Bundesdurchschnitt	50 mrem/a	Niedersachsdurchschnitt	41 mrem/a	Bundesdurchschnitt	37 mrem/a	Niedersachsdurchschnitt	30 mrem/a
Bundesdurchschnitt	50 mrem/a								
Niedersachsdurchschnitt	41 mrem/a								
Bundesdurchschnitt	37 mrem/a								
Niedersachsdurchschnitt	30 mrem/a								

An
die T e i l n e h m e r
des Anhörungstermins am 28. Januar 1981 in Lüchow
für das Genehmigungsverfahren
Brennelement-Zwischenlager bei Gorleben

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ziel der heutigen Anhörung ist es, allen Bürgern, die zu dem Vorhaben
Stellungnahmen (Fragen, Bedenken, Anregungen) abgegeben haben, Gele-
genheit zu geben, diese zu erläutern. Die Physikalisch-Technische
Bundesanstalt möchte ein möglichst genaues Bild von den abgegebenen
Stellungnahmen gewinnen, um den Sachverhalt zur Vorbereitung ihrer
Entscheidung möglichst umfassend zu kennen.

Die Antragsteller sind aufgefordert, sich zu den Stellungnahmen im
einzelnen zu äußern.

Der Anhörungstermin ist also keine Diskussionsveranstaltung über das
Für und Wider zur Kernenergie oder über die Zweckmäßigkeit bestehen-
der einschlägiger Rechtsvorschriften.

Auch das geplante Bundesendlager steht nicht zur Erörterung an.

In der heutigen Anhörung werden ausschließlich die auf den Gegenstand
des Verfahrens bezogenen Stellungnahmen besprochen. Dabei werden alle
Einwendungen berücksichtigt, die bis zum 16.01.81 bei uns eingegangen
sind.

Neben diesem atomrechtlichen Verfahren gibt es weitere Verfahren, die
Auswirkungen auf das geplante Zwischenlager haben können.

Es handelt sich dabei insbesondere um

- das Verfahren zur Aufstellung eines Landesraumordnungsprogrammes.
Zuständig: Niedersächsischer Minister des Innern
- die Verfahren zur Änderung des Flächennutzungs- und zur Aufstellung eines Bebauungsplanes.
Zuständig: Samtgemeinde Gartow für den Flächennutzungsplan;
Gemeinde Gorleben für den Bebauungsplan;
Für die Genehmigung: Bezirksregierung Lüneburg
- das Baugenehmigungsverfahren für die Errichtung der Lager- und Nebengebäude des Brennelement-Zwischenlagers bei Gorleben.
Zuständig: Landkreis Lüchow-Dannenberg - Der Oberkreisdirektor
- das Genehmigungsverfahren nach § 3 Strahlenschutzverordnung für das Faßlager bei Gorleben.
Zuständig: Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg.

Für Stellungnahmen, die allein diese Verfahren betreffen, ist die PTB nicht zuständig. Sie sind daher nicht Gegenstand des heutigen Anhörungstermins. Wir werden sie an die zuständigen Stellen weiterleiten.

Wir werden im Anhörungstermin nicht über den Genehmigungsantrag entscheiden.

Eine Genehmigung werden wir erst erteilen, wenn - unter Würdigung der Einwendungen - die erforderliche umfassende Prüfung ergibt, daß bei der geplanten Aufbewahrung die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden getroffen ist und auch die übrigen Genehmigungsvoraussetzungen erfüllt sind.

Um eine möglichst sachgerechte, intensive Aussprache ohne Wiederholung zu erleichtern, haben wir die Stellungnahmen nach folgenden Themen geordnet:

1. Fragen zum atomrechtlichen Genehmigungsverfahren

- 1.1 Zuständigkeit nach § 6 AtG
- 1.2 Antragsteller
- 1.3 Gutachten

2. Technische Sicherheit, Strahlenschutz und Störfälle

2.1 Transportbehälter-Lager

- 2.11 Dichtungen
- 2.12 Aktivitätsinventar
- 2.13 Kühlung
- 2.14 Drucküberwachung
- 2.15 Restfeuchte
- 2.16 Hüllrohrschäden
- 2.17 Moderatormaterial
- 2.18 Qualitätssicherung
- 2.19 Alarmanlage, Schutzräume
- 2.20 Lagerhalle, Mikroklima

2.2 Betrieb einschließlich Reparaturen

2.3 Strahlen- und Umweltschutz

- 2.31 Ortsdosisleistungen
- 2.32 Abfälle, fest und flüssig
- 2.33 Ableitungen, Freisetzungen
- 2.34 Radiologische Vorbelastung
- 2.35 Umgebungsüberwachung
- 2.36 Strahlenschutz, Grundsatzfragen

2.4 Störfälle

- 2.41 Transportunfälle
- 2.42 Feuer, Brand
- 2.43 Absturz, mech. Einwirkungen
- 2.44 Erdbeben, Erdfall
- 2.45 Versagen der Kühlung
- 2.46 Versuche, Langzeitversuche

3. Bedeutung für die Umgebung

- 3.1 Bevölkerungszahl und -dichte
- 3.2 Entwicklungstendenzen
- 3.3 Einwirkung Dritter
- 3.4 Katastrophenpläne

4. Verschiedenes

- 4.1 Alternative Lagertechnik
- 4.2 Beendigung der Zwischenlagerung
- 4.3 Wertminderung, Entschädigung

Zu Ihrer Information liegen 3 weitere INFO-Blätter aus.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



(Prof. Dr. W. Heintz)
als Verhandlungsleiter